

*Otto Gertzen*

## **Emil Haarmann – Stadtplaner in Hamm 1926 – 1954**

**Ein Beispiel für die Problematik der gesellschaftlichen Übergänge zwischen autoritären und demokratischen Systemen im 20. Jahrhundert**



**Emil Haarmann (undatiert)<sup>1</sup>**

---

<sup>1</sup> Das Foto stammt vermutlich aus der Zeit seines Dienstantrittes in Hamm. Da war er 37 Jahre alt. Es war zuerst greifbar 1992 in der Monografie von Anneliese Beeck: So entstand das neue Hamm, Hamm, 1992, S. 88, wo als Quelle das Stadtarchiv Hamm angegeben ist.

## Inhaltsverzeichnis

- 0 Vorbemerkung**
  
- 1 Herkunft, Familie und Werdegang**
  - 1.1 Herkunft und Familie
  - 1.2 Ausbildung
  - 1.3 Kriegsdienst
  - 1.4 Eheschließung und beruflicher Werdegang
  - 1.5 Die Einstellung in Hamm
  - 1.6 Überlegungen zu Haarmanns Persönlichkeit
  
- 2 Emil Haarmanns Tätigkeit in Hamm bis 1945**
  - 2.1 Emil Haarmanns Tätigkeit in Hamm bis 1933
  - 2.2 Der Beginn der NS-Diktatur und die Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung
  - 2.3 Verkehrsführung, Wohnraumbeschaffung und Innenstadtgestaltung
  - 2.4 Luftschutzbauten
  
- 3 Emil Haarmanns Bedeutung bei Kriegsende in Hamm**
  - 3.1 Die zeitweise Leitung der Stadt als kommissarischer Oberbürgermeister in den ersten vier Nachkriegsmonaten
  - 3.2 Die ernannte Stadtvertretung als Vorstufe zur Selbstbestimmung
  - 3.3 Die erste gewählte Stadtvertretung
  - 3.4 Emil Haarmanns weitere Tätigkeiten nach Kriegsende
    - 3.4.1 Die Sicherung Ernährungsgrundlage
    - 3.4.2 Die erste Phase der Enttrümmerung
    - 3.4.3 Die Anfänge des Wiederaufbaus
  
- 4 Das Entnazifizierungsverfahren**
  - 4.1 Das erstinstanzliche Verfahren
  - 4.2 Das Berufungsverfahren
  - 4.3 Nachwirkungen
  
- 5 Bilanz und Vermächtnis**
  
- 6 Diskussion und Bewertung der Ergebnisse der Untersuchung**
  - 6.1 Zu den Vorgängen in Hamm zwischen dem Kriegsende und dem Entnazifizierungsverfahren
  - 6.2 Zum Entnazifizierungsverfahren
  
- 7 Die Geschichte Emil Haarmanns als „Demokratiegeschichte“**

## 8 Quellen- und Literaturverzeichnis

## 9 Anhang

### Vorbemerkung

Im Hinblick auf die Thematik der „Demokratiegeschichte(n) als Lernprozess“ macht es die Person Emil Haarmanns besonders interessant, dass er seine Laufbahn als kommunaler Beamter noch im Kaiserreich begonnen hat, um dann bis zu seiner Pensionierung in drei weiteren politischen Ordnungen im Dienste der Stadt Hamm gestanden zu haben: anfangs in der Weimarer Republik als Magistrats-Stadtbaurat, seit 1933 als Leiter der Bauverwaltung und ab 1945 zunächst als kommissarischer Oberbürgermeister, dann als städtischer Beigeordneter. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen dabei nicht seine offensichtlichen Leistungen für die Stadt Hamm; ohne ihn und das Team des Bauamtes wären die zivilen Kriegsverluste in Hamm sicherlich mindestens doppelt so hoch gewesen, wenn nicht noch höher, um nur eines seiner Verdienste zu nennen. In dieser Arbeit geht es vielmehr um die Frage, ob eine Person wie Emil Haarmann, der Mitglied der NSDAP und anderer NS-Organisationen war, ein Demokrat sein beziehungsweise werden kann. Bereits seine Zeitgenossen müssen vergleichbare Gedanken umgetrieben haben, als der Vorschlag aufkam, Emil Haarmann für seine Verdienste öffentlich mit einer der höchsten demokratischen Auszeichnungen der jungen Bundesrepublik zu ehren. So versuchte der Regierungspräsident in Arnsberg, Ernst Schlensker, SPD,<sup>2</sup> im Jahre 1956 vergeblich, Emil Haarmann zwei Jahre nach dessen Pensionierung für den Bundesverdienstorden vorzuschlagen. Dafür bekam er aber vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, seinem Vorgänger im Amt des Regierungspräsidenten, Hubert Biernat, ebenfalls SPD, umgehend eine kalte Abfuhr.<sup>3</sup> Dass sich selbst zwei prominente Mitglieder ein und derselben Partei, der SPD, die beide unter dem Nationalsozialismus zu leiden hatten – der eine als entlassener Verwaltungsbeamter, der andere als inhaftierter Gewerkschafter und Journalist – uneinig sind, ob ein leitender Beamter, der die NS-Zeit als Mitläufer in der NSDAP unbeschadet überstanden hatte, einer hohen demokratischen Ehrung würdig ist, zeigt symptomatisch, wie sich an der Person Haarmanns die Geister schieden.

Das macht es für den Historiker, der an der Person Haarmanns ein Stück deutscher Demokratiegeschichte nachvollziehen möchte, spannend, zumal die Quellenlage insgesamt gut ist. Vor allem für den dienstlichen und öffentlichen Teil seiner Tätigkeiten und Lebensführung ist sie

---

<sup>2</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk\\_Arnsberg#Regierungspr%C3%A4sidenten](https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk_Arnsberg#Regierungspr%C3%A4sidenten) (Zugriff am 6. 6. 2020).

<sup>3</sup> Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, NW O Nr. 1308 und Nr. 2655 Ordensakten), im Folgenden zitiert als LAV NRW R, OA. Zur Person des aktuellen Innenministers; [https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett\\_Steinhoff\\_\(Nordrhein-Westfalen\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Steinhoff_(Nordrhein-Westfalen)) (Zugriff am 14. 2. 2020).

relativ umfassend: es gibt eine Personalakte im Stadtarchiv Hamm<sup>4</sup>, außerdem Ratsprotokolle, Veröffentlichungen von Bauamt und Archiv der Stadt Hamm, Material zum familiären Hintergrund Haarmanns im Stadtarchiv Witten sowie eine Entnazifizierungsakte im Landesarchiv Duisburg.<sup>5</sup> Weitere Archivalien konnten während der Recherche aufgefunden und für die Arbeit nutzbringend verwendet werden. Zur Stadtgeschichte Hamms während der NS-Zeit und der Nachkriegsjahre gibt es gut aufbereitete Literatur, auf die die Arbeit zurückgreifen konnte. Für die private Seite von Emil Haarmanns Leben sieht die Dokumentation erheblich dünner aus: es gibt keinen Nachlass und keine Nachfahren; die Ehe mit seiner Frau blieb kinderlos.<sup>6</sup> Lediglich an vereinzelten Stellen lässt sich ein Stück vom Privatleben fassen, vor allem in den Entlastungsschreiben in der Entnazifizierungsakte.

Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen eines Seminars für Forschendes Lernen innerhalb des Studiums im Alter an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter dem Thema: „Demokratiegeschichte(n) vor Ort“. Das stellt zwangsläufig die Frage an diese Arbeit, inwiefern es sich bei der Biografie Emil Haarmanns um eine „Demokratiegeschichte“ handelt.

Angesichts dessen, was oben über die Problematik der Quellenlage zur Privatsphäre Haarmanns festgestellt werden musste, erscheint es mangels Quellen schwierig, direkte Aussagen zu seiner Persönlichkeit und ihrer Entwicklung zu treffen. Es soll daher versucht werden, ein Bild Haarmanns aus seiner Tätigkeit in und für Hamm, besonders in den vier Nachkriegsmo-naten, als er die Stadt unter dem Kommando der britischen Besatzungsmacht vorübergehend leitete, zu gewinnen, das durch persönliche Erklärungen und Aussagen Dritter über ihn in der Nachkriegszeit ergänzt und auf seine Stichhaltigkeit hinterfragt werden soll. Hierzu dienen vor allem Haarmanns Erklärungen gegenüber dem ersten Hammer Bürgerrat und während des Entnazifizierungsverfahrens, ebenso die in dieses Verfahren eingebrachten Entlastungszeug-nisse. Auf diese Weise können möglicherweise Handlungsmotive, -ziele und -absichten er-kannt werden, die zu einer Beantwortung der Themenfrage am Ende der Arbeit führen.

Dabei wird Demokratie nicht im Sinne eines fertigen, als Messlatte anzulegenden Schemas verstanden – etwa zur Bewertung und Abgrenzung gegenüber anderen Herrschaftsformen –, sondern als Einhaltung von Mindeststandards der Absicherung politischer Teilhabe. Zu nen-nen sind hier die Existenz einer Verfassung, von Gewaltenteilung, einem Mehrparteiensystem und der Möglichkeit der Abwahl der Regierung durch die Wähler. Demokratisierung wird in

---

<sup>4</sup> Stadtarchiv Hamm, Bestand 40-4666, Personalakte Emil Haarmann, im Folgenden zitiert als StA Hamm, PA.

<sup>5</sup> Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland in Duisburg, NW 1100 BG. 32 Nr. 102 (Entnazifizie-rungsakte Haarmann), im Folgenden zitiert als LAV NRW R, EA.

<sup>6</sup> Nach dem Tode seiner Witwe Marie am 21. September 1993 in Hamm, drei Monate vor ihrem 97. Ge-burtstag, gerieten private Unterlagen Emil Haarmanns in Hamm auf den Trödelmarkt. Sie wurden von Dipl. Ing. Andreas Skopnik erworben und befinden sich jetzt im Privatbesitz von Karl Wulf (+ 2020), des-sen Nachlass im Stadtarchiv Hamm noch nicht inventarisiert ist. (StA Hamm, Bestand 2001-3816, Mappe Haarmann und mdl. Auskunft StA Hamm).

diesem Zusammenhang als ein Entwicklungsprozess des Aushandelns der inhaltlichen Ausgestaltung dieser Mindeststandards begriffen und als jeweils konkret ausgehandeltes, austarier-tes System labiler Balance – als ständiger Auftrag und fortschreitender Lernprozess. Zur Beantwortung der Themenfrage wird also zu überprüfen sein, inwieweit Haarmann die Etablie-rung solcher Mindeststandards der Teilhabe ein Anliegen war und auf welche Weise – auto-kratisch, technokratisch oder kooperativ - er in dieser Hinsicht vorgegangen ist.

Die Arbeit verdankt den übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an diesem Seminar sowie der Seminarleiterin wertvolle Anregungen und Impulse aus kritischen Diskussionen während der Seminarrunden und aus Korrekturvorschlägen und Hinweisen zu verschiedenen Entwick-lungsstufen des Textes, für die sich der Verfasser ausdrücklich und herzlich bedanken möchte.

Da es sich bei Emil Haarmann um den Hammer Stadtarchitekten handelt, sind manche Orts-angaben, Straßennamen und andere geografische Anmerkungen unvermeidlich. Sie werden möglichst auf das Nötigste beschränkt und/oder so zu erklären versucht, dass sie hoffentlich auch für den Leser/die Leserin verständlich werden, der/die nicht in Hamm beheimatet sind. Sie sind aber unerlässlich, um die planerischen bzw. gestalterischen Absichten nachvollzieh-bar zu machen.

Zur Rechtschreibung sei noch angemerkt, dass sich in den Zitaten die Arbeit nach der dortigen Rechtschreibung richtet. Bei maschinenschriftlichen Dokumenten der unmittelbaren Nach-kriegszeit schien zunächst die Schreibung des scharfen stimmlosen S-Lautes (ss oder ß) und der Umlaute dem Zufall geschuldet zu sein, ob gerade eine Maschine mit britischer oder ein Vorkriegsmodell mit deutscher Tastatur verfügbar gewesen ist. Tatsächlich ist die Schreibung des scharfen stimmlosen S aber völlig willkürlich: in ein und demselben Dokument wird auf einer - auch durch die Existenz von Umlauten ausgewiesen - eindeutig deutschen Tastatur daß (mit sz) und Strassen (mit doppel-S), in anderen auch umgekehrt geschrieben.

## **1 Herkunft, Familie und Werdegang**

### **1.1 Herkunft und Familie**

Geboren wurde Emil Haarmann als Sohn des Klempner- und Installateurmeisters Friedrich Haarmann und seiner Ehefrau, der Dienstmagd<sup>7</sup> Emilie Fuchs, am 22. Mai 1889 in Witten.<sup>8</sup> Die beiden waren zum Zeitpunkt seiner Anstellung in Hamm 1926 wohl auf 75 und 74

---

<sup>7</sup> Stadtarchiv Witten, Heiratsurkunde Friedrich Haarmann vom 18. 11. 1880, Standesamt Witten, Nr. 155/1880.

<sup>8</sup> StA Witten, Meldekartei der Stadt Witten, Buchst. H., Nr. 0515-146 und 147, auch: StA Hamm, PA, Le-benslauf (ohne den Namen der Mutter), im Folgenden zitiert als StA Witten, Meldekarte Friedrich Haar-mann.

Jahre alt.<sup>9</sup> Sein Vater starb am 27. Juli 1933 mit 82 Jahren, seine Mutter am 28. Dezember 1940, eine Woche vor ihrem 89. Geburtstag, in der Heilanstalt Tannenhof in Remscheid-Lüttringhausen, in die sie zweieinhalb Wochen vor ihrem Tode verlegt worden war. Emil Haarmann war das zweitjüngste von sechs Kindern. Seine Geschwister waren: Paula, Ewald, Adolf, Otto und Albert.<sup>10</sup> Seine Angaben für sein Gesundheitszeugnis: „*Geschwister: 3, zwei im [Ersten Welt-, d.V.]Krieg gefallen*“, ist offenbar als Summe zu verstehen.<sup>11</sup> Wie die Heiratsurkunde seiner Eltern und die Geburtsurkunden seiner Geschwister bezeugen, wuchs Emil Haarmann in einer protestantischen Familie auf.<sup>12</sup>

Tatsächlich war Emil Haarmann, der den Namen seiner Mutter erhalten hat und wohl der Jüngste bleiben sollte – sein jüngerer Bruder Albert war offensichtlich ein Nachkömmling -, anscheinend das erste und einzige akademisch ausgebildete Mitglied seiner Ursprungsfamilie. Obwohl die Meldekarten der einzelnen Geschwister in Witten nicht auffindbar sind, konnte festgestellt werden, dass sein Bruder Adolf im väterlichen Betrieb eine Klempnerlehre absolviert und später als Geselle und Meister gearbeitet hat.<sup>13</sup> Die beiden haben auch zunächst als einzige volljährige männliche Familienmitglieder in der Breiten Straße 107 gewohnt, wo sich außer der Wohnung auch der Betrieb befand. Im Jahre 1908 ist auch Emil Haarmann als „Baut.-Lehrling“ in der Breiten Straße 107 aufgeführt.<sup>14</sup> Er hatte zu dieser Zeit seine Maurerlehre bereits seit zwei Jahren beendet und arbeitete nach eigenen Angaben im Wittener Architekturbüro O. Brenscheidt.<sup>15</sup> Seinen Aufnahmeantrag an die Königlich Sächsische Technische Hochschule in Dresden vom 17. Oktober 1911 unterzeichnete er als „Bautechniker“,<sup>16</sup> so dass davon auszugehen ist, dass er die Tätigkeit im Büro Brenscheidt für eine zweite Ausbildung zum Bautechniker nutzte und die o.a. Abkürzung im Wittener Adressbuch als „Bautechniker-Lehrling“ zu lesen ist. Adolf sollte wohl den väterlichen Betrieb übernehmen, ist aber schon am 29. August 1915 am Bug in Südpolen gefallen.<sup>17</sup> Emils jüngerer Bruder Albert, der in seiner Sterbeurkunde als „Maschinenbauschüler“ bezeichnet wird, ist ebenfalls

---

<sup>9</sup> Gesundheitszeugnis, StA Hamm, PA.

<sup>10</sup> StA Witten, Meldekarte Friedrich Haarmann.

<sup>11</sup> StA Hamm, PA, Gesundheitszeugnis, 4. 6. 1926.

<sup>12</sup> StA Witten, Heiratsregister Nr. 155/1880; Geburtsregister Nr. 75/1883, 761/1884. 512/1886, 766/1887 und 128/1896. Die Urkunden liegen dem Verfasser in Kopie vor.

<sup>13</sup> StA Witten, Adressbuch von 1905, S. 107, 183; 1908, S. 70; 1910, S. 25, 57; Sterbeurkunde Adolf Haarmann vom 7. 10. 1917, Standesamt Witten, Sterbebuch Nr. 735/1915.

<sup>14</sup> StA Witten, Adressbuch von 1908, S. 70.

<sup>15</sup> StA Hamm, PA, Lebenslauf.

<sup>16</sup> Archiv der Technischen Universität Dresden, Altbestand der THD bis 1945, Studierendenakte Emil Haarmann, Signatur Nr. 4328, Aufnahmeantrag Haarmanns.

<sup>17</sup> StA Witten, Sterbeurkunde Adolf Haarmann, s.o.

im Krieg gefallen, und zwar am 28. Mai 1918 nördlich von Laon in Frankreich. Über die Ausbildungen der beiden anderen Brüder, Ewald und Otto, ließ sich mangels Meldekarten nichts Sicheres feststellen.<sup>18</sup>

Seine Klempnerei hat Friedrich Haarmann noch bis zum 1. April 1923 – dem Einsetzen der Hyper-Inflation - weiter betrieben und am 22. März 1924 im Alter von knapp 73 Jahren an seine Tochter Paula übergeben, die den Betrieb als „Geschäft für Haushaltsgegenstände und kunstgewerbliche Erzeugnisse“ bis zum 1. Juli 1924 weiterführte und am 21. November 1924 abmeldete.<sup>19</sup> Inzwischen hatte Paula Haarmann am 21. Oktober 1924 in denselben Räumen ein neues Gewerbe als „Geschäft für Hausgeräte“ angemeldet und betrieb es bis zum 31. 12. 1927.<sup>20</sup> Im Jahre 1945 arbeitete Emils Schwester Paula als Fürsorgerin in der NS-Volksfürsorge.<sup>21</sup> Sie starb am 18. März 1977 in Witten im Alter von 94 Jahren.<sup>22</sup>

Insgesamt lässt sich also über den familiären Hintergrund Emil Haarmans feststellen, dass er aus einer eher kleinbürgerlichen, handwerklich orientierten Familie stammte. Das wirft ein besonderes Licht auf seinen Werdegang, der für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg eine absolute Ausnahmeerscheinung darstellt. Diese Karriere zeugt von Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit und lässt auf einen ausgeprägten Ehrgeiz und Aufstiegswillen schließen.

## 1.2 Ausbildung

Seine Ausbildung verlief keineswegs so, wie das heute für Architekten üblich ist. Sein Berufsziel hat er eher, um einen etwas altmodischen Begriff zu benutzen, „auf dem zweiten Bildungsweg“ erreicht. Er besuchte zunächst von 1895 bis 1903 die Elementarschule in Witten, also vom 6. Lebensjahr bis zum Ende der achtjährigen Schulpflicht, die Schulform, die auf der unteren Stufe des Bildungssystems angesiedelt war und keine weiterführenden Abschlüsse vermittelte. Danach absolvierte er in Witten eine Maurerlehre, während derer er bei zwei Firmen auf unterschiedlichen Baustellen arbeitete. So erlernte er das Bauhandwerk von der Pike auf.<sup>23</sup> Nach erfolgreicher Ablegung der Prüfung zum Maurergesellen 1906 in Witten<sup>24</sup> arbeitete er im dortigen Architekturbüro O. Brenscheidt, besuchte nebenher „wohl die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule (mit Fachklassen für Bauhandwerker)“<sup>25</sup> und erreichte so

---

<sup>18</sup> Ein in den Wittener Adressbüchern nach der Wende zum 20. Jh. auftauchender Metzgermeister Ewald Haarmann ist jedenfalls definitiv nicht der ältere Bruder Emils wegen seines differierenden Geburtsdatums, aus dem gleichen Grund ist keiner der beiden Ottos (Bürogehilfe und Schleifer) identisch mit Emils gleichnamigem Bruder.

<sup>19</sup> StA Witten, Gewerbekartei, Karteikarte Haarmann, Friedrich.

<sup>20</sup> StA Witten, Gewerbekartei, Karteikarte Haarmann, Paula.

<sup>21</sup> LAV NRW R, EA, Fragebogen zur Entnazifizierung, S. 8.

<sup>22</sup> StA Witten. Sterbeurkunde Paula Haarmann, Standesamt Witten, Nr. 270/1977.

<sup>23</sup> StA Hamm, PA., Lebenslauf.

<sup>24</sup> LAV NRW R, EA., Fragebogen, S. 3.

<sup>25</sup> Arbeitszeugnis Architekturbüro Brenscheidt, datiert auf September 1911, StA Hamm, PA.

1908 „die Einjährigen-Berechtigung“, also die Mittlere Reife, nach heutigen Begriffen den Realschulabschluss.<sup>26</sup> Wahrscheinlich nutzte er - wie oben bereits erwähnt - diese Zeit, um eine weitere Berufsausbildung zum Bautechniker zu machen. In der Folgezeit leistete er 1909 und 1910 seine militärische Dienstpflicht in Hannover beim 73. Füsilierregiment ab, das er als Offiziersanwärter verließ.<sup>27</sup> In dieser Zeit besuchte er 1909 und 1910 für zwei Semester die Kunstgewerbeschule, wo er über eine Sonderregelung für Künstler die Hochschulzugangsberechtigung für ein Studium an Technischen Hochschulen erhielt, und die Technische Hochschule in Hannover.<sup>28</sup> Nach seiner Militärdienst- und Studienzeit in Hannover arbeitete er für ein Jahr wiederum im Architekturbüro O. Brenscheidt in Witten, diesmal selbständig als Vorarbeiter und Bauleiter sowie im Büro, um die ökonomische Seite seines angestrebten Berufes kennenzulernen. Zum Abschluss dieser Tätigkeit wird das bereits zitierte Arbeitszeugnis im September 1911 ausgestellt worden sein, das besonders seine fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie seine Fähigkeit in der Personalführung in der Arbeitskolonne und seine Selbstständigkeit und Gewissenhaftigkeit in der Bauleitung und Rechnungslegung herausstellt. Danach setzte er sein Studium an der Technischen Hochschule Dresden „unter besonderer Berücksichtigung städtebaulicher und wirtschaftlicher Fragen“ fort,<sup>29</sup> und zwar von 1911 bis 1913.<sup>30</sup>

Seit dem 1. April 1913 war Emil Haarmann als Stadtarchitekt in der städtischen Hochbauverwaltung in Danzig beschäftigt. Noch im ersten Jahr seiner Beschäftigung nahm er als Mitglied der Internationalen Gartenstadtgesellschaft an einer Studienreise durch die Niederlande und Großbritannien teil.<sup>31</sup> Im Entnazifizierungs-Fragebogen hat er die Mitgliedschaft im „Bund Deutsche Bodenreform“ von 1923 bis 1937 angegeben.<sup>32</sup>

---

<sup>26</sup> StA Hamm, PA, Lebenslauf.

<sup>27</sup> StA Hamm, PA, Lebenslauf. Ebenfalls so in seinem Aufnahmeantrag an die TH Dresden (Archiv der Technischen Universität Dresden, Altbestand der THD bis 1945, Studierendenakte Emil Haarmann, Signatur Nr. 4328.

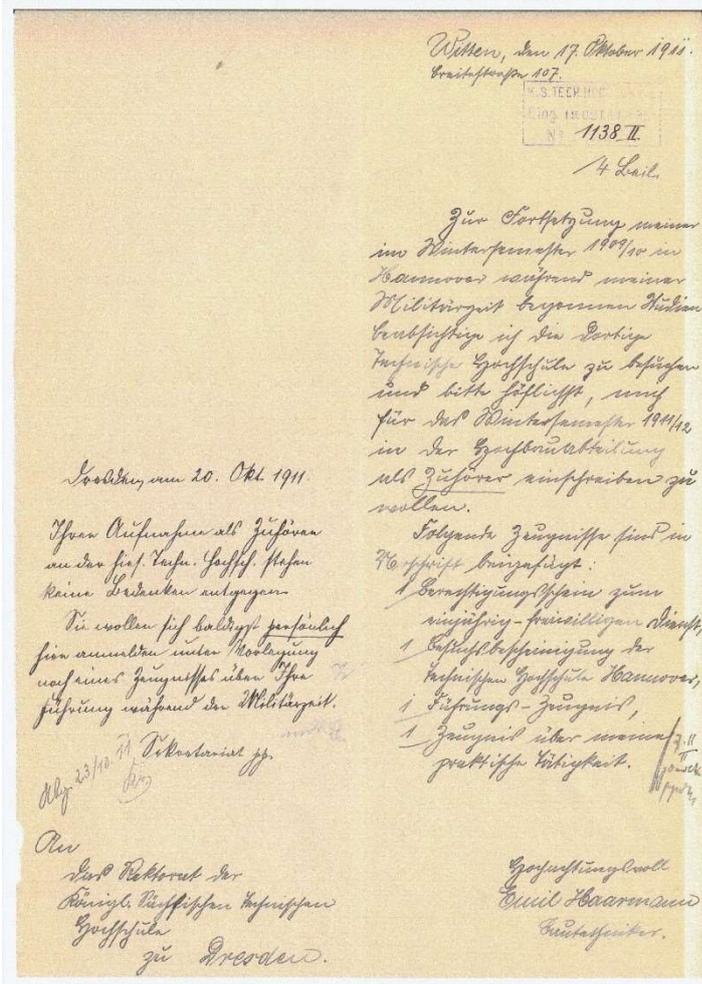
<sup>28</sup> LAV NRW R, EA, Fragebogen, S. 2.

<sup>29</sup> StA Hamm, PA, Lebenslauf.

<sup>30</sup> LAV NRW R, EA, Fragebogen, S. 2.

<sup>31</sup> StA Hamm, Mappe Haarmann.

<sup>32</sup> LAV NRA R, EA, Fragebogen, S. 8



Aufnahmeantrag Haarmanns an die TH Dresden <sup>33</sup>

Zeugnisse oder Diplome existieren nach Angaben des Entnazifizierungs-Fragebogens, also im Frühjahr 1946, nicht oder nicht mehr – sein Privathaus in Hamm wurde während des Zweiten Weltkrieges beim Bombenangriff am 29. Januar 1945<sup>34</sup> zerstört, möglicherweise wurden seine Privatdokumente dabei vernichtet. In seiner Personalakte in Hamm finden sich jedoch noch Kopien bzw. maschinenschriftliche Durchschläge von Arbeitszeugnissen des Architekturbüros Brenscheidt aus Witten, seines ehemaligen Vorgesetzten im Danzig der Vorkriegszeit (1913/14) sowie der Hochbauverwaltung des Senats der Freien Stadt Danzig vom März 1925 durch den Oberbaurat Prof. Fischer, die ihm allesamt hervorragende Zeugnisse über seine Teamfähigkeit und Führungskompetenz, seine hervorragende fachliche Kompetenz sowohl architektonisch als auch planerisch und wirtschaftlich, sowie über seine persönlich tadellose Führung ausstellen und sein hohes Ansehen im Kollegium betonen.

<sup>33</sup> Archiv der Technischen Universität Dresden, Altbestand der THD bis 1945, Studierendenakte Emil Haarmann, Signatur Nr. 4328.

<sup>34</sup> StA Hamm, PA., Entlastungszeugnis Anne Tacke.

### 1.3 Kriegsdienst

Während des Ersten Weltkrieges war Emil Haarmann als Leutnant d. R. Führer einer selbständigen Radfahrerkompanie (der Radf.-Komp. 155). Diese Kompanie war sowohl zunächst an der Ost- als auch später an der Westfront eingesetzt.<sup>35</sup> Die Tatsache, dass er als Offizier am Kriege teilnahm, während sein älterer Bruder lediglich Unteroffizier und sein jüngerer einfacher Füsilier [= Schütze, d.V.] war, verdankt sich wahrscheinlich seinem höheren Bildungsgrad, da er seine Militärausbildung bereits als Einjährig-Freiwilliger absolviert und als Offiziersanwärter beendet hatte und inzwischen eine abgeschlossene akademische Ausbildung vorweisen konnte. Während des Ersten Weltkrieges erhielt er das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse sowie den sächsischen Albrecht-Orden mit Schwertern.<sup>36</sup>

### 1.4 Eheschließung und beruflicher Werdegang

Nach Kriegsende kehrte Haarmann nach Danzig zurück und war seitdem als Stadtbaumeister in beamteter Stellung (Bes. Gr. XI der staatlichen Besoldungsordnung) vorwiegend mit städtebaulichen und siedlungstechnischen Aufgaben beschäftigt.<sup>37</sup>

Während seiner Tätigkeit in Danzig heiratete Emil Haarmann am 20. September 1921 in Hamm die gleichfalls evangelische Marie Hunold.<sup>38</sup> Er hatte sie wahrscheinlich durch seinen Kriegskameraden und Freund Gerhard Stricker<sup>39</sup> aus Lippstadt kennengelernt, der mit einer Schwester Maries verheiratet war.

In seinem Bewerbungsschreiben an die Stadt Hamm auf eine ausgeschriebene Stelle als Magistratsbaurat, dem er noch zusätzlich Tätigkeitsberichte und Aufgabenbeschreibungen beilegte, beschrieb er im Frühjahr 1925<sup>40</sup> seine Danziger Tätigkeit genauer. So erstellte er zunächst eine Denkschrift über die Richtlinien der Danziger Stadtentwicklung sowie General-Siedlungs- und Verkehrspläne für Groß Danzig als Grundlage für die weitere bauliche Gestaltung der Stadt. Im 1920 eingerichteten Siedlungsamt, jetzt [1925, d.V.] Stadterweiterungsamt wurde er Abteilungsleiter Hochbau. Nach dem Ausscheiden des Abteilungsleiters Tiefbau nahm er vorübergehend die Aufgaben beider Abteilungsleitungen wahr.

---

<sup>35</sup> StA Hamm, PA, Lebenslauf.

<sup>36</sup> LAV NRW R, EA, Fragebogen S. 5.

<sup>37</sup> StA Hamm, PA, Lebenslauf. Der Lebenslauf datiert vom 21. Juni 1926 und ist aus Anlass der Bewerbung auf eine ausgeschriebene Magistrats-Bauratsstelle im Hamm verfasst worden.

<sup>38</sup> StA Hamm, Standesamt Hamm, Heiratsregister Nr. 402 / 1921. Zur Konfession: StA Hamm, Melderegister, Meldekarte Heinrich Hunold.

<sup>39</sup> Zu Gerhard Stricker siehe weiter unten, Kapitel 4.1.

<sup>40</sup> StA Hamm, PA, Bewerbungsschreiben vom 12. Mai 1925.

Er entwickelte persönlich eine neue Baupolizei-Verordnung mit einem Zonenplan für die Zuständigkeitsbereiche und entwarf den neuen Zentralfriedhof, den er auch selbst einrichtete, sowie Siedlungspläne für mehrere Siedlungen für je 20.000 – 40.000 Einwohner. Schließlich plante er für die Stadt Kalthof bei Marienburg die Bebauung eines hügeligen Geländes, des sog. Zigankenberges, einer Fläche von 30 ha, mit ländlicher Besiedelung und einem Landhausviertel sowie verschiedene Platzgestaltungen. Derzeit sei er in der Bauberatung und Bauüberwachung aller Bauten mit städtischen Beihilfe-Hypotheken tätig, u.a. bei der Umsiedlung der Wohnungen auf der Westernplatte wegen der dort beabsichtigten Anlage eines polnischen Munitionshafens. Weiterhin sei er beschäftigt mit der Bearbeitung weiterer Bebauungspläne sowie der Projektierung und Ausführung der Hochbauten des Zentralfriedhofs und neuer Sportanlagen.

Mit Ausnahme der Kriegs- und Revolutionsjahre 1914 – 1919 hat er sich in jedem Jahr mit wechselndem Erfolg an Architekturwettbewerben beteiligt, zum großen Teil innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches, aber auch in Polen und Italien. Zum Schluss seines mehrseitigen Bewerbungsschreibens findet sich ein Satz, den man auch gut zum Motto seines Arbeitslebens erklären könnte: „*Meine persönliche Auffassung: restlose Zweckerfüllung, ernsthafte Bewältigung aller technischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten mit dem Endziel künstlerischer Gesamtgestaltung.*“<sup>41</sup> Haarmann unterzeichnete seine Bewerbung als „Mitglied der Arche“, der Danziger Architektenvereinigung „Die Arche“.<sup>42</sup>

Das Bewerbungsschreiben ist mit Bleistift mit der Nummer 8 versehen, was vermutlich die Reihenfolge des Eingangs von Bewerbungen wiedergibt. Zudem trägt es ebenfalls mit Bleistift die Bemerkung: „sehr beachtlich, Schl.“<sup>43</sup> Die Paraphrase ist die des damaligen Hammer Oberbürgermeisters Schlichter, dem das Bewerbungsschreiben offensichtlich sehr gut gefiel, wohl auch wegen der unbestreitbaren Qualifikationen des Bewerbers, was aber durchaus nicht der einzige Grund für die Beachtung war, die er dem Schreiben schenkte. Schon zwei Wochen, nachdem das Bewerbungsschreiben aus Danzig abgeschickt worden war, wandte sich in Hamm der Konrektor a.D. H. Hunold mit einem Schreiben vom 25. Mai 1925 an den Oberbürgermeister, um diesem eine Frage zu beantworten, die er dem Verfasser einige Tage zuvor gesprächsweise gestellt hatte, ob er nämlich seinen Schwiegersohn so lange bei sich wohnen lassen könne, bis dieser sich selbst eingerichtet habe. Der geschäftstüchtige Konrektor a.D. bejahte die Frage unter der Bedingung, dass er von der Stadt Hamm die Summe für den Verkauf eines Grundstückes sofort erhalte und nicht erst in einigen Jahren sowie noch eine Zulage. Sein Schwiegersohn habe dann auch Zeit, in Danzig seine Besitztümer zu verkaufen.<sup>44</sup>

---

<sup>41</sup> StA Hamm, PA, Bewerbungsschreiben.

<sup>42</sup> Barylewska-Szymanska, Ewa, Friedrich Fischer und die Architekturdenkmalpflege in den Anfängen der Freien Stadt Danzig, in: Badstübner-Kizig, Camilla und Kizig, Edmund (Hgg.), Entdecken – Erforschen – Bewahren. Beiträge zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege. Festgabe für Sibylle Badstübner-Gröger zum 12. Oktober 2015, Berlin (Lukas-Verlag) 2016, S. 286 – 295, hier: S. 286.

<sup>43</sup> StA Hamm, PA, Bewerbungsschreiben.

<sup>44</sup> StA Hamm, PA, Schreiben Hunold an den OB vom 25. Mai 1925.

Der Oberbürgermeister erkundigte sich offensichtlich schon kurz nach Eingang des entsprechenden Bewerbungsschreibens nach vorübergehenden Unterbringungsmöglichkeiten für den favorisierten Bewerber, den er offensichtlich auch persönlich kannte, und zwar bevor noch überhaupt ein Auswahlverfahren in Gang gekommen war.

Um das Einstellungsverfahren und Haarmanns Position innerhalb der Stadtverwaltung besser verstehen zu können, soll ein kurzer Einblick in die Verwaltungsstruktur einer preußischen Stadt bis 1933 gegeben werden. Die Grundlage für die Organisation der kommunalen Verwaltung Preußens war auch nach dem Ende des Kaiserreiches noch die auf den Freiherrn von Stein zurückgehende Städteordnung von 1808 in ihrer jeweils gültigen Fassung. Die Fassung von 1856 galt – bis auf das 1919 geänderte Wahlrecht – in den Grundzügen bis 1933. Alle wahlberechtigten Bürger (und seit 1918 auch Bürgerinnen) wählten die Stadtverordnetenversammlung auf sechs Jahre, wobei jeweils alle zwei Jahre ein Drittel der Stadtverordneten neu gewählt wurde. Diese wählten die Mitglieder des Magistrats und den (Ober-)Bürgermeister – die unbesoldeten Magistrate auf sechs Jahre, die besoldeten und den (Ober-)Bürgermeister auf zwölf Jahre – sowie jährlich ihren Vorsitzenden, den Schriftführer sowie deren Stellvertreter. Die Magistrate leiteten als Spitzenbeamte die Abteilungen der städtischen Verwaltung, der (Ober-)Bürgermeister die gesamte Verwaltung. Er hatte den Vorsitz sowie Stimmrecht im Magistrat. Der Magistrat war ein Kollegial-Gremium, das heißt, er legte seine Entscheidungen in Mehrheitsbeschlüssen fest. Der (Ober-)Bürgermeister hatte die Stellung eines primus inter pares und war den Magistraten gegenüber nicht weisungsberechtigt. Der Magistrat war das Machtzentrum der Stadt. Er legte die städtische Politik und Entwicklung fest und war an Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht gebunden, es sei denn, er akzeptierte sie explizit.<sup>45</sup> Magistratsbeschlüsse mussten der Stadtverordnetenversammlung zur Stellungnahme vorgelegt werden, waren aber nicht an deren Zustimmung gebunden. In Hamm bestand der Magistrat am Ende der Weimarer Republik aus dem Oberbürgermeister und drei weiteren hauptamtlichen – Verwaltungsdirektor, Kämmerer und Stadtbaurat – sowie zehn ehrenamtlichen Stadträten.<sup>46</sup>

Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts nahm die politische Bedeutung der ehrenamtlichen Stadträte wegen der erheblichen Erweiterung der infrastrukturellen städtischen Aufgaben -

---

<sup>45</sup> Der Magistrat hat gem. § 56 Nr. 2 „die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten und soweit er sich mit denselben einverstanden erklärt, zur Ausführung zu bringen.“ Er erstellt gem. § 66 ebenfalls jährlich einen Etatentwurf, der öffentlich ausgelegt und dann von der Stadtverordnetenversammlung „festgestellt“ wird, die gem. §48 „über die Benutzung des Gemeindevermögens“ zu beschließen hat. <https://verfassungen.de/nrw/westfalen/staedteordnung-westfalen56.htm> (Zugriff am 18.12.2020).

<sup>46</sup> Witt, Manfred: Verdrängte Geschichte: Hamm in der Zeit des Nationalsozialismus (1933 – 1945), in: Ribhegge, Wilhelm; Schönbach, Eva-Maria; Witt, Manfred, Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Wilhelm Ribhegge im Auftrag der Stadt Hamm, Düsseldorf (Schwann) 1991, S. 294 – 371, hier: S. 327.

Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität sowie Abwasser- und Abfallentsorgung - erheblich ab und es kam zur Herausbildung einer „*hauptamtlichen Verwaltungselite*“.<sup>47</sup> Auch die Bedeutung der (Ober-)Bürgermeister war wegen des rapide wachsenden Umfangs ihrer Aufgaben seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts in hohem Maße gestärkt worden.

*„Mit dem Bedeutungszuwachs der (Groß)Städte stiegen auch die Oberbürgermeister zu wichtigen politischen Leitfiguren des infrastrukturellen und sozialpolitischen Wandels auf. Gewissermaßen als ‚Könige vor Ort‘ standen sie der städtischen Vertretung und Verwaltung vor.“<sup>48</sup>*

Der Nationalsozialismus beseitigte die kommunale Selbstverwaltung mit der Durchsetzung des Führerprinzips auch in der Kommunalpolitik. Schon am 5. Februar 1933 waren auf Anordnung des kommissarischen preußischen Innenministers Göring alle preußischen Provinziallandtage, Kreistage und Gemeindevertretungen aufgelöst worden, um den preußischen Staatsrat zu neutralisieren.<sup>49</sup> Durch das Preußische Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933 fand eine Neuordnung der Gemeindeverwaltung für Preußen statt,<sup>50</sup> bevor in der Deutschen Gemeindeverordnung von 1935 eine reichsweit einheitliche Gemeindeordnung durch die NS-Regierung erlassen wurde.<sup>51</sup>

## 1.5 Die Einstellung in Hamm

Im weiteren Verlauf zeigte sich aber, dass der Oberbürgermeister zu früh gestartet war. Der Magistrat der Stadt Hamm als entscheidendes Gremium hatte nicht die Absicht, die Stelle sofort zu besetzen, sondern vorläufig erst einmal abzuwarten. Nachdem Haarmann noch am 26. Mai 1925 schriftlich nachgereicht hatte, dass er vergessen habe, darauf hinzuweisen, „*dass meine Kenntnisse und Leistungen durchweg den Anforderungen entsprechen, die an einen Regierungsbaumeister gestellt werden.*“ und zu betonen, dass er nicht bei der Stadt Danzig, sondern bei der Regierung der Freien Stadt Danzig als Lebenszeitbeamter, also nicht als städtischer, sondern als Regierungsbeamter angestellt sei,<sup>52</sup> wurde er zum persönlichen Vorstellungsgespräch für den 20. Juli 1925 eingeladen.<sup>53</sup> Auf seine Nachfrage vom 5. August 1925, ob es in seiner Sache schon eine Entscheidung gegeben habe, erhielt er vom Magistrat

---

<sup>47</sup> Mecking, Sabine: Kommunale Selbstverwaltung und lokale Demokratie, in: Ditt, Karl (Hg): Westfalen in der Moderne 1815-2015, Aschendorff: Münster 2015, S. 121 – 138; hier: S. 126.

<sup>48</sup> Mecking: Kommunale Selbstverwaltung, S. 125.

<sup>49</sup> Witt: Verdrängte Geschichte, S. 306.

<sup>50</sup> Witt: Verdrängte Geschichte, S. 337.

<sup>51</sup> Mecking: Kommunale Selbstverwaltung, S. 132.

<sup>52</sup> Haarmann an den Magistrat der Stadt Hamm vom 26. Mai 1925, StA Hamm, PA. Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges gehörte die Stadt Danzig bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht mehr zum Deutschen Reich, sondern stand mit ihrem Umfeld als Mandatsgebiet unter der Verwaltung des Völkerbundes. Deshalb gab es eine Stadtverwaltung und eine Landesregierung.

<sup>53</sup> StA Hamm, PA, Einladungsbestätigung Haarmanns an den Magistrat der Stadt Hamm vom 16. Juli 1925.

der Stadt Hamm den lapidaren Bescheid: „Die Wahl zur Besetzung der Magistratsstadtbauratsstelle ist nicht auf Sie gefallen.“<sup>54</sup> Entsprechend den oben erwähnten Absichten des Magistrats wurde die Stelle vorläufig nicht besetzt.

Am 5. Juni 1926 teilten Magistrat und Oberbürgermeister der Stadt Hamm Emil Haarmann in einem Schreiben mit, dass der Magistrat auf der Grundlage eines weiteren Beschlusses vom 27. Mai 1926, die Magistratsbaurats-Stelle jetzt doch möglichst zeitnah zu besetzen, ihn nunmehr am 2. Juni 1926 für ein halbes Jahr auf Probe zum Magistratsbaurat für Hochbau gewählt habe, sofern er ein positives Gesundheitszeugnis beibringen könne. Er werde eingruppiert nach Besoldungsgruppe XI/Endstufe (das entspricht der heutigen Besoldungsgruppe A 13<sup>55</sup>) unter Berücksichtigung der Vordienstzeiten. Zu seiner weiteren Information über seine künftige Arbeitsstelle wurde mitgeteilt, dass die Stadt getrennte Büros für Hoch- und Tiefbau unterhalte, das Vermessungswesen dem Tiefbauamt unterstellt sei und es keine Personalaufstockung geben solle. Als Anlage wurden eine Geschäftsordnung der städtischen Bauverwaltung und ein Stellenplan des Hochbauamtes beigelegt. Die Anstellung erfolge unter der Maßgabe der Freigabe der Stelle durch den Oberpräsidenten der preußischen Provinz Westfalen. Es werde eine baldige Antwort erwartet und im bejahenden Falle ein ausführlicher Lebenslauf und die Kopien seiner Zeugnisse.<sup>56</sup> Emil Haarmann und der Hammer Magistrat einigten sich schließlich auf einen Dienstbeginn am 1. Oktober 1926, da er nicht früher aus Danzig freikomme, weil er noch laufende Aufgaben zu Ende bringen müsse und die Vertretung des Bauamtsleiters bis Ende September übernommen habe.<sup>57</sup> Für die halbjährige Probezeit in Hamm ließ sich Haarmann in Danzig beurlauben.

Nach seinem Dienstantritt<sup>58</sup> tauchten Fragen auf nach seiner Vereidigung als Beamter. Haarmann war des Glaubens, er sei bereits in Danzig [wohl 1912/13, d. V.] auf die preußische Staatsverfassung und die deutsche Reichsverfassung vereidigt worden, was die Stadt Hamm zu einer Nachfrage in Danzig veranlasste. Von dort kam die Auskunft, Haarmann sei erst 1920 als Beamter vereidigt worden, und zwar auf die Verfassung der Freien Stadt Danzig, da Danzig zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu Preußen und dem Deutschen Reich gehört habe. Vor 1920 sei er als Angestellter beschäftigt gewesen.<sup>59</sup> Entsprechend dieser Auskunft wurden die Vereidigungen auf die preußische Staatsverfassung und die deutsche Reichsverfassung in Hamm nachgeholt.<sup>60</sup>

---

<sup>54</sup> StA Hamm, PA, Haarmann an den Magistrat der Stadt Hamm vom 5. August 1925. Die Rückseite dieses Schreibens trägt folgende handschriftliche Notiz: „10/8.25 Antworten: auf das gefl. Schreiben vom 5. d. M. ‚Die Wahl zur Besetzung der Magistratsstadtbauratsstelle ist nicht auf Sie gefallen.‘ Dank für die Bewerbung, Unterlagen zurück, ab 12. 8. Der Magistrat.“

<sup>55</sup> StA Hamm, Mappe Haarmann, Kurzbiografie.

<sup>56</sup> Der Magistrat der Stadt Hamm an Haarmann vom 5. Juni 1926, StA Hamm, PA.

<sup>57</sup> Haarmann an den Magistrat der Stadt Hamm vom 26. Juni 1926 (Eingangsstempel), StA Hamm, PA.

<sup>58</sup> Dienstantrittsnotiz vom 1. 10. 1926, StA Hamm, PA.

<sup>59</sup> Schreiben der Freien Stadt Danzig an die Stadt Hamm vom 28. 10. 1926, StA Hamm, PA.

<sup>60</sup> Siehe entsprechende Bescheinigungen in der Personalakte, StA Hamm, PA.

Sechs Wochen vor Ablauf des Probejahres bat Haarmann den Oberbürgermeister der Stadt Hamm am 12. Februar 1926 um eine baldige Entscheidung in seiner Angelegenheit, da sein Urlaub in Danzig zum 31. März 1927 ende und er gegebenenfalls sein Umzugsgut bis zu diesem Datum aus Danzig abtransportiert haben müsse. Zugleich bat er um besoldungsmäßige Gleichstellung mit dem Leiter des Tiefbauamtes (Besoldungsgruppe XII), da hier eine absolut parallele Arbeit vorliege und dies auch mündlich so abgesprochen sei. Die Besoldungsdifferenz lasse eine beabsichtigte Abstufung zum Abteilungsleiter befürchten, zumal Pläne kursierten, eine Oberbauratsstelle einzurichten und diesem den Hoch- und Tiefbau als Abteilungen zu unterstellen. *„Derartige Regelungen stünden im Widerspruch zu den Anstellungsbedingungen und würden ein gedeihliches Arbeiten unmöglich machen.“* In diesem Falle lege er Wert darauf, die Amtsbezeichnung „Stadtbaurat“ zu erhalten, *„weil nur dadurch die Beibehaltung meiner selbständigen Stellung klar ausgedrückt wäre.“*<sup>61</sup> Am 21. Februar 1927 beschloss der Magistrat der Stadt Hamm die endgültige Anstellung Haarmanns als Magistratsstadtbaurat mit der Besoldungsgruppe XI / Endstufe und Überleitung nach Gruppe XII zum 1. Oktober 1928 vorbehaltlich der Freigabe durch den Oberpräsidenten. Am 22. Februar wurde dieser Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt und am 4. März 1927 wurde Haarmann die endgültige Festanstellung schriftlich mitgeteilt.

Ein Aktenvermerk des Oberbürgermeisters Schlichter vom 23. März 1927 zeigt, dass Zweifel an der Zulässigkeit einer sofortigen Lebenszeit-Verbeamtung aufgekommen waren. Diese sei jedoch möglich, so Schlichter, weil Haarmann in Danzig bereits eine Lebenszeitverbeamtung für die Stelle in Hamm aufgegeben habe und weil der Vertrag den Passus erhalte, dass die Lebenszeitverbeamtung erlösche, falls Haarmann vor Ablauf von fünf Jahren seine Stellung verlasse. Diese Auskunft solle der Stadtverordnetenversammlung am 25. März zur Information vorgelegt werden.

Dennoch blieb das Arbeitsverhältnis ein Anlass immer wieder auftretender Konflikte. Noch vor Eintreten der versprochenen Überleitung in die Besoldungsgruppe XII kam es 1927 zu einer Reform der Besoldungsordnung, in der auch die Anrechnung von Vordienstzeiten neu geregelt wurde mit dem Ergebnis, dass Haarmann nach der neuen Besoldungsordnung trotz Höhergruppierung weniger verdiente als nach der alten, so dass Haarmann die berufsständische Interessenvertretung einschaltete. Der Stadtverband Hamm des Verbandes kommunaler Beamter und Angestellter (Komba) war der Meinung, es müsse ihm mindestens der Differenzbetrag weitergezahlt werden, der daraufhin eingeschaltete Bezirksverband Essen stellte fest, dass sein Dienstalter zu seinen Ungunsten falsch berechnet worden sei. Der Hammer Magistrat wählte daraufhin freiwillig die für ihn günstigere Lösung und ordnete die Fortzahlung des Differenzbetrages an. Dieses Problem war im November 1928 nach Meinung des Magistrates

---

<sup>61</sup> Haarmann an den Oberbürgermeister vom 12. 2. 1927, StA Hamm, PA.

gerade geklärt, als im März 1929 aus Danzig eine Neuberechnung von Haarmanns Vordienstzeiten aus der Beschäftigung in Danzig eintraf. Im Juli 1931 beanstandete die Bezirksregierung Arnsberg die Berechnung seines Dienstalters und verlangte von der Stadt eine Prüfung und gegebenenfalls eine Korrektur. Auch die Notverordnungs politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning<sup>62</sup> fand ihren Niederschlag in der Personalakte: Haarmann legte Widerspruch gegen die Gehaltskürzungen entsprechend der preußischen Sparverordnung vom 12. September 1931 ein ebenso wie gegen die von der Bezirksregierung verfügte Festsetzung seines Besoldungsdienstalters. Dabei argumentierte Haarmann grundsätzlich: Er betrachte die ursprünglichen vertraglichen Vereinbarungen, die Voraussetzung des Stellenwechsels unter Aufgabe einer Lebenszeit-Beamtenstelle gewesen seien, als rechtsverbindlich. Sie könnten nicht nachträglich durch den Regierungspräsidenten unter Hinweis auf staatliche Richtlinien geändert werden.<sup>63</sup>

## 1.6 Überlegungen zu Haarmanns Persönlichkeit

Ließ bereits der Ausbildungsgang vom Elementarschul-Abschluss zum Architektur-Diplom einer Technischen Hochschule einen hohen Grad an Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit, Ehrgeiz und Aufstiegs willen erkennen, brachte Haarmann auch die berufspraktische Ausbildung nicht nur handwerkliche Kenntnisse und Fähigkeiten ein. Entsprechend seinen Arbeitszeugnissen war er ebenso fähig und bereit, sich in das Arbeitsteam einer Baukolonne einzuordnen wie er als Vorarbeiter oder gar Bau führer Leitung und Verantwortung zu übernehmen in der Lage war. Dabei wurden seine soziale wie seine fachliche Kompetenz und seine Fähigkeit zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Arbeit gleichermaßen positiv herausgestellt. Diese Fähigkeiten wurden durch seinen Einsatz als Offizier im Ersten Weltkrieg sicherlich weiter ausgeprägt, so dass nach Kriegsende von einer zuverlässigen, selbstbewussten und selbstsicheren Persönlichkeit mit umfangreichen Erfahrungen in leitenden und verantwortlichen Positionen und unabhängigem Urteilsvermögen ausgegangen werden kann, die in Notfällen auch sehr belastbar war. Dies wird dadurch unterstrichen, dass er in Danzig zeit- und vertretungsweise außer dem Hochbau- auch das Tiefbauamt und die gesamte Bauverwaltung leitete. Auch in den Verhandlungen um seine Anstellung in Hamm legte Haarmann ausgesprochenen Wert auf die Betonung seiner selbstständigen Position und die Angemessenheit seiner Bezahlung im Vergleich zu parallelen Tätigkeiten anderer Kollegen. Emil Haarmann vermittelt den Eindruck, dass er sich seines Wertes, seiner Fähigkeiten und Kenntnisse sehr bewusst ist und sich keineswegs unterwertig „verkaufen“ möchte. In seiner beruflichen Tätigkeit hatte er alle

---

<sup>62</sup> Heinrich Brüning war seit April 1930 Reichskanzler und erzwang gegen den Widerstand des Reichstages durch Notverordnungen eine rigide Sparpolitik, vor allem auf Kosten der Beamtenschaft. Nachdem seine erste Notverordnung im Reichstag vor allem an der SPD gescheitert war, ließ er diesen durch den Reichspräsidenten Paul v. Hindenburg auflösen. In den Juni-Wahlen von 1930 wurde die NSDAP zur Massenpartei, weshalb die SPD sich bei der Vorlage der nächsten Notverordnungen durch die Regierung ruhig verhielt (Tolerierungspolitik), indem sie der Abstimmung fernblieb.

<sup>63</sup> Haarmann an den Magistrat der Stadt Hamm vom 12. 10. 1932, StA Hamm, PA.

Tätigkeitsfelder kennengelernt, die er erwartungsgemäß auch in Hamm würde einsetzen können: er hatte sich sowohl mit dem Siedlungsbau als auch mit aufgelockerten Bebauungen in der Landschaft, mit Sportanlagen und in Gestalt des Friedhofs auch mit großflächigeren Grünanlagen und Platzgestaltungen praktisch befasst. Dass er Mitglied der Internationalen Gartenstadtgesellschaft und des Bundes Deutscher Bodenreform<sup>64</sup> war, lässt auf eine Nähe zu eher reformarchitektonischen Strömungen schließen, denen eine aufgelockerte Siedlungsweise eher lag als eine Komprimierung von Menschen in geballten Stadtkernen. Die „erste und zugleich vollständigste und radikalste Verwirklichung einer Gartenstadt in Deutschland“<sup>65</sup> – Hellerau bei Dresden, geplant ab 1906, gebaut ab 1909, und ihre Ziele, gesunden Wohnraum mit eigenem Garten für Arbeiter auf der Basis genossenschaftlichen Eigentums - wird Haarmann während seines abschließenden Studiums in Dresden persönlich kennengelernt haben. Für eine entsprechende reformerische Ausrichtung Haarmanns spricht auch sein Lichtbildvortrag zum Thema „Altstadt und Neustadt und ihre Beziehungen zur Landschaft“, den er am 28./29. 6. 1931 in Hamm vor der 10. Hauptversammlung der Bezirksstelle für Naturdenkmalpflege gehalten hat.<sup>66</sup> Die bisher beobachteten und aus Beobachtungen erschlossenen Charaktereigenschaften befähigten Haarmann, gegenüber dem Nationalsozialismus eine sehr dezidierte innere, in den ersten Jahren auch äußere Unabhängigkeit zu behalten, obwohl das selbsternannte „Dritte Reich“ ihm zunächst als Heilmittel gegen die parteipolitische Zerrissenheit und Reformunfähigkeit der Weimarer Republik erschienen war.

## 2 Emil Haarmanns Tätigkeit in Hamm

### 2.1 Haarmanns Tätigkeit vor 1933

In den Jahren 1926 bis 1933 lag das Tätigkeitsfeld des neuen Magistratsbaurates überwiegend in der Siedlungsplanung in der Hammer Nordenfeldmark.<sup>67</sup> Noch im Jahre 1926 fertigte Emil

---

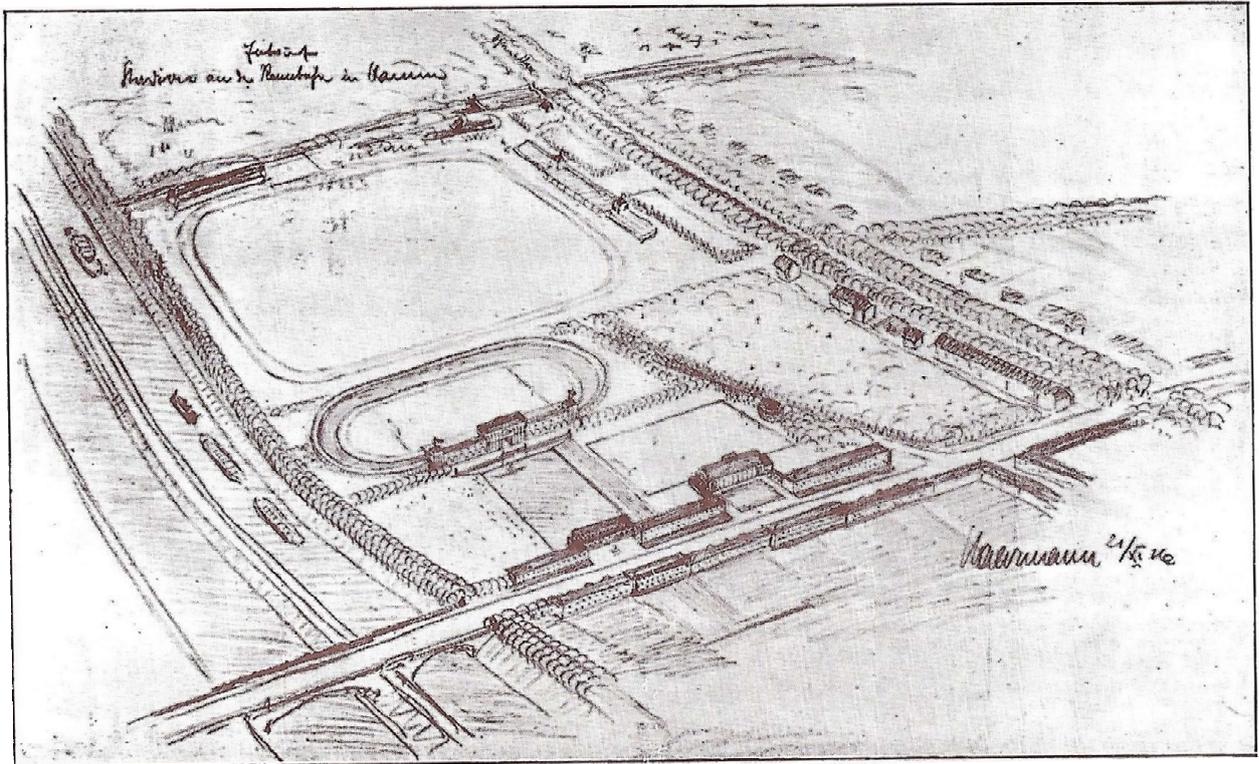
<sup>64</sup> Gegründet 1898 von Adolf Damaschke, sozialreformerisch ausgerichtet, beanspruchte den nicht durch Arbeit erzielten Wertzuwachs des Bodens für die Allgemeinheit durch eine Wertzuwachssteuer auf Grundbesitz. Der Bund wurde von den Parteien der Weimarer Koalition unterstützt und stellte seine Tätigkeit 1942/43 ein. [https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher\\_Bund\\_für\\_Bodenreform](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Bund_für_Bodenreform) (Zugriff am 14. 6. 2020).

<sup>65</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Gartenstadt#Die\\_deutsche\\_Gartenstadtbewegung](https://de.wikipedia.org/wiki/Gartenstadt#Die_deutsche_Gartenstadtbewegung) (Zugriff: 14. 6. 2020)

<sup>66</sup> „Altstadt und Neustadt und ihre Beziehungen zur Landschaft“ – Referat (Lichtbildvortrag), 28./29. 6. 1931 vor der 10. Hauptversammlung der Bezirksstelle für Naturdenkmalpflege in: StA Hamm, Stadt Hamm, Stadtplanungsamt, Historische Karten und Pläne (12 Aktenordner, Kopien, paginiert), Bd. 3, S. 123 – 128.

<sup>67</sup> StA Hamm, Mapped Haarmann, Kurzbiografie, auch Ribhegge, Wilhelm: Entbehrungen, britische Besatzung und die Mühsal des Wiederaufbaus: die Jahre der Nachkriegszeit (1945 – 1949), in: Ribhegge, Wilhelm; Schönbach, Eva-Maria; Witt, Manfred, Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Wilhelm Ribhegge im Auftrag der Stadt Hamm, Düsseldorf (Schwann) 1991, S. 372 – 441, S. 423, Kirsch, Andreas: Kontinuitäten bei der Wiederaufbauplanung kriegszerstörter Städte. Die Stadt Hamm als Beispiel. Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophischen Fakultät der Universität Münster, 1997. (Unveröffentlicht; StA Hamm, Slg. Manuskripte, Mon 266), S. 68.

Haarmann den Entwurf für neue Sportanlagen, das heute so genannte Jahnstadion und das Jahn-Schwimmbad. Beide Anlagen wurden Ende 1929 fertiggestellt und am 30. Mai 1930 ein-



Entwurfszeichnung Haarmanns vom 26.11.1926 für die geplante Sportanlage zwischen Ostenallee im Süden und Kanal im Norden; oben der Exerzierplatz, in der Mitte das Jahnstadion, darunter das Schwimmbad.<sup>68</sup>

geweiht. Sie werden durch eine Straße für den Zugangs- und Abfahrtsverkehr voneinander getrennt.<sup>69</sup> Entwürfe eine für massive Tribüne, die sowohl vom Stadion als auch vom Schwimmbad her als Tribüne zu nutzen sein und Tagungs-, Veranstaltungs- und Übungsräume enthalten sollte, aber nie gebaut wurde, datieren von 1934. Die Tribüne sollte beide Sportanlagen über die Straße hinweg miteinander verbinden. Die Straße sollte in einem Tunnel unter dem Bau hindurch geführt werden.<sup>70</sup>

1927/28<sup>71</sup> errichtete Emil Haarmann sich und seiner Ehefrau ein Wohnhaus im Bauhausstil<sup>72</sup> am Markgrafenufer am neuen Ahse-Lauf, ein stückweit östlich des alten Stadtkerns, südöstlich des Großen Exerzierplatzes. Das Gebiet hatte sich seit der Verlegung des Ahse-Laufs im Jahre 1913 durch den Stadtbaurat Otto Krafft zu einer repräsentativen Wohngegend entwickelt.

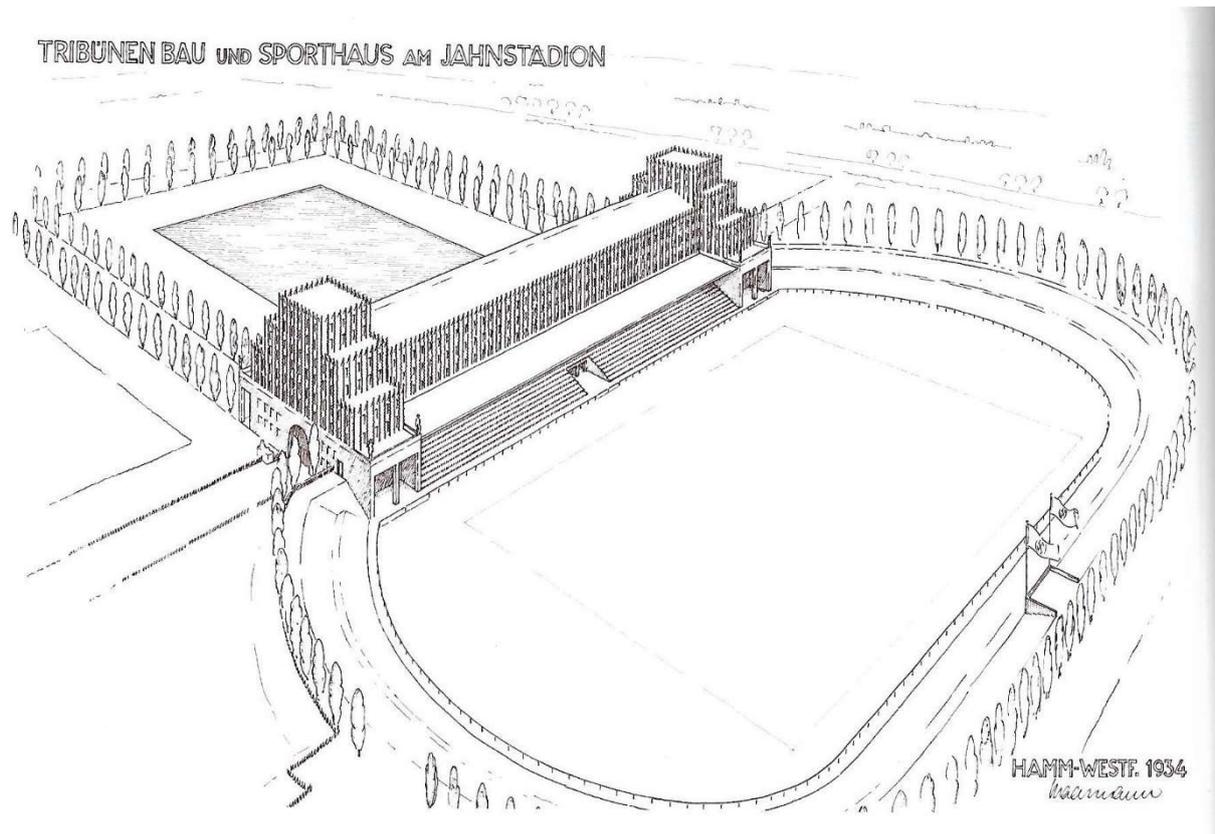
<sup>68</sup> Wulf, Karl: Hamm – Planen und Bauen 1936-1945, hg. von der Stadt Hamm – Stadtplanungsamt, Hamm 2002, S. 17.

<sup>69</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 15.

<sup>70</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 82.

<sup>71</sup> Die Jahreszahl ergibt sich aus dem Entnazifizierungsfragebogen (LAV NRW R, E), S. 11.

<sup>72</sup> Mündliche Auskunft des StA Hamm, siehe auch Entlastungszeugnis Gerhard Stricker (StA Hamm, PA): Haarmann sei wegen seines modernen Wohnhauses von den Nazis als Kulturbolschewist angefeindet worden (vgl. Kap. 4.1 dieser Arbeit).



Haarmanns Entwurf für den Tribünenbau und das Sporthaus im Jahnstadion, 1934

Durch die Verlegung der Ahse, die im Mittelalter die Altstadt nach Süden und Westen geschützt hatte, wurde die Stadt vor dem regelmäßigen Ahse-Hochwasser geschützt und erhielt durch Zuschüttung und Bepflanzung des ehemaligen Flusslaufes sowie des „Verbindungsgrabens“ zwischen Ahse im Süden und Lippe im Norden, der die östliche Stadtmauer schützte, ihre grüne Ringanlage mit den noch heute existierenden „Ahse-Teichen“.<sup>73</sup> An der Ostenallee waren zwischen Altstadt und neuem Ahse-Lauf gegenüber dem Großen Exerzierplatz einige großzügige Villen von Rechtsanwältinnen und Richtern am Oberlandesgericht entstanden. Das Wohngebiet am neuen Ahse-Lauf schloss an die Villen-Reihe an, getrennt nur durch die Infanterie-Kaserne. Haarmanns Haus wurde wie bereits erwähnt am 29. Januar 1945 durch Bomben völlig zerstört – auf dem Großen Exerzierplatz gab es 16 FLAK-Stellungen,<sup>74</sup> die wohl Ziele des Angriffes waren – und nach dem Krieg im traditionellen Stil als Klinkerbau mit Satteldach wieder aufgebaut. Zwar sind die ursprünglichen Baupläne noch im Stadtarchiv Hamm erhalten, es existieren aber leider keine Fotos des ursprünglichen Gebäudes.<sup>75</sup>

Am 7. Januar 1930 wurde Haarmann als Leiter des Hochbauamtes vom Oberbürgermeister die Wahrnehmung der mit dessen baupolizeilicher Kompetenz verbundenen Geschäfte

<sup>73</sup> Stadt Hamm (Stadtplanungsamt), Hg., Die historischen Ringanlagen von Hamm, Hamm, 2. Aufl. 2006 (ohne Paginierung), Einleitung.

<sup>74</sup> Protokoll des Planungsausschusses vom 22. 9. 1952 (StA Hamm, Bestand 01-1085).

<sup>75</sup> StA Hamm, mündliche Auskunft.

übertragen, nachdem sie zuvor dem Leiter des Tiefbauamtes, Stadtbaurat Lehmann, entzogen worden waren.<sup>76</sup>

## 2.2 Der Beginn der NS-Diktatur und die Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt, wonach es der NSDAP gelang, innerhalb weniger Monate die Macht in Deutschland vollständig an sich zu reißen. Zu diesem Zeitpunkt war Emil Haarmann, wie er selbst in seiner Stellungnahme an den Entnazifizierungsausschuss am 21. August 1946 schrieb<sup>77</sup>, begeistert von der Möglichkeit der Zusammenfassung aller Kräfte, die der Nationalsozialismus eröffnet habe. Zu Beginn der Weimarer Republik sei er Sozialist und Bodenreformer gewesen,<sup>78</sup> gibt er in demselben Schreiben an, jedoch von der Zersplitterung, dem Parteienstreit und der Reformunfähigkeit der Republik zutiefst enttäuscht worden. Habe er 1932 noch die SPD gewählt, so 1933 die NSDAP.<sup>79</sup> Das persönliche Erleben der „Machtergreifung“ in Hamm (Anführungsstriche im Original) habe ihn jedoch durch „*Maßregelung verdienter Beamter, Zwangsaufmärsche, ‚Eroberung‘ des Stadthauses, Untersuchungsausschüsse aus anrühmigen Personen, keine Anerkennung von Recht und Gesetz*“ derart abgeschreckt, dass er sich 1933 nach Aufforderung durch den neuen [NS-] Oberbürgermeister Deter geweigert habe, der Partei beizutreten.<sup>80</sup> Diese Vorgänge haben im weiteren Verlauf ein distanziertes Verhältnis zur NSDAP begründet. Zu der „Maßregelung verdienter Beamter“ gehörte wohl an prominenter Stelle die Vertreibung des Oberbürgermeisters Schlichter aus seinem Amt sowie die Amtsenthebung seines Vorgesetzten, des Stadtbaurats Lehmann, hauptamtlicher Beigeordneter und Leiter der Tiefbauabteilung der Stadt Hamm. Erst unmittelbar vor dem Berufungsverfahren zur Entnazifizierung erfuhr er davon, dass auch er selbst auf der Entlassungsliste der NSDAP-Machthaber gestanden hatte. Haarmann sei nur deshalb trotz seiner Weigerung, in die Partei einzutreten, nicht entlassen worden, weil für ihn kein kompetenter Ersatz habe gefunden werden können, erklärte Stadtinspektor Otto Seewald eidesstattlich dem Berufungsausschuss am 30. Mai 1947. Er erklärte „*unaufgefordert schriftlich und an Eides statt*“, er habe kurz vor Kriegsende während eines gemeinsamen Heimat-FLAK-Einsatzes von einem Kollegen der Stadtverwaltung, dem Vermessungsrat Jäger, mitgeteilt bekommen,

---

<sup>76</sup> Aktennotiz des Oberbürgermeisters vom 7. 1. 1930, StA Hamm, PA.

<sup>77</sup> Haarmann an den Deutschen Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm vom 21. August 1946, LAV NRW R, EA.

<sup>78</sup> Im Entnazifizierungs-Fragebogen gibt er auf S. 8 an, dem Bund Deutsche Bodenreform von 1923 bis 1937 angehört zu haben. LAV NRW R, EA.

<sup>79</sup> LAV NRW R, EA, Fragebogen. 1932 hatte es zwei Reichstagswahlen gegeben, im Juli und im November. Dies wird im Fragebogen nicht spezifiziert. Die Wahl am 5. März 1933 fand schon unter den Bedingungen der NS-Diktatur statt, die Grundrechte waren bereits seit dem Reichstagsbrand eine Woche zuvor durch die Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat außer Kraft gesetzt („Reichstagsbrand-Verordnung“).

<sup>80</sup> Haarmann an den Deutschen Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm vom 21. August 1946, LAV NRW R, EA.

*„daß neben dem Stadtbaurat Lehmann, der seines Dienstes enthoben wurde, noch ein weiterer Baurat entlassen werden sollte. Dieser Baurat sei Haarmann. Man habe davon Abstand genommen, weil man den damaligen Magistratsbaurat Heyd für die Gesamtleitung der Bauverwaltung nicht geeignet hielt. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte auch Baurat Haarmann weichen müssen; so habe man ihn trotz seiner politischen Belastung im Amt gelassen.“*<sup>81</sup>

Trotz des gespannten Verhältnisses zwischen ihm und Deter<sup>82</sup> wurde Emil Haarmann nach der Entlassung des Stadtbaurats Lehmann mit der Leitung der gesamten Bauverwaltung der Stadt Hamm beauftragt, allerdings ohne zugleich zum Stadtbaurat und Beigeordneten als Mitglied des Magistrats ernannt zu werden.<sup>83</sup>

Die „Gleichschaltung“ der Kommunalverwaltung in Hamm vollzog sich nicht als einmaliger Einschnitt, sondern als ein sich bis in den Sommer 1933 hinziehender Prozess, der im Grunde erst nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 begann. Zunächst wurde, so rekonstruiert es der Historiker Manfred Witt, am 10. März 1933 der Hammer Polizeidirektor Sommer durch Hermann Göring in seiner Funktion als kommissarischer preußischer Innenminister entlassen. Seine Aufgaben wurden vom Major der Polizei und Leiter der Schutzpolizei Schroer übernommen, der nun auch die Kriminalpolizei leitete.<sup>84</sup> Dem Oberbürgermeister Josef Schlichter (Zentrum) war nicht ohne weiteres beizukommen, da er erst 1929 für weitere 12 Jahre wiedergewählt worden war. Deshalb suchte die NSDAP unter dem Kreisleiter Deter nach anderen Wegen und Möglichkeiten seiner Entfernung aus dem Amt. Nachdem die NSDAP gemeinsam mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 eine knappe Mehrheit erreicht hatte, wurde die Strafanzeige des Personalamtes gegen einen Mitarbeiter des Bauamtes wegen Unterschlagung dazu genutzt, eine Öffentlichkeits-Kampagne gegen die gesamte Stadtverwaltung und Schlichter im Besonderen zu initiieren.<sup>85</sup> Ein polizeilicher Untersuchungsausschuss, dem außer zwei Beamten des Landeskriminalamtes und der örtlichen Kriminalpolizei mehrere NSDAP-Mitglieder aus Hamm angehörten, beschlagnahmte in einer spektakulären Aktion Akten des Bauamtes, der Gemeinnützigen Baugesellschaft, des Grundstücksamtes und des Personalamtes und stellte mehrere Strafanträge. So konnte mit Unterstützung der örtlichen Presse der Eindruck erweckt werden, dass die gesamte untere und mittlere Ebene der Hammer Bauverwaltung einen Sumpf der Korruption bildete, der der Aufsicht des Oberbürgermeisters entglitten sei. Dieser müsse, obwohl persönlich integer, die Verantwortung für diese Missstände übernehmen und zurücktreten. Die erste Sitzung der

---

<sup>81</sup> LAV NRW R, EA. Eidesstattliche Erklärung des Stadtinspektors Otto Seewald.

<sup>82</sup> Haarmann an den Deutschen Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm, LAV NRW R, EA.

<sup>83</sup> In einem Bericht an den Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 15. Dezember 1936 schrieb der Hammer OB Deter: „Haarmann ist seit 1933 mit der Leitung des gesamten Bauwesens der Stadt beauftragt. Der Vorgänger im Amte war als Leiter des gesamten Bauwesens Beigeordneter (besoldetes Magistratsmitglied).“ StA Hamm, PA.

<sup>84</sup> Witt: Verdrängte Geschichte, S. 306.

<sup>85</sup> Witt: Verdrängte Geschichte, S. 322 ff.

neugewählten Stadtvertretung am 30. März 1933 wurde von der NSDAP dazu genutzt, diese Forderung nachdrücklich zu erheben. Nachdem das Dortmunder NSDAP-Blatt „Westfälische Landeszeitung Rote Erde“ mit Hilfe eines gestellten Fotos den Hammer Oberbürgermeister der Steuerverschwendung bezichtigt hatte, sei am 13. April 1933 eine Gruppe von NSDAP-Vertretern – darunter der Kreisleiter, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und der Fraktionsvorsitzende der NSDAP – ins Büro des Oberbürgermeisters eingedrungen und habe seinen Rücktritt verlangt. Dem sei Schlichter nachgekommen und habe bei der Bezirksregierung seinen Urlaub eingereicht, der sofort genehmigt worden sei. Gleichzeitig seien folgende Personen mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden: Stadtbaurat Lehmann, Sparkassendirektor Weyel, Verwaltungsdirektor Wortmann, Rechnungsdirektor Haddenhorst, Stadtinspektor Sträter, Stadtoberinspektor Fraatz, Stadtoberinspektor Stein. Dass es dabei nicht immer sanft zugegangen sei, belegt Witt anhand von Dokumenten aus dem Stadtarchiv Hamm mit dem Beispiel des Stadtbaurats Lehmann, der von einer Gruppe von NSDAP-Mitgliedern in seinem Büro aufgesucht und von zwei Männern aus dieser Gruppe, darunter Albert H., aus seinem Bürostuhl gezerrt wurden sei. Dieser habe sich dann auf Lehmanns Stuhl gesetzt und geäußert, dies sei jetzt sein Stuhl. H. habe sich aber mangels Qualifikation nicht lange auf diesem Posten behaupten können und sei wenig später durch einen Fachmann ersetzt worden, der sich kurz zuvor wohl aus Opportunismus der NSDAP angeschlossen habe.<sup>86</sup> NSDAP-Kreisleiter Deter habe sich selbst zum „kommissarischen Leiter der Stadt Hamm“ ernannt, was durch seine Ernennung zum „Staatskommissar für die Stadt Hamm“ durch den Regierungspräsidenten in Arnsberg nachträglich sanktioniert worden sei. Dieses Verfahren der Übertragung der kommunalen Entscheidungsbefugnisse auf einen Staatskommissar zwecks „Säuberung“ der Verwaltung sei, so Witt, in vielen Städten angewandt worden, wie etwa die Beispiele der Städte Dortmund und Essen zeigten.<sup>87</sup> Zugleich sei der Hammer Magistrat nach dem „Gesetz zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung“ vom 6. April 1933 von vier hauptamtlichen und zehn ehrenamtlichen auf zwei hauptamtliche und sechs ehrenamtliche Magistrate reduziert worden,<sup>88</sup> so dass ihm nur noch der Oberbürgermeister und der Bürgermeister hauptamtlich und sechs mehrheitlich aus der NSDAP-Fraktion gewählte ehrenamtliche Magistrate angehört hätten. Mit der Ernennung Deters zum kommissarischen Oberbürgermeister am 21. Juni 1933<sup>89</sup> und seiner Wahl durch das Stadtparlament in seiner Sitzung vom 27. Juli 1933<sup>90</sup> sei die Phase der unmittelbaren Machteroberung im kommunalen Bereich in Hamm wie andernorts auch abgeschlossen gewesen.

---

<sup>86</sup> Der gesamte Vorgang nach Witt: *Verdrängte Geschichte.*, S. 329. Wenn der genannte Albert H. mit dem im Leumundszeugnis des Stadtinspektors Otto Seewald (s.o.) auftauchenden Magistratsbaumeister Heyd identisch ist, liegt hier eine Bestätigung für dieses Zeugnis vor. Der Fachmann, der anstelle des H. eingesetzt wurde, wäre dann Emil Haarmann gewesen, der sich der Partei aber 1933 gerade nicht aus Opportunismus angeschlossen hatte. Witt stützt sich hier auf eine im StA Hamm befindliche Aussage Keinemanns, die aber von ihm eher als vage Vermutung wiedergegeben wird. Die Archivalie ist aktuell nicht auffindbar.

<sup>87</sup> Witt: *Verdrängte Geschichte*, S. 326.

<sup>88</sup> Witt: *Verdrängte Geschichte*, S. 327.

<sup>89</sup> Witt: *Verdrängte Geschichte*, S. 328.

<sup>90</sup> Witt: *Verdrängte Geschichte*, S. 329.

*„Weitere Eingriffe in die Verwaltung, insbesondere die Absetzung von leitenden Gemeindebeamten, wurde untersagt, und wie in Hamm wurden alle Sonderkommissariate aufgehoben.“<sup>91</sup>*

Witt berichtet abschließend noch von einer letzten personellen Veränderung:

*„Außer in den genannten Positionen kam es im höheren Dienst der Stadtverwaltung noch auf der Schlüsselposition des Personaldezernenten zu einer Veränderung. Der bisherige Amtsinhaber, ein Zentrumsmann, wurde abgelöst und in ein anderes Amt versetzt. Dagegen fand eine Einweisung von „alten Kämpfern“ in gehobene oder mittlere Positionen nicht statt. Sie kamen lediglich in den unteren Rängen bei Bahn, Post, Polizei oder im städtischen Schlachthof unter. Somit hat es 1933 in Hamm keinen umfassenden Personalwechsel in der Stadtverwaltung gegeben.“<sup>92</sup>*

In ihrer Dissertation aus dem Jahre 2003 berichtet ebenfalls Sabine Mecking, aber am Beispiel Münsters, dass unmittelbar nach der Machtübernahme auf kommunaler Ebene im Wesentlichen zunächst nur die Verwaltungselite gegen NSDAP-Mitglieder ausgetauscht worden sei, wobei Ausnahmen nur im Falle des fehlenden Ersatzes der benötigten Fachkompetenz gemacht wurden. Es habe also keine Überflutung der Selbstverwaltung mit „alten Kämpfern“ gegeben, wie allgemein auch Meckel feststellt:

*„Die schnelle Anpassung der Beamtenschaft an die veränderten politischen Verhältnisse und der Mangel an fachlich qualifizierten Parteigenossen für die Verwaltungsarbeit machte entsprechende Maßnahmen unnötig und unmöglich. Überall in den städtischen Amtsstuben existierte die Bereitschaft zur Kooperation, nur vereinzelt finden sich Belege für Resistenz und noch seltener auch nur schwache Anzeichen passiven Widerstands.“<sup>93</sup>*

Diese Bereitschaft zur schnellen Anpassung erklärt sie wie folgt:

*„Für die schnelle Akzeptanz des Nationalsozialismus innerhalb der Beamtenschaft lassen sich Motive anführen, wie Opportunismus, Karriere- und Machtdenken, die Faszination moderner Strömungen, eine verbreitete national-konservative politische Grundeinstellung, eine allgemeine Unzufriedenheit hinsichtlich der schlechten wirtschaftlichen Situation und des sozialen Prestigeverlusts des Beamtenstandes, aber auch Angst und Einschüchterung als Folge des ausgeübten politischen Drucks. Die durch Gesetze, Erlässe (sic !) etc. eingeschüchterten und disziplinierten Beamten betrachteten sich dabei in der Mehrheit als unpolitisch. Sie hielten es für selbstverständlich, den Vorgaben*

---

<sup>91</sup> Witt: Verdrängte Geschichte, S. 328.

<sup>92</sup> Witt: Verdrängte Geschichte, S. 330.

<sup>93</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 214 ff; Zitat S. 216.

*und Weisungen in der Verwaltung zu folgen, so daß der Nationalsozialismus weniger von ‚Vollblutnazis‘ als in der Mehrheit von Opportunisten, Verführten oder Eingeschücherteten getragen wurde.“<sup>94</sup>*

Die Neuordnung der Gemeindeverwaltung fand für Preußen bereits durch das Preußische Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933 statt und bündelte die gesamte Entscheidungskompetenz beim Gemeindevorsteher, in diesem Falle also beim Oberbürgermeister. Die übrigen Gremien und Organe hatten allenfalls noch beratende und empfehlende Funktion. Damit war für Preußen das Führerprinzip in der Gemeindeverwaltung bereits ein Jahr vor dem Erlass der reichsweit geltenden Deutschen Gemeindeverordnung von 1935 in die Realität umgesetzt worden. Am 25. August 1934 wurde Emil Haarmann auf den Führer Adolf Hitler vereidigt.<sup>95</sup>

Vor allem Witts Darstellung der Hammer Vorgänge im Zusammenhang mit der Übernahme der Macht durch die NSDAP auf der Grundlage der Quellen des Hammer Stadtarchivs bestätigt die Darlegungen Haarmanns in seinem Rechtfertigungsschreiben für den Entnazifizierungsausschuss vom 21. August 1946. Sie lässt jedoch ebenso wie die zitierten Bemerkungen Meckings Zweifel darüber zu, ob Haarmann tatsächlich auf der „Schwarzen Liste“ der NSDAP gestanden hat, wie dies Seewald behauptete, oder ob er nur deshalb nicht entlassen worden ist, weil er zu diesem Zeitpunkt noch nicht der obersten Führungsebene der Verwaltung angehört hatte, sondern nur der zweithöchsten. Andererseits scheint sein Verhältnis zur NSDAP aber nicht nur nach eigenen Aussagen gespannt gewesen zu sein, sondern auch ausweislich einer anonymen Flugschrift und der Entlastungsaussagen seines Schwagers Gerhard Stricker, so dass eine eher distanzierte Haltung der NSDAP ihm gegenüber schon plausibel erscheint.

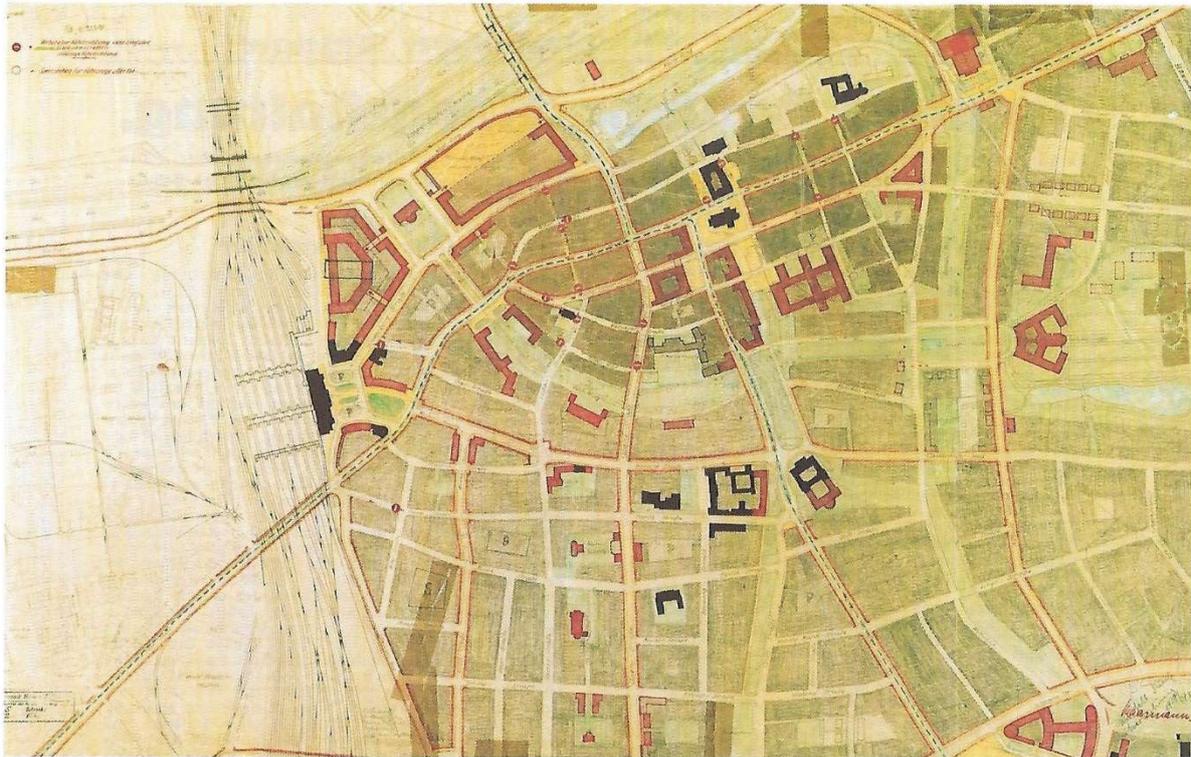
### **2.3 Verkehrsführung, Wohnraumbeschaffung und Innenstadtgestaltung**

Mitte der 30er Jahre begann die Verkehrssituation das Funktionieren der Stadt zu beeinträchtigen. Die Nord-/Süd-Verbindung und die Ost-/West-Verbindung waren im Innenstadtbereich überlastet, auch durch den Durchgangsverkehr auf der damaligen Reichsstraße, der jetzigen B 63, die zugleich die Nord-/Süd-Verbindung darstellte und zum Anschluss an die neue Reichsautobahn – die heutige A2 – südlich von Hamm führte, sowie durch den Straßenbahnverkehr auf den Hauptachsen. Emil Haarmann betrachtete die Verkehrsführung als vordringliches Problem der Stadtplanung und erstellte 1936 ein erstes Konzept für die Gestaltung der Innenstadt mit Verkehrsführung zwischen Osten- und Westentor, die erst nach dem Krieg vollzogen werden konnte.

---

<sup>94</sup> Mecking: „Immer treu,“, S. 218.

<sup>95</sup> StA Hamm, PA. Die Vereidigung erfolgte auf Hitler als Führer und Reichskanzler persönlich eine knappe Woche nach der „Volksabstimmung“ über die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers (19. 8. 1934) nach dem Tode des Reichspräsidenten Paul v. Hindenburg (2. 8. 1934).



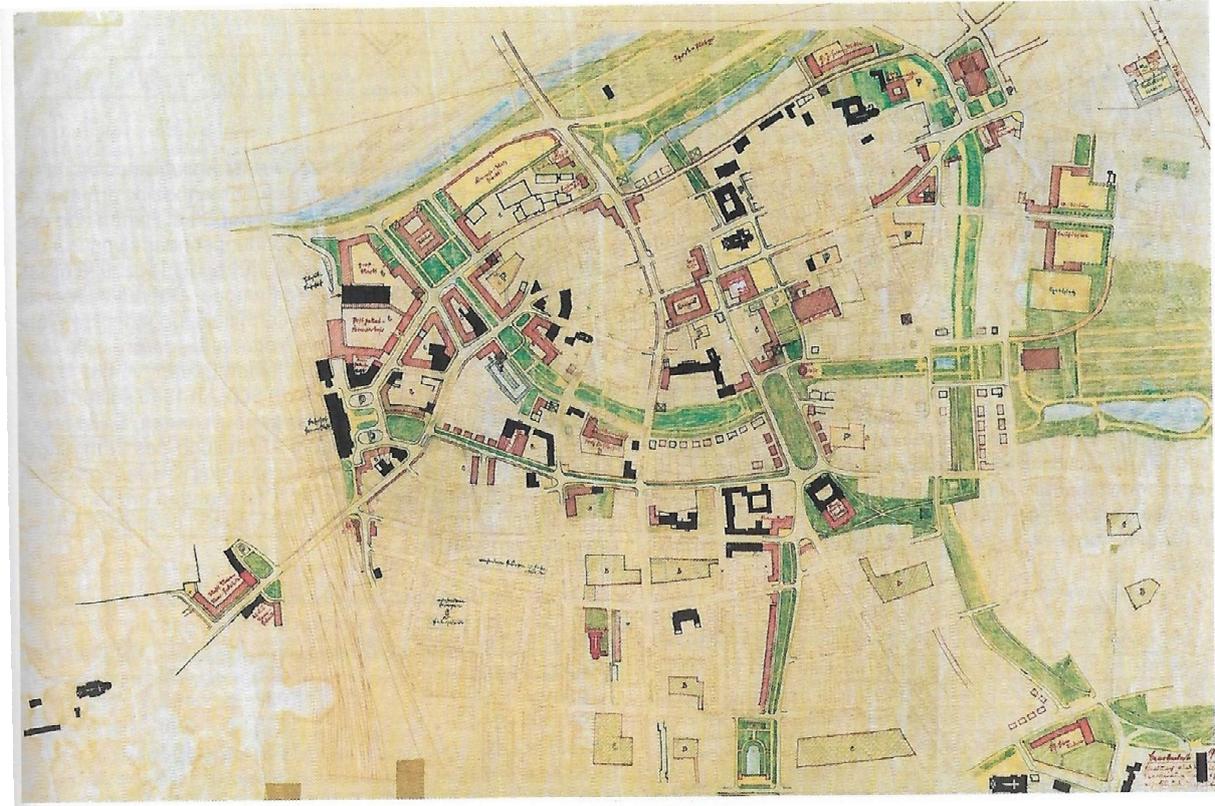
Haarmanns Entwurf von 1936 für die Neugestaltung der Innenstadt.<sup>96</sup> Die blaugestrichelten Linien geben den Verlauf der Straßenbahnleiße und zugleich die bestehenden Verkehrsachsen wieder, der Schwachpunkt der Verkehrsführung nordwestlich der Pauluskirche wird deutlich. Die neue Nord-/Südverbindung in direkter Fortsetzung der Nordstraße wird durch die rot eingezeichneten Straßenränder (die zur Straßenverbreiterung zurückgenommenen Fluchtlinien) deutlich. Am Ostentor wird die Widumstraße neu in die Ostenallee gelenkt. Die Verkehrsrichtung wird durch eingezeichnete Verkehrsschilder, z.T. auch durch Pfeile angegeben.

Es ging von einer Verbreiterung der Nord-/Südachse bei deren gleichzeitiger Verschiebung über die Sternstraße zur Goethestraße aus sowie von einer Trennung der Richtungsverkehre nach Osten und nach Westen und deren Leitung über separate Straßen: den Verkehr nach Westen weiterhin über die Hauptachse der Ost- und Weststraße, den nach Osten über die südliche Parallelstraße der Hauptachse in die Ostenallee. Dazu musste diese in Höhe des Ostentores an die Ostenallee angeschlossen werden. Nord- und Südstraße mündeten um etwa 50 -70 m versetzt in die Weststraße, was ein erstrangiges Verkehrshindernis darstellte. Die Sternstraße begann direkt gegenüber der Nordstraße, so dass hier eine gerade Kreuzung entstand.

Eine Überarbeitung dieser Planung wurde aus zwei Gründen erforderlich: Zum einen war zu Beginn des Krieges bekannt geworden, dass die Reichswerke Hermann Göring die Zeche Sachsen in Heessen übernommen hatten und die Tagesproduktion von 3.000 t Kohle auf 10.000 t ausweiten wollten. Zudem wollten sie im südöstlichen Stadtgebiet einen weiteren Schacht mit einer geplanten Tagesproduktion von 10.000 t abteufen. Das bedeutete einen Bedarf an

<sup>96</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 26.

7.000 zusätzlichen Bergleuten und damit einen Zuwachs von ca. 25.000 – 30.000 Einwohnern für die Stadt Hamm, die alle untergebracht werden mussten.<sup>97</sup>



**Haarmanns Innenstadtplan von 1940.<sup>98</sup> Man erkennt an den Grünanlagen den Verlauf der alten Stadtbefestigung (alter Ahse-Lauf und Stadtgraben). Südwestlich der Pauluskirche sollte (auf dem heutigen Santa-Monika-Platz) das neue Rathaus entstehen, gegenüber Parteigebäude, Forum und Feierhalle für Totenehrungen und ein Aufmarschplatz. Eine neue Achse sollten diese mit dem Oberlandesgericht (heute: Altes Rathaus) verbinden.**

Der zweite Grund für die Überplanung des Innenstadtkonzeptes war Hitlers „Erlaß zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaus nach dem Kriege“ vom 15. November 1940. Der sah für das erste Nachkriegsjahr den Bau von reichsweit 300.000 Sozialwohnungen nach standardisierten Hausformen, Grundrissen und Bauteilen vor.<sup>99</sup> Haarmann hatte bereits vor Erscheinen des Erlasses im August 1940 „Richtlinien für den Wohnungsbau nach dem Kriege in Hamm (Wohnungsbauprogramm)“<sup>100</sup> erarbeitet. Ausgehend von einem aktuellen Fehlbestand von 400 Wohnungen und einem jährlichen Mehrbedarf von 2/3 der Eheschließungen sollten ab

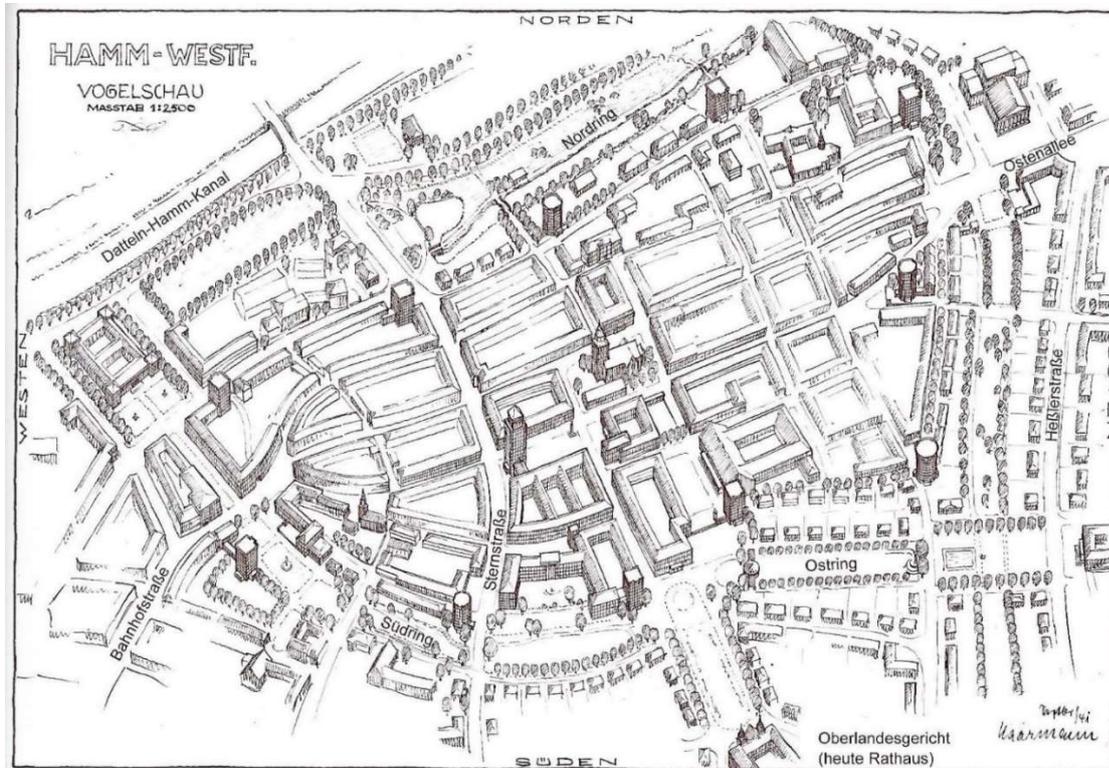
<sup>97</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 40.

<sup>98</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 27.

<sup>99</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 23.

<sup>100</sup> StA Hamm, Stadt Hamm, Stadtplanungsamt, Historische Karten und Pläne (Aktenordner mit Kopien aus dem Stadtplanungsamt), Bd. 2, S. 111 ff.

1942 jährlich rd. 360 Wohnungen gebaut werden, wobei von einem baldigen Kriegsende ausgegangen wurde und eine Beseitigung von Schäden durch den Luftkrieg noch nicht eingeplant war.<sup>101</sup>



Der neue Stadtgrundriss aus der Vogelschau, September 1941.<sup>102</sup> Die Eintragungen von Straßen- und Gebäudenamen sowie Himmelsrichtungen stammen vermutlich von Wulf. Man erkennt das geplante Rathaus am Turm mit den östlich davon liegenden Parteigebäuden und der Achse zum Oberlandesgericht sowie den geplanten Kreis von Hochbunkern. Rechts unten Haarmanns Signatur mit Datum.

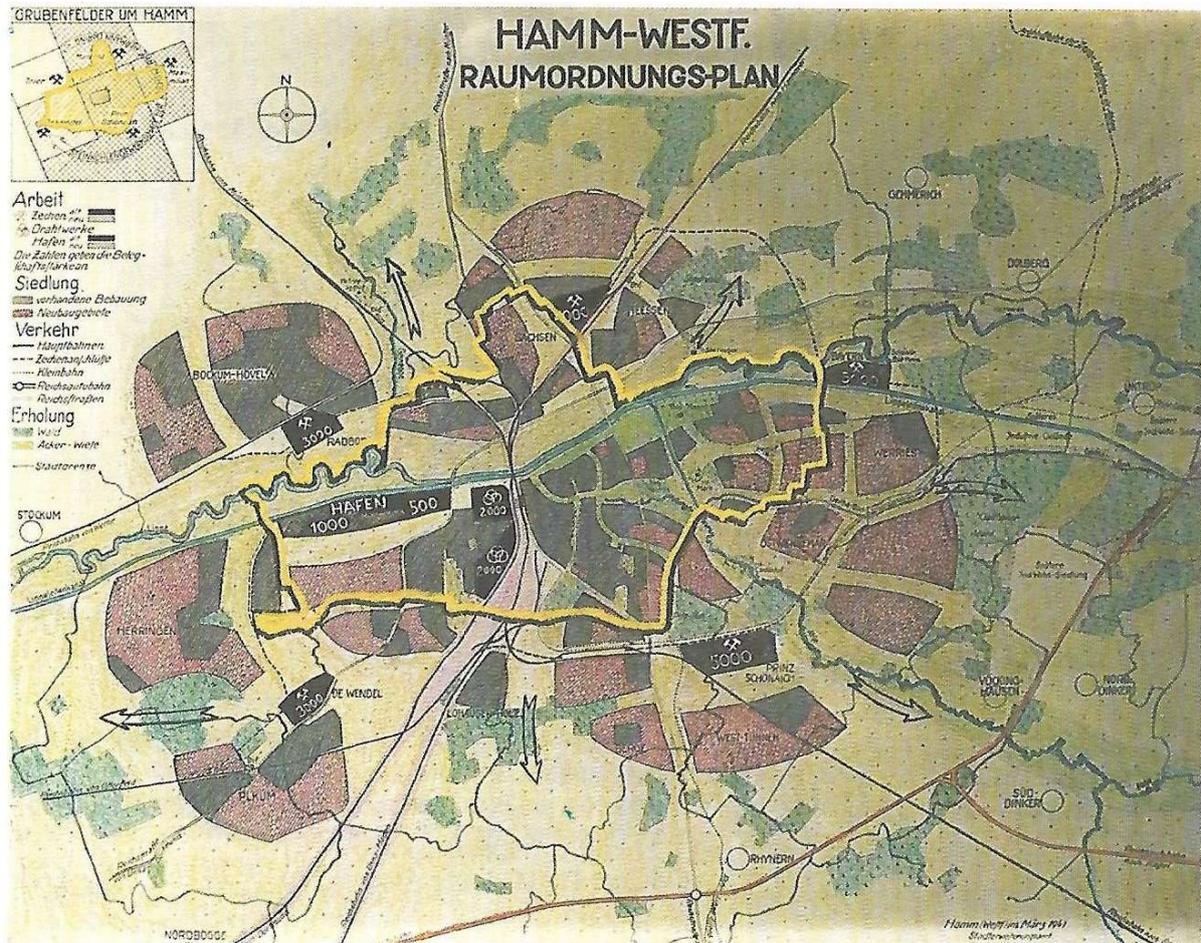
Durch die neu zu errichtenden Bergarbeitersiedlungen verschob sich die Stadtmitte nach Südosten auf das Gebiet der alten Hammer Südstadt, die stark sanierungsbedürftig bis baufällig war<sup>103</sup> und daher Platz für ein neu zu schaffendes Stadtzentrum bot. Die überarbeitete Fassung vom Mai 1940 eröffnete neue Perspektiven für die großzügige bauliche Gestaltung der Innenstadt. Die Planung von 1940 bildete „die Grundlage für weitere Untersuchungen und Planungen für die Umgestaltung der Innenstadt, aber auch für den Wiederaufbau nach dem Kriege.“<sup>104</sup>

<sup>101</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 28.

<sup>102</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 67.

<sup>103</sup> Haarmann bezeichnet in seiner Denkschrift von 1942 das Gebiet im südöstlichen Winkel des Verkehrsachsenkreuzes als „abbruchreifes Altstadtgelände“ (Wulf: Planen und Bauen, S. 42).

<sup>104</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 23.



Raumordnungsplan, März 1941.<sup>105</sup> Man erkennt deutlich, dass die planerischen Notwendigkeiten infolge der Wohnraumbeschaffung für die Industrie und den Bergbau die Stadtgrenzen Hamms in alle Himmelsrichtungen überschreiten. Eingetragen sind die bestehenden und geplanten Bergwerke (von Norden im Uhrzeigersinn: Sachsen, Bayern, Prinz Schönaich, de Wendel und Radbod) sowie der Hafen und die beiden Drahtwerke. Die aktuelle Bebauung ist grau, die geplanten Neubaufächen sind violett eingetragen. Die Zahlen geben die Beschäftigten an.

Auf der Grundlage dieser Erfordernisse erstellte Emil Haarmann zum Januar 1942 eine umfangreiche Denkschrift „Die Stadt Hamm – Ihre Entwicklung und Planung“, die zusammen mit einer großen Ausstellung zur Veranschaulichung der Planungen der Stadtverordnetenversammlung auf der Ratssitzung vom 12. Februar 1942 vorgestellt wurde.<sup>106</sup> Haarmann machte in seiner Vorstellung der Denkschrift deutlich, dass Anforderungen solchen Ausmaßes die räumlichen Gegebenheiten der Stadt Hamm bei weitem überträfen und sprach daher eher von dem „Raum Hamm“<sup>107</sup> als von der Stadt. Für die Verkehrsführung und die Wohnraumbeschaffung musste in das Gebiet von Vororten eingegriffen werden, die nicht nur außerhalb des Stadtgebietes lagen, sondern in verschiedenen Umlandkreisen, die auch noch zu unter-

<sup>105</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 61.  
<sup>106</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 34.  
<sup>107</sup> Wulf, Planen und Bauen, S. 34.

schiedlichen Regierungsbezirken gehörten. Die zu beplanende Fläche betreffe drei Regierungsbezirke, 4 Kreise und 12 Gemeinden sowie zwei verschiedene Landesplanungsjämter. Die Einheitlichkeit der Planung sei jedoch zwingend geboten.

*„Durch die geplanten Maßnahmen der Reichswerke Hermann Göring steht die Stadt Hamm und die umliegenden Gemeinden einer umwälzenden Neuordnung ihrer bisherigen baulichen Entwicklung gegenüber.“* Es sei keine Zeit zu verlieren und die städtebaulichen Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen. *„Der jetzige Augenblick bietet die einmalige und nie wiederkehrende Gelegenheit, hier eine städtebaulich vorbildliche Tat zu vollbringen.“*<sup>108</sup>

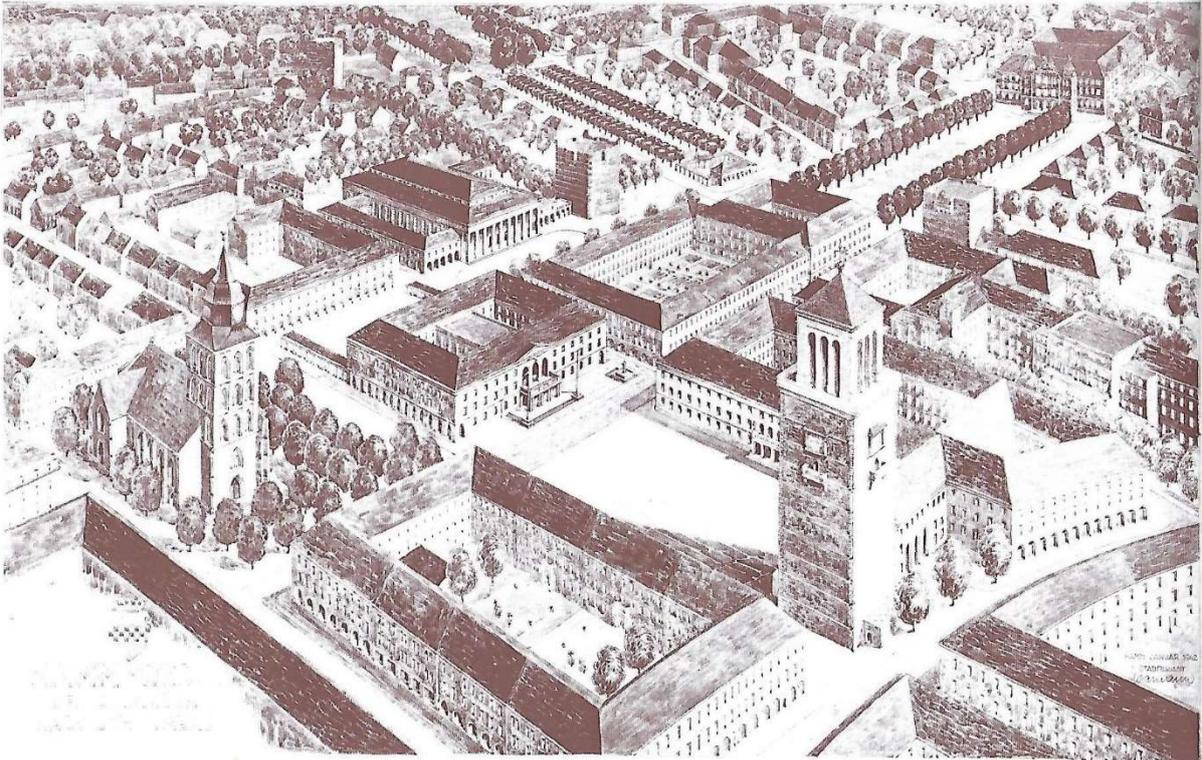
So gehörten zum Beispiel die Gemeinden Herringen, Wischerhöfen und Pelkum im Westen, die fast einen kompletten Amtsbezirk des Landreises Unna bildeten, zum Regierungsbezirk Arnsberg, die Gemeinden Bockum und Hövel im Norden gehörten zum Kreis Lüdinghausen im Regierungsbezirk Münster, die Gemeinde Heessen im Nordosten zum Kreis Beckum im Regierungsbezirk Münster. Die betroffenen Gemeinden südlich und südöstlich des Hammer Stadtgebietes gehörten alle zum Landkreis Hamm und wie die Stadt selbst zum Regierungsbezirk Arnsberg.

Hier nun böte sich die willkommene Möglichkeit, *„ein den nationalsozialistischen Anschauungen entsprechendes würdiges Zentrum für Verwaltung, Partei und Gemeinschaftsveranstaltungen zu schaffen und .... der Stadt ein schönes und einheitliches, bodenständiges Gepräge zu geben.“*<sup>109</sup> Diese Äußerungen beziehen sich auf eine Reihe von Entwurfszeichnungen Haarmanns für die Gestaltung des „neuen Stadtkerns“ mit monumentalen Kommunal- und Parteigebäuden, Gedenkhallen, Aufmarschplätzen und -straßen, die Jahre nach dem Krieg als Dokumente seiner nationalsozialistischen Anschauungen herangezogen wurden. Wird hier schon die Nachrangigkeit der letzteren Aufgabenstellung deutlich, wird die Bedeutung dieser Planungen für Emil Haarmann durch Äußerungen der ehemaligen Stadtarchivarin Ilsemarie von Scheven stark relativiert, wenn sie darauf hinweist:

---

<sup>108</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 41.

<sup>109</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 41.



Haarmanns Vorstellung von der Neugestaltung der Innenstadt, Januar 1942.<sup>110</sup> Am Turm erkennbar das neue Rathaus an der Verkehrsachse Sternstraße/Ecke Martin-Luther-Straße, davor der neue Marktplatz. Diagonal ziehen sich durch die Bildmitte Parteigebäude, Aufmarschplatz und Achse zum Oberlandesgericht (oben rechts im Bild). Auch jenseits der Südstraße sind noch NS-Gebäude erkennbar, u.a. die große Gedenkhalle, ebenso drei der geplanten Bunkertürme.

*„In amtlicher Position hatte der Hammer Stadtbaurat konkrete Aufgaben und mit den Folgen seines Tuns zu leben. In den wenigen Friedensjahren des Dritten Reiches flatterten ihm politische Richtlinien auf den Tisch, mit Vorschlägen und Entwürfen hatte er sie zu bedienen. Konkret gebaut hat er kein einziges Parteimonument – konkret hausten in Hamm selbst die Hitlerjugend-Gruppen in Behelfsunterkünften.“<sup>111</sup>*

Und weiter an anderer Stelle: *„Haarmann war bemüht, das Geforderte so in sanierungsbedürftige Altstadtviertel einzuzeichnen, dass diese „Fremdkörper“ wenigstens das Stadtbild nicht nachhaltig ruiniert hätten. Stattdessen ruinierte Hitler Gesamtdeutschland.“<sup>112</sup>*

<sup>110</sup> Wulf: Planen und Bauen, S.72.

<sup>111</sup> StA Hamm, Mappe Emil Haarmann, Äußerungen von Frau von Scheven anlässlich der Lektüre einer Magisterarbeit auf Bitten von Karl Wulf im Jahre 2009.

<sup>112</sup> StA Hamm, Mappe Emil Haarmann; Frau v. Scheven in einer Annonce des Buches von Karl Wulf (2002) für das Heimatblatt vom 28. 11. 2002. In einer Zusammenstellung von im Stadtarchiv verfügbaren Quellen für eine geplante Haarmann-Biografie im Auftrage von Karl Wulf (Stadtplanungsamt) aus dem Dezember 1981 wird in derselben Mappe vermerkt, dass die Restakten für den Bunkerbau bewiesen, dass Haarmann sich auch Gedanken darüber gemacht habe, ob die Bunker nicht das Stadtbild zu sehr beeinträchtigten.

Im Protokoll der Ratssitzung vom 12. Februar 1942 spielt denn auch dieser Aspekt der Stadtplanung nur eine untergeordnete Rolle:

*„Bei der aus Sanierungsgründen ohnehin erforderlichen Erneuerung soll die Innenstadt durch Umbau den heutigen Gemeinschaftsaufgaben angepasst werden. Der moderne Verkehr und die organische Verbindung der Altstadt mit dem neuen Verwaltungszentrum (Oberlandesgericht) (heute: Rathaus) im Süden erfordern Durchbrüche.“<sup>113</sup>*

Es sollte allerdings in jedem Falle bedacht und berücksichtigt werden, dass für einen Stadtplaner und Architekten die völlig Neuplanung eines ganzen Stadtkerns sicherlich eine außerordentlich reizvolle Herausforderung und Aufgabe darstellte, so dass nicht ausschließlich von einer formalen Erfüllung lästiger Anforderungen politischer Stellen ausgegangen werden kann. Es ist wahrscheinlich, dass Haarmann hier eine sich bietende Gelegenheit freudig wahrgenommen hat, sein berufliches Können als Architekt, seine kreativen und darstellerischen Fähigkeiten so weit wie möglich zu entfalten und seinen Arbeitgebern zu präsentieren. Es versteht sich von selbst, dass dies nur im Rahmen der historisch und politisch bedingten Vorgaben der Jahre 1940/41 sinnvoll geschehen konnte. Von diesen Zukunftsvisionen jedoch auf eine streng nationalsozialistisch ausgerichtete Ideologie oder Gesinnung schließen zu wollen, ist auf keinen Fall zwingend, nicht einmal besonders naheliegend.

Emil Haarmann beschränkte sich aber nicht lediglich auf eine Neukonzipierung des Stadtzentrums, sondern legte zugleich großen Wert auf die Stärkung der Stadtviertel und Nachbarschaften, in denen er wesentliche Kerne des alltäglichen praktischen Lebens sah – auch dies ein ausgesprochen moderner Gedanke.

*„Neben diesem Hauptzentrum ist es notwendig, in den einzelnen Stadtteilen nach Möglichkeit das Gemeinschaftshaus der Partei, Hitlerjugendheim, Nebenstelle der städtischen Verwaltung, der Sparkasse, Post, Feuerwehr, Polizei usw. Schulen und Luftschutzbauten zu Kernen zusammenzufassen, die auch das Zusammengehörigkeitsgefühl und Eigenleben in den einzelnen Stadtteilen bzw. Ortsgruppen fördern.“<sup>114</sup>*

Die planerischen Absichten Haarmanns fasst Andreas Kirsch prägnant zusammen:

*„Hinter diesem weitgefaßten Verständnis von Planung lassen sich deutlich die Leitgedanken Haarmanns erkennen: An den Anforderungen des Verkehrs orientiert soll ein stadtlandschaftlich aufgelockertes Siedlungsgebiet im Lippe-Tal entstehen, das zugleich funktionale Zwecke erfüllen und der NSDAP repräsentativ sein soll.“<sup>115</sup>*

---

<sup>113</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 69.

<sup>114</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 43.

<sup>115</sup> Kirsch: Kontinuitäten, S. 85.

Mit seinen Planungen hat Emil Haarmann schon 1942 exakt die Ergebnisse der Kommunalreform zu Beginn der 70er Jahre in Nordrhein-Westfalen vorweggenommen. Alle von seiner Planung umgriffenen Gemeinden sind seit 1975 bis heute Ortsteile der Stadt Hamm. Auch die von ihm 1940-1942 geplanten Neubausiedlungen aufgrund der erwarteten bergbaubedingten Stadtvergrößerung auf bis zu 200.000 Einwohner bildeten einen Fundus, auf den in den 50er Jahren aufgrund des Wachstums der Stadt zurückgegriffen werden konnte.

Im Zuge seiner Planungen für die Innenstadtgestaltung und Verkehrsführung wurde der zum 1. Mai 1937 unter der Mitgliedsnummer 4447858 der NSDAP beigetretene<sup>116</sup> Emil Haarmann durch eine Bekanntmachung des Oberbürgermeisters Deter am 30. Januar 1939 – dem sechsten Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler – zum Oberbaurat befördert,<sup>117</sup> allerdings immer noch nicht zum Stadtbaurat und Magistratsmitglied ernannt. Gut zwei Monate später, am 4. April 1939, erhielt er das „Silberne Treuedienst-Ehrenzeichen“,<sup>118</sup> was vermutlich dem 25jährigen Dienstjubiläum entspricht. Ende August 1939 wurde er im Rahmen der Kriegsvorbereitungen zum Militärdienst eingezogen, jedoch am 16. September aufgrund einer Unabkömmlichkeitsbescheinigung der Stadt Hamm wieder entlassen.<sup>119</sup>

## 2.4 Luftschtzbauten

Bis 1940 beschränkten sich die Luftschtzmaßnahmen auf Verdunkelungsübungen, Verstärkung und Ausbau von Kellerräumen zu Schutzzräumen und gelegentlichen Luftschtzübungen. Der erste alliierte Luftangriff durch die Royal Air Force auf die Reichshauptstadt Berlin in der Nacht vom 25. auf den 26. August 1940 führte hier zu einer scharfen Zäsur. Am 10. Oktober 1940 wurde von Hitler das „Sofortprogramm“ für das Luftschtzbauwesen angeordnet.<sup>120</sup> Bis dahin hatte es kaum nennenswerte Schutzbauten für die Zivilbevölkerung gegeben. Dass das „Sofort-“ wörtlich zu nehmen war, wurde dadurch verdeutlicht, dass schon eine Woche später eine reichsweite Konferenz aller Gemeindevorsteher und Luftschtzbeauftragten durch den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe (RdLObDL) Hermann Göring in Berlin angesetzt worden war.<sup>121</sup> Die Städte und Gemeinden waren angesichts dieser plötzlichen neuen Anforderungen mangels Erfahrung ratlos, was zur Einberufung einer Konferenz der Baureferenten zum 14. November 1940 ins Haus des Vereins Deutscher Ingenieure in Berlin führte. Innerhalb weniger Wochen waren die Planungen bereits soweit gediehen, dass mit den Bauarbeiten sofort begonnen werden konnte. In das „Sofort“-Programm wurden zunächst nur „wehrwirtschaftliche Gemeinden“ und Luftschtzorte I. Ordnung aufgenom-

---

<sup>116</sup> LAV NRW R, EA, Schreiben Haarmanns vom 10. 7. 1946 an den Entnazifizierungsausschuss.

<sup>117</sup> OB Deter, 30. 1. 1939, Amtsbezeichnung der Beamten, StA Hamm, PA.

<sup>118</sup> Entsprechende Urkunde in: StA Hamm, PA.

<sup>119</sup> Entsprechende Bescheide in: StA Hamm, PA.

<sup>120</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 93.

<sup>121</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 99.

men, zu denen auch Hamm wegen seiner strategischen Bedeutung gehörte. In seiner Denkschrift von 1942 charakterisierte Haarmann die Gefährdung der Stadt mit folgenden Worten: *„Die Stadt Hamm ist mit ihren wichtigen Bahnanlagen und ihrer kriegswichtigen Industrie und den großen Zechen in diesem Kriege eine der am meisten durch Luftangriffe bedrohten Städte im westlichen Industriegebiet.“*<sup>122</sup> Die Realisierung des Programms war in 3 Wellen vorgesehen, Hamm gehörte zur 1. Welle. Insgesamt sollten für die 1. Welle reichsweit 839 Luftschutzbunker mit 400.000 Liegeplätzen gebaut werden, die Bauzeit wurde von November 1940 bis Ende 1941 festgesetzt. Aber schon während dieser Bauzeit erfolgte eine Änderung der „Anweisung 1940“- die Fassung Juli 1941.<sup>123</sup> Bis Januar 1942 wurde deutlich, dass das beabsichtigte Tempo wegen Materialengpässen bei Stahlbeton nicht eingehalten werden konnte. Dies führte zu einer erneuten Änderung der Bestimmungen für den vorläufigen Notausbau von Luftschutz-Bunkern – der Fassung Juni 1942.<sup>124</sup> Nach der Intensivierung des Bombenkrieges ab Juni 1943 durch vermehrte Tagesangriffe der US Air Force wurde das Luftschutzprogramm ausgeweitet durch die Anweisung zur Planung von Stollenanlagen und die Einbeziehung von Luftschutzorten der II. Kategorie, obwohl die Bunkerbauten der 1. Welle noch nicht alle fertiggestellt worden waren.<sup>125</sup>

Haarmanns Kompetenz wurde offensichtlich auch höheren Ortes geschätzt, denn am 30. Juli 1943 ernannte der Gauleiter [Westfalen-Süd der NSDAP, d. V.] als Reichsverteidigungskommissar in einem Schreiben aus Wetter / Ruhr den Hammer Oberbaurat Emil Haarmann zum Kreisbeauftragten Ruhr für den Luftschutz; er sei dadurch mit der Durchführung aller vom Reichminister Speer im Einvernehmen mit dem Reichsverteidigungsminister angeordneten Luftschutzmaßnahmen beauftragt.<sup>126</sup>

In Hamm lagen sofort nach Einleitung des „Sofortprogramms“ noch im Oktober 1940 erste Entwürfe für zwei- bis vier geschossige Hochbunker vor, der erste soll bereits im Oktober 1941 im Rohbau fertig gewesen sein. Schon Anfang 1941 wurde mit den Planungen der fünf neungeschossigen Türme der 2. Welle begonnen. Der Baubeginn ist für das 2. Halbjahr 1941 (Sommer) anzunehmen.<sup>127</sup> *„Alle Hammer LS-Bunker waren zu Beginn des akuten Luftkrieges ... im Frühjahr 1944 .... soweit fertiggestellt, daß sie von der Bevölkerung genutzt werden konnten.“*<sup>128</sup> Bei planmäßiger Belegung boten die zehn Hochbunker Platz für 4.982 Personen, konnten aber bis zur fünffachen Menge belegt werden, boten also bis 25.000 Personen Schutz. Entsprechend der „Anweisung 1940 – Fassung 1941“ musste ein Lageplan für die Bunkerstandorte angefertigt werden, der im Oktober 1941 von Haarmann abgezeichnet wurde. „Vor

---

<sup>122</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 40.

<sup>123</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 102.

<sup>124</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 111.

<sup>125</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 114.

<sup>126</sup> StA Hamm, PA. Der Gauleiter [Westfalen Süd] als Reichsverteidigungskommissar, Wetter, 30. 7. 1943.

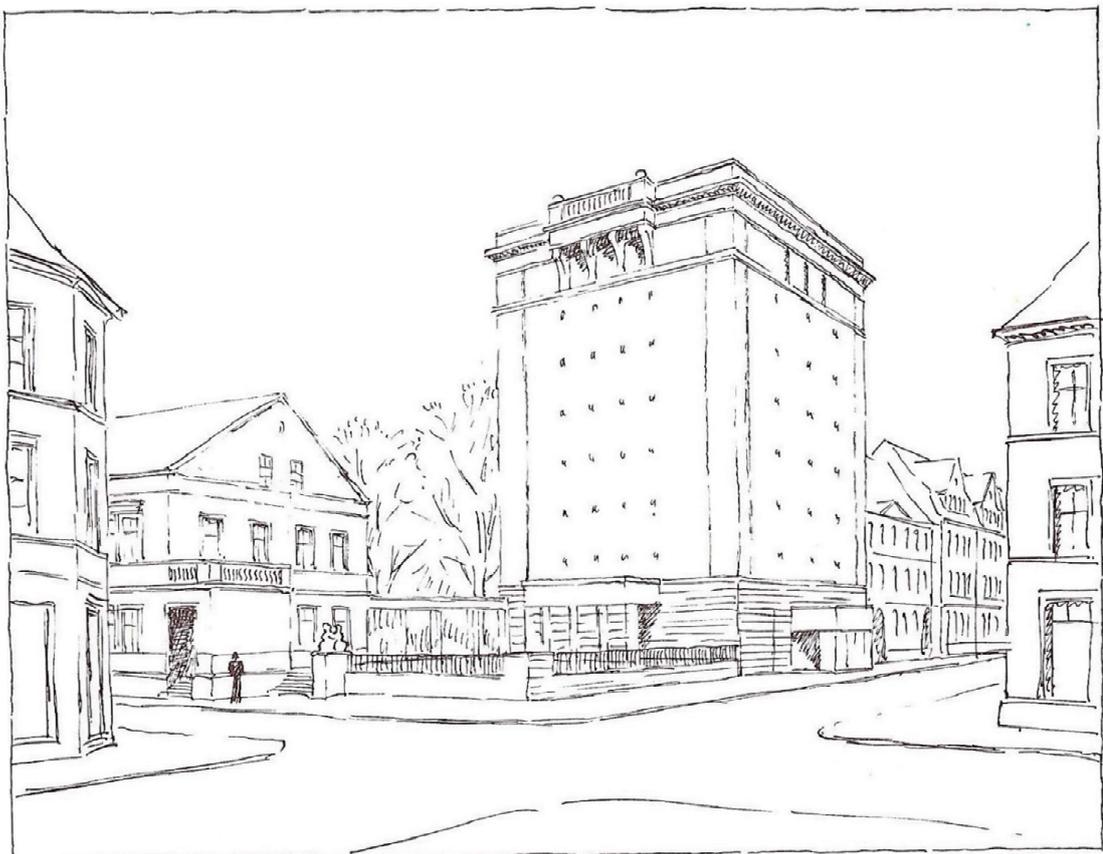
<sup>127</sup> Wulf: Planen und Bauen S. 117.

<sup>128</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 119.

allein für die Altstadt war aus Platzmangel aber auch aus städtebaulichen Gründen die Turmform gewählt worden. Im übrigen Bereich sollten 3-geschossige Bunker in die Baublöcke integriert werden.“<sup>129</sup> Die „städtebaulichen Gründe“ für die Turmform lagen in der Absicht, der Hammer Altstadt durch einen neuen Ring aus Türmen einen formalen Abschluss zu geben und damit zugleich an die mittelalterliche Stadtbefestigung zu erinnern. Zugleich sicherten die neungeschossigen Türme eine maximale Anzahl von Plätzen zum Schutz der Bevölkerung.

Am 28. Juli 1943 berichtete Oberbürgermeister Deter den Ratsherren in einer nichtöffentlichen Sitzung zum Stand der Luftschutzbauten:

*„Die in der Stadt vorhandenen Schutzbauten reichen aus, um 85 v.H. der Bevölkerung in teils splitter- teils bombensicheren Luftschutzräumen bei normaler Belegung unterzubringen. Bei doppelter Belegung könnte die gesamte Bevölkerung splittersicher untergebracht werden. Die Bunker reichen z. Zt. aus, um bei einfacher Belegung 4000, bei vierfachen Belegung 16 000 Personen bombensicher unterzubringen.“*<sup>130</sup>



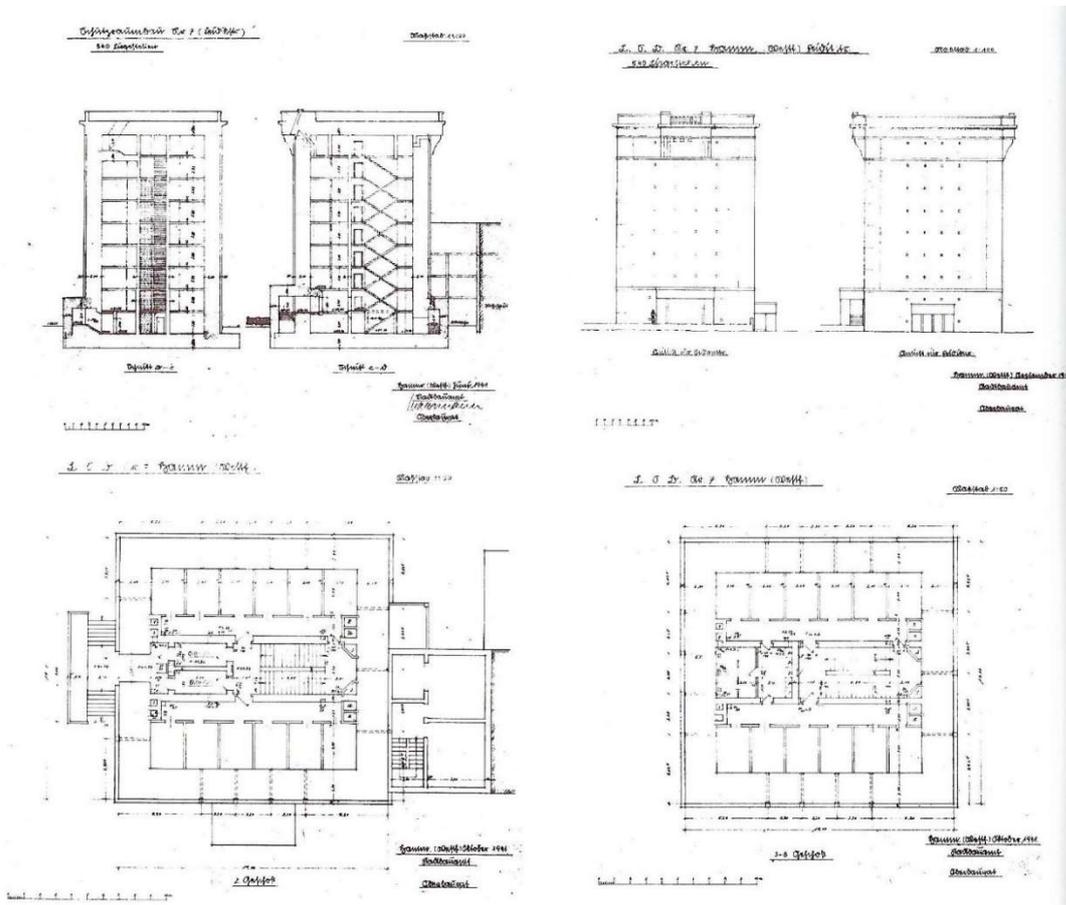
Planzeichnung des Feidik-Bunkers, Feidik- /Ecke Sedanstraße, Haarmann, 1941.<sup>131</sup>

<sup>129</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 122.

<sup>130</sup> StA Hamm, Stadt Hamm, Planungsamt, Historische Karten und Pläne, Bd. 3, S. 243 ff, Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung der Ratsherren am 28. Juli 1943, hier: S. 244.

<sup>131</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 151.

Eine Aussage Haarmanns im Zusammenhang mit dem späteren Projekt des Baus einer Stollenanlage, die wegen Wassereinbruchs nicht realisiert werden konnte, vom 18. Oktober 1943 geht bei ihrer Bezifferung des Platzes für die Zivilbevölkerung in den Hochbunkern noch von einer doppelten Belegung aus, während die Kapazitäten offiziell bereits auf die fünffache Belegung heraufgesetzt worden waren,<sup>132</sup> was in etwa der Einwohnerzahl der Hammer Innenstadt entsprach.



Plan des Feidik-Bunkerturmes.<sup>133</sup> Oben links werden die Geschoss-Aufteilung und die Aufgänge im Querschnitt gezeigt, oben rechts die Außenansicht frontal und seitlich, unten links der Grundriss des Erdgeschosses mit den Eingängen, unten rechts der eines der anderen Geschosse, jeweils im Grundriss.

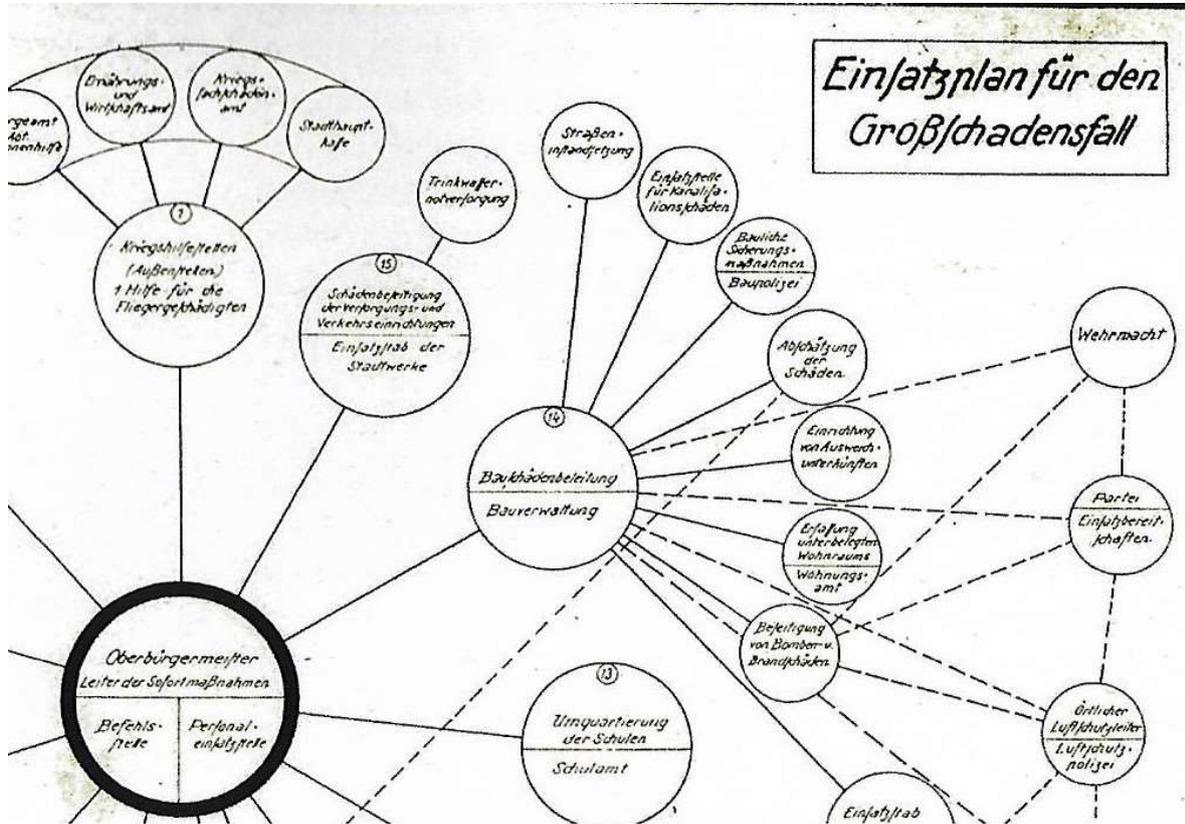
Tatsächlich waren die innerstädtischen Hochbunker bei Kriegsende zum Teil achtfach belegt, und zwar wochenlang. In der Endphase des Krieges hatte es wegen ihrer strategischen Bedeutung für den Nachschubtransport über den größten Verschiebebahnhof Europas und wegen der militärischen Einrichtungen (Flugplatz, Kasernen, Depots) sowie Bergbau- und Industrieanlagen seit November 1944 fast täglich mehrfach, an manchen Tagen bis zu fünfmal Bombenalarm für die Stadt gegeben, so dass manchmal tagelang kaum die Möglichkeit bestand, den Bunker zu verlassen. Zum Schluss, in der ersten Aprilwoche 1945, kam es zu einwöchigen

<sup>132</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 128.

<sup>133</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 152,



örtlichen Luftschutzleiter und dem Einsatzstab des Oberbürgermeisters, vor: Straßeninstandsetzung, Bezeichnung von Einsatzstellen für Kanalisationsschäden, bauliche Sicherungsmaßnahmen, Abschätzung der Schäden, Einrichtung von Ausweichunterkünften, Erfassung unterbelegten Wohnraums, Beseitigung von Bomben- und Brandschäden.



Die Aufgaben der Hammer Bauverwaltung im Großschadensfall (Bildmitte).

Ein Bericht des Hammer Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten in Arnsberg „Betrifft: Bilanz der Hitlerzeit“ vom 7. März 1946<sup>136</sup> gibt die Zahl der Bombenopfer für das Stadtgebiet Hamm mit 1029 an, davon 50 Wehrmattsangehörige, 746 Zivilpersonen und 233 Zivilinternierte [Zwangsarbeiter, d.V.] und Kriegsgefangene. Dort findet sich auch in der Antwort zu Frage 17 („Zahl der Bunker, die den Bomben nicht standgehalten haben?“) die Antwort: „Die Hochbunker haben standgehalten; sämtliche öffentlichen Schutzräume wurden durch Bomben teils stark beschädigt, teils völlig unbrauchbar gemacht.“ Die Stadt Hamm

<sup>136</sup> Abgedruckt in: Stadt Hamm, Stadtarchiv (Hg.): 8. Mai 1945. Zwischen Null und Neubeginn, Ausstellung des Stadtarchivs u.a. vom 8. Mai – 17. Juni 1995, Hamm 1995, S. 25-29. Vgl. auch Witt, Verdrängte Geschichte, S. 371 ohne Quellenangabe. Der Bericht hat die Form einer Beantwortung von 40 Fragen, die wohl an alle Landräte, Amtsbürgermeister und Oberbürgermeister versandt worden waren. Die Zwangsarbeiter waren hauptsächlich bei zwei Bombardements im sog. „Russenslager“ (151 Tote) und auf dem Werksgelände der Westfälischen Union umgekommen, weil ihnen gesetzlich verboten war, Schutzräume aufzusuchen. In einigen anderen seit 1992 erschienenen Quellen ist von 1131 Bombenopfern die Rede, ohne dass eine Quelle für diese Zahl genannt würde.

hatte 1939 nach Angaben Haarmanns 58.000 Einwohner.<sup>137</sup> Durch die Einberufungen zur Wehrmacht, die im März 1944 einsetzenden Evakuierungen sowie Umzüge aus Hamm zu Verwandten in sicherere Gegenden hatte sich die Einwohnerschaft bis zur Endphase des Luftkrieges auf etwa 36.000 Personen reduziert.<sup>138</sup> Von denen erlebten etwa 30.000 die letzten zwei bis drei Kriegswochen in den zehn überfüllten Hochbunkern.<sup>139</sup> Karl Wulf berichtet von 24 großen Tagangriffen von USAF und RAF auf Hamm seit März 1943, davon allein 20 zwischen September 1944 und März 1945, meist mit mehreren hundert Flugzeugen (Bombern und Jagdschutz), die insgesamt 18.173 Tonnen Sprengmittel abwarfen (ohne Stabbrandbomben, von denen jeder Bomber zwölf Schüttkisten mit je 90 Stück an Bord hatte).<sup>140</sup> Insgesamt wird die Zahl der Bombenangriffe auf Hamm offiziell mit 55 angegeben.<sup>141</sup> Ein direkter Vergleich mit anderen Städten ist kaum möglich, da es keine Stadt vergleichbarer relativ geringer Größe gibt, die in ähnlichem Ausmaß attackiert und zerstört worden wäre. Hamm vergleicht sich daher gern mit den großen Ruhrgebietsstädten, bei denen das Ausmaß der Zerstörung etwa gleich war, und nimmt den relativen Anteil der Ziviltoten an der Gesamtbevölkerung als Vergleichspunkt, der in den Ruhrgebietsstädten erheblich höher liegt.

Der Kriegsschädenplan der Stadt Hamm ist seit dem Herbst 1946 vom Vermessungsamt erstellt worden auf der Grundlage der Richtlinien vom November 1944. Die Anlage als „Fort-schreibende Schadenskarte“ sollte eigentlich sofort begonnen werden, was aber am Umfang der Kampfhandlungen und Schäden und später am Mangel an technischem Personal scheiterte. Die Farben zeigen den unterschiedlichen Zerstörungsgrad der Gebäude an: gelb (völlig zerstört), orange (schwer beschädigt), rot (mittlerer Schaden), schwarz (leicht beschädigt). Ein Datum für die Fertigstellung liefert Wulf nicht. Die weiße Fläche, die sich in der linken Bildhälfte von Süden nach Norden zieht, ist das Bahngelände, das außerhalb der Zuständigkeit der städtischen Verwaltung lag. Man kann sehr gut die Unterführung Bahnhofstraße und am unteren Kartenrand die Unterführung Alleestraße erkennen. Der extreme Zerstörungsgrad der Stadt wird sehr eindringlich verdeutlicht.

---

<sup>137</sup> So in seinem Rückblick 1955: „Bilanz nach zehn Jahren“ in: Zehn Jahre später – 1945 – 1955 Im Wirtschaftsraum Hamm, Sonderbeilage des Westfälischen Anzeigers und Kuriers vom 5. Juli 1955, in: StA Hamm, Mape Emil Haarmann.

<sup>138</sup> Schätzwert, weil die genauen Zahlen der zwischen März und Dezember in den Schwarzwald und den Sudetengau evakuierten Einwohner Hamms nicht mehr festzustellen ist, da die entsprechenden Unterlagen durch Bombenangriff zerstört wurden. Nach dem 5. 12. 1944 wurden aus Hamm zusätzlich noch 2812 Erwachsene und 1976 Kinder in andere Orte innerhalb der Rheinprovinz evakuiert (Bericht des OB an den RP AR, Frage 22, S. 27).

<sup>139</sup> Keinemann, Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 38. Er berichtet auch, dass „die Ausländer“ in den oberen exponierteren Stockwerken untergebracht wurden, was bedeuten würde, dass die Hammer Bürger entgegen den gesetzlichen Bestimmungen ihre Schutzräume mit Zwangsarbeitern geteilt hätten.

<sup>140</sup> Wulf, Hamm im Bombenkrieg, S. 57.

<sup>141</sup> Wulf, Hamm im Bombenkrieg, S. 21.



Kriegsschädenplan der Stadt Hamm, Auszug: Stadtkern und Südstadt<sup>142</sup>

Alle späteren Stellungnahmen von offizieller städtischer Seite im Entnazifizierungsverfahren hoben ausdrücklich hervor, dass Umfang und Tempo der Bunkerbau-Maßnahmen von Haarmann gegen zum Teil erheblichen Widerstand aus der Partei, speziell Deters, und (parteihö- rigen) Teilen der Verwaltung hatten durchgesetzt werden müssen. Er selbst schrieb in seiner Widerspruchs begründung gegen den erstinstanzlichen Spruch der Entnazifizierungskammer vom 11. Januar 1947:

*„Ich habe die Bunkerbauten in diesem Ausmaß (praktisch konnte die gesamte Bevöl- kerung unterkommen) trotz wiederholten Widerspruchs der vorgesetzten Dienststelle und erheblicher Anfeindungen und ernster Widerstände des Oberbürgermeisters auf eigene Verantwortung durchgesetzt.“*

Dies könne der Oberbaurat Helle, der jetzt für die Landesregierung NRW arbeite, bestäti- gen.<sup>143</sup> Der Oberstadtdirektor Dr. Schultz schrieb am 17. März 1947 in derselben Angelegen- heit an das Bezirkswirtschaftsamt Dortmund:

*„Während des Krieges hat Herr Haarmann die baulichen Luftschutzmaßnahmen der Stadt organisiert. Durch die zahlreichen Bunkerbauten, die praktisch die gesamte Be- völkerung aufnehmen konnten, blieben die Menschenverluste in Hamm trotz der*

<sup>142</sup> Wulf, Hamm im Bombenkrieg, S. 169-185, hier: S. 179.

<sup>143</sup> Haarmann an die RB Militärregierung – PSSB – in Arnsberg vom 11. 1. 1947, StA Hamm, PA.

*Schwere der Angriffe außerordentlich niedrig. Herr Haarmann hat die Bunkerbauten in diesem ungewöhnlichen Ausmaß gegen den Widerspruch vorgesetzter Dienststellen durchgesetzt.*<sup>144</sup>

Emil Haarmann erhielt den Kriegsverdienstorden II. Klasse (1942) und I. Klasse (1944).<sup>145</sup> Vierzig Jahre nach Kriegsende versuchte die Witwe des NS-Oberbürgermeisters, Margarete Deter, das Verdienst am Bunkerbau für ihren im April 1945 umgekommenen Ehemann zu reklamieren, der im Zivilberuf Ingenieur gewesen war, und so sein Andenken ein wenig aufzuwerten. In einem Bericht, den der Westfälischen Anzeiger am 8. Mai 1985 veröffentlichte, äußerte sie sich wie folgt:

*„Die Stadt Hamm hat ihrem ehemaligen Oberbürgermeister Deter das Leben unzähliger Menschen zu verdanken, weil er es gegen schwere Widerstände, und manchmal verlacht, nicht aufgegeben hat, bis für jeden Bürger ein Bunkerplatz gebaut war. Wenn auch diese Bunker das Stadtbild nicht gerade verschönten, so waren sie doch Rettung zahlreicher Bürger während der häufigen Bombenangriffe auf die Stadt. Kaum eine andere Stadt im Ruhrgebiet hat im Vergleich zu deren Zerstörung so wenige Tote zu beklagen. Wer im Bunker Schutz suchte, war geschützt.*<sup>146</sup>

Dazu äußerte sich Karl Wulf, der damals schon längere Zeit mit den Recherchen zu seinem Buch: Hamm – Planen und Bauen 1936 – 1945 beschäftigt war, folgendermaßen:

*„Oberbaurat Haarmann war also Beauftragter des Oberbürgermeisters für die Durchführung des Bauprogramms, d.h., daß er in alleiniger Zuständigkeit für die Planung und den Bau der bombensicheren LS-Schutzbauten verantwortlich war. Diese Feststellung war erst möglich nach der Aufarbeitung des umfangreichen Materials über die Planung und den Bau der LS-Bunker, das über einen sehr langen Zeitraum aus den verschiedensten Quellen zusammengetragen wurde. (...) Ob der damalige Oberbürgermeister in Sachen Bunkerbau überhaupt Entscheidungen treffen konnte, kann nach den vorliegenden Feststellungen ausgeschlossen werden, denn es handelte sich hier um Maßnahmen des Deutschen Reiches von höchster Priorität, und nicht um örtliche!“<sup>147</sup>*

Die Formulierungen aus dieser Auseinandersetzung fanden später Eingang in das 2002 veröffentlichte Buch.

---

<sup>144</sup> Oberstadtdirektor Dr. Schultz an das Bezirkswirtschaftsamt Dortmund vom 17. 3. 1947, StA Hamm, PA.

<sup>145</sup> Auszeichnung für Zivilisten wegen ihrer Verdienste um die Kriegführung; Entnazifizierungs-Fragebogen, S. 5; LAV NRW R, EA.

<sup>146</sup> Westfälischer Anzeiger, Hamm, 8. Mai 1985, zitiert in: StA Hamm, Mappe Emil Haarmann, Stellungnahme von Karl Wulf zu den Behauptungen der Witwe Deter, undatiert.

<sup>147</sup> StA Hamm, Mappe Emi Haarmann

Karl Wulf kommt zum Abschluss seines Werkes über Planen und Bauen in Hamm 1936-1945 bezüglich der Leistungen Emil Haarmanns für den Luftschutz in Hamm zu folgender Aussage:

*„Oberbaurat Haarmann war als Beauftragter des Oberbürgermeisters Deter für die Durchführung des LS-Bauprogramms in alleiniger Zuständigkeit verantwortlich. ... Der Dank der Bevölkerung gebührt daher Oberbaurat Emil Haarmann und seinen Mitarbeitern im Städt. Hochbauamt – Luftschutzbauleitung -, dem Stadtbaumeister Heinrich Fraatz, den Architekten Willy Floren und Konrad Brandt, den Technikern Willi Rotermond und Fritz Pühlhorn sowie der Sachbearbeiterin Anneliese Runte (heute Frau Viertmann).“* Er zitiert weiter einen Artikel des Westfälischen Anzeigers aus Hamm zum Tode des Stadtbaumeisters Heinrich Fraatz: *„Er hatte entscheidenden Anteil daran, daß die Bunker in Hamm schneller hochgezogen wurden, als es die damalige Bürokratie ermöglichte. ... Nicht selten konnte Stadtbaumeister Heinrich Fraatz aufgrund seines guten Einvernehmens mit den Hammer Baufirmen die Bunkerbauten beginnen, ehe die Baugenehmigung aus Münster eintraf.“*<sup>148</sup>

### **3 Emil Haarmanns Bedeutung bei Kriegsende in Hamm**

#### **3.1 Die zeitweise Leitung der Stadt als kommissarischer Oberbürgermeister in den ersten vier Nachkriegsmonaten**

Auf das ungeheure Ausmaß der Bombenangriffe im letzten halben Kriegsjahr und die daran anschließenden Straßenkämpfe wurde bereits hingewiesen. Am Ostersonntag, den 1. April 1945 besetzten die US-Truppen Heessen nördlich der Lippe und schlossen damit den Ruhrkessel, gelangten dann am 2. und 3. April über die als einzige Lippebrücke intakt gebliebene Eisenbahnbrücke<sup>149</sup> über die Lippe auf das Bahnhofsgelände und das westlich anschließende Betriebsgelände der Westdeutschen Drahtindustrie (WDI), wo sie einen Brückenkopf bildeten, von dem aus ab dem 3. April der Hammer Westen und die östlich gelegene Innenstadt in mehrtägigen Straßenkämpfen erobert wurden.

Am 5. April veröffentlichte Oberbaurat Emil Haarmann – wohl als Anschlag oder Plakat - einen Aufruf an die Hammer Bevölkerung:

---

<sup>148</sup> Wulf: Planen und Bauen, S. 124. Das bedeutet, dass Stadtbaumeister Heinrich Fraatz nach seiner Entlassung 1933 wieder ins Hochbauamt eingestellt worden sein muss.

<sup>149</sup> Die befohlene Sprengung der Brücke wurde im letzten Moment eher durch Zufall verhindert: der erste der drei mit Sprengstoff beladenen LKW geriet in einen Granattrichter kurz vor der Brücke, wurde zwar mit einem Panzer in Brand geschossen, explodierte aber wirkungslos. (Keinemann, Friedrich: Hamm in den Nachkriegsjahren, Eroberung der Stadt und Wiederaufbau, Alltagsleben, Kultur und Unterhaltung, hg. vom Stadtarchiv der Stadt Hamm, Hamm 1992, S. 34 f.).

*„Auf Anweisung seiner vorgesetzten Dienststelle hat Oberbürgermeister Deter heute früh die Stadt verlassen und mich mit seiner Stellvertretung beauftragt. Die städtischen Verwaltungsstellen führen ihre Tätigkeit vorläufig wie bisher weiter. Die Befehlsstelle der Stadtverwaltung ist in das Gebäude der Polizeidirektion verlegt.“<sup>150</sup>*

Auf derselben Seite erschien eine Mitteilung des Polizeidirektors Dr. Rotmann:

*„Nach kurzer dienstlicher Unterbrechung habe ich heute die Dienstgeschäfte wieder übernommen. Ich werde alles tun, um der Bevölkerung zu helfen. Eigenmächtige Verhandlungen und das Zeigen der weißen Flagge sind verboten. Aufgrund meiner Verhandlungen ist von der alliierten Truppe zugelassen, dass die Bevölkerung die Bunker verlassen darf. Der Aufenthalt auf den Straßen usw. ist vorläufig von 9-12 Uhr mittags gestattet, jedoch nur ein(em) Familien(mit)glied.“<sup>151</sup>*

Beide hatten sich am 4. April beim deutschen Kampfkommandanten in Freiske getroffen, einer Gemeinde südlich außerhalb der Stadt Hamm, 1968 nach Rhynern und mit diesem 1975 nach Hamm eingemeindet. Der hatte ihnen die unbewaffnete Rückkehr nach Hamm zur Kontaktaufnahme mit den Amerikanern erlaubt. Sie trafen auf der Rückfahrt im Stadtgebiet eine Gruppe amerikanische Offiziere, darunter einen Oberst, der ihnen gesagt habe:

*„Also, hören Sie, ich habe gehört, dass es den Leuten in den Bunkern sehr schlecht geht, daß die Temperaturen sehr hoch sein sollen, die Leute keine Nahrungsmittel haben und daß viele Kinder in den Bunkern sind. Ich ermächtige Sie, daß Sie morgen früh (gemeint ist der 6. 4.), meinerwegen mit ihrem Dolmetscher (gemeint ist der Fahrer, der offensichtlich Englisch konnte), die einzelnen Bunker abfahren können, Bis mittags gibt's kein Artilleriefeuer. Von jeder Familie soll einer nach Hause gehen und Nahrungsmittel holen.“<sup>152</sup>*

Diese Rundfahrt hat der Polizeidirektor mit dem Fahrer dann am 6. April unternommen, wobei es zu mehreren brenzigen Zusammentreffen mit US-Soldaten kam. Der deutsche Widerstand hörte im Hammer Stadtgebiet erst einen Tag später, am Samstag, den 7. April auf. Schon um 9 Uhr sei der Oberbaurat Haarmann vom amerikanischen Major Reilly als Oberbürgermeister eingesetzt worden.<sup>153</sup> Am 9. April ging die Militärregierung in Hamm von den Amerikanern auf die Briten über.<sup>154</sup> Haarmann hätten bewährte Politiker der Weimarer Republik

---

<sup>150</sup> Keinemann: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 47.

<sup>151</sup> Keinemann: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 48. (Die Einfügungen in Klammern durch Keinemann).

<sup>152</sup> Keinemann: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 48 f. (Die Einfügungen in Klammern durch Keinemann).

<sup>153</sup> Keinemann: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 54. So auch (ohne Datum und Uhrzeit): Ribhegge, Wilhelm, Entbehrungen, britische Besatzung und die Mühsal des Wiederaufbaus: die Jahre der Nachkriegszeit (1945 – 1949), in: Ribhegge, Wilhelm; Schönbach, Eva-Maria; Witt, Manfred, Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Wilhelm Ribhegge im Auftrag der Stadt Hamm, Düsseldorf (Schwann) 1991, S. 372 – 441; hier: S. 375.

<sup>154</sup> Keineman: Hamm in den Nachkriegsjahren,, S. 58 f.

als Berater zur Seite gestanden: der ehemalige Sekretär der Christlichen Gewerkschaften Johannes Kunz,<sup>155</sup> der ehemalige Zentrumsabgeordnete im preußischen Landtag Paul Schamer,<sup>156</sup> und der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD in der Hammer Stadtverordnetenversammlung Peter Röttgen.<sup>157</sup> Zudem habe er sich auf bewährte Verwaltungsbeamte stützen können, wie etwa den von den Nazis 1933 entlassenen Verwaltungsdirektor Wortmann<sup>158</sup>, ein Vorgang, von dem Ribhegge nichts weiß, der an gleicher Stelle jedoch berichtet, Röttgen sei anstelle des verhafteten Rotmann zum Polizeidirektor ernannt worden, Dr. Schultz<sup>159</sup> habe die Stelle des Stadtrats Dr. Daniel eingenommen und Wortmann die des entlassenen Verwaltungsdirektors Krombert.<sup>160</sup> Mit der Berufung des Rechtsanwaltes Dr. Schultz am 4. Juni 1945 zu seinem Assistenten band Haarmann einen Neffen seines ehemaligen Chefs Josef Schlichter<sup>161</sup> schon vor dessen Wiedereinsetzung in die Kommunalverwaltung ein, der später Hamms erster Oberstadtdirektor werden sollte.

In ihrem Aufsatz über die Entwicklung der Kommunalpolitik vom Kaiserreich bis 2015 charakterisiert Sabine Meckel die kommunalen Aufgaben unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus:

*„Nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus nahmen die Gemeinden alle staatlichen Aufgaben vor Ort wahr und regelten das öffentliche Leben. Besonders die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Mangel an Wohnraum und Lebensmitteln stellten die Gemeinden vor erhebliche Herausforderungen.“<sup>162</sup>*

Am 29. Mai 1945 schlug Haarmann gegenüber dem Militärkommandanten in einer Besprechung einen vierköpfigen Vertrauensleute-Ausschuss ehemaliger Gewerkschaftssekretäre zur Reorganisation der Gewerkschaften vor. Dies wurde aber von der britischen Stadtkommandantur am 30. August endgültig abgelehnt, nachdem zuvor am 1. Juli noch Vertreter aller drei Parteien (CDU, SPD und KPD) gemeinsam eine Eingabe an die örtliche Kommandantur gerichtet hatten, man wolle Gewerkschaften vorerst nur auf betrieblicher Ebene dulden.<sup>163</sup> Dem

---

<sup>155</sup> Keineman: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 155.

<sup>156</sup> Keineman: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 155.

<sup>157</sup> Keineman: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 155.

<sup>158</sup> Keineman: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 54.

<sup>159</sup> Dr. Schultz selbst berichtet, er sei im Juni 1945 auf Veranlassung Haarmanns als stellv. Bürgermeister in die Stadtverwaltung eingetreten. (Dr. Schultz am 21. 8. 1946, Entlastungszeugnis für Haarmann im Entnazifizierungsverfahren, StA Hamm, PA). So gibt auch Keinemann: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 154, hierfür den 4. 6. 1945 als Datum an.

<sup>160</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 375. Er scheint sich aber bei diesen Vorgängen auf einen längeren Zeitraum von ca. 8 Wochen zu beziehen, weil er mit der Gesamtzahl der Entfernten entsprechend der 1. Ausgabe des alliierten Mitteilungsblattes vom 19. 6. 1945 fortfährt.

<sup>161</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 388 auf der Grundlage des Leumundszeugnisses des Stadtdirektors Röttgen vom 19. 8. 1946 in: StA Hamm, PA.

<sup>162</sup> Mecking: Kommunalpolitik, S. 133.

<sup>163</sup> Keinemann: Hamm in der Nachkriegszeit, S. 155, Ribhegge, Entbehungen, S. 380. Ribhegge spricht ungenau von der CDU, die in Hamm aber erst am 23. 9. 1945 offiziell gegründet worden ist (Keinemann, S.

Ausschuss sollten angehören: Peter Röttgen und Hugo Bröcker vom ehemaligen ADGB sowie Ferdinand Poggel und Paul Schamer vom ehemaligen christlichen DBG. Nach Röttgens Ernennung zum Polizeidirektor Anfang Juni folgte ihm Hubert Biernat in der Liste.<sup>164</sup>

Nach diesem ersten Fehlschlag legte Haarmann aber schon am 19. Juni 1945 dem britischen Stadtkommandanten Major Irving nach Abstimmung mit den Parteien eine Liste von sechs Personen zur Bildung eines Bürgerrates mit der Bitte um Genehmigung vor.<sup>165</sup> Dem Bürgerrat sollten angehören: Peter Röttgen und Hugo Bröcker, SPD; Ferdinand Poggel und Heinrich Hirsch (Schneidermeister, beide früher Zentrum), Alfons Berkemeyer (Arbeiter, KPD; ab August Wilhelm Kuttke (ebenfalls KPD, da Berkemeyer wegen Erpressungsvorwürfen suspendiert wurde)<sup>166</sup> und Rudolf Hannesen (Hüttendirektor, Westfälische Union). Mit Schreiben vom 26. Juni wurde die Liste von Major Irving genehmigt mit dem Zusatz: „Ich werde mich freuen, dass Sie einen Bürgerrat bilden werden.“<sup>167</sup> Drei Tage später, am 29. Juni 1945, schickte der Oberbürgermeister Haarmann die Benachrichtigungen an die sechs nominierten Bürgerräte in folgendem Wortlaut:

*„Zu meiner Beratung und Unterstützung in allen Angelegenheiten der Stadtverwaltung beabsichtige ich einen aus 6 Mitgliedern bestehenden Bürgerrat zu bilden. Mit Genehmigung des Herrn Kommandanten der Militärregierung in Hamm berufe ich Sie als Mitglied in diesen Bürgerrat in der Erwartung, daß Sie bereit sind, sich mit Ihrer ganzen Kraft für das Wohl unserer durch den Krieg so schwer getroffenen Heimatstadt einzusetzen. [...] Ich bitte mir mitzuteilen, ob Sie bereit sind, dem Bürgerrat der Stadt Hamm als Mitglied beizutreten.“<sup>168</sup>*

Der Bürgerrat trat am 18. Juli 1945 erstmals zusammen.<sup>169</sup> In der Zwischenzeit war unter dem Datum des 6. Juli ein Erlass des Regierungspräsidenten in Arnsberg, Fritz Fries (SPD), an die

---

159), obwohl erste Vorbereitungstreffen bereits im Juni stattgefunden hatten, Keinemann hingegen korrekt über frühere Zentrumsmitglieder. Das Hammer Zentrum wurde erst am 14. 10. 1945 in Soest gegründet (Keinemann, S. 160). Poggel, Schamer und Hirsch gehörten aber seit ihrer Gründung der CDU an.

<sup>164</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 378. Biernat war eigentlich Mitglied der SPD im Kreis Unna, gleichzeitig jedoch 1945 einer der beiden Sekretäre des Unterbezirks Hamm der SPD, ebenso wie sein Kollege in diesem Amt, Alfred Gleisner (Ribhegge, Entbehungen, S. 379). Er war von 1946-1950 Landrat des Kreises Unna, von 1950-1956 Regierungspräsident in Arnsberg, von 1956-1958 Innenminister NRW und von 1961-1964 wieder Landrat des Kreises Unna ([https://de.wikipedia.org/wiki/Hubert\\_Biernat](https://de.wikipedia.org/wiki/Hubert_Biernat) ; Zugriff am 6. 6. 2020).

<sup>165</sup> StA Hamm, Bestand 01-77 (Bürgerrat 1945; Niederschriften)

<sup>166</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 382.

<sup>167</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945. Dort auch die Liste.

<sup>168</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945.

<sup>169</sup> Keinemann: Hamm in der Nachkriegszeit, S. 152. In der ersten Sitzung wurde vom KPD-Mitglied Berkemeyer mit Blick auf Hannesen kritisch nachgefragt, ob ein ehemaliges NSDAP-Mitglied dem Bürgerrat angehören dürfe. Er wurde von Haarmann dahingehend beschieden, dass dies eben dem Willen der Besatzungsmacht entspreche, so Ribhegge: Entbehungen S. 381. Angesichts der Tatsache, dass Haarmann und Hannesen bereits in den letzten Kriegswochen im Bunker über Personalien nachgedacht hatten (vgl. Abschnitt 3.3.1), ist es fraglich, ob nur die Besatzungsmacht hinter dieser Entscheidung stand. Das von

Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks zur Bildung von Vertrauensausschüssen erschienen, der die Entlassung der von der NSDAP berufenen Gemeinderäte als „blinde und verantwortungslose Werkzeuge,“ die „willenlos“ die Anordnungen der Partei vollzogen hätten, verfügte und die Bildung von Ausschüssen „als wirkliches Vertrauensorgan“ in allen Gemeinden anordnete,

*„die dem Leiter der Gemeinde beratend und anregend zur Seite stehen, ihn in ständiger und enger Verbindung über die Stimmung, die Wünsche und Bedürfnisse der Gemeindeglieder unterrichten, von seiner eigenen Arbeit und seinen Sorgen fortlaufend Kenntnis erhalten und dafür sorgen, daß die Bürgerschaft seinen Entschlüssen und Anordnungen Verständnis und seinem Gesamtwirken Vertrauen entgegenbringt.“*

Die Ausschüsse sollten sich zusammensetzen aus Vertretern der hauptsächlichlichen Berufsstände, „die der Gemeinde ihr Gepräge geben“, ausschließlich aus „Persönlichkeiten von verbürgter republikanisch-demokratischer Staatsgesinnung und einwandfreier Vergangenheit ...“, ihre Auswahl durch die Leiter der Gemeinde im Einvernehmen mit der Militärregierung erfolgen. Über die Einrichtung sei bis zum 1. 8. 45 Bericht zu erstatten.<sup>170</sup> Aufgrund der Initiative Haarmanns war dies in Hamm bereits genauso geschehen.

Am 16. Juli 1945 verschickte der Oberbürgermeister die Sitzungseinladung mit der Tagesordnung: „1. Einführung der Mitglieder, 2. Finanzielle Lage, 3. Wohnungsproblem, 4. Öffentliche Arbeiten und Wiederaufbau. Referenten zu 1, 3, 5 (!): Haarmann, zu 2, 4: Dr. Schultz.“ Die Einladung für die Mitglieder der Militärregierung sollte um die Notiz ergänzt werden: „kurze Referate, ca. 1 Std. Dauer.“<sup>171</sup>

Die Niederschrift fasst diese erste Sitzung des Bürgerrates folgendermaßen zusammen:

*„Der Oberbürgermeister begrüßte sämtliche Anwesenden. Er wies darauf hin, daß der Bürgerrat, obwohl ihm noch eine gesetzliche Grundlage fehle, den Anfang einer demokratischen Volksvertretung darstelle. [...] Er freue sich, in dem Bürgerrat zwei bewährte Mitglieder des früheren Magistrats begrüßen zu können. Er wünsche, dass das schwere Unrecht, das man dem früheren Oberbürgermeister Schlichter bei seiner Entlassung im Jahre 1933 zugefügt habe, in Kürze wieder gutgemacht würde. [...] Nach der Eröffnungsansprache übergab Mitglied des Bürgerrats Röttgen eine Erklärung sämtlicher Mitglieder, daß die baldige Wiedereinsetzung des früheren Oberbürgermeisters*

---

Ribhegge: Entbehungen, S. 382 angegebene Datum des Zusammentritts des Bürgerrates (18. Juni) be-  
ruht offensichtlich auf einem Druckfehler.

<sup>170</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Erlass des Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 6. 7. 1945.

<sup>171</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Einladungsschreiben zur 1. Sitzung des Bürgerrates vom 16. 7. 1945. Die Angaben wurden so aus der Quelle übernommen. Die Einladung hat den Punkt „Ernährung und Versorgung“ vergessen, der tatsächlich Punkt 3 der Sitzung war (s. u.) und von Haarmann vorgetragen wurde, so dass die angegebene Aufteilung der Referate den Tatsachen entspricht.

*Schlichter von der Hammer Bevölkerung gewünscht werde. Oberbürgermeister Haarmann versprach, den Antrag an die Militärregierung befürwortend weiterzuleiten.“* Nach der Verabschiedung der Offiziere fand eine kurze Aussprache statt, in der besonders auf den „*unerfreulichen Tauschhandel*“ mit Lebensmitteln und Baumaterialien hingewiesen wurde.<sup>172</sup>

Den Inhalt der Referate gibt ein undatiertes mehrseitiges Bericht über die Sitzung wieder, den Haarmann in einer Notiz am oberen Rand charakterisierte als *„Mitschrift von Major Delius [Mitglied der britischen Militärregierung, d.V.], für die Neue Westf. Zeitung geeignet, für das Mitteilungsblatt auf 9 Zeilen kürzen, Ha.*

*„Im Einvernehmen mit der Militärregierung ist für die Stadt Hamm ein Bürgerrat gebildet worden. Zum Bürgerrat gehören die Herren Berkemeier, Bröcker, Hennesen, Hirsch, Poggel und Röttgen. Der Bürgerrat ist das Bindeglied zwischen Bürgerschaft und Verwaltung und soll das Stadtoberhaupt in allen wichtigen Angelegenheiten beraten. Die erste Sitzung fand am 18. Juli 1945 in Gegenwart von Vertretern der Militärregierung statt.*

*Nach der Verpflichtung der Bürgerräte durch den k[ommissarischen, d.V.]. Oberbürgermeister Haarmann, wurden die z. Zt. wichtigsten Aufgabenbereiche der Stadt behandelt. Stellvertr. Bürgermeister Dr. Schultz gab einen Überblick über die Finanzlage und erläuterte den Haushaltsplan von 1945. Verständlicherweise ergeben Besatzungskosten und Fürsorgeleistungen erhebliche Belastungen, andererseits ist im Steueraufkommen und in den Einnahmen der Stadtwerke mit erheblichen Ausfällen zu rechnen. Der sich ergebende Fehlbetrag ist so erheblich, dass er nur durch einen überörtlichen Finanzausgleich ausgeglichen werden kann.*

*K. Oberbürgermeister Haarmann referierte über Ernährung und Versorgung und stellte heraus, dass die gegenwärtige Versorgung der Bevölkerung ganz unzureichend sei. Auch die Versorgung mit Textilien und vor allem Kohle bereite sehr ernste Sorgen. Anerkennend hob er die Opferbereitschaft der Bürgerschaft bei der Sammlung der geforderten 5000 Anzüge und Kleidungsstücke für die Ausländer [Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, d.V.] hervor.*

*Zur Wohnungsfrage gab Dr. Schultz einen Überblick über die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt. Von rd. 16 500 Wohnungen sind rd. 11 000 unbrauchbar geworden. Es muss deshalb aufs Äusserste zusammengerückt werden. Ausser Küche und Schlafraum können Wohnräume nicht zugestanden werden. Es wurde die Hoffnung*

---

<sup>172</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 18. 7. 1945. Unter den Bürgerräten war kein Mitglied des alten Magistrates. Haarmann benutzt hier die Bezeichnung „Magistrat“ als Pars pro toto für die Lenkungsorgane der Stadt vor 1933: Peter Röttgen und Ferdinand Poggel waren Fraktionsvorsitzende der SPD bzw. des Zentrum in der ehemaligen Stadtverordnetenversammlung gewesen. Die Texte der Referate, die in englischer Übersetzung bereits der Einladung an die Militärregierung zur Kenntnisnahme beigelegt worden waren, wurde der Niederschrift als Anlage beigelegt.

*ausgesprochen, dass durch großzügige Wiederherstellung beschädigter Wohnungen und Ausnutzung der Kasernen eine wesentliche Entlastung eintritt.*

*Im letzten Referat behandelte der Oberbürgermeister die Fortschritte der Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Die besonderen Schwierigkeiten bei der Stadtentwässerung werden durch die Unterstützung der Militärregierung und den Einsatz entlassener deutscher Soldaten behoben. Die gewaltigen Schäden werden beim Wiederaufbau einen großzügigen Umbau der Innenstadt möglich machen. Z. Zt. wird ein Kriegsschädenplan aufgestellt, der ein genaues Bild von den Zerstörungen gibt und als Grundlage für den Wiederaufbau dienen soll. Bei der Durchführung von öffentlichen Arbeiten macht sich das Fehlen von Fachkräften und Material sehr bemerkbar. Ganz besonders fehlt es aber an Kohle. Auch die Entschädigung der Bombenschäden ist eine noch ungelöste Frage.*

*Die Sitzungen des Bürgerrates finden künftig wöchentlich mittwochs um 17.<sup>00</sup> Uhr regelmässig statt.<sup>173</sup>*

Schon in der ersten Sitzung des Bürgerrates wurden damit die Probleme angesprochen, die in den kommenden Jahren die Arbeit der Stadtverwaltung maßgeblich geprägt haben: die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Stadt Hamm, die Wohnungs-, Ernährungs- und Versorgungsprobleme der Bevölkerung sowie der Mangel an Arbeitskräften und Material.

Die folgenden Sitzungen des Bürgerrates wurden von der desolaten Wohnraum-Situation geprägt. Zur Ermittlung noch benutzbaren Wohnraumes waren die beschäftigungslosen Lehrer eingesetzt worden, hatten aber nicht zur Zufriedenheit des Oberbürgermeisters gearbeitet, der in der Sitzung vom 25. Juli 1945 um die Benennung geeigneter Personen bat. In der Sitzung vom 9. August 1945 wurde die Zahl der Wohnraum-Ermittler auf 20 erhöht, hauptsächlich „überalterte“ Hilfspolizei-Beamte, gemeint waren vermutlich pensionierte Beamte. In der wahrscheinlich außerplanmäßigen Sitzung vom 11. August 1945 wurde die Suspendierung Berkemeiers durch die Militärregierung bekanntgegeben, der jedoch bis zum Abschluss seines Verfahrens Bürgerrat bleiben sollte.<sup>174</sup>

In der Zwischenzeit bereitete Haarmann die Rückführung des ehemaligen Oberbürgermeisters Schlichter vor. In einem Schreiben vom 12. August 1945 teilte er dem Regierungspräsidenten in Arnsberg seine Planungen mit. Die offizielle Wiedereinsetzung sollte am 15. August nachmittags in Form der vierten Sitzung des Bürgerrates in Anwesenheit der Militärregierung und von Vertretern der Bezirksregierung Arnsberg stattfinden. Für den Abend war eine große öffentliche Veranstaltung in festlichem Rahmen im Großen Saal des Kurhauses Bad Hamm geplant, die Haarmann als „Volksversammlung“ bezeichnete.<sup>175</sup>

<sup>173</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Bericht über die erste Sitzung des Bürgerrates.

<sup>174</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschriften der Sitzungen vom 25. 7., 9. 8. und 11. 8. 1945.

<sup>175</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Anschreiben Haarmann an den RP Arnsberg -persönlich- vom 12. 8. 1945. Das Schreiben enthält unter dem Datum den handschriftlichen Vermerk Haarmanns: „von

Haarmann hat am selben Tage – vermutlich bereits am Vormittag – in einer Besprechung mit Major Irving in Gegenwart seines Nachfolgers, Oberstleutnant Marshall, die desolade Situation der Stadtverwaltung nach der Zerstörung des Stadthauses angesprochen, weil sie eine reguläre Arbeit der Verwaltung unmöglich mache. Deshalb hatte er vorgeschlagen, die Infanteriekasernen gegenüber dem Exerzierplatz zur Unterbringung der gesamten Stadtverwaltung zu nutzen, sobald diese frei würden. Irving war nicht abgeneigt, gab aber zu bedenken, dass geprüft werden solle, ob wirklich alle Gebäude von der Stadtverwaltung gebraucht würden und man nicht einen Teil der Kasernen zu Wohnzwecken freigeben könne. Einen dahingehend sehr gut begründeten Antrag möge die Stadt bei ihm einreichen zur Weiterleitung nach Unna, weil der dortige Town Major über die Kasernen verfüge.<sup>176</sup>

Als seine letzte Amtshandlung als kommissarischer Oberbürgermeister eröffnete Haarmann die Sitzung des Bürgerrates am 15. August 1945 mit einer Ansprache:

*„Der besondere Anlass der heutigen Sitzung ist die Wiedereinsetzung unseres allverehrten Herrn Oberbürgermeister Josef Schlichter in das Amt, dass (sic !) ihm Unverstand, Willkür und Vermessenheit im Jahre 1933 aus den Händen gewunden haben. Aus der einstmals blühenden Stadt Hamm ist durch den Wahnsinn dieses Krieges ein Trümmerhaufen geworden. Der Wiederaufbau macht den Einsatz aller Kräfte bis zur äussersten Anspannung notwendig. Sie, Herr Oberbürgermeister Schlichter, haben sich trotz Ihres Alters dem Ruf der Pflicht nicht entzogen und Ihre Kraft erneut der Stadt zur Verfügung gestellt. Es wird keine leichte Aufgabe sein, die Sie nunmehr übernehmen, aber das restlose Vertrauen der Bürger aller Stände und Schichten, das Sie sich in langen Friedensjahren erworben haben, und die Liebe und Anhänglichkeit Ihrer Beamenschaft werden Sie tragen und Ihnen Ihre Arbeit erleichtern.*

*Meine Herren! Seit der Besetzung der Stadt durch die alliierten Truppen am 5. April, habe ich als rangältester anwesender Beamte (sic !) die Geschäfte des Oberbürgermeisters übernommen und bis zum heutigen Tage geführt. Es war das nicht immer leicht. Die Verhältnisse lagen denkbar ungünstig: das Rathaus zerstört, die Akten grösstenteils vernichtet, die Verwaltung in Behelfsräumen, ohne ausreichendes Personal, ohne Telephon, ohne Hilfsmittel. Dazu schwerste Zerstörungen, vor allem an unterirdischen Leitungen, Strassen und Brücken bei einem erschreckenden Mangel an Arbeitskräften und gleichzeitig stärkster Konzentration des alliierten Truppenverkehrs im Raume Hamm. Wenn es mir möglich war, die Stadt durch diese Schwierigkeiten ohne*

---

Röttgen überbr. 14.8.“ Für eine rechtzeitige Information wäre das zu knapp. Möglicherweise bezieht er sich auf die Ankunft Schlichters in Hamm, der von Röttgen und Poggel in Begleitung eines britischen Offiziers im PKW aus Berchtesgaden abgeholt worden war.

<sup>176</sup> StA Hamm, Bestand 01-76 (Besprechungen der Oberbürgermeister mit den britischen Stadtkommandanten) hier: Blatt 2: Aktenvermerk Haarmanns vom 16. 8. 1945 über die Besprechung vom 15. 8. In den ersten vier Nachkriegsmonaten scheinen die Besprechungen eher formlos abgelaufen zu sein, es gibt jedenfalls auf deutscher Seite keine Protokolle darüber. Blatt 1 ist ebenfalls eine Aktennotiz Haarmanns vom 10. 8. 1945 über eine Besprechung vom gleichen Tage zur Verwendung der Bunker als Nachtasyle für durchreisende Männer und Frauen sowie zur provisorischen Unterbringung von Familien.

*besondere Erschütterungen hindurch zu führen, so danke ich dies neben der aufopfernden Mitarbeit der Beamten und Angestelltenschaft, vor allem der tätigen Mithilfe der alliierten Militärregierung und dem grossen Vertrauen, das mir durch Herrn Major Irving und seine Mitarbeiter entgegengebracht worden ist. Ich möchte heute, wo ich von diesem Platz wieder zurücktrete, Ihnen, Herr Major, und Ihren Mitarbeitern für dieses Vertrauen meinen ganz besonderen Dank aussprechen. Ich bitte Sie, dieses Vertrauen auch auf Herrn Oberbürgermeister Schlichter zu übertragen, zum Segen und Nutzen unserer schwergeprüften Stadt.“<sup>177</sup>*

Nach der Eröffnungsansprache Haarmanns begrüßte der britische Militärkommandant Major Irving die Anwesenden, drückte seine Freude über die Anwesenheit Schlichters aus und bedankte sich bei Haarmann für die Zusammenarbeit während der letzten Monate.

*„Ich bin sehr erfreut, Herrn Dr. Schlichter in Hamm als Oberbürgermeister zu begrüßen, sowohl in meinem eigenen Namen als auch im Namen der Offiziere der Militärregierung. Ich bin ebenso erfreut, den Herrn Regierungspräsidenten hier zu sehen. Ich betrachte es als meine Pflicht, Herrn Oberbürgermeister Haarmann für die unermüdliche Tatkraft und Entschlossenheit zu danken, mit der er die Aufgaben, die ihm seit der Besetzung der Stadt gestellt worden sind, gelöst hat, und für seine stete Bereitschaft zur Zusammenarbeit.“<sup>178</sup>*

Anschließend bedankte sich der Arnberger Regierungspräsident Fritz Fries bei Haarmann für seinen Einsatz und würdigte dessen Verdienste sehr ausführlich:

*„Es ist mir eine ganz besondere Freude, hier von dem Herrn Kommandanten zu hören, dass er mit der Verwaltung des Herrn Haarmann sehr zufrieden war. Wir können die Arbeit, die Herr Haarmann hier geleistet hat, ganz besonders als wertvoll bezeichnen, weil hierüber die Zufriedenheit des Herrn Kommandanten ausgesprochen ist. Wir müssen aber gleichzeitig der Militärregierung unseren Dank aussprechen, weil sie stets hilfsbereit zur Seite gestanden hat.*

*Herr Haarmann, wir danken Ihnen ganz besonders dafür, dass Sie sich in allerschwerster Zeit sofort rückhaltlos zur Verfügung gestellt haben. Es freut uns ganz besonders, dass Sie sich sofort dazu bereiterklärten, in allerschwerster Zeit des Krieges selbstlos der Stadt Hamm zu dienen. Sie haben ganz besonders dazu beigetragen, dass das Vertrauen, das (sic!) unser Volk in heutiger Zeit von der Militärregierung dringend bedarf, gefestigt worden ist. (...) Sie, Herr Haarmann, haben mitgeholfen, dass in schwerster Zeit die Bevölkerung vor dem Hungertode bewahrt worden ist. Sie haben mitgeholfen, dass in schwerster Zeit hier in Hamm Seuchen unterdrückt worden sind und Sie haben*

---

<sup>177</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 15. 8. 1945, Ansprache Haarmanns, Hervorhebung im Original. Die Ansprachen liegen dem Protokoll bei.

<sup>178</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 15. 8. 1945.

*ebenfalls mitgeholfen, dass nunmehr, soweit wir heute die Lage überblicken, für den kommenden Winter alle Schwierigkeiten soweit überbrückt worden sind, dass die Bevölkerung keine Not zu leiden braucht. Wir erkennen neben der Militärregierung ganz besonders Ihre Verdienste, die Sie sich durch Ihre aufopfernde Tätigkeit erworben haben, an.*

*Ich habe die Ehre, Sie einmal von Ihren Aufgaben als kom. Oberbürgermeister zu entbinden, zugleich ernenne ich Sie hiermit zum Stadtbaurat und zum ordentlichen Magistratsmitglied. Als äußeres Zeichen überreiche ich Ihnen hiermit Ihre Bestallung und Ihre Urkunde.“<sup>179</sup>*

Um diese Danksagung entsprechend einordnen und würdigen zu können, sei im Vorgriff auf Kapitel 3.4 darauf hingewiesen, dass der der SPD angehörende Regierungspräsident Fries in seinem Bezirk mit Billigung der Militärbehörden ein besonders scharfes Vorgehen gegenüber ehemaligen Mitgliedern der NSDAP praktizierte. Bereits am 16. Mai 1945 hatte er die Entlassung aller „alten Kämpfer“ aus ihren Positionen verfügt, drei Tage später die Entlassung der gesamten Lehrerschaft angeordnet und am 3. Juni 1945 eine Liste aller NSDAP-Mitglieder der Hammer Stadtverwaltung anfertigen lassen. Wenn er nicht schon vorher von Haarmanns Parteimitgliedschaft gewusst hat, was anzunehmen ist, hat er spätestens jetzt – also gut 10 Wochen vor der oben zitierten Rede – von dieser Kenntnis erhalten. Dass er trotzdem die obigen Worte an Haarmann richtete, ist also eine mehr als eindeutige Aussage zu seiner Meinung über dessen Charakter und Tätigkeit während der NS-Zeit.

Dann ergriff auch der neue alte Oberbürgermeister Josef Schlichter das Wort. Er sei sich wegen seines Alters von 66 Jahren, der Anstrengungen des Krieges und seiner 12jährigen Pause in der Verwaltungsarbeit keineswegs sicher gewesen, ob er einer gerade jetzt so schwierigen Aufgabe überhaupt noch gewachsen sei.

*„Erleichtert wurde mir mein Entschluss durch die Zusage der Herren, die mich geholt haben. Sie haben mir ihre volle Unterstützung zugesagt und versichert, jede Parteikämpfung untereinander zu unterlassen. Ich kenne diese Männer aus früherer Zeit und weiss, dass ich mich auf ihr Wort verlassen kann.“ Und an Haarmann gewandt: „Nun noch ein kurzes Wort an Sie, sehr verehrter Herr Oberbaurat. Sie haben nach der Besetzung die Leitung der Stadt Hamm übernommen. Unermüdlich vom frühen Morgen bis zum späten Abend haben Sie sich unter aller Hingabe im Amte dem Dienst an der Gemeinschaft gewidmet, die Beseitigung der Schäden in der Stadt in Angriff genommen, die Verwaltung der Stadt sichergestellt und vor allen Dingen zur Militärregierung ein gutes Vertrauensverhältnis geschaffen, das der Stadt nur zum Vorteil gereichen konnte. Dafür sage ich Ihnen auch im Namen der Bürgerschaft herzlichen Dank. Es*

---

<sup>179</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 15.8.1945, Ansprache des Regierungspräsidenten Fries.

*freut mich, dass Sie auch in Zukunft mir als engster Mitarbeiter zur Seite stehen werden.“<sup>180</sup>*

Die Schlussansprache hielt Peter Röttgen als Vertreter der Mitglieder des Bürgerrates. Er hatte – gemeinsam mit Ferdinand Poggel – Josef Schlichter aus Berchtesgaden abgeholt und nach Hamm gebracht.<sup>181</sup> Beide waren gemeinsam Mitglieder im Bürgerrat und vor 1933 die führenden Vertreter der konkurrierenden Parteien in der Hammer Stadtverordnetenversammlung gewesen. Röttgen bestätigte die Bemerkung Schlichters über die zugesagte Unterstützung und die Beendigung der Parteibekämpfung in seiner Ansprache: *„Bevor wir in Berchtesgaden unseren Wagen bestiegen, haben wir ihm versprochen, ihm bei der Wiederaufbauarbeit zu helfen und ihn zu unterstützen, und das versprechen wir auch heute.“<sup>182</sup>*

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die auch von Ribhegge festgestellte erstaunlich reibungslose Zusammenarbeit der späteren Hammer CDU und der SPD auf dieses gemeinsame Versprechen gegenüber Josef Schlichter zurückging, ebenso wie Peter Röttgens innerparteiliche Spannungen mit dem Hammer SPD-Vorsitzenden Heinrich Reinköster, weil dieser anscheinend einen konfrontativeren Kurs gegenüber der CDU bevorzugte.

An dieser Stelle, an der sich Emil Haarmann aus der unmittelbaren politischen Verantwortung für die Stadt Hamm zugunsten einer von ihm selbst beförderten Wiedereinsetzung des früheren Oberbürgermeisters Schlichter zurückzieht und sich wieder ausschließlich der Leitung des Bauamtes widmen kann, soll seine Leistung und Bedeutung für die Stadt in dieser kurzen unmittelbaren Nachkriegsperiode zusammenfassend gewürdigt werden. Abgesehen von der Bereitschaft, in dieser schwierigen Situation auf seinem Posten zu bleiben und unter der Befehlsgewalt der Besatzungstruppen Verantwortung für die Stadt zu übernehmen, ging sehr früh von ihm die Initiative zur Bildung eines Beratungsgremiums und noch vorher, leider erfolglos, die zur Bildung einer Arbeitervertretung aus. Beide Initiativen waren parteiübergreifend angelegt und konnten auf ihm bekannte Politiker aus der Weimarer Zeit zurückgreifen. Wenn Haarmann schon den Bürgerrat als „Anfang einer demokratischen Volksvertretung“ bezeichnete, so deutet das auf seine Intention bei diesen Initiativen hin, die Bevölkerung durch Personen, die er als Vertreter der Einwohnerschaft kannte, in den politischen Prozess des Neubeginns und des Wiederaufbaus einzubinden. Weiterhin ging ebenfalls von ihm und den Bürgerräten die Initiative zur Wiedereinsetzung des von den Nazis vertriebenen Oberbürgermeisters Schlichter aus, die sich als ein Akt der Wiederherstellung der Ordnung verstehen lässt – wenn auch zunächst der alten, aber demokratischen.

---

<sup>180</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 15. 8. 1945. Die Texte der Ansprachen von Major Irving, Regierungspräsident Fries und Oberbürgermeister Schlichter, letztere nur, soweit sie Haarmann persönlich betrafen, sind als Entlastungsmaterial im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens auch in die Personalakte in Hamm und die Entnazifizierungsakte in Duisburg eingegangen.

<sup>181</sup> So Röttgen in seiner Ansprache zur Verabschiedung Schlichters (s.u.).

<sup>182</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 15. 8. 1945.

Zwei Wochen nach der Wiedereinsetzung Schlichters als Oberbürgermeister war am 29. August 1945 der ehemalige Hammer Stadtbaurat Lehmann, der 1933 ebenfalls von den Nazis aus dem Amt entfernt worden war, an den Bürgerrat mit Unterstützung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen herangetreten mit der Bitte auf Wiedereinsetzung in sein Amt. Der Oberbürgermeister schlug einen Bericht an den Regierungspräsidenten in Arnsberg dahingehend vor, dass ein Akt von Wiedergutmachung begrüßenswert wäre, Lehmann aber bereits 67 und nicht mehr ganz gesund, außerdem die Stelle durch Haarmann bereits besetzt sei.<sup>183</sup>

Schon am 26. September 1945 kamen im Bürgerrat erstmals Pläne der Militärregierung zur Sprache, als Vorstufe für eine gewünschte gewählte Vertretung der Einwohnerschaft eine Stadtvertretung zu ernennen. Diese sollte außer dem Oberbürgermeister als Vorsitzendem etwa 30 Personen umfassen, was der Größe der Hammer Stadtverordnetenversammlung vor 1933 entsprochen hätte. Vorsorglich hatte sich Schlichter schon Gedanken über die Sitzverteilung gemacht, die er dem Bürgerrat zur Information zukommen ließ. Diese Liste sah nur wenige Parteimitglieder vor, die Mehrzahl der Vertreter sollte aus berufsbezogenen und gesellschaftlichen Institutionen stammen, weshalb sie auch „Ständeliste“ genannt wurde.<sup>184</sup> In der Sitzung am 24. Oktober 1945 wurde diese Liste mit einigen Änderungen offiziell im Bürgerrat vorgeschlagen, aber nicht zur Abstimmung gebracht. Am 22. November 1945 informierte der Oberbürgermeister den Bürgerrat, dass die Militärregierung mit Schreiben vom 13. November 1945 die Benennung von 49 Vorschlägen für die Stadtvertretung erbitte, darunter mindestens sechs Frauen. Er bat die Vorsitzenden von CDU, SPD und KPD um Vorschläge, die auch unterschiedliche, für Hamm prägende Berufe berücksichtigen sollten. Die Parteien einigten sich auf eine gemeinsame Vorschlagsliste, die vorgelesen wurde. Der Bürgerrat stimmte der Weitergabe dieser Liste durch den Oberbürgermeister an die Militärregierung zu.<sup>185</sup>

In der Sitzung vom 7. Dezember 1945 informierte der Oberbürgermeister die Bürgerräte, dass die Militärregierung in Arnsberg gegenüber dem Oberbürgermeister das Verfahren moniert habe: die Stadtvertretung solle alle Einwohner repräsentieren, nicht nur die 80%, die hinter den drei Parteien stünden, nicht diese sollen den Vorschlag verantworten, sondern der Oberbürgermeister. Daher solle folgendes Verfahren angewendet werden: aus der 49er-Liste solle der Oberbürgermeister im Einvernehmen mit dem Bürgerrat 18 Personen benennen einschließlich der Bürgerräte Poggel, Kuttke (für Berkemeier), Hirsch, Bröcker und Röttgen. Zusätzlich dazu solle der Oberbürgermeister 20 weitere Personen nach Rücksprache mit berufsständischen Organisationen benennen, die nicht von den Parteien vorgeschlagen worden seien. Als Schlüssel für die 18 von der 49er-Liste wurde mit Zustimmung der Militärregierung festgelegt: 9 CDU, 6 SPD, 3 KPD. Eine Erweiterung um je 1 Sitz für SPD und KPD wurde vom

---

<sup>183</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 29. 8. 1945.

<sup>184</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 26. 9. 1945

<sup>185</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 22. 11. 1945.

Bürgerrat vorgeschlagen.<sup>186</sup> In seiner letzten Sitzung am 4. Januar 1946 wurde dem Bürgerrat die Liste der genehmigten Mitglieder der neuen Stadtvertretung zur Kenntnis gegeben, deren Ernennung und Einsetzung für den 7. Januar angekündigt wurde. Zur Wasser- und Gasversorgung berichtete Stadtbaurat Haarmann: Wegen der Zerstörung des Wasserturms in Berge sei eine grundsätzliche Entscheidung über den Wiederaufbau der Wasserversorgung nötig und zwar, ob eher eine Wiedererrichtung des zerstörten Turmes in Berge oder lieber ein Netz von mehreren kleineren Wasserspeichern errichtet werden sollte. Dazu solle ein Gutachten eingeholt werden.<sup>187</sup>

Im Übrigen bildeten die Kriegsschäden und die Wohnraumfrage die eindeutigen Schwerpunkte der Sitzungen des Bürgerrates bis zum Jahresende. So berichtete Haarmann am 13. September 1945 über eine Besprechung beim Oberpräsidenten<sup>188</sup> über ein geplantes Sofortprogramm zur Instandsetzung von 120.000 Wohnungen landesweit, 1.200 davon in Hamm, das hauptsächlich mittlere Schäden beheben sollte, geringe sollen in Eigenarbeit beseitigt werden. Er riet dazu, auf Altmaterial besser aufzupassen. Der Vorschlag, Trümmerschutt zu beschlagnahmen, ließ sich nicht umsetzen.<sup>189</sup> Diese Pläne verliefen jedoch ebenso im Sande wie die der Militärregierung, im vierten Quartal 1945 1.000 Wohnungen und 455 Bergarbeiterwohnungen mit unentgeltlich ausgegebenem Material in behelfsmäßiger Form herzurichten, wie Haarmann am 11. Oktober berichtete. Alle übrigen Baumaßnahmen durften jedoch nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Militärregierung durchgeführt werden.<sup>190</sup> Von diesem Plan wurde nur der letzte Satz Realität.

Im November 1945 beschloss der Bürgerrat eine Bausperre, um Zeit für die Festlegung neuer Fluchtlinien im Innenstadtbereich und für die Erarbeitung eines Konzepts durch das Bauamt zu gewinnen, das im Sommer 1947 fertiggestellt war. Es wurde im Bau- und Planungsausschuss am 7. Oktober 1947 beschlossen, durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Januar 1948 bestätigt und prägte die Entwicklung und Gestaltung der Stadt Hamm bis 1957.<sup>191</sup> Bis zur Fertigstellung des Konzeptes wurden lediglich an den Hauptstraßen die Fluchtlinien der Gebäude überarbeitet, weil eine Verbreiterung beim Wiederaufbau dringend geboten schien.

---

<sup>186</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 7. 12. 1945-

<sup>187</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 4. 1. 1946.

<sup>188</sup> Bis zur Bildung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen durch die britische Besatzungsmacht am 23. August 1946 blieb die alte preußische Vorkriegs-Verwaltungsstruktur in Funktion.

<sup>189</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 13. 9. 1945.

<sup>190</sup> StA Hamm, Bestand 01-77, Bürgerrat 1945, Niederschrift der Sitzung vom 11. 10. 1945.

<sup>191</sup> Kirsch: Kontinuitäten, S. 66., auch Ribhegge: Entbehrungen, S, 384.

### 3.2 Die ernannte Stadtvertretung als Vorstufe zur Selbstbestimmung

Im Januar 1946 ernannte die britische Militärregierung eine vergrößerte Stadtvertretung, deren Zusammensetzung seit Oktober 1945 vom Bürgerrat vorbereitet worden war.<sup>192</sup> Zur Eröffnung am 7. Januar 1946 ordnete der britische Stadtkommandant diesen Schritt in den Prozess der Demokratisierung in der britischen Zone ein.

*„Zur Zeit ist es unmöglich, in der englischen Zone wegen der vollkommenen Unordnung im Verwaltungsleben Wahlen abzuhalten. Es wird gehofft, dass es möglich sein wird, im Sommer 1946 Wahlen abzuhalten. Die ernannte Stadtvertretung ist eine vorläufige Lösung. Ich bin bemüht gewesen, dafür zu sorgen, dass die Stadtvertretung die verschiedenen Schichten der Bevölkerung sowohl hinsichtlich ihrer Beschäftigung als auch ihrer politischen Ansichten repräsentiert. [...] Nach den Wahlen für die gewählte Stadtvertretung, wahrscheinlich im nächsten Sommer, wird es die Pflicht der Stadtvertretung sein, einen aus Ihrer Mitte zum Oberbürgermeister zu ernennen. Er wird kein bezahlter Beamter sein, wird aber ein Honorar für die Dauer seiner Amtstätigkeit erhalten. Der rangälteste bezahlte Berufsbeamte wird der Oberstadtdirektor sein, welcher von der Stadtvertretung gewählt wird. Die Stadtvertretung wird die Aufgabe haben, in der nächsten Zeit einen Oberstadtdirektor zu ernennen.“<sup>193</sup>*

In seiner Eröffnungsrede stellte Oberbürgermeister Schlichter fest, die neue Stadtvertretung bedeute einen epochalen Einschnitt und die Wiedereinführung der Selbstverwaltung der Stadt Hamm:

*„Mit dem heutigen Tag hat eine neue Epoche in der Geschichte unserer Stadt ihren Anfang genommen. Sie sind soeben durch den Herrn Kommandanten zu Mitgliedern der neuen Stadtvertretung ernannt worden. Damit ist ein grundlegender Wechsel in der Verwaltung der Stadtgemeinde vollzogen. [...] Mit der Einsetzung der Stadtvertretung ist das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde wieder eingeführt. [...] Mit der Einführung der Selbstverwaltung ist uns die Grundlage einer wahrhaft demokratischen Verfassung zurückgegeben.“<sup>194</sup>*

Als künftige Aufgaben sah er die Sorge für Wohnung, Nahrung, Kleidung und Heizung, für die Flüchtlinge und Kriegsoffer und die Abwendung drohender Demontagen mit Hilfe der Militärregierung. Ihr sagte er Dank für umfangreiche Hilfen durch Getreidelieferungen aus dem Ausland, die Überlassung der Schule auf dem Beisenkamp und der Infanteriekaserne für die

<sup>192</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 384.

<sup>193</sup> StA Hamm, Bestand 04-4 (Rat 1946-1948, Niederschriften über die Sitzungen der Stadtvertretung vom 11. 2. 1946 – 29. 12. 1948) im Folgenden zitiert als: Protokollbuch. Ansprache des britischen Stadtkommandanten in der Oberschule für Mädchen (dem späteren Beisenkamp-Gymnasium), 7. 1. 1946.

<sup>194</sup> StA Hamm, Protokollbuch, 7.1.1946.

Eröffnung aller Schulen noch im Januar 1946 und die Unterbringung der städtischen Amtsräume sowie für die Überlassung des ehemaligen Militärlazarets an das schwer beschädigte Marienhospital und die Beschaffung von Brennstoff zur Beheizung der Krankenhäuser und Schulen.

Die Stadtvertretung sollte bereits das von den Briten auch für ihre deutsche Besatzungszone vorgesehene Modell der eigenen Kommunalverwaltung mit der Trennung von Politik und Verwaltung und der kommunalen Doppelspitze von ehrenamtlichem Oberbürgermeister als Ratsvorsitzendem und hauptamtlichem Oberstadtdirektor als Verwaltungschef praktizieren und vorbereiten. Auch an der Vorbereitung dieser Verwaltungsstruktur hatte bereits der Bürgerrat mitgearbeitet.<sup>195</sup> Dieser Stadtvertretung gehörten sieben Vertreter der CDU an, sechs Vertreter der SPD und drei Vertreter der KPD, darunter zwei Frauen (CDU und KPD).<sup>196</sup> Dazu kamen sieben Vertreter aus dem Wirtschaftsleben der Stadt, darunter der Geschäftsführer Clemens Brocker.<sup>197</sup> Ribhegge bezeichnet dieses ernannte Gremium als „24köpfiger Rat“ und sieht darin die Tatsache bestätigt, dass „seit Januar 1946 der Großteil der kommunalen Verantwortung in Hamm wieder bei den Deutschen“<sup>198</sup> lag.

In seiner ersten Sitzung am 11. Februar 1946 wählte der Rat Hugo Bröcker (SPD) zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Dr. Ferdinand Schultz auf Vorschlag der CDU zum Oberstadtdirektor. Polizeidirektor Peter Röttgen (SPD) wurde zum Stadtdirektor gewählt, der von den Nazis entlassene Heinrich Wortmann zum Kämmerer und Dr. Heinrich Hans zum Stadtrechtsrat. Emil Haarmann wurde als Stadtbaurat bestätigt.<sup>199</sup> Für die Einsetzung von Hugo Bröcker, Dr. Schultz, Peter Röttgen, Heinrich Wortmann und Dr. Heinrich Hans musste die Genehmigung der Militärregierung in Arnsberg eingeholt werden, die Bestätigung Haarmanns wurde vor Ort genehmigt, weil er ja bereits mit Zustimmung der Arnsberger Militärregierung in sein Amt eingesetzt worden war.<sup>200</sup> Zu diesen Personalentscheidungen stellt Ribhegge fest, dass CDU und SPD in Hamm offensichtlich schon sehr frühzeitig intensiv kooperierten als eine Art Vorform einer Großen Koalition. Ebenso stellt er fest: „Größere Spannungen zwischen Stadtvertretung, Stadtverwaltung und Militärregierung scheint es – jedenfalls bis 1947 – nicht gegeben zu haben.“<sup>201</sup> In derselben Sitzung bildete die Stadtvertretung ständige Ausschüsse wie den Haupt-, den Finanz- und den Bauausschuss, der der Bauverwaltung unter der Leitung Emil Haarmanns direkt zugeordnet war und dessen Aufgabe es war, „Stellung-

---

<sup>195</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 385.

<sup>196</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 386.

<sup>197</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 386. Zur Biografie Brockers vgl. Kap. 4.1, S. 77. FN 283.

<sup>198</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 388.

<sup>199</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 388.

<sup>200</sup> StA Hamm, Protokollbuch, Schreiben der Militärregierung vom 20. 2. 1946.

<sup>201</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 390. Vgl. dazu das vorige Kapitel, bes. die Reden Schlichters bei seiner Wiedereinsetzung am 15. 8. 1945 und Röttgers bei derselben Gelegenheit.

*nahme[n] zu den eigenen Bauvorhaben der Stadt im Hoch- und Tiefbau, zum Planungs-, Wohnungs- und Siedlungswesen, zur Altstadtsanierung, zur Gestaltung des Stadtbildes und der städtischen Wald-, Park- und Gartenanlagen“ abzugeben.<sup>202</sup>*

Arbeitsschwerpunkte dieser ernannten Stadtvertretung waren insbesondere die Inangriffnahme erster konkreter Reparaturarbeiten an der Infrastruktur der Stadt, die Versorgungslage der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und (Arbeits)Kleidung sowie die Vorsorge für Heizmittel im kommenden Winter aus der bitteren Erfahrung der vergangenen Winters 1945/46, und die allgegenwärtige Wohnraumnot. Diese Schwerpunkte werden in den Kapiteln 3.4.1 und 3.4.2 ausführlicher behandelt werden.

In der letzten Sitzung am 7. Oktober 1946 wurde auf gemeinsame Initiative der Stadtvertreter dem Oberbürgermeister Josef Schlichter anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amt in den Ruhestand die Ehrenbürgerwürde der Stadt Hamm verliehen. Angesichts der bevorstehenden ersten freien Kommunalwahlen in der britischen Zone verabschiedete der Bürgermeister Hugo Bröcker die Versammlung mit einer Ansprache, in der er die Bedeutung des Überganges von einer ernannten zu einer gewählten Stadtvertretung betonte:

*„Meine Damen und Herren!*

*Der heutige Tag ist für den Werdegang und Wiederaufbau (sic!) unserer Stadt von besonderer Bedeutung. Es ist der Abschluss einer Etappe zum Wiederaufbau der Stadt, sowie auf dem Wege zur Demokratie in der Gemeinde. Heute ist die letzte Tagung der von der Mil. Reg. ernannten Stadtvertreter. Am kommenden Sonntag werden die neuen Vertreter der Stadt in freier Abstimmung nach neuen demokratischen Grundsätzen gewählt. Eine neue, auf demokratischer Grundlage gewählte Vertretung wird dann die Geschicke unserer Stadt in die Hände nehmen ...“<sup>203</sup>*

Im Anschluss an die Ansprache erfolgte die Verabschiedung Schlichters durch den Bürgermeister Bröcker im Auftrage des Hauptausschusses der Stadtvertretung und die Überreichung der Ehrenbürgerurkunde.

### **3.3 Die erste gewählte Stadtvertretung**

Aus den Kommunalwahlen am 13. Oktober 1946 ging in Hamm (anders als in den Nachbargemeinden des Kreises Unna) die CDU als Siegerin hervor, die seither in Hamm dominierte, jedoch das starke Anwachsen der SPD gegenüber 1929 dadurch akzeptierte, dass sie sich mit ihr auf einen Personalschlüssel für die Besetzung der entscheidenden Funktionen einigte.<sup>204</sup>

---

<sup>202</sup> StA Hamm, Stadt Hamm Nr. 11.0003, Protokollbuch, Sitzung vom 11. 2. 1946.

<sup>203</sup> StA Hamm, Stadt Hamm Nr. 11.0003, Protokollbuch, Sitzung vom 7. 10. 1946.

<sup>204</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 393.

*„Die Wahl des neuen Oberbürgermeisters Ferdinand Poggel (CDU), der die Nachfolge Schlichters antrat, sowie des Bürgermeisters Dr. Lamprecht (SPD) erfolgte einstimmig.“<sup>205</sup>*

Zur Eröffnung der ersten Sitzung am 4. November 1946 hatte der britische Stadtkommandant die Bedeutung der gewählten Stadtvertretung in den Prozess der Demokratisierung eingeordnet, soweit er von der Besatzungsmacht gesteuert wurde:

*„Die ernannte Stadtvertretung stand zu einem ziemlich hohen Grad unter der Vormundschaft der Militärregierung. Wenn nun auch die gewählte Stadtvertretung vollkommen unter dem Einfluss der Kontrollkommission stünde, so hätte sie keine Existenzberechtigung. Daher werde die Aufgabe der Kontrollkommission zukünftig in der Hauptsache darin bestehen, dass sie allgemein gehaltene Richtlinien und Ratschläge erteilt und in Zweifelsfragen Entscheidungen trifft, um allen gerecht zu werden.“<sup>206</sup>*

Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister hielt Ferdinand Poggel eine Ansprache, in der er gewissermaßen programmatisch vier Grundsätze für eine erfolgreiche Arbeit formulierte, die Einblicke in sein Amtsverständnis und seine Einstellung gegenüber der Vergangenheit und der Besatzungsmacht eröffnet. Erster Grundsatz sei ein loyales Verhältnis zur Militärregierung unter Wahrung der Treue zum Volk und der Liebe zur Heimat. Man habe *„der Tatsache klar ins Auge zu sehen, dass das deutsche Volk den größten Krieg der Geschichte verloren“* habe. Der zweite Grundsatz sei das *„Pflichtbewusstsein zur Wiedergutmachung aus sittlicher Haltung“*, für die jedoch der eigene Wiederaufbau die Voraussetzung der Möglichkeit sei. Zum Dritten sah er den *„Dienst am Volkswohl als höchste Verpflichtung“*. Schließlich galt ihm als vierter Grundsatz die *„baldige Entnazifizierung des öffentlichen Lebens nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Staatsnotwendigkeit.“<sup>207</sup>*

Die Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht begründete Poggel also ausschließlich mit der Niederlage im Krieg, nicht etwa damit, dass das Deutsche Reich diesen verlorenen Krieg auch selbst begonnen und völkerrechtswidrig geführt hatte. Er schien in diesem Punkte kein Unrechtsbewusstsein gehabt zu haben, so dass seine Loyalität nur einen Akt der politischen Unterwerfung und nicht der moralischen Verantwortung darstellt. Damit stellte er allerdings keine Ausnahmeerscheinung unter den Deutschen dar. Sein sittlich begründetes Pflichtbewusstsein zur Wiedergutmachung knüpfte er an den vorherigen Wiederaufbau als Bedingung, von dem Deutschland ersichtlich noch weit entfernt war; Wiedergutmachung also erst später. Lediglich der Dienst am Volkswohl galt für ihn uneingeschränkt und unbeding, wurde auch als höchste Verpflichtung unterstrichen, denn auch die Entnazifizierung wurde an Bedingungen geknüpft, nämlich an die Gerechtigkeit – was als selbstverständlich angesehen werden

---

<sup>205</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 393.

<sup>206</sup> StA Hamm, Protokollbuch, Niederschriften von der am 13. 10. 1946 gewählten Stadtvertretung, Erste Sitzung vom 4. 11. 1946.

<sup>207</sup> StA Hamm, Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Erste Sitzung vom 4. 11. 1946.

könnte –, aber auch an die Staatsnotwendigkeit, was bedeutet, dass es seiner Meinung nach übergeordnete politische Gründe geben könne, die es geboten erscheinen lassen könnten, von einer Entnazifizierung abzusehen. Hinter der „Gerechtigkeits“-Bedingung könnte sich die Forderung nach dem gerichtlichen Schuldnachweis im Einzelfall verbergen, der die bundesdeutsche Nachkriegsjustiz im Hinblick auf die Verfolgung von NS-Taten bis in die 90er Jahre gelähmt hat, vielleicht auch die Forderung nach Bestrafung entsprechend der damals gültigen (NS-)Gesetze, die 1976 noch der damalige Baden-Württembergische CDU-Ministerpräsident Filbinger für selbstverständlich gehalten hat.<sup>208</sup> Diese vier „Grundsätze“ scheinen Poggels politische Grundeinstellung treffend wiederzugeben, denn auch später, in der außerordentlichen Sitzung am 26. März 1947, reklamierte Poggel Ansprüche an die Besatzungsmacht angesichts der Tatsache, dass die Besatzungsmacht trotz der extremen Notlage in der Versorgung mit Wohnraum sechs Häuser für den Eigenbedarf beschlagnahmt hatte: *„Der Sieger habe nach dem Völkerrecht die Verpflichtung, für die Unterlegenen zu sorgen.“*<sup>209</sup> Dabei bezog er sich auf die Haager Landkriegsordnung, als wenn der Zweite Weltkrieg ein „normaler“ Krieg gewesen wäre, den Deutschland bedauerlicherweise verloren hatte.

Auch in der zweijährigen Amtszeit dieser ersten gewählten Stadtvertreterversammlung stand die Bewältigung des Nachkriegschaos noch im Vordergrund der Aktivitäten. Nach dem strengen Winter stand die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung, Heiz- und Kochmaterial an erster Stelle, die Instandsetzung der Hauptverkehrsverbindungen innerhalb der Stadt, der Kanalisation und der Strom- und Gasversorgung sowie möglichst vieler nur leicht beschädigter Wohnungen. Erste Versuche der Trümmerbeseitigung gerieten immer wieder ins Stocken aus Mangel an Geld, Arbeitskräften und Arbeitsgerätschaften. Doch dazu mehr weiter unten.

Insgesamt muss jedoch mit Sabine Mecking für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg genauso wie für die Zeit nach dem Ersten und den Übergang von der Weimarer Republik zur NS-Diktatur festgehalten werden:

*„Ein revolutionärer Bruch mit der beamten- und verwaltungsrechtlichen Tradition blieb nach 1945 aus. Die ersten ‚unsicheren‘ Nachkriegswochen unter dem Druck der unmittelbaren Zusammenbruchskrise und dem Primat des schnellen Wiederaufbaus folgte eine Phase des strukturellen wie personellen Bewahrens und Rekonstruierens überkommener Strukturen.“*<sup>210</sup>

---

<sup>208</sup> Als damals bekannt wurde, dass er als Marine-Kriegsrichter noch nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 Todesurteile verhängt und für deren Vollstreckung persönlich gesorgt hatte, rechtfertigte er sich mit dem Satz: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein!“ Aufgrund des danach entstandenen öffentlichen Druckes musste er zurücktreten.

<sup>209</sup> StA Hamm, Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Sitzung vom 26. 3. 1947.

<sup>210</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 330.

Einen kleinen Lichtblick gewinnt Sabine Mecking der Übergangszeit zwischen NS-Diktatur und Bundesrepublik jedoch ab, wenn sie schreibt:

*„Trotz dieser vornehmlich temporären Wirkung der Entlassungsmaßnahmen und der damit einhergehenden personellen und institutionellen Kontinuität ergaben sich demnach einige wenige, aber entscheidende Veränderungen. Die städtischen Dienstkräfte fügten sich in den neuen Staat ein und standen zum Aufbau eines demokratischen Staatssystems zur Verfügung. Mit der Abkehr von der politischen Vergangenheit war die Bereitschaft zu einem Neuanfang innerhalb des Verwaltungskörpers mit der inneren Öffnung für den Aufbau eines neuen demokratischen Staates verbunden. Die pragmatische Ablehnung des Nationalsozialismus korrelierte mit der vernunftrepublikanischen Bejahung der Demokratie.“<sup>211</sup>*

Es bleibt jedenfalls festzuhalten, dass Emil Haarmann sich in diesen ersten Nachkriegswochen nicht allein auf das Verwalten der Notlage beschränkte, sondern versuchte, die Situation im Rahmen seiner Möglichkeiten und nach seinen Kräften im Sinne und im Interesse der Einwohner Hamms mitzugestalten. Dabei ging er nicht nach Art autokratischer oder technokratischer Strukturen verwaltungsmäßig vor, sondern war bemüht, so früh wie eben möglich auch die Einwohnerschaft in die Gestaltung der Verhältnisse mit einzubeziehen durch Vertreter, deren demokratische Legitimation er aus der Zeit vor 1933 kannte. Sicherlich kam ihm dabei zugute, dass er diese Art lokaler Politik bereits aus der Weimarer Demokratie kannte und gewohnt war.

Es geht aber auch aus seinen Äußerungen und seinem Handeln hervor, dass es sich bei seinen politischen Maßnahmen nicht um reines Gewohnheitshandeln, sondern um das Anliegen handelte, seine Mitbürger/innen in den politischen Aufbau ebenso wie in den realen mit einzubeziehen. Bemerkenswert und anscheinend für die Zukunft auch wegweisend – wenn man die auf der vorigen Seite zitierte Bemerkung Ribhegges über die relativ reibungslose Zusammenarbeit von CDU und SPD ernst nimmt - war dabei die Tatsache, dass er in seinen Handlungen nicht eine politische Richtung bevorzugte, sondern versuchte, einen Querschnitt der Bevölkerung gleichberechtigt bzw. entsprechend ihrer politischen Gewichtung am Neubeginn teilhaben zu lassen – von der KPD über SPD und CDU bis hin zu Unternehmern. Dafür sprach wohl auch seine persönliche Erfahrung während seiner Tätigkeit für die Stadt Hamm. Diese gewisse Offenheit spricht dafür, dass er außer seinem eigenen Lernprozess auch die Entwicklung eines neuen politischen Systems in Deutschland als einen kollektiven Lernprozess organisieren wollte, in dem die wesentlichen Grundzüge auf dem Wege der Konsensfindung zwischen den politischen Kräften ausgehandelt werden sollten – auch wenn dies in keiner „politischen Theorie des demokratischen Neubeginns“ ausdrücklich so formuliert worden ist.

---

<sup>211</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 330 f.

### 3.4 Emil Haarmanns weitere Tätigkeiten nach Kriegsende

In diesen ersten vier Nachkriegsmonaten sah sich Emil Haarmann als Oberbürgermeister mit ungeheuren Anforderungen konfrontiert. Rückblickend schrieb Heinz Jürgen Ziller im Westfälischen Anzeiger von 31. März 1970 unter dem Titel: Vor 25 Jahren: Elend und Trümmer:

*„Sicherlich hat noch niemals ein Hammer Bürgermeister vor solchen, scheinbar unlösbaren Problemen gestanden wie Emil Haarmann. Hamm glich einer Trümmerstätte, die Abwässer sammelten sich in den Bombentrichtern. Da weder Wasserleitungen noch sonst irgendwelche sanitären Einrichtungen funktionierten, bestand akute Seuchengefahr. Außerdem strömten nun all jene Menschen wieder in die Stadt zurück, die vorher geflüchtet oder evakuiert waren. Was sie vorfanden, lässt sich nur mangelhaft mit dem Wort Chaos beschreiben. Schulen und Bunker mußten wieder Tausende obdachloser Menschen aufnehmen. Haarmann sollte nun das Unmögliche möglich machen: Seuchen verhindern, Lebensmittelversorgung sicherstellen und Trümmer beseitigen! Mit wenigen freiwilligen Mitarbeitern arbeitete er Tag und Nacht, um wenigstens einen neuen Anfang zu setzen. Unter seiner zielstrebigen systematischen Führung kümmerte sich der damalige Leiter des Ernährungsamtes, Dehnert, besonders um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, während Direktor Wüllner von der Westfälischen Union sofort einige Arbeitstrupps zur Beseitigung der Trümmer abstellte.“<sup>212</sup>*

#### 3.4.1 Sicherung der Ernährungsgrundlage

Schon im Mai 1945 kümmerte sich Haarmann um die Sicherung der Ernährungsgrundlage für die kommenden Monate. Am 19. Mai 1945 leitete er Maßnahmen zur Sicherung von Saat und Ernte ein durch die Gründung der „Landwirtschaftliche(n) Hilfsaktion in Hamm“.<sup>213</sup> Auf Vorschlag von Hüttendirektor Rudolf Hanessen von der Westfälischen Union, mit dem sich Haarmann schon in den letzten Kriegswochen im Feldhausbunker ausgetauscht hatte,<sup>214</sup> übertrug er die Leitung dieser Aktion per Privatdienstvertrag an Otto Middermann, wie er am 21. Mai 1945 dem Wirtschafts- und Ernährungsamt schriftlich bekanntgab:

---

<sup>212</sup> StA Hamm, Mappe Emil Haarmann, Abschrift durch von Scheven vom 25. 10. 2011. Ihre Einleitung zur Abschrift gibt einen Hinweis auf ihre Sicht Haarmanns: „Stadtbourat Emil Haarmann gehörte zu jenen, die in der Stunde 0 sofort wieder mit unermüdlichem Einsatz zupackte. Der amerikanische Major Reilly setzte Haarmann am 07. April 1945 als Bürgermeister ein.“

<sup>213</sup> StA Hamm, Mappe Emil Haarmann: Im Schatten des Hungers – Zum agrarpolitischen Kurs der Stadt Hamm 1945 – 1948, Ilse Marie v. Scheven, Jahresgabe 1983, Arbeitskreis für Heimatkunde (Mehrseitiges Heft DIN A 5, geheftete Kopien von Typoskripten), S. 4.

<sup>214</sup> Dort trafen sie sich regelmäßig, da ihre Wohnungen benachbart waren. Hanessen war seit Anfang August 1945 auch Mitglied des Bürgerrates (s.o.).

*„Um über die dringendsten Maßnahmen für die Landwirtschaft in Hamm und der näheren Umgebung einen schnellen Überblick zu gewinnen, habe ich Herrn Direktor Otto Middermann als neuen Sonderbeauftragten vorübergehend eingesetzt.“<sup>215</sup>*

Nach den Erfahrungen des Winters 1945/46 begann man im Sommer 1946, sich auf den kommenden Winter vorzubereiten. Schon in der ersten Sitzung des Unterausschusses für Park- und Gartenverwaltung am 1. August 1946 sprach Stadtbaurat Haarmann, nachdem er einen Überblick über die städtischen Grünanlagen und den Waldbesitz, Dauerkleingarten-Anlagen und Feldgärten sowie über die Belastung des städtischen Haushalts durch die Park- und Gartenverwaltung gegeben hatte, die Brennholzversorgung im nächsten Winter an. Diese war besonders in den strengen Wintern in der Mitte der 40er Jahre für die Bevölkerung überlebenswichtig, weil die abgebaute Kohle ihr nicht zur Verfügung gestellt, sondern für Reparaturzwecke nach England exportiert wurde. Schon im Winter 1945/46 hätten, so Haarmann, nur 5.000 der für Hamm vorgesehenen 30.000 Raummeter<sup>216</sup> Holz eingeschlagen werden können, und das auch nur unter Einsatz von 200 österreichischen Kriegsgefangenen. Die diesjährig vorgesehene Menge von 50.000 rm – größtenteils aus der Gegend um Brilon im Sauerland – sei weder personell noch logistisch zu bewältigen, es mangelte an Arbeitskräften, Werkzeug und Transportmitteln. Darüber müsse die vorgesetzte Dienststelle eindringlich informiert werden. Als Beitrag zur Ernährungssicherung solle der letztjährige Kahlschlag des Südenstadtparks mit Trümmerschutt aufgeschüttet und als Kleingartengelände zur Verfügung gestellt werden. Von den öffentlichen Grünanlagen seien 3 ha für Gemüsegärten abgegeben worden. Damit seien alle für den Gartenbau geeigneten innerstädtischen Flächen vergeben.<sup>217</sup> Anschließend gab der Stadtvertreter Ferdinand Poggel einen „... erschütternden Bericht über die gesundheitliche Lage der Hammer Bevölkerung. Hamm liege mit seinen Krankheitsziffern 100% über dem Durchschnitt an der Spitze aller westfälischen Städte.“<sup>218</sup>

Am 16. Januar 1947 befasste sich der Bauausschuss erneut mit der Brennstoffversorgung. Stadtbaurat Haarmann berichtete, dass bisher 2.810 rm Brennholz in der Stadt und der Umgebung geschlagen worden sei. Ein Einschlag in Brilon habe wegen Personalmangels bisher nicht durchgeführt werden können.

Der Winter 1947/48 stellte die Stadt Hamm ein letztes Mal vor ernsthafte Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. So beklagte der Oberbürgermeister Poggel am 16. Januar 1948 noch immer einen eklatanten Nahrungsmangel und stellt eine „katastrophale Ernährungslage“ fest. Die Mindestkalorienzahl von 1550 werde täglich um 300 – 400

---

<sup>215</sup> StA Hamm, Mapped Haarmann, Im Schatten des Hungers, S. 5.

<sup>216</sup> 1 Raummeter (rm) = 1m<sup>3</sup> geschichtetes Holz einschließlich der Zwischenräume; 1 Festmeter (fm) = 1 m<sup>3</sup> geschichtetes Holz nach Abzug der Zwischenräume.

<sup>217</sup> StA Hamm, Bestand 01-587 (Protokolle des Bauausschusses 1946-1949), Sitzung des Unterausschusses für Park- und Gartenverwaltung vom 1. 8. 1946.

<sup>218</sup> StA Hamm, Protokollbuch, Sitzung vom 12. 8. 1946.

Kalorien unterschritten. Nur die Besonnenheit der Gewerkschaften habe bis jetzt Unruhen verhütet.<sup>219</sup>

Die ersten drei Jahre nach Kriegsende zumindest waren für die Einwohner Hamms also geprägt durch einen extremen Mangel an Nahrungsmitteln, dem letztlich auch durch intensive Bemühungen der Stadtverwaltung, speziell des Bauamtes unter Stadtbaurat Haarmann nicht abgeholfen werden konnte. Schon Anfang 1946 hatte sich Oberbürgermeister Schlichter bei der Eröffnung der eingesetzten Stadtvertretung für die Hilfe der britischen Besatzungsmacht auch in Gestalt von Getreidelieferungen aus dem Ausland bedankt. Trotzdem und trotz aller Förderung des Gemüseanbaus in Kleingartenanlagen auf ehemaligen städtischen Grünflächen nahm die Mangelernährung solche Ausmaße an, dass selbst das offiziell garantierte Minimum in den Winter- und Frühjahrsmonaten oft über längere Zeit um 20% – 25% unterschritten wurde. Dazu kam ein extremer Mangel an Energie zu Heizungs- und Kochzwecken, sodass schon die Zubereitung einer warmen Suppe die Menschen oft vor große Probleme stellte. Erschwert wurde die Situation noch dadurch, dass in den ersten Nachkriegsmonaten die Hammer Bevölkerung durch Heimkehrer aus der Evakuierung oder aus Krieg und Gefangenschaft sowie durch Flüchtlinge aus den östlichen Gebieten Deutschlands rasch wieder anwuchs, ohne dass entsprechender Wohnraum oder angemessene Versorgung zur Verfügung gestanden hätten. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass viele Einwohner aus Unterernährung und Schwäche zu schwerer körperlicher Arbeit wie etwa der Trümmerbeseitigung kaum noch oder nur eingeschränkt in der Lage waren.

### 3.4.2 Die erste Phase der Entrümmerung

Die Trümmerbeseitigung lief demnach eher schleppend an, wohl auch wegen der unüberschaubaren Menge von 900.000 m<sup>3</sup>, davon ein Drittel auf öffentlichen Straßen. Bereits zum 2. und 3. Mai 1945 wurden alle Frauen zwischen 16 und 45 und alle Männer zwischen 14 und 65 Jahren verpflichtet, sich beim Arbeitsamt zu melden zwecks Vorlage eines Arbeitsnachweises oder Arbeitszuweisung, gegebenenfalls auch zur Trümmerbeseitigung. Noch während der letzten Phase des Krieges war bei einigen Straßenzügen bereits die Fahrbahn geräumt worden. Die Räumung der Gehwege und des Restschutts war nach britischer Auffassung Sache der Haus- bzw. Grundeigentümer, in Nachbarschaftshilfe, wenn nicht anders möglich.<sup>220</sup> Ein erster Aufruf Haarmanns „an die Gesamtbevölkerung“ zur Trümmerräumung im „Mitteilungsblatt für Hamm“ vom 19. Juni 1945 blieb ohne große Resonanz. Jeder war zunächst damit beschäftigt, sein eigenes Haus oder Grundstück wieder freizuräumen.<sup>221</sup> In dieser ersten Phase wurde die Räumung von Trümmerschutt in eigener Regie als Gemeinschaftsaufgabe in

<sup>219</sup> StA Hamm, Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Sitzung vom 16. 1. 1948.

<sup>220</sup> Kirsch, Andreas, Trümmerbeseitigung, Stadtplanung, Wiederaufbau. In: Perrefort, Maria; Thamer, Hans-Ulrich und Schwinzer, Ellen (Hgg.): Care, Käfer, Cola. Ein Lesebuch über Nachkriegszeit und „Wirtschaftswunder“ in Hamm, Ausstellungskatalog, Essen (Klartext) 1995, S. 106 – 122, hier S. 107 f.

<sup>221</sup> Keinemann: Hamm in der Nachkriegszeit, S. 75.

freiwilliger oder in angeordneter Aufräumarbeit angegangen und konzentrierte sich darauf, die Grundlagen für ein provisorisches Funktionieren der Stadt neu zu schaffen. Deshalb bemühte sich die Bauverwaltung nach Kräften, die Wasserver- und -entsorgung schnell wieder in Gang zu setzen.

*„Noch im Sommer 1945 bekam fast ganz Hamm wieder Trinkwasser aus der Leitung. Die Stadtwerke hatten bis dahin insgesamt 430 Rohrbrüche geflickt. (...) Etwas länger dauerte es, die Kanalisation wieder instand zu setzen: Erst 1950 konnte das Tiefbauamt vermelden, daß alle 657 Bombenschäden am Abwassernetz repariert worden waren.“<sup>222</sup>*

Weil der erste Appell Haarmanns nicht das gewünschte Ergebnis brachte, setzte die Stadt private Firmen zur Räumung ein, die jedoch im Sommer 1946 ihre Arbeit einstellten, da die Stadt kein Geld mehr hatte, sie zu bezahlen.<sup>223</sup> Im Frühjahr und Sommer 1946 bemühte sich dann die Bauverwaltung zunächst darum, die Haupt-Verkehrsverbindungen innerhalb der Stadt wieder in einen ordnungsgemäßen oder wenigstens benutzbaren Zustand zu versetzen. Das zeigt sich an der Instandsetzung der beiden wichtigen Bahnunterführungen Bahnhofstraße/Wilhelmstraße und Alleestraße, die den Westen Hamms vom Osten und Süden her erschlossen.<sup>224</sup> In der Sitzung der Stadtvertretung vom 18. März 1946 berichtete Haarmann auf Nachfrage des Stadtvertreters Clemens Brocker,

*„daß Fahrdamm und Kanalisation der Unterführung [Bahnhofstr./Wilhelmstr., d.V.] wiederhergestellt seien und zur Beleuchtung dort in den nächsten Tagen 8 Lampen brennen würden, daß trotz großer Hindernisse mit den Arbeiten an der Gasleitung in der inneren Stadt noch in dieser Woche, im westlichen Stadtteil Anfang Mai begonnen, daß ferner in Kürze ein Plan für die Müllabfuhr bekanntgegeben werde.“<sup>225</sup>*

Am 23. März 1946 stellte Haarmann dem am 18. März von der Stadtvertretung eingerichteten Bauausschuss auf dessen erster Sitzung die aktuelle Wiederaufbau-Situation dar. Im Hochbau seien derzeit 341 Facharbeiter und 158 Hilfsarbeiter eingesetzt, was er als völlig unzureichend bezeichnete. Im Tiefbau seien 150 Mann für die Reparatur der Kanalisation, 34 Mann im Straßenbau, 40 Mann für die Straßenräumung, 28 Mann für Sondereinsätze wie Abbruch u.a. so-

---

<sup>222</sup> Kirsch: Trümmerbeseitigung, S. 107.

<sup>223</sup> Kirsch: Trümmerbeseitigung, S. 107.

<sup>224</sup> Das Bahngelände zieht sich am westlichen Rande der Altstadt in breiter Fläche wegen der Größe des Verschiebebahnhofes von Norden nach Süden hin und trennt so die westlichen Teile der Stadt vom übrigen Stadtgebiet ab. Daher die Bedeutung der tunnelartigen Unterführungen, die natürlich aufgrund der Luftangriffe auf das Bahnhofsgelände in Mitleidenschaft gezogen worden waren.

<sup>225</sup> StA Hamm, Protokollbuch, ernannte Stadtvertretung, Sitzung vom 18. 3. 1946.

wie 20 Mann zum Holzfällen eingesetzt, insgesamt 272 Mann, ebenfalls viel zu wenig. Er empfahl daher einen Antrag an die Militärregierung zu stellen auf Einsatz von Bau- und Hilfsarbeitern aus geringer geschädigten ländlichen Gebieten.<sup>226</sup>

Nach dem Amtsantritt der im Oktober 1946 gewählten Stadtvertretung berichtete Haarmann in der ersten Sitzung des neuen Bauausschusses über den Stand der Wiederaufbau-Arbeiten. Es wurden an bis dato ganz unbewohnbaren Wohnungen 1.684 und an teilweise bewohnbaren 2.320 Wohnungen instandgesetzt. Damit seien die leichten Schäden (bis 20%) behoben, jetzt müssten die mittelschwer beschädigten Wohnungen (bis 40%) in Angriff genommen werden. Der Wiederaufbau werde durch den Mangel an Fachkräften und Material erheblich gehemmt. Im Tiefbau laufe die Reparatur des Kanalsystems besser als die Wohnungsinstandsetzungen: 500 von 600 Schadensstellen für 1 ½ Mio. RM seien beseitigt worden. Der verbleibende Rest seien große Schäden, weshalb der Abschluss der Arbeiten nicht vor Ende 1947 zu erwarten sei. Die Schutträumung verlaufe weniger erfolgreich: die Räumung sei aus Geldmangel eingestellt worden.

In einer Bilanz berichtete der Neue Westfälische Kurier am 20. Juni 1947, 1.200 Männer hätten bislang in 2.500 Schichten 2.700 m<sup>3</sup> Schutt beseitigt. *„Indes ließen Fahrzeug-, Reifen- und Treibstoffmangel sowie fehlende Futtermittel für Pferde eine großzügige und breiter angelegt Enttrümmerung nicht zu.“* Deshalb solle jetzt ein Kleinbahn-Gleis zum Abtransport der Trümmer gelegt werden. Auch solle jetzt die Innenstadt in Angriff genommen werden. Am 29. Juli 1947 berichtete dasselbe Blatt, jetzt seien 3.500 m<sup>3</sup> Schutt beseitigt. Das Ergebnis war wohl insgesamt nicht zufriedenstellend, da der Oberbürgermeister alle Hausbesitzer und Anwohner dazu aufrief, sich zu Straßengemeinschaften zusammenzuschließen.<sup>227</sup> Zwei Monate später schrieb der Kurier am 30. September 1947, die Trümmerbeseitigung in der Innenstadt sei im Gange, allerdings gebe es das Problem, Fahrzeuge für den Abtransport zu organisieren. Daher sei auch eine Kleinbahn geplant zur Klutingschen Ziegelei in der Östingstraße, wo Tonkuhlen den Schutt aufnehmen könnten. Jedoch konnte der Bauausschuss erst in seiner Sitzung am 16. Januar 1950 die *„Herstellung einer 5 m breiten Fahrbahn zur Schutt- und Müllkippe in der Östinger Str. – Ziegelei Klute“* in Auftrag geben.<sup>228</sup>

Obwohl bis zum Herbst 1947 knapp die Hälfte der 300.000 m<sup>3</sup> Schutt auf öffentlichen Straßen geräumt war - 95.000 m<sup>3</sup> in privater Initiative, 30.000 m<sup>3</sup> vom städtischen Ehrendienst -, kamen die Arbeiten wohl nicht so voran, wie die Stadtverwaltung es wünschte: Haarmann bemängelte auf der Ratssitzung im November 1947, dass die Beteiligung am Ehrendienst zu wünschen übrig ließe, während Oberbürgermeister Poggel doch gewisse Erfolge sah.

---

<sup>226</sup> StA Hamm, Bestand 01-587 (Bauausschuss-Protokolle 1946-1949), Bauausschuss-Sitzung vom 23. 3. 1946.

<sup>227</sup> Keinemann: Hamm in der Nachkriegszeit, S. 70. Siehe auch Protokoll des Bauausschusses vom 21. 7. 1947 (StA Hamm, Hamm 01 Nr. 587).

<sup>228</sup> StA Hamm, Bestand 01-1815, Protokolle des Bauausschusses 1946-1951, Sitzung vom 16. 1. 1950.

*„Im städtischen Verwaltungsbericht wird jedoch kein Hehl daraus gemacht, daß bei der Trümmerräumung bis Mitte 1948 die gewünschte [gemeint ist wohl: erbrachte; d. V.] Leistung hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei, obgleich sowohl Tiefbaufirmen, die städtische Straßenbaukolonne, der freiwillige Ehrendienst und freiwillige Straßengemeinschaften zum Einsatz gekommen seien..“ Ursachen dafür „seien nicht zuletzt Fahrzeugmangel und Kräfteverfall der eingesetzten Arbeiter wegen unzureichender Ernährung ... gewesen.“ Außerdem hätten insgesamt zu wenig Arbeitskräfte und Gerät zur Verfügung gestanden, selbst Kleingeräte (Schaufeln, Eimer) habe es nicht hinreichend gegeben, „Großgeräte wie Bagger usw. hätten wegen Kohlen- und Treibstoffmangel überhaupt nicht zum Einsatz gelangen können. Erst nach der Währungsreform hätten sich die Leistungen auf diesem Gebiet deutlich verbessert.“<sup>229</sup>*

Dass man mit der Trümmerbeseitigung nicht recht vorankam, spiegelt sich auch in den Sitzungen der Stadtvertretungen im 2. Halbjahr 1947 und im 1. Halbjahr 1948 wider. Die Ratsherren erboten sich im Juli 1947 sogar, notfalls selbst und eigenhändig die Löcher auf dem Gehweg der Lippebrücke vor dem nächsten Winter zu stopfen, falls das zuständige Wasserstraßenbauamt dies nicht wolle oder könne.<sup>230</sup> Wegen der Beschleunigung der Schutträumung solle das Bauamt mit Bielefeld und Paderborn Kontakt aufnehmen und sich von dort beraten lassen, hieß es in der Sitzung am 29. August 1947.<sup>231</sup> Im November wurde sogar eine Kommission zur Beratung des Bauamtes in Sachen Schutträumung eingerichtet mit Berichtspflicht in jeder Sitzung. Ihr gehörten der Vorsitzende des Bauausschusses, Ratsherr Kreuzeler (SPD) an sowie die Stadtvertreter Potthoff und Dieckmann.<sup>232</sup> Immer noch gefährdeten instabile Hausruinen die Sicherheit von Nachbarn oder Passanten. Die Stadtvertretung beschloss daher am 10. Oktober 1947 auf Anregung des CDU-Stadtvertreters Krampe, dass die Häuserruinen nochmals auf Standfestigkeit zu überprüfen und gefährdete Teile von Straßen und Gehwegen ggfs. abzusperren seien.<sup>233</sup> Im Frühjahr des folgenden Jahres wurde das Bauamt beauftragt, unsichere Ruinen baldmöglichst abzurechen.<sup>234</sup> Der Abbruch unsicherer Ruinen sollte die Stadt jedoch noch bis in das Jahr 1950 hinein beschäftigen.<sup>235</sup>

Bis Mitte 1948 sei lediglich ein knappes Sechstel (135.000 m<sup>3</sup>) der gesamten Schuttmenge abgetragen worden. Erst kurz vor der Währungsreform sei es der Stadtverwaltung gelungen, eine auswärtige Firma mit Großgerät zur Räumung zu verpflichten, wie die Westfalenpost am 4. Juni 1948 berichtete. Zur Sicherung der Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte hielt

---

<sup>229</sup> Keinemann: Hamm in der Nachkriegszeit, S. 80 f.

<sup>230</sup> StA Hamm, Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Sitzung vom 18. 7. 1947.

<sup>231</sup> StA Hamm, Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Sitzung vom 29. 8. 1947.

<sup>232</sup> StA Hamm Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Sitzung vom 21. 11. 1947.

<sup>233</sup> StA Hamm, Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Sitzung vom 10. 10. 1947.

<sup>234</sup> StA Hamm, Protokollbuch, gewählte Stadtvertretung, Sitzung vom 9. 4. 1948.

<sup>235</sup> StA Hamm, Bestand 01-1815, Protokolle des Bauausschusses 1946-1951, Sitzung vom 3. 4. 1950.

Haarmann die Einrichtung eines Notdienstes der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung der Stadt Hamm immer noch für unbedingt erforderlich.<sup>236</sup>

Nach all diesen Berichten scheint die wesentliche und grundsätzliche Ursache dafür, dass die Trümmerbeseitigung in Hamm nur sehr langsame Fortschritte machte, darin gelegen zu haben, dass es angesichts der Trümmerberge an allem mangelte, was zu ihrer Beseitigung erforderlich gewesen wäre. Angefangen bei Eimern, Hacken und Schüppen über Futter für Zugpferde, Benzin und Reifen für LKWs und Bagger, an diesen Fahrzeugen selbst auch, Mangel auch an Kohle für die Kleinbahn-Lokomotiven und nicht zuletzt an Nahrungsmitteln für die arbeitenden Frauen und Männer, deren Kräfte immer stärker aufgezehrt wurden. So kann es nicht wirklich verwundern, dass die letzten 50.000 m<sup>3</sup> auch 1955 – zehn Jahre nach Kriegsende – noch nicht abgetragen worden waren.<sup>237</sup>

### 3.4.3 Die Anfänge des Wiederaufbaus

Zunächst hatte schon im November 1945 der auf Haarmanns Initiative von den Briten eingesetzte sechsköpfige Bürgerausschuss einen vorläufigen Baustopp ausgesprochen. Auf diese Weise sollte Zeit für eine Aufbauplanung gewonnen werden, mit der 1946 begonnen wurde. So mussten in den Worten Karl Wulfs *„die bei Kriegsende bereits vorhandenen planerischen Vorstellungen über den Umbau der Innenstadt aus der Zeit von 1936 bis 1942 (...) erst entnazifiziert und dann auf das Machbare untersucht und überarbeitet werden.“*<sup>238</sup> Auch Ribhegge bestätigt: *„Die ersten Wiederaufbaupläne der Stadt trugen seine [d.i. Haarmanns, d. V.] Handschrift.“*<sup>239</sup>

Schon am 10. Januar 1946 kündigte die Bezirksregierung Arnsberg durch ihr Presse- und Kulturdezernat in einem Schreiben an alle Landräte, Oberbürgermeister, Amtsbürgermeister und Bauämter eine „Erste Große Fachausstellung“ zum Thema „Unser Wiederaufbau“ an,<sup>240</sup> zu der Beiträge aller Bauämter erwartet wurden und auch private Architekten ihre Teilnahme anmelden sollten. Alle Ämter wurden verpflichtet, allen Teilnehmern der Ausstellung sämtliche Unterlagen zugänglich zu machen und sie auch sonst nach Kräften zu unterstützen. Zum 26. Januar wurde zur Vorbereitung in Arnsberg eine „Große Architektentagung“ einberufen.

---

<sup>236</sup> Keinemann: Hamm in der Nachkriegszeit, S. 81. Es handelt sich dabei um die Fa. Dr. Ing. H. Weiterer aus Großgiesen bei Hildesheim. Über den Vertrag wurde in der Sitzung des Bauausschusses vom 2. April 1948 berichtet (Protokoll des Bauausschusses vom 3. 4. 1948; StA Hamm, Stadt Hamm 01 Nr. 587).

<sup>237</sup> StA Hamm, Mappe Emil Haarmann; Stadtbaurat a.D. E. Haarmann: „Bilanz nach zehn Jahren“ in: Zehn Jahre später. 1945 – 1955, Im Wirtschaftsraum Hamm; Sonderbeilage des Westfälischen Anzeigers und Kuriers vom 5. 7. 1955)

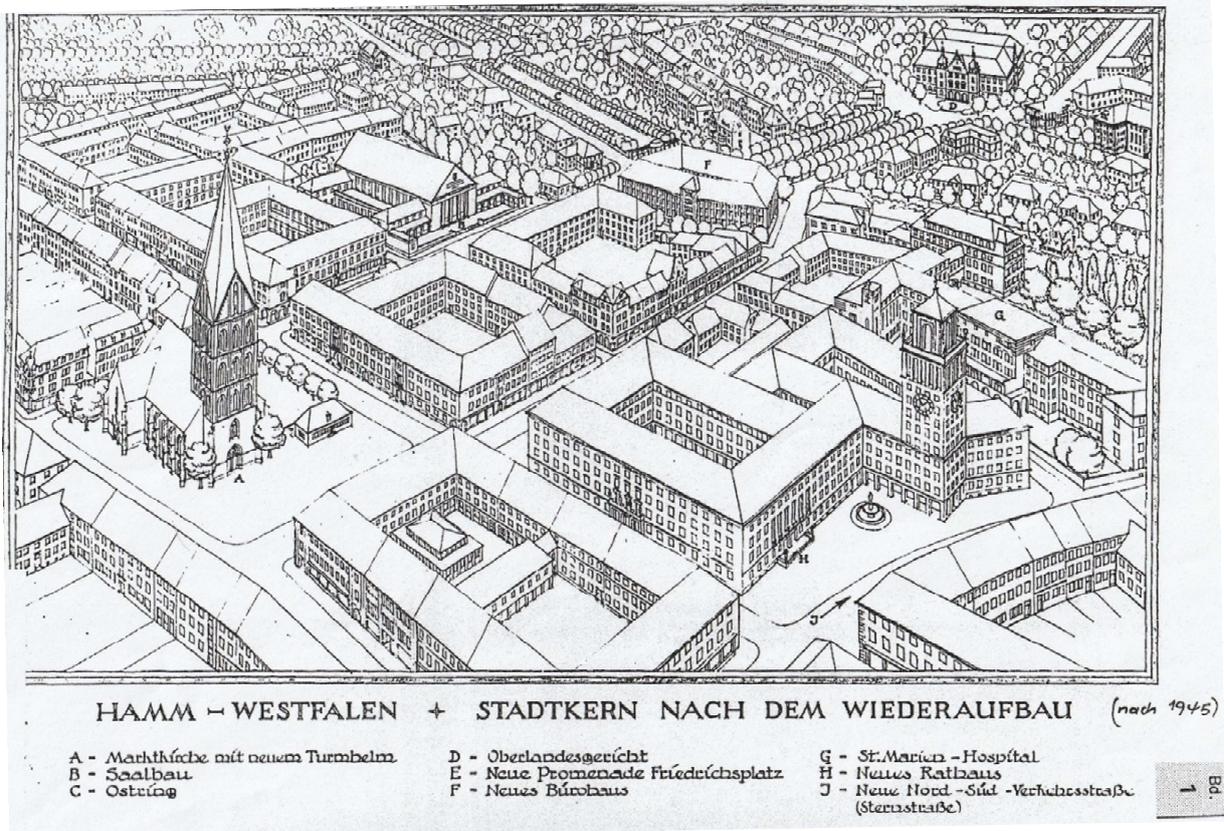
<sup>238</sup> StA Hamm, Mappe Emil Haarmann, Hamm-Magazin Nr. 12/2005. S. 26 f: „Der Wiederaufbau Hamms“, Interview mit Karl Wulf/Stadtplanungsamt.

<sup>239</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 380.

<sup>240</sup> StA Hamm, Stadt Hamm, Stadtplanungsamt, Historische Karten und Pläne, Akte 1, S. 159.

Die Ausstellung fand vom 1. bis zum 24. Juli 1946 in Arnsberg statt.<sup>241</sup> Die Stadt Hamm beteiligte sich durch das Bauamt an dieser Ausstellung mit 18 großen gerahmten Plänen und einigen kleineren gerahmten Skizzen.<sup>242</sup> Stadtbaurat Haarmann erläuterte in der ersten Sitzung des Planungsausschusses vom 13. Juni 1946 die Hammer Beteiligung an dieser Ausstellung, „die den Umfang der Kriegsschäden im Stadtgebiet Hamm, des beabsichtigten Wiederaufbaus der Stadt, Kleinwohnhaustypen, Bunkerausnutzungen u.a. darstellen“ sollte.<sup>243</sup> Von Hamm aus fuhren mehrere Sonderzüge für Interessenten nach Arnsberg.<sup>244</sup>

Auch an einer weiteren Ausstellung: „Hamburg am Werk“ beteiligte sich das Hammer Bauamt noch in diesem Jahr.<sup>245</sup>



Haarmanns geänderte Planung des Stadtkerns nach dem Wiederaufbau, 1946.<sup>246</sup>

Im Laufe des Jahres 1946 entwickelte die Bauverwaltung der Stadt Hamm unter Haarmanns Leitung auf der Grundlage der in diesen Ausstellungen gezeigten Planungen ein grundlegendes Konzept für den Wiederaufbau Hamms. Erste Überlegungen dazu fasste Haarmann unter

<sup>241</sup> StA Hamm, Historische Karten und Pläne, Akte. 1, S. 160.

<sup>242</sup> StA Hamm, Historische Karten und Pläne, Akte. 1, S. 163 ff.

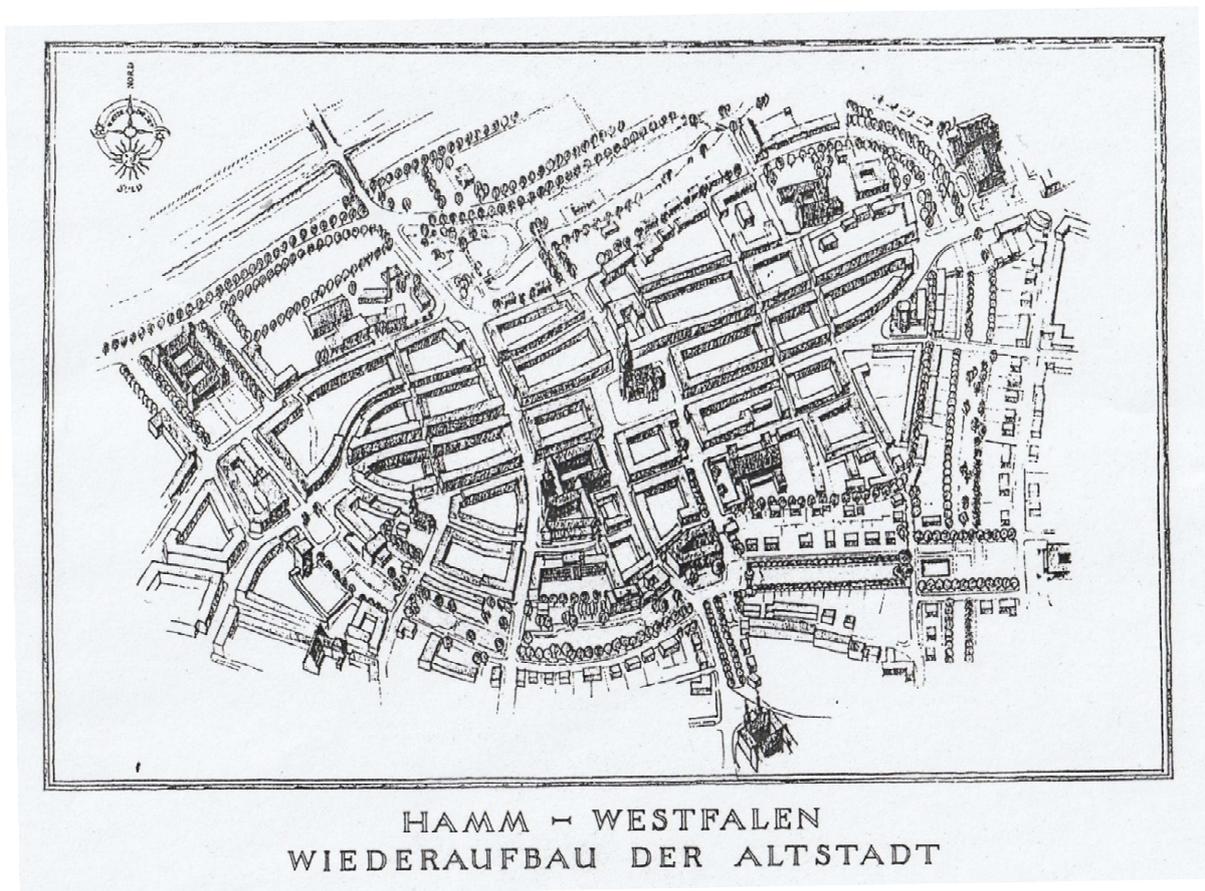
<sup>243</sup> StA Hamm, Bestand 01- 587 (Protokolle des Bauausschusses 1946 – 1949), Planungsausschuss vom 13. 6. 1946.

<sup>281</sup> StA Hamm, Historische Karten und Pläne, Akte 1, S. 174.

<sup>245</sup> StA Hamm, Historische Karten und Pläne, Akte 1, S. 177 ff.

<sup>246</sup> StA Hamm, Historische Karten und Pläne, Akte 1, S. 151.

der Überschrift: „Hamm – Westfalen. Stadtkern nach dem Wiederaufbau“ zusammen.<sup>247</sup> Im Vergleich zur Innenstadtgestaltung von 1942 (siehe Kap. 2.3, S. 31) fällt auf: Anstelle der NS-Parteigebäude in der Bildmitte stehen jetzt dort Geschäftshäuser und Bürogebäude, auf dem Rathausplatz steht ein neues Gebäude – die bauliche Konzeption des geplanten Rathauses ist geändert und vergrößert, der alte Markt an der Kirche hat seine Funktion zurückerhalten, der Rathausplatz ist auf einen kleinen Vorplatz zusammengeschrumpft. Die Gedenkhalle ist deutlich abgespeckt. Die Aufmarsch-Achsen und -Plätze fehlen, ebenso die drei Bunkertürme, die aus dieser Perspektive sichtbar sein müssten und auch heute noch stehen. Durch einen Vergleich der Vogelschau-Perspektiven 1942 und 1946 werden diese Änderungen im Bereich südlich der Marktkirche (Pauluskirche) ebenfalls deutlich. Auch in dieser Vogelschau sind die fünf schon fertiggestellten und heute noch stehenden Bunkertürme kaum zu erkennen. An diesen Zeichnungen und ihrem Vergleich mit denen von 1942 wird deutlich, was Karl Wulf in seinem Interview mit dem Hamm Magazin meinte, wenn er von einer „Entnazifizierung“ der schon vorliegenden Pläne durch Haarmann sprach.



Vogelschauperspektive von Haarmanns Wiederaufbaukonzept, 1946.<sup>248</sup>

<sup>247</sup> Kirsch: Kontinuitäten, S. 78.

<sup>248</sup> StA Hamm, Stadt Hamm, Historische Karten und Pläne, Akte 1, S. 143.

Das Bauamt stellte im Sommer 1947 einen Wiederaufbauplan für die Stadt Hamm fertig und legte den fertigen Entwurf dem Präsidenten des Ruhrsiedlungsverbandes, Prof. Rapaport sowie Prof. Fiederling von der Technischen Hochschule Hannover zur externen Begutachtung vor. Bis dahin wurden lediglich die Fluchtlinien der Hauptverkehrsstraßen festgelegt, um die Straßenbreite den gewachsenen Verkehrsbedürfnissen anzupassen.<sup>249</sup>

Etwa zeitgleich mit der Fertigstellung des Entwurfes für den Wiederaufbauplan der Stadt Hamm begann in April 1947 mit der Errichtung der „Krampe-Siedlung“ im Süden der Stadt das „wohl bedeutendste Wohnbauprojekt in Hamm“. Der Rat der Stadt stellte auf Initiative des CDU-Ratsherrn Gerhard Krampe 2,5 Millionen RM als Anfangskapital für die erste Hammer Siedlungsgesellschaft zur Verfügung und verkaufte der Genossenschaft das vorgesehene Baugelände für 1 RM/m<sup>2</sup>.<sup>250</sup> Die Gesellschaft wurde überwiegend von Mitarbeitern der Westfälischen Union getragen, des neben der Westfälischen Drahtindustrie (WDI) zweiten großen Drahtwerkes in Hamm. Viele Mitglieder hatten schon aus der Weimarer Zeit Erfahrungen mit Baugenossenschaften sammeln können; weil genossenschaftliche Organisationen aber noch nicht zugelassen waren, musste eine andere Organisationsform gefunden werden.<sup>251</sup> Die günstigen Konditionen für den Erwerb des Baugrundes erklären sich daraus, dass dies ausdrücklich als Ersatz für ein in der NS-Zeit anlässlich der Zwangsauflösung der Genossenschaft konfisziertes Baugrundstück deklariert wurde. Obwohl nur sehr wenige Mitglieder über baupraktische Erfahrungen verfügten, wurde die Errichtung der Siedlung überwiegend in Eigenarbeit in Angriff genommen. Da das verfügbare Geld aber bei weitem nicht ausreichte, um die Siedlung im Ganzen errichten zu können, behalf man sich damit, immer nur zwei bis drei Häuser in Angriff zu nehmen, für die dann die öffentliche Förderung beantragt werden konnte, sobald die Rohbauten im Erdgeschoss angekommen waren. Mit Hilfe dieser Förderung wurden wiederum die nächsten Häuser so weit errichtet, bis auch für diese die Förderung beantragt werden konnte, und so weiter.

Aus dieser Zeit existiert ein Foto, das Stadtbaurat Haarmann, Stadtdirektor Hüster und andere Hammer Politiker in einem Gespräch mit dem britischen Stadtkommandanten, Oberstleutnant Haig (seit Juni 1947) in Anwesenheit der Dolmetscherin Annemarie Paasch zeigt, aber wegen ungeklärter Bildrechte hier nicht wiedergegeben werden kann.<sup>252</sup>

---

<sup>249</sup> StA Hamm, Mappe Emil Haarmann, Hamm-Magazin Nr. 12/2005.

<sup>250</sup> Kirsch: Trümmerbeseitigung, S. 110.

<sup>251</sup> Keinemann: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 221 ff.

<sup>252</sup> Abgedruckt in: Anneliese Beeck: So entstand das neue Hamm. Kriegsende und Wiederaufbau, hg. vom Westfälischen Anzeiger und der Volksbank Hamm, Hamm (Griebsch), 1992, S. 86. Das Foto wurde der Autorin durch die Dolmetscherin zur Verfügung gestellt.

## 4 Das Entnazifizierungsverfahren

Nach den Verdiensten, die Emil Haarmann während des Krieges durch den Bunkerbau und in den ersten vier Nachkriegsmonaten als eigesetzter erster Nachkriegs-Oberbürgermeister erworben und nach den öffentlichen und offiziellen Belobigungen, die er bei seiner Entpflichtung durch die britische Militärregierung und den Regierungspräsidenten in Arnberg dafür erhalten hatte, dürfte er sich hinsichtlich eines späteren Entnazifizierungsverfahrens wohl kaum große Sorgen gemacht haben. Deshalb ist es auch höchst unwahrscheinlich, dass Haarmann sich aus diesem Grunde mit ihm aus der Weimarer Zeit bekannten Politikern unterschiedlicher Parteizugehörigkeit umgeben haben soll, um auf diese Weise getreu dem Motto „Eine Hand wäscht die andere“ im Fall der Fälle genügend positive Leumundszeugnisse in einem Entnazifizierungsverfahren zur Hand zu haben. Er scheint sich in dieser Hinsicht jedenfalls sehr sicher gefühlt zu haben, was auch daran deutlich wird, dass er alle weiter unten erwähnten zahlreichen Leumundszeugnisse erst nach dem ersten, negativen Beschluss des Hauptausschusses innerhalb von nur einer Woche (zwischen dem 15. und 21. August) zusammengetragen hat. Dass dieser Eindruck selbstverständlicher Sicherheit möglicherweise getäuscht haben könnte, begann sich erst ein Jahr später im Entnazifizierungsverfahren abzuzeichnen, denn

*„Im Vergleich zu anderen Bevölkerungs- und Berufsgruppen waren die Beamten von den Maßnahmen zur politischen Sichtung und Umerziehung besonders stark betroffen. Aufgrund ihrer Nähe zum Staat vermuteten die Alliierten unter den Staatsdienern besonders viele Nationalsozialisten. Der öffentliche Dienst hatte sich während der NS-Herrschaft weit weniger dem politischen Druck durch die NSDAP entzogen als andere Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche.“<sup>253</sup>*

Für das Verfahren wurde schon früh die US-Armee-Direktive JCS 1069 vom 26. April 1945 für die britische Zone übernommen, um die Bestimmung des zu entlassenen Personenkreises präzise und gemeinschaftlich zu definieren: *„alle Mitglieder der Nazi-Partei, die nicht nur nominell in der Nazipartei tätig waren, alle, die den Nazismus oder Militarismus aktiv unterstützt haben und alle Personen, die den Alliierten feindlich gegenüberstehen.“*<sup>254</sup> Die Entnazifizierung der Hammer Stadtverwaltung begann im Juni 1945. Insgesamt seien entsprechend der ersten Ausgabe des unter Aufsicht der Militärbehörden erscheinenden neuen Mitteilungsblattes vom 19. Juni 1945 90 Personen der Stadtverwaltung verhaftet, suspendiert, versetzt oder entlassen worden, 79 davon entlassen, hauptsächlich Polizeibeamte und -angestellte,

<sup>253</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 260.

<sup>254</sup> Zitiert nach Frank, Caroline: Die Entnazifizierung in Hamm, in: Perrefort, Maria; Thamer, Hans-Ulrich und Schwinzer, Ellen (Hgg.): Care, Käfer, Cola. Ein Lesebuch über Nachkriegszeit und „Wirtschaftswunder“ in Hamm, Ausstellungskatalog, Essen (Klartext) 1995, S. 150 – 162, hier S. 151. Keinemann Nachkriegsjahre in Hamm, berichtet auf den Seiten 182 – 202 über die Entnazifizierung in Hamm bis 1948, allerdings eher in allgemeiner Form mit anekdotischen Einlagen und hauptsächlich auf die Regularien des Verfahrens bezogen. Seine Ausführungen liegen vermutlich auch dem Bericht von Caroline Frank zugrunde.

aber auch andere Verwaltungsbeamte und -angestellte sowie -arbeiter, darunter auch einige Hausmeister.<sup>255</sup> In dieser ersten, als „wilde Phase“ der Entnazifizierung bezeichneten Nachkriegszeit mussten zunächst alle Personen in der Verwaltung oder in leitender Stellung einen vierseitigen Fragebogen ausfüllen, den die britische Militärregierung überprüfte und auf dessen Grundlage sie über Entlassung, Suspendierung oder Verbleib entschied, was zur erheblichen Störung des öffentlichen Lebens führte, da oft kein Ersatz für die Entlassenen gefunden werden konnte. Darüber hinaus verfolgte der Regierungspräsident in Arnsberg, Fritz Fries, als einziger Regierungspräsident der britischen Zone ein eigenes Entnazifizierungskonzept, das von den Briten genehmigt war, aber zum Teil noch schärfer vorging. In einer ersten Verordnung vom 16. Mai 1945 verfügte er die Entlassung aller „alten Kämpfer“.<sup>256</sup> In einer zweiten Verordnung des Arnsberger Regierungspräsidenten vom 19. Mai 1945 verfügte er die Suspendierung des gesamten Lehrpersonals. Am 3. Juni 1945 forderte er eine Liste aller ehemaligen Parteimitglieder in der Hammer Stadtverwaltung an, in der 324 Namen standen, die vermutlich die Grundlage für die oben erwähnten Entlassungen gebildet hat. Die konsequente Durchführung dieser Strategie gefährdete die öffentliche Versorgung und musste bei Erscheinen der Kontrollratsdirektive 24 am 12. Januar 1946 aufgegeben werden.<sup>257</sup> Weder in seiner Hammer Personalakte noch in seiner Duisburger Entnazifizierungsakte gibt es Anzeichen dafür, dass Emil Haarmann in dieser „wilden Phase“ von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen war, obwohl seine Parteimitgliedschaft allgemein und erst recht der britischen Militärregierung und dem Arnsberger Regierungspräsidenten bekannt gewesen sein dürfte. Es ist jedoch nicht auszuschließen und wäre denkbar, dass sich die Emphase dieser frühen Entnazifizierung bei manchen Personen auch bis zum Frühsommer 1946 durchgehalten hat, zumal ja auch der Regierungspräsident selbst eine „harte Linie“ verfolgt und Emil Haarmanns Name mit Sicherheit auch auf der von ihm angeforderten Liste gestanden hatte.

Mit dem Erlass der Direktive 24 des Alliierten Kontrollrates vom 12. Januar 1946, der fünf Tage später die Durchführungsverordnung für die britische Zone folgte: Zonen-Exekutiv-Anweisung Nr. 3, wurde die zweite Phase der „geordneten Entnazifizierung“ erreicht.<sup>258</sup> Danach wurden deutsche Ausschüsse mit beratender Funktion gebildet und der zu entnazifizierende Personenkreis festgelegt. Ein zwölfseitiger Fragebogen wurde nach dem Ausfüllen von den britischen Behörden an die deutschen Ausschüsse zur Beurteilung übergeben, die jedoch nur empfehlenden Charakter hatte. Diese erfolgte in drei Stufen - „muss entlassen werden“, „kann entlassen werden“ und „ist einwandfrei“ -,<sup>259</sup> was keine individuelle und differenzierte Beurteilung zuließ und vielfach als „Schwarz-Weiß-Malerei“ bezeichnet wurde. Das Personal der Hauptausschüsse wurde von den deutschen Kommunalpolitikern vorgeschlagen und

---

<sup>255</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 375. Keineman:, Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 184 berichtet, dass diese Maßnahmen „offenbar infolge der Anordnung“ des Arnsberger Regierungspräsidenten Fritz Fries durchgeführt worden seien.

<sup>256</sup> Keinemann: Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 184.

<sup>257</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 152.

<sup>258</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 152.

<sup>259</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 267.

musste von der britischen Militärregierung (PSSB)<sup>260</sup> nach Überprüfung genehmigt werden. Dies galt nicht für Unterausschüsse. Die Entscheidung der Entnazifizierungsfälle geschah durch die PSSB, richtete sich aber häufig nach der Empfehlung der deutschen Ausschüsse. Für die Entnazifizierung in Hamm wurde am 18. März 1946 durch die Stadtvertretung ein Deutscher Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm in der Hohestraße 80 (Polizeidirektion), auch Kreisausschuss oder Hauptausschuss genannt, mit dem Vorsitzenden Rektor a.D. Weidekamp eingerichtet aus vier Vertretern der CDU, drei Vertretern der SPD, zweien der KPD und zwei weiteren Vertretern.<sup>261</sup> Außer Weidekamp (ehemals Z, von der CDU vorgeschlagen) waren dies im Einzelnen: Hubert Theis, Franz Maas und Josef Wüste (CDU), Heinrich Reinköster, Josef Fries und Karl Trams (SPD), Friedrich Gerling und Johannes Stille (KPD) sowie Otto Althoff und Karl Brakelmann als Vertreter der Berufsstände.<sup>262</sup> Auf dessen erster Sitzung am 29. März 1946 wurden zudem Unterausschüsse zur Entnazifizierung von Verwaltungsdienststellen aus jeweils drei bis fünf Personen gebildet,<sup>263</sup> darunter einer zur Entnazifizierung der Bauverwaltung, dessen Obmann der technische Stadtoberinspektor Heinrich Fraatz war, ein direkter Untergebener Emil Haarmanns, der zu den 1933 von den Nazis entlassenen Verwaltungsmitarbeitern gehört hatte.<sup>264</sup> Insgesamt unterstanden dem Hauptausschuss in Hamm 104 Unterausschüsse.<sup>265</sup> In derselben Ratssitzung vom 18. März 1946 wurde ebenfalls ein Berufungsausschuss als zweite Instanz gebildet, dem jeweils ein Vertreter von CDU, SPD und KPD angehörten: Willi Zimmermann (SPD), Conrad Rüter (CDU), Fritz Lindenvorn (KPD) und Wilhelm Rink als Vertreter der Berufsstände. In einer späteren Sitzung des Stadtrates wurde am 29. April 1946 der Rechtsanwalt Zimmermann (nicht identisch mit dem SPD-Vertreter) zum Vorsitzenden gewählt, nachdem zuvor zwei Kandidaten abgelehnt hatten.<sup>266</sup>

*„Der vom Unterausschuss vorgeprüfte Fragebogen wurde mit einer Stellungnahme versehen an den Hauptausschuß weitergereicht, nochmals überprüft und, um eine Bewertung des Hauptausschusses erweitert, an die britische Militärregierung, Abteilung PSSB, weitergegeben. Diese fällte eine Entscheidung über Belassung im Amt oder Amtsenthebung des Betroffenen und gab anschließend die Unterlagen wieder an den Ausschuß zurück.“<sup>267</sup>*

Der Betroffene erfuhr nur bei Amtsenthebung vom Ausgang des Verfahrens, sonst nicht. Das wurde Mitte April 1947 geändert. Entlassene hatten die Möglichkeit der Berufung. Die Berufungsausschüsse bestanden aus vier Personen und einem Juristen als Vorsitzendem. Während die Ausschüsse in der ersten Instanz in der Regel nach Aktenlage, d.h. auf der Grundlage der

---

<sup>260</sup> Public Security Special Branch (Sonderabteilung für öffentliche Sicherheit der britischen Militärregierung).

<sup>261</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 390 f.

<sup>262</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 154.

<sup>263</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 154.

<sup>264</sup> Außer ihm sind die Namen Westerneier und Reinertz für diesen Unterausschuss aktenkundig.

<sup>265</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 154.

<sup>266</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 154, so auch Keinemann, Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 187. Das Datum findet sich nur bei Keinemann, S. 187, FN 574.

<sup>267</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 153.

Auswertung der Fragebögen und gegebenenfalls der Empfehlungen der Unterausschüsse, ohne Anhörung des Betroffenen entschieden, war beim Berufungsverfahren ein persönliches Erscheinen Pflicht. Die Betroffenen konnten sich auch für das Berufungsverfahren einen Rechtsbeistand nehmen. Der Berufungsausschuss war aber erst ab Mai 1947 tätig und konnte ebenfalls nur Empfehlungen aussprechen, keine Entscheidungen fällen.<sup>268</sup> Die Behandlung des Widerspruchs Emil Haarmanns am 31. Mai 1947<sup>269</sup> wird also eine der ersten Amtshandlungen des Berufungsausschusses gewesen sein.

Während des laufenden erstinstanzlichen Verfahrens gegen Emil Haarmann wurde die Verfahrensweise jedoch umgestellt, was eine ein halbes Jahr andauernde Unsicherheit in Bezug auf die geltenden Beurteilungsrichtlinien und -kriterien zur Folge hatte. In der US-Zone war nämlich mit der Übertragung der Verfahren in deutsche Verantwortung am 15. März 1946 das Verfahren erneuert und die Einstufung in fünf Kategorien eingeführt worden - „I. ‚Kriegsverbrecher‘, II. ‚Nazis (Übeltäter)‘, III. ‚Nazis (geringere Übeltäter)‘, IV. ‚Nazis (Anhänger)‘, V. ‚Personen, die aufgrund einer Prüfung ihres Falles als unbelastet erklärt oder entlastet worden sind.‘“.<sup>270</sup> Diese Regelung wurde in der britischen Zone am 12. August 1946 mit der Zonenpolitik-Anweisung Nr. 38 übernommen, deren Umsetzung jedoch noch vor Inkrafttreten gestoppt wurde zugunsten einer in der Erarbeitung befindlichen Kontrollratsdirektive gleichen Inhalts vom 12. Oktober 1946.<sup>271</sup> Diese wurde zwar am 30. November 1946 in der Zonen-Exekutiv-Anweisung Nr. 54 umgesetzt, welche aber erst im Frühjahr 1947 in Kraft trat,<sup>272</sup> was zu der erwähnten sechsmonatigen Periode der Unsicherheit in der britischen Zone zwischen August 1946 und dem Frühjahr 1947 führte. Diese Verfahrensumstellung ausgerechnet in der entscheidenden Phase des erstinstanzlichen Entnazifizierungsverfahrens für Emil Haarmann in Verbindung mit der eingetretenen sechsmonatigen Periode der Unsicherheit kann eine weitere Ursache dafür gewesen sein, dass dieses Verfahren – möglicherweise wegen Unsicherheiten bezüglich der geltenden Beurteilungskriterien – derart kompliziert wurde.

Der Umfang der Tätigkeit der Ausschüsse wird in einer Zwischenbilanz deutlich, den der Hammer Hauptausschuss anlässlich seiner 100. Sitzung Ende Dezember 1946 vorlegte: Bis zum 11. Dezember wurden 4.979 ausgefüllte Fragebogen an die Unterausschüsse zur Überprüfung übermittelt. Bis Anfang Dezember 1946 waren 1.238 Fälle vorgeprüft und an die PSSB weitergeleitet worden: 1.179 Empfehlungen hatten auf „unbedenklich“ gelautet, 59 auf „untragbar“.<sup>273</sup> Als Bilanz für die Entnazifizierung in der Hammer Stadtverwaltung zieht Caroline Frank das folgende Fazit:

---

<sup>268</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 154.

<sup>269</sup> LAV NRW R, EA.

<sup>270</sup> Mecking, „Immer treu“, S. 268.

<sup>271</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 156.

<sup>272</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 157.

<sup>273</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 154.

*„Aus dem städtischen Dienst in Hamm entließ man in der Zeit vom Mai 1945 bis zum 31. März 1949 aus politischen Gründen insgesamt 36 Beamte, 33 Angestellte und 10 Arbeiter. Von ihnen wurden bis zum 31. März 1949 acht Beamte und drei Angestellte wieder eingestellt, zehn Beamte in den Ruhestand versetzt und zwei Beamte aus politischen Gründen zurückgestuft.“<sup>274</sup>*

#### 4.1 Das erstinstanzliche Verfahren

Nachdem Emil Haarmann am 31. Mai 1946 seinen Fragebogen zur Entnazifizierung ausgefüllt und eingereicht hatte – als Zeuge hatte der 1933 von den Nazis aus seinem Amt als Rechnungsdirektor entfernte Stadtkämmerer Wortmann unterschrieben<sup>275</sup> –, wurde dieser am 14. Juli 1946 von der Arnberger Militärregierung an den Hammer Kreisausschuss zur Überprüfung und Stellungnahme übersandt.<sup>276</sup> Zunächst beschäftigte sich der Unterausschuss damit. Dieser kam mehrheitlich – der Obmann Fraatz behauptete später, abweichender Meinung gewesen zu sein – zu dem Ergebnis, die Entfernung Haarmanns aus dem Amt als Naziaktivist - Parteimitglied und Blockhelfer - zu verlangen. Der Kreisausschuss schloss sich zunächst nach Prüfung des Fragebogens in seiner Sitzung am 19. Juli 1946 dem Votum des Unterausschusses an, dass Haarmann als leitender Beamter untragbar sei und informierte den Oberbürgermeister und den Oberstadtdirektor entsprechend.<sup>277</sup> Ein Protokollauszug der entsprechenden Sitzung hält dazu Folgendes fest:

*„13. Auf Veranlassung der Militärregierung in Arnberg wurde der Fragebogen des Stadtbaurates Emil Haarmann, Markgrafenufer 24, geprüft. Haarmann war Parteimitglied ab 1. 5. 1937 und in ihr Blockhelfer ab 1942. Der Unterausschuss schlägt vor, Haarmann nach § 10 zu behandeln. Er begründet seine Empfehlung damit, dass Stadtbaurat Haarmann sich in leitender Stellung eines öffentlichen Amtes befinde, in der er über Einstellung und Entlassung zu befinden habe. Nach Ansicht des Unterausschusses sei er mehr als passiver Teilnehmer der Naziparteiangelegenheiten gewesen. Das beweist auch schon die Tatsache, dass ihm das Amt des Blockhelfers übertragen worden sei. Nach eingehender Aussprache kam der Ausschuss zu folgendem Beschluss: Stadtbaurat Haarmann ist als leitender Beamter nicht tragbar. Als solcher muss an ihn ein besonders hoher Maßstab in politischer Hinsicht angelegt werden. Haarmann trat 1937 in die NSDAP ein und wurde 1942 Blockhelfer in ihr. Aus diesem Grunde bietet er*

---

<sup>274</sup> Frank: Entnazifizierung in Hamm, S. 160. Das heißt, dass sich die Zahl der Entlassenen nach dem Juni 1945 nicht mehr erhöht hat.

<sup>275</sup> Fragebogen S. 12, LAV NRW R, EA

<sup>276</sup> LAV NRW R, EA, Lt. Col. Wilson, HQ Mil Gov RB Arnberg an den Kreisausschuss Hamm vom 14. 7. 1946.

<sup>277</sup> LAV NRW R, EA, Schreiben des Entnazifizierungsausschusses an den OB und den Stadtdirektor vom 6. 8. 1946. Entgegen dem Wortlaut des Schreibens war dieser Beschluss jedoch noch nicht an die Militärregierung weitergeleitet worden.

*nicht die Gewähr, seine Amtsgeschäfte als leitender Beamter im demokratischen Sinne zu verwalten.“<sup>278</sup>*

Dieser Beschluss wurde dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor vertraulich am 6. August 1946 mitgeteilt.<sup>279</sup> Allerdings leitete der Kreisausschuss das Votum nicht sofort, wie in der Mitteilung behauptet, an den Sicherheitsdienst der britischen Militärregierung weiter.<sup>280</sup> Zu diesem Zeitpunkt galt neben der allgemeinen Kontrollratsdirektive 24 noch die britische Zonen-Exekutiv-Anweisung Nr. 3 vom 17. Januar 1946, die eine Einstufung in die drei Kategorien „muss entlassen werden“, „kann entlassen/suspendiert werden“ und „ist in Ordnung“ vorsah und hauptsächlich auf formale Kriterien wie Parteimitgliedschaft und Funktionen abstellte. Hinzu kam, dass eine spezielle Durchführungsverordnung zu § 10 Abs.2 der Direktive 24 die grundsätzliche Entfernung aller Parteimitglieder vorsah, die bis einschließlich 1. Mai 1937 der NSDAP beigetreten waren.<sup>281</sup> Haarmanns Beitrittsantrag von Mitte Juni 1937 war von der Partei auf den 1. Mai vordatiert worden.<sup>282</sup> Entsprechend sind auch der Beschluss und die Begründung formuliert.

Aus diesem Beschluss gehen eindeutig die wesentlichen Urteilkriterien hervor, die zu dieser Entscheidung geführt haben. Das erste entscheidende Kriterium war die Beurteilung seiner Parteimitgliedschaft: War sein Beitritt im Jahre 1937 seiner eigenen freiwilligen Entscheidung entsprungen und repräsentierte also sein grundsätzliches Einverständnis mit Ideologie und Politik der NSDAP oder erfolgte er eher gezwungenermaßen unter der Androhung, andernfalls entlassen oder abgruppiert zu werden? Damit zusammen hing die Frage, ob seine Weigerung 1933, der Partei beizutreten, nur einer vorübergehenden Stimmung entsprach oder eher seiner tatsächlichen Einstellung zum Nationalsozialismus? Das zweite Kriterium bildete die Frage der Beurteilung seiner Tätigkeit als Blockhelfer: Bedeutete dies die Übernahme eines parteiinternen Amtes und damit zugleich ein Indiz für ein aktives Eintreten für die Interessen und Ziele der NSDAP? Mit der positiven Beantwortung der letzten Frage wäre zugleich über die Beantwortung der ersten entschieden: Jemand der sich aktiv durch die Übernahme einer Funktion innerhalb der NSDAP für diese engagiert, wird als ein überzeugtes Parteimitglied angesehen werden müssen. Die Entscheidungen von Unterausschuss und Hauptausschuss sind also durchaus begründet und rational nachvollziehbar.

---

<sup>278</sup> LAV NRW R, EA., Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Entnazifizierungsausschusses vom 19. 7. 1946. Der Ausschuss bezieht sich auf den § 10 der Direktive 24 des Alliierten Kontrollrates (Berlin) vom 12. 1. 1946 (Zwangswise Entfernungs- und Ausschlusskategorien), Text unter: <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm> (Zugriff am 12. 12. 2019). § 10 Ziff. 2b) lautet: „Alle Personen, die zu irgendeiner Zeit hauptamtlich oder im Offiziersrang in der NSDAP tätig waren oder zu irgendeinem Zeitpunkt ein Amt oder eine Stellung in der NSDAP bekleidet haben, gleichgültig ob in örtlichen Einheiten oder höheren.“ [Unterstreichung vom Verfasser].

<sup>279</sup> Deutscher Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm an den Oberbürgermeister und den Oberstadtdirektor vom 6. 8. 1946, vertraulich, LAV NRW R, EA

<sup>280</sup> In einem Schreiben vom 16. 8. 1946 bat die Militärregierung in Arnberg um eine baldige Vorlage der Stellungnahme. (MR 917 AR an den Kreisausschuss Hamm vom 16. 8. 1946 in: LAVNRW R, EA.)

<sup>281</sup> StA Hamm, Bestand 01-1834 (Aufgaben des Entnazifizierungsausschusses, Ziff. 6f).

<sup>282</sup> Ein Scan der Karteikarte liegt dem Verfasser von: Bundesarchiv Berlin, 9361-IX Kartei 12670870.

Ein eindrucksvolles Plädoyer für den Verbleib Haarmanns im Amt findet sich ausschließlich in der Entnazifizierungsakte und scheint daher direkt an den Entnazifizierungsausschuss gerichtet gewesen zu sein. Es ist gezeichnet von Clemens Brocker, dem derzeitigen Mitglied der 24köpfigen ernannten Stadtvertretung, die vom Januar 1946 bis zur Kommunalwahl im Herbst 1946 amtierte, sowie des ersten gewählten Rates, und trägt weder eine Adresse noch ein Datum.<sup>283</sup> Der Inhalt macht jedoch deutlich, dass es in jedem Fall in die Zeit nach dem ersten Beschluss des Hauptausschusses und vielleicht auch nach dessen Positionswechsel nach der Sitzung vom 21. August 1946 zu datieren ist, da der Verfasser offensichtlich den Text und die Argumentation des Beschlusses vom 19. Juli 1946 kennt sowie inhaltlich die Argumentation des Hauptausschusses seit dem 21. August vertritt. Das lässt darauf schließen, dass entweder Details aus den Verhandlungen der Ausschüsse nach außen gelangten oder dass der Verfasser, der sich als Regimegegner bezeichnet, als Mitglied der Stadtvertretung dienstlich Kenntnis davon erhalten hatte. Es besteht jedenfalls auch die Möglichkeit, dass dieses Schreiben eines Mitgliedes der damaligen eingesetzten Stadtvertretung, in sehr eindringlichem Tonfall gehalten und nach dem 19. Juli 1946 direkt an den Entnazifizierungsausschuss gerichtet, den Anstoß zur erneuten Befassung mit der Personalie Haarmann und dann zu dessen Positionswechsel am 21. August gegeben hat, und demnach seine neue Argumentation nicht nachvollzogen, sondern vielleicht sogar vorgegeben oder angeregt hätte. Diese Möglichkeit steigert die Relevanz des Schreibens ungemein.

Er habe den Eindruck, beginnt die Erklärung Clemens Brockers, dass die politische Einstellung und die Persönlichkeit Haarmanns *„nicht von allen maßgeblichen Stellen richtig beurteilt wird.“* Damit beruft er sich auf den § 5 der das Entnazifizierungsverfahren regelnden Direktive 24, der bei einer nur nominellen Parteimitgliedschaft keine Enthebung aus Ämtern vorsieht.

---

<sup>283</sup> Clemens Brocker wurde am 31. 3. 1909 in Essen-Heidhausen geboren und absolvierte nach dem Besuch von Volksschule und Realgymnasium eine kaufmännische Lehre im größten Eisen- und Haushaltswaren-Geschäft des Ruhrgebietes, wo er schnell in eine leitende Position aufstieg. 1942 heiratete er die Tochter aus dem Hammer Eisenwaren-, Haus- und Küchengerätegeschäft Franz Joh. Stricker, das er zunächst als Geschäftsführer leitete, bis seine Frau Renate es von den Eltern übernahm. Ab 1943 war er Leiter der (NS-) Fachgruppe für Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte in der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel. In Hamm galt er als einer der Männer der ersten Stunde. Während der Zeit der Bombenangriffe engagierte er sich sehr in Kooperation mit dem Wirtschaftsamt in der Nahrungsbeschaffung für die Hammer Bevölkerung. In der 24-köpfigen Stadtvertretung und im gewählten Stadtrat vertrat er die CDU, war Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes, 2. Vorsitzender des Verkehrsvereins, Vorstand der Stadtsparkasse, Kirchenvorstand der kath. St- Josefs-Pfarrgemeinde u.a.m. *„Als unerschrockener und unbestechlicher Mann half er vielen Bürgern nach dem Zusammenbruch des dritten Reiches bei der Entnazifizierung, der Bewältigung ihrer Bombenschäden und beim Wiederaufbau ihrer Existenz.“* (...) *„Clemens Brocker wird oft der 15. Nothelfer genannt, weil er sich die Sorgen anderer und vermeintlich an ihnen geschehenes Unrecht zu eigen macht.“* Er starb am 16. 12. 1990 in Hamm. (StA Hamm, Bestand 2001-1496, Mappe Clemens Brocker, Brocker, Kurzbiografie).

Genau dieses Argument sollte der Hauptausschuss nach seiner Positionsänderung am 21. August gegen den Unterausschuss anwenden.<sup>284</sup> Daher wolle er, so Clemens Bocker weiter, seine persönlichen Beobachtungen und Schlüsse mitteilen.

Seiner Firma seien bei baulichen Arbeiten 1942/43 unberechtigte Schwierigkeiten gemacht worden, weil seine Einstellung gegen das Regime bekannt gewesen sei. Er habe den Verdacht gehabt, dass diese Schwierigkeiten von Haarmann ausgingen und eine ziemliche Wut auf diesen gehabt. Bei vorsichtiger Nachfrage habe sich herausgestellt, dass dieser nicht die treibende Kraft hinter den Problemen war, sondern selbst von Parteifunktionären getrieben wurde. Als Haarmann gemerkt habe, „wes Geistes Kind ich war“, sei er deutlicher geworden und „beklagte die Abhängigkeit der Beamten vom damaligen Regime“. Er habe die Freiheit des Kaufmannes gelobt. Während meine Frau wegen geschäftlicher Verpflichtungen von der Partei in Ruhe gelassen werde, werde seine mit derartigen Posten geplagt, zumal sie kinderlos seien. Er sei „schon damals überzeugt [gewesen d. V.]: ‚Der macht nur mit, weil er muss!‘“ (...)

*„Ich hatte, wie wenige, Gelegenheit, Haarmanns verdienstvolle Tätigkeit in den schwersten Stunden der ersten turbulenten Wochen nach der Kampflage zu beobachten. Er riss nicht aus, als Deter dazu aufforderte. Er übergab die Stadt Hamm und übernahm die Leitung, als keiner sich für dieses dornenvolle Amt fand. Seine Bescheidenheit, seine Ruhe und Sachlichkeit, aber auch sein bestimmtes, oft mutiges Auftreten verschaffte ihm langsam aber nachhaltig ein hohes Ansehen bei der Militärregierung. Was er durch dieses Ansehen, durch seine Persönlichkeit, aber auch durch seine unermüdliche Arbeit von früh bis spät an Beschwerden abgewendet, an Belastungen verhütet, der Bevölkerung unserer Stadt genützt hat, wissen nur wenige, denn er spricht nicht darüber.“ (...)*

*„Schnödester Undank wäre es, dazu ungerecht, wenn die Stadt diesen Mann, dem die Engländer Lob zollten, als ‚nicht auf leitendem Posten tragbar‘ brandmarken wollte. Nach dem Gesetz 24 sollen nicht formale Gesichtspunkte ausschlaggebend sein, sondern Charakter und Persönlichkeit.“ (...)*

Auf mögliche Feindseligkeiten aufgrund von Tätigkeiten Haarmanns als kommissarischer Oberbürgermeister anspielend, beschloss Bocker sein Schreiben:

*„Seine dienstliche Stellung zwingt ähnlich wie die Leitung anderer schwieriger Ämter (Wohnungsamt, Wirtschaftsamt) oft zu unpopulären Maßnahmen. Wollte man aber die Missstimmung den Träger der undankbaren Ämter entgelten lassen, so wäre das bitteres Unrecht; aber auch zum Schaden der Bevölkerung. Es würde auch schließlich das Pflichtgefühl unserer Beamten untergraben. Wir sollten dankbar sein, dass wir für die schwierigsten Ämter Beamte haben, die ihre Amtspflichten ohne Rücksicht auf ihre*

---

<sup>284</sup> § 5 Satz 3 der Direktive 24 lautet: „Wenn sich aus der Überprüfung eindeutig ergibt, daß der Betroffene nur ein nomineller Nationalsozialist und weder ein Militarist noch eine den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehende Person ist, kann er ungeachtet der zwingenden Vorschriften dieser Direktive im Amte verbleiben.“

*Person erfüllen. ... Die Beamten müssen wissen, dass sie in der Demokratie ihr Amt führen sollen u. dürfen nach dem Grundsatz: Tue recht und schade niemand!*<sup>285</sup>

Das Schreiben entspricht von Ton und Inhalt einer Charakterisierung im Brief eines Freundes an Brockers Ehefrau, die zu dessen 70. Geburtstag Beiträge für eine Darstellung seines Lebens und Wort und Bild erbeten hatte. Brocker nahm anscheinend weder vor der Besatzungsmacht noch vor deutschen Stellen, die in seiner Bewertung ausgesprochen schlecht dargestellt werden, ein Blatt vor den Mund:

*„Die mutige und unerschrockene Art, wie Clemens Brocker sowohl gegen die Willkürmaßnahmen der Besetzung als auch gegen die feigen, selbstüchtigen und oft auf kleinlichen Profit ausgehenden Mitbürger vorging, war schon beeindruckend (...) Herzerfrischend war auch der ungenierte Umgang mit den deutschen maßgebenden Stellen. Für den objektiven Betrachter war es eine Freude zu sehen, wie Clemens Brocker in seiner Impulsivität dem zaghaften Oberbürgermeister und dessen Oberstadtdirektor den Rücken stärkte und sie zu Tätigkeiten und Handlungen antrieb, die sie von sich aus den Besatzungsmächten gegenüber nie gewagt hätten. (...) Den stärksten Eindruck hinterließ jedoch für mich „Nochnichtentnazifizierten“ seine entschlossene Haltung zu dem amtlichen Entnazifizierungsproblem im Allgemeinen u. sein Spiel mit den lange Zeit unter sich völlig zerstrittenen Mitgliedern der Hammer Spruchkammer im besonderen. Es war schon herzerfrischend mitanzusehen, wie er mit diesen Herren umsprang und damit die Entnazifizierung für viele biedere und äußerst anständige Hammer Bürger erreichte, ohne die ein geregelter Broterwerb und ein geregeltes Geschäftsleben einfach unmöglich waren. ....“<sup>286</sup>*

Haarmann hatte zum erneuten Sitzungstermin des Hauptausschusses am 21. August 1946 zahlreiches Entlastungsmaterial vorgelegt, das er seit Mitte August zusammengetragen hatte.<sup>287</sup> Wenn er nicht – was eigentlich im erstinstanzlichen Verfahren nicht üblich war – zu einer Anhörung am 21. August vorgeladen worden ist, wofür sich auch kein Beleg findet, ergibt sich die Frage, woher er diesen Termin kannte bzw. was den Hauptausschuss überhaupt veranlasste, seinen Fall – zu dem eine Empfehlung ja bereits vorlag – nochmals an diesem Tage zur Behandlung zu bringen. Es ist jedenfalls aus den Daten der Leumundszeugnisse und der Datierung seines mehrseitigen Erläuterungsbriefes offensichtlich, dass er spätestens vor Mitte August von dem Termin Kenntnis gehabt haben musste, während noch am 6. August die Stadtspitze vertraulich über die negative Haltung des Hauptausschusses informiert worden war. Diese Frage ließ sich aber nicht definitiv klären. In diesem umfangreichen Schreiben

---

<sup>285</sup> LAV NRW R, EA., Schreiben Clemens Brocker.

<sup>286</sup> StA Hamm, Mappe Brocker, Brief des ehemaligen Offiziers H. Eberhard aus Bonn, Rochusweg 29, vom 29. 1. 1979 an Frau Brocker.

<sup>287</sup> LAV NRW R, EA, Haarmann an den Entnazifizierungsausschuss vom 21. 8. 1946.

zur Erläuterung des Fragebogens<sup>288</sup> bemühte er sich, die entscheidenden Kriterien des Beschlusses zu entkräften. Er legte daher zunächst seine Einstellung zur NSDAP dar, indem er sich für die Zeit der 20er Jahre als Sozialisten und Bodenreformer bezeichnete, was mit seinen Angaben im Fragebogen über sein Wahlverhalten und seine Mitgliedschaft in der Bodenreform-Gesellschaft übereinstimmt. Durch die Parteienzersplitterung und Reformunfähigkeit der Weimarer Republik zutiefst enttäuscht, sei er zunächst vom Bestreben der NSDAP zur Vereinigung aller Kräfte mitgerissen, vom persönlichen Erleben der „Machtergreifung“ in Hamm jedoch abgeschreckt worden, insbesondere durch die Maßregelung verdienter Beamter, Zwangsaufmärsche, die ‚Eroberung‘ des Stadthauses, Untersuchungsausschüsse aus anrühmigen Personen sowie die mangelnde Anerkennung von Recht und Gesetz. Daher habe er den ihm vom neuen Oberbürgermeister Deter nahegelegten Parteibeitritt verweigert. Stattdessen sei er förderndes Mitglied der SS geworden, was mit einem Beitrag von 1.—bis 2.—RM monatlich erledigt gewesen sei. Um die Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister zu fördern und unter dem Eindruck politischer Erfolge des Regimes durch die Überwindung der Arbeitslosigkeit, den Autobahnbau, den Reichsarbeitsdienst sowie das Erbhof- und Wohnsiedlungsgesetz sei er dann 1937 der Partei beigetreten, als ihm dies wieder von Deter nahegelegt worden sei, habe sich aber vom Parteibetrieb ferngehalten und niemals eine Uniform getragen oder auch nur besessen,<sup>289</sup> geschweige denn sich aktiv für die Partei betätigt. Er habe auch aus seiner Parteimitgliedschaft keine Vorteile gezogen, sondern sei wegen mangelnder Aktivitäten eher zurückgestellt worden. So sei ihm die Beförderung zum Magistratsmitglied wegen mangelnden Einsatzes verweigert worden.

Mit einem undatierten Nazi-Pamphlet aus der unmittelbaren Nachkriegszeit belegte er, dass die Nazis in ihm vor 1937 eher einen Gegner gesehen haben. In dem mit „Deutschland erwache!“ unterzeichneten, anonymen, möglicherweise von einem ehemaligen Gestapo-Mann verfassten Flugblatt wird die Schuld der NSDAP an der jetzigen Lage Deutschlands bestritten und auf „*feige Gesellen, die feist ihr Schäfchen ins Trockene bringen*“ geschoben. Man habe 1936 „*227 Volksfeinde auf unserer Beobachtungsliste*“ gehabt, deren Namen jetzt alle wieder auftauchen; man hätte „*die Lumpen besser damals liquidiert.*“ Es folgen 35 Namen führender Persönlichkeiten aus Hamm, darunter auch der Haarmanns.<sup>290</sup> Auch sein Schwager Gerhard Stricker aus Lippstadt erklärte in seinem Entlastungsschreiben, dass der Beitritt des Schwagers 1937 nur durch seine Stellung bedingt gewesen sei. Privat habe bei den Haarmann's die Partei keine Rolle gespielt. Sein Schwager sei vor 1933 wegen des modernen Hausbaus von

---

<sup>288</sup> LAV NRW R, EA, Fragebogen zur Entnazifizierung.

<sup>289</sup> Ein nicht datiertes Foto aus der NS-Zeit im Besitz des LWL (<https://www.lwl.org/marsLWL/de/in-stance/picture/Nachlass-Josef-und-Werner-Viegener---Hamm.xhtml?oid=234811333> Zugriff am 26. 11. 2020) zeigt Haarmann anlässlich eines Konzertes im Großen Saal des Kurhauses Bad Hamm in Zivil in der ersten Zuschauerreihe zwei Plätze links vom uniformierten Oberbürgermeister Deter.

<sup>290</sup> StA Hamm, PA, NS-Pamphlet, undatiert, offensichtlich nach Kriegsende (Anlage 1 zum Schreiben Haarmanns vom 21. 8. 1946 an den Entnazifizierungsausschuss, welches jedoch nur in der Entnazifizierungsakte im LAV NRW R auftaucht). Die Entlastungsschreiben tauchen ebenfalls im Original und in Kopie in der Entnazifizierungsakte des LAV NRW R auf. Ich zitiere hier die Hammer Akte, weil ich die Dokumente hier zuerst gelesen und notiert habe.

den Nazis als „Kulturbolschewist“ beschimpft worden. Es habe keine Parteibilder und -sprüche im Haus gegeben, statt dessen „entartete“ Kunst, ebenso im Bücherschrank verbotene Literatur. Die Schwägerin habe sich als kinderlose Frau in der NS-Frauenschaft betätigen müssen. Als freier Kaufmann habe er Verständnis für den erzwungenen Beitritt, sein Schwager sei aber niemals innerlich ein Nazi gewesen.<sup>291</sup> Für seine Einstellung zur NSDAP und die seiner Ehefrau legte Haarmann eine Reihe weiterer Zeugenaussagen von Personen aus seinem privaten Umkreis vor: seiner ehemaligen Hausangestellten – jetzt (1946) Caritas-Krankenschwester am katholischen Marienhospital - , seiner ehemaligen – jetzt in Menden wohnenden - Untermieterin und deren Freund und derzeitigem Bräutigam, der die Familie durch Besuche bei seiner Freundin kennenlernte, von einer Mitbewohnerin des Hauses, vom Gesangslehrer seiner Ehefrau und ihrer Musikerzieherin, von seinem Zahnarzt und seinem Friseur.<sup>292</sup>

Aus diesen Zeugenaussagen lässt sich ein gewisser Eindruck vom familiären Leben im Haus Haarmann gewinnen. Die Atmosphäre des Hauses wird als aufgeschlossen, offen und tolerant bezeichnet, besonders von den Mitbewohnern auch als zugewandt und teilnehmend. Aufgrund der musikalischen Begabung der Ehefrau sei sehr viel musiziert und gesungen worden, auch viel geistliche Musik. Obwohl beide Eheleute keine Kirchenmitglieder mehr gewesen seien, sei kein abfälliges Wort über Religion oder die christlichen Kirchen gefallen. Im Gegenteil habe die Hausangestellte (Dorothea Stegemann; 1939-1942, als Nachfolgerin ihrer älteren Schwester, die ebenfalls Caritas-Krankenschwester geworden sei) wie auch bereits vor ihr ihre Schwester selbstverständlich für Gottesdienste freibekommen, selbst wenn Gäste im Hause oder sonst viel zu tun gewesen sei. Dies bezeugen auch Aussagen anderer Personen, die nicht zum unmittelbaren Haushalt gehörten, aber als überzeugte Katholiken bekannt waren. Das Haus sei sehr gastfrei gewesen, aber niemals habe man Nazis angetroffen oder gar „Parteigelege“ erlebt. In den Räumen hätten ausschließlich moderne Gemälde gehangen, die bei den Nazis als „entartet“ gepocht hätten, und im Bücherschrank seien viele moderne Schriftsteller der Nachkriegszeit (nach 1918) zu finden gewesen, die auch selbstverständlich an Hausbewohner ausgeliehen wurden. Es habe auch viele Gespräche über Kunst und Literatur im Hause gegeben.

Besonders persönlich und herzlich sind die Aussagen der ehemaligen Untermieterin Anne Tacke gefasst, Buchhalterin bei der Isenbeck-Brauerei, die bis zur Zerstörung des Hauses am 29. Januar 1945 dort gewohnt hatte: *„Ich muss gestehen, dass ich ein harmonisches Heim und eine wirkliche Heimat bei Herrn und Frau Haarmann gefunden hatte und sie als sehr edle und wahre Menschen kennenlernte.“* Die Atmosphäre im Haus sei angenehm und anregend gewesen. Sie selbst sei kein Mitglied der NSDAP gewesen, sondern echte Katholikin. Sie habe den Eindruck, dass die NS-Mitgliedschaft der Familie Haarmann sich aus seiner Stellung in der

---

<sup>291</sup> Entlastungsschreiben von Gerhard Stricker, Pastor Niemöller-Str. 12, Lippstadt, 16. 8. 1946, (StA Hamm, PA). Haarmann hatte 1928 sein Eigenhaus am Markgrafenufer 24 in Hamm im Bauhaus-Stil errichtet (mündliche Auskunft des Stadtarchivs Hamm; die Pläne seien noch vorhanden, aber kein Bild).

<sup>292</sup> Alle Schreiben sowohl im StA Hamm, PA, als auch im LAV NRW R, EA.

Stadtverwaltung ergeben habe, es habe keine politische Einwirkung ihr gegenüber oder gar Bedrängung gegeben. Herr Haarmann habe bei Sammlungen für andere mitgezahlt, um ihnen Unkosten zu ersparen; er sei selbstlos, habe ein offenes Herz und eine tätige Hand für Sorgen und Nöte anderer, sei religiös tolerant und durchaus nicht heidnisch eingestellt, so habe man immer gemeinsam Weihnachten gefeiert. Im Hause habe es viel geistliche Musik gegeben, auch Übungsstunden von Frau Haarmann für die Musikgruppe der NS-Frauenschaft. Frau Haarmann habe trotz ihrer Liebe zur Musik unter dem Zwang dieser Aufgabe gelitten, konnte sich ihr aber als kinderlose Frau und Gattin eines hohen Verwaltungsbeamten nicht entziehen, da ihre gesangliche Begabung bekannt gewesen sei. Parteileute verkehrten im Haus Haarmann nicht, es habe keine Gelage, keine Hitler-Bilder gegeben, nur moderne „entartete“ Kunst, und so sei auch der literarische Geschmack der Familie ausweislich ihres Bücherschranks gewesen. *„Ich hatte sehr genauen Einblick in den gesamten Haushalt, außerdem zählte ich wie mit zur Familie gehörig und wir nahmen die Mahlzeiten gemeinsam ein.“*<sup>293</sup> Frau Maria Rupprecht stellt als Mitbewohnerin des Hauses Haarmann von 1934 bis 1944 seine Zuewandtheit und Hilfsbereitschaft heraus: Sie sei gläubige Katholikin und regelmäßige Kirchgängerin, kein Parteimitglied gewesen. Sie habe keine Herabsetzung wegen ihrer Religiosität erlebt oder eine politische Einwirkung, es habe vielmehr ein sehr gutes Zusammenleben in Haus und Garten gegeben, keine Reibereien. Nach der Einberufung des Ehemanns habe sie bei Haarmann's Rat und Beistand mit dem Kind gefunden. Man habe auch durch gemeinsames Erleben von Bombenangriffen ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt. Haarmann habe dann immer sofort heraus gemusst zu den Schadensstellen. Beide Eheleute seien keine Nazis. *„Herr Haarmann hat mich meist bei Sammlungen übergangen, um mir Ausgaben zu ersparen und war in jeder Weise hilfsbereit.“*<sup>294</sup> Insgesamt entsteht aufgrund der Entlastungsschreiben der Eindruck eines wohlhabenden, aufgeschlossenen und liberalen bildungsbürgerlichen Haushaltes.

Seine Tätigkeit als Blockhelfer stellte Haarmann in seinem Schreiben vom 21. August 1946 quasi als einen Akt von Nachbarschaftshilfe, als Gefälligkeit dar. Die Blockhelfertätigkeit im Block 3, Zelle 4 habe er von Wilhelm Wilsing übernommen, als dieser zur Wehrmacht einberufen worden sei. Er habe diese Tätigkeit als Hilfe für einen verhinderten Nachbarn angetreten und sei niemals von einer Stelle der Partei offiziell damit beauftragt worden. In seiner Widerspruchsbegründung führt er dies noch weiter aus insofern, als Herr Wilsing ihn bei seiner Einberufung persönlich gebeten habe, seine Funktion vorübergehend zu übernehmen *„als einziger Mann im Block ... der dafür noch in Frage komme“*. Eine Verweigerung sei wegen seines Beamtenstatus unmöglich gewesen und hätte zu einer Maßregelung seitens der Ortsgruppe geführt.<sup>295</sup> Auch in diesem zweiten Schreiben legte er großen Wert auf die Feststellung, die Blockhelfertätigkeit sei ihm niemals als Parteiamt von einer Parteiinstanz übertragen

---

<sup>293</sup> StA Hamm, PA., Anne Tacke, Menden, Walram[straße, d.V.] 9, 15. 8. 1946.

<sup>294</sup> StA Hamm, PA., Frau Maria Rupprecht, Marienhospital Werl, 16. 8. 1948.

<sup>295</sup> StA Hamm, PA., Haarmanns Widerspruchsbegründung an die RB Militärregierung – PSSB [Public Safety Special Branch] – in Arnsberg vom 11. 1. 1947

worden. Als Zeugnis dafür, dass er auch in dieser Tätigkeit keine aktive Parteitätigkeit betrieben habe, legte er eine Reihe von schriftlichen Aussagen von Nachbarn vor, die ihm – alle selbst keine Parteimitglieder – allesamt bestätigten, dass er ihnen in seiner Tätigkeit als Blockhelfer stets freundlich, höflich, korrekt und sachbezogen begegnet sei, sie niemals bedrängt habe, etwas zu spenden oder der Partei oder einer ihrer Organisationen beizutreten. Man habe auch, so eine Nachbarin, Frau Weitzel, öfter abfällige Gespräche über die NS-Führung miteinander geführt, so dass bei ihr eher die Eindruck einer „Muss-Mitgliedschaft“ entstanden sei.<sup>296</sup> Die meisten dieser Zeugen waren Akademiker, was wohl auch dem Wohnumfeld in diesem Block geschuldet war: außer Frau Weitzel zwei Studienräte,<sup>297</sup> ein Senatspräsident des Oberlandesgerichts und ein weiterer promovierter Herr. Außerdem führte Haarmann Zeugnisse von Vorgesetzten und Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung an: Oberbürgermeister Schlichter, Oberstadtdirektor Dr. Schulz, Stadtdirektor Röttgen, Stadtkämmerer Wortmann und technischer Oberinspektor Haunerland sowie die Ansprachen des britischen Militärkommandanten und des Regierungspräsidenten sowie des neuen Oberbürgermeisters Schlichter anlässlich seiner Entpflichtung als Oberbürgermeister vor der Stadtvertretung. Sein Kirchenaustritt, so Haarmann weiter in seinem Schreiben vom 21. August 1946, bezeuge nicht seine Übereinstimmung mit der Kirchenfeindlichkeit des Nationalsozialismus. Seine eigene und die Entfremdung seiner Ehefrau von der Religion habe nichts mit Unglauben zu tun, sondern mit der Haltung zur Institution der Kirche und sei schon seit längerer Zeit eingetreten. Lediglich aus Rücksicht auf die Eltern und Schwiegereltern habe man bis 1940 mit dem Kirchenaustritt gewartet.<sup>298</sup>

Seine Ehefrau stimme mit seinen Ansichten völlig überein. In der NS-Frauenschaft sei sie nur zwangsweise tätig gewesen wegen ihrer musikalischen Neigung und Begabung. Sie habe ihre Tätigkeit als belastenden Zwang empfunden.

Zum Abschluss seines Schreibens vom 21. August 1946 ging Haarmann auf seine Tätigkeiten nach Kriegsende ein: Während der schweren letzten Kriegsmonate habe er aus Pflichterfüllung Führung übernommen, was bei seiner Entpflichtung als Oberbürgermeister in mehreren Ansprachen lobende Anerkennung gefunden habe. Seine Tätigkeit sei immer öffentlich gewesen, er habe keine Geheimnisse gehabt; auch seine Parteimitgliedschaft sei bekannt gewesen. Trotzdem sei seine Ernennung zum Stadtbaurat durch eine Wahl 1946 bestätigt worden.

---

<sup>296</sup> StA Hamm, PA., Frau Weitzel, Fichtestr. 10, Hamm, 18. 8. 1946, an Herrn Stadtbaurat Haarmann, Markgrafenufer. 24

<sup>297</sup> In der Entnazifizierungsakte ist zusätzlich noch ein weiteres Entlastungsschreiben enthalten von einem weiteren Studienrat, Paul Ohler, vom 18. 8. 1946. (LAV NRW R, EA,)

<sup>298</sup> Tatsächlich ist Haarmanns Mutter am 28. 12. 1940 gestorben, war aber in den letzten Monaten schwer krank und kaum noch aufnahmefähig. Sein Vater war bereits 1933 gestorben (StA Witten, Meldekarte Friedrich Haarmann). Seine Schwiegermutter Emilie Hunold starb am 14. 1. 1935, sein Schwiegervater Heinrich Hunold am 22. 4. 1936 (StA Hamm, Melderegister, Meldekarte Heinrich Hunold).

Auch von seinen Kollegen der Stadtverwaltung erhielt Emil Haarmann Unterstützung. Die Schreiben geben derart deutlich Auskunft über seine Einstellungen und Tätigkeiten, dass sie zumindest teilweise ausführlich zitiert werden sollen. So schrieb der derzeitige Stadtkämmerer Wortmann, der 1933 zu den von den Nazis Entlassenen und 1945 zu den von Haarmann zurückgeholten Beamten gehörte:

*„Herr Stadtbaurat Haarmann hat mich gebeten, in seiner Entnazifizierungsangelegenheit eine Äußerung über seine Person und sein Verhalten abzugeben. Herr Haarmann ist mir seit seiner Amtsübernahme in hiesiger Stadt – 1926 – bekannt. Ich hatte in meiner Stellung als Verwaltungsdirektor der Stadtverwaltung hinreichende Gelegenheit, ihn persönlich wie auch seine Arbeit kennen zu lernen. Vom Mai bis Mitte August arbeitete ich unter seiner unmittelbaren Leitung. Er führte während dieser Zeit die Dienstgeschäfte des Oberbürgermeisters. Mein Urteil über seine politische Gesinnung fasse ich wie folgt zusammen:*

*Herr Haarmann war meines Erachtens lediglich ein nominelles Mitglied der NSDAP. Er hat sich ab April 1945 sofort und vorbehaltlos für den Aufbau einer neuen demokratischen Verwaltung zur Verfügung gestellt und sein Amt unter Zurückstellung persönlicher Wünsche im demokratischen Sinne in vorbildlicher Weise verwaltet. (...)*

*Herr Haarmann musste aus dienstlichen Gründen in seiner Tätigkeit als leitender Baubeamter der Stadt besonderen Wert auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Deter und seinen Rats Herrn legen, die ohne Anschluss an die Partei nicht denkbar war. Ich weiß aus eigener Kenntnis, dass diese Zusammenarbeit trotz der Parteizugehörigkeit nicht immer möglich gewesen ist und dass Herr Haarmann das volle Vertrauen seines Vorgesetzten nie besessen hat. Die Berufung als Blockhelfer der Partei im Jahre 1942 konnte Herr Haarmann nicht ablehnen, wenn er nicht als Kriegssaboteur angesprochen und behandelt werden wollte. (...)*

*Am 15. 8. 1945 hat ihm der Herr Regierungspräsident für die Führung der Geschäfte des Oberbürgermeisters gedankt und ihn in die Stelle des Stadtbaurates berufen. Herr Haarmann hat durch sein Verhalten und durch seinen vorbehaltlosen Einsatz seiner ganzen Person ab April 1945 den Nachweis erbracht, dass er in einer demokratisch geführten Verwaltung als leitender Beamter am rechten Platze ist.“<sup>299</sup>*

Auch Oberstadtdirektor Dr. Schultz, den Haarmann im Juni 1945 zu seinem Assistenten berufen ließ, äußert sich detailliert und ausführlich zu Emil Haarmann:

*„Während dieser ganzen Zeit habe ich ausgiebig Gelegenheit gehabt, das Wirken und Schaffen des Herrn Haarmann für die Stadt Hamm kennen und würdigen zu lernen. Vom frühen Morgen bis in den späten Abend war Herr Stadtbaurat Haarmann täglich, selbst an Sonn- und Feiertagen, mit bewunderungswürdiger Energie tätig, besonders*

---

<sup>299</sup> StA Hamm, PA, Bescheinigung Wortmanns.

*in der Zeit, als er als kom. Oberbürgermeister allein die ganze Verantwortung trug. Seine in jeder Weise korrekte Haltung trug ihm bald das volle Vertrauen des Herrn Kommandanten der Militärregierung ein, sodass sich eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Hamm entwickeln konnte.*

*Trotz schwierigster Raum- und Personalverhältnisse gelang es ihm, nicht nur die Wünsche der Militärregierung zu erfüllen, sondern auch darüber hinaus die Verwaltung so einsatzfähig zu erhalten, dass schwerste Schäden für die Bevölkerung vermieden werden konnten. (...)*

*Während der ganzen Zeit habe ich nicht den Eindruck gewonnen, dass Herr Stadtbaurat Haarmann etwa den Gedankengängen des Nationalsozialismus verfallen gewesen sei. Ich lebe seit 1929 in Hamm, vor und nach 1933 habe ich nicht bemerkt, dass sich Herr Haarmann irgendwie im nationalsozialistischen Sinne betätigt oder nationalsozialistische Ansichten geäußert hat.“<sup>300</sup>*

Auch der Stadtoberinspektor Haunerland, derzeit Leiter des Siedlungsamtes der Stadt Hamm, der von 1926 an lange Zeit mit Haarmann zusammengearbeitet hatte, zeitweise als Leiter des Vermessungs- und des Planungsamtes, sieht ihn nicht als Nationalsozialisten:

*„Die damals herrschenden Umstände zwangen ihn zum Eintritt in die NSDAP. Ich rechne es ihm aber heute noch hoch an, dass er niemals versucht hat, auch mich [als seinen Untergebenen, d.V.] zum Eintritt in die Partei zu bewegen. In seinem Verhalten zu Parteigenossen und zu mir machte er keinen Unterschied, obwohl ihm meine Gegeneinstellung zur Partei bekannt war. Aus seinen wiederholten Äußerungen ist mir bekannt, dass sein Verhältnis zum Oberbürgermeister stets kühl war und dass er dessen Einstellung in vielen Dingen nicht gut geheißen hat.“<sup>301</sup>*

Das Zeugnis des derzeitigen Stadtdirektors und vormaligen Nachkriegs-Polizeipräsidenten Röttgen enthält gegenüber den zitierten Aussagen keine zusätzlichen Urteile, das Zeugnis des Oberbürgermeisters Schlichter ist, gemessen an der Tatsache, dass er Haarmann wohl schon vor 1926 persönlich gekannt hat, ausgesprochen dürftig ausgefallen. Er bescheinigt ihm lediglich seine Eignung und volle Bewährung als leitender Beamter und stellt fest, dass seine Leistungen als kommissarischer Oberbürgermeister allseits anerkannt seien. Da er sich wegen seines hohen Alters ohnehin nur unter der Bedingung zur Rückkehr in sein Amte entschlossen hatte, dass er nur vorübergehend bis zur ordentlichen Wahl eines Nachfolgers amtieren wolle, kann man den Eindruck gewinnen, dass er sich wohl am liebsten aus der Sache herausgehalten hätte.

Die Argumentation Haarmanns und die beigebrachten Zeugenaussagen veranlassten den Kreisausschuss nach erneuter Prüfung zur Änderung seiner Position. Er empfahl der britischen

---

<sup>300</sup> StA Hamm, PA., Bescheinigung Dr. Schultz.

<sup>301</sup> StA Hamm, PA., Bescheinigung Oberinspektor Haunerland.

Militärregierung jetzt die Beibehaltung im Amt und seine Einstufung in Kategorie V (entlastet). Er forderte darüber hinaus am 27. August 1946 auch den Unterausschuss auf, die vorgelegten Entlastungszeugnisse zu prüfen und entsprechend zu würdigen.<sup>302</sup> Der Unterausschuss beharrte jedoch auf seiner Position. In der Entnazifizierungsakte findet sich ein von der britischen Behörde verfasstes Case Summary, eine aktuelle Zusammenstellung des Sachstandes, deren Datumszeile überklebt ist mit folgender Bemerkung des Vorsitzenden des Hauptausschusses: „Für die Belassung in der jetzigen Stellung politisch tragbar. Die beigebrachten Entlastungsunterlagen werden vom Ausschuss als ausreichend angesehen. Weidekamp“. Als Anlage zum Summary angeheftet findet sich folgender Text:

*„Der Unterausschuss hält nach nochmaliger Prüfung des Falles Haarmann seine erste Entscheidung aufrecht. Von den eingereichten Entlastungsschreiben wurde Kenntnis genommen. Sie geben u.a. ein Urteil über seine einwandfreie fachliche und dienstliche Tätigkeit ab. All' dieses war aber bereits bei der ersten Entscheidung bekannt, sodass keine neuen Momente für die Beurteilung seiner Entnazifizierung vorgebracht wurden, Der Unterausschuss Fraatz Westermeier“<sup>303</sup>*

Das Summary spiegelt in dieser Form den Dissens zwischen Haupt- und Unterausschuss wider und ist daher auf Ende August oder Anfang September zu datieren. Seit Mitte August war in der britischen Zone mit der Zonen-Politik-Anweisung Nr. 38 das im März 1946 erneuerte amerikanische Verfahren mit der Einstufung in fünf Kategorien übernommen, aber noch nicht in Kraft gesetzt worden. Es bestand also zu dieser Zeit eine Unsicherheit darüber, welche Kategorien zur praktischen Anwendung der Kontrollratsdirektive 24 derzeit Gültigkeit besaßen und welche nicht. Ob die Differenz in der Sichtweise des Unter- und des Hauptausschusses auch hierin begründet war, lässt sich aber nicht mit Sicherheit feststellen. Sie kann auch lediglich der Ausdruck der inneren Zerstrittenheit des Entnazifizierungsausschusses gewesen sein, von der Brockers Freund H. Eberhard in seinem Brief an dessen Frau von 29. Januar 1979 spricht.<sup>304</sup>

Zwischenzeitlich waren in der Stadtverwaltung Gerüchte entstanden, Fraatz sei die treibende Kraft im Unterausschuss gegen Haarmann, weil er diesem die Schuld daran gebe, dass er während der NS-Zeit ständig zurückgesetzt worden sei. Als Haarmann darüber informiert wurde, sprach er Fraatz an, der aber die Behauptungen als unwahr bestritt, sich schriftlich gegenüber dem Vorsitzenden des Hauptausschusses dagegen verwahrte und ausdrücklich erklärte,

---

<sup>302</sup> LAV NRW R, EA., Deutscher Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm, Hohe Straße 80, an den Unterausschuss zur Überprüfung der Fragebögen des Stadtbauamtes u.a. städt. Dienststellen z. Hd. Herrn technischer Stadtoberinspektor Fraatz vom 27. 8. 1946.

<sup>303</sup> LANRW R, EA., Case Summary (undatiert, wahrscheinlich nach dem 21. 8. 1946, weil dort die Positionsänderung des Ausschusses angesprochen wird ).

<sup>304</sup> Siehe oben, FN 286 (StA Hamm, Mappe Brocker, Brief des ehemaligen Offiziers H. Eberhard aus Bonn, Rochusweg 29, vom 29. 1. 1979 an Frau Brocker).

selbst die Mehrheitsmeinung des Unterausschusses, die er vertreten müsse, nicht zu teilen.<sup>305</sup> Daraufhin wandte sich auch Haarmann an Weidekamp, berichtete ihm den Hergang dieser Sache und erklärte: Deshalb erkläre er hiermit an Eides statt, stets für die Rechte von Herrn Fraatz eingetreten zu sein und niemals gegen ihn gearbeitet zu haben, ihn im Gegenteil als besonders wertvollen Mitarbeiter zu schätzen.<sup>306</sup> In der Berufungsverhandlung am 31. Mai 1947 gab Heinrich Fraatz eine ausdrückliche Ehrenerklärung für Haarmann ab:

*„Der Vorsitzende des Unterausschusses Fraatz hat in der Berufungsverhandlung erklärt, daß er H. seit vielen Jahren dienstlich kenne und ihn nie als Aktivist angesehen habe. Das war auch durch die zahlreichen Entlastungsbescheinigungen bewiesen. Im Übrigen ist er trotz des nazistischen Vorgesetzten Oberbürgermeister Deter erst 1937 der Partei beigetreten. Nur weil man eine gleichwertige Fachkraft nicht bekommen konnte, ist er von den Nazis weiterbeschäftigt worden, Sein späterer Eintritt 1937 in die Partei war unter den bekannten Verhältnissen nicht zu umgehen. Der Berufungsausschuss, Zimmermann, Vorsitzender“<sup>307</sup>*

Erst mit Schreiben vom 1. November 1946 schickte der Vorsitzende des Hauptausschusses Weidekamp Haarmanns Fragebogen und die Stellungnahmen des Hauptausschusses und des Unterausschusses an die britische Militärregierung in Arnsberg. Er erklärte dabei die entstandene Verzögerung damit, dass der Hauptausschuss zwischenzeitlich aufgrund der von Haarmann vorgebrachten Zeugnisse seine ursprüngliche Position geändert habe.<sup>308</sup>

Daraufhin sandte der Unterausschuss sein Votum jetzt direkt an die Sicherheitsabteilung der Militärregierung beim Regierungspräsidenten in Arnsberg. Die Mitteilung, die von der britischen Militärregierung informationshalber am 11. Dezember 1946 an den Deutschen Entnazifizierungsausschuss übermittelt wurde, hatte folgenden Wortlaut:

*„Stadtbaurat Haarmann befindet sich in leitender Stellung eines öffentlichen Amtes, in der er über Anstellungen oder Entlassungen zu entscheiden hat. Er ist nach Ansicht des Unterausschusses mehr als passiver Teilnehmer an Nazi-Parteiangelegenheiten gewesen. Er ist daher als aktiver Teilnehmer zu bewerten, zumal er auch 1942 – 1944 das Amt eines Blockhelfers innehatte. § 2a, 1 und 4. Er ist im Laufe seiner Parteimitgliedschaft befördert worden (§ 12 Absatz r). Er war Leiter und Funktionär der technischen Nothilfe (§ 10 Abs. 69), Frau Haarmann war Funktionärin der NS-Frauenschaft. In der*

---

<sup>305</sup> LAVNRW R, EA., Fraatz an Weidekamp vom 27. 9. 1946.

<sup>306</sup> LAV NRW R, EA., Haarmann an Weidekamp vom 3. 10. 1946.

<sup>307</sup> LAV NRW R, EA., Protokollauszug aus der Sitzung des Berufungsausschusses vom 31. 5. 1947.

<sup>308</sup> LAV NRW R, EA., Deutscher Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm, Hohestr. 80 an die R[oyal] B[ritish] Entnazifizierungskommission, Arnsberg, vom 1. 11. 1946, unter Bezugnahme auf „Ihre Anfrage vom 19. 8. d.J. und Ihre Erinnerung vom 14. d.M.“ [gemeint ist vermutlich: 14. 10.; d.V.].

*Anlage fügen wir ein Schreiben bei, nach welchem sich Haarmann angeblich der Gestapo zur Durchführung seiner dienstlichen Anordnungen bedient haben soll. Der Unterausschuss schlägt vor, Haarmann nach § 10 zu behandeln.*

Fraatz            Reinertz<sup>309</sup>

In diesem beigegefügteten Schreiben, namentlich unterzeichnet und datiert, aber ohne Adressaten, beklagt sich ein Gartenbesitzer, er habe doch nur ohne Erlaubnis eine Gartenlaube gebaut. Die Stilllegung der Baustelle durch die Baupolizei in Person des Oberbaurats Haarmann habe er nicht ernst genommen. Er sei dann ins Büro des Oberbaurates bestellt worden, wo er gar nicht seine Meinung hätte vortragen können, sondern nur 7-8 von Haarmann vorgelesene Fragen mit Ja oder Nein zu beantworten gehabt hätte. Als er eine Frage nicht zur Zufriedenheit beantwortet habe, habe ihn sofort der während des Verhörs anwesende Polizist Eickholt mit zur Gestapo genommen.<sup>310</sup>

Schon das Operieren mit diesem kurzfristig aus dem Ärmel gezogenen Schreiben zeigt die denunziatorische Absicht des Unterausschusses. Das Bestreben des Unterausschusses wird deutlich, die gesamte Familie Haarmann als vollständig NS-konform darzustellen. Hinzu kommt, dass Haarmann bereits deutlich vor 1933 der Technischen Nothilfe (entspricht etwa dem heutigen Technischen Hilfswerk THW) beigetreten war – weil es von seiner amtlichen Stellung her sinnvoll erschien, den Vorsitz der Hammer Ortsgruppe übernahm er am 2. August 1932 mit ausdrücklicher Genehmigung des Oberbürgermeisters Schlichter.<sup>311</sup> Auf die übrigen Anwürfe wurde bereits eingegangen.

Zwölf Tage später, am Tag vor Heiligabend 1946, informierte der Deutsche Entnazifizierungsausschuss den Oberstadtdirektor – streng vertraulich! /persönlich! – über eine von der britischen Militärregierung in Arnberg erhaltene Anweisung, Haarmann sei als Blockhelfer und aktiver Nazi aus dem Amt zu entfernen.<sup>312</sup> Dieses Schreiben ging wegen der Feiertage bei der Stadt Hamm erst am 2. Januar 1947 ein. Bereits am 4. Januar fand zu dieser Angelegenheit eine Besprechung – anscheinend eine Art „Krisensitzung“ - zwischen dem Oberbürgermeister Poggel, dem Oberstadtdirektor Dr. Schultz und dem britischen Stadtkommandanten, Major Goodson, statt. Die Niederschrift – als „Streng vertraulich!“ und „Geheim!“ eingestuft – hält von diesem Gespräch folgendes fest:

*„ 1.) Der Oberbürgermeister Poggel legte dem Herrn Kommandanten das Schreiben des Entnazifizierungsausschusses vom 23. 12. 46, eingegangen am 2. 1. 47, bezüglich*

---

<sup>309</sup> LAV NRW R, EA., To: German Denazification panel , From: PSSB HQ Mil. Gov. RB Arnberg CCG (BE) datiert vom 11. 12. 1946, angeheftet an den oben zitierten Text.

<sup>310</sup> LAV NRW R, EA., Schreiben von Wilhelm Jellentrup, Wilhelmstraße 66, Hamm, vom 13. 7. 1946.

<sup>311</sup> StA Hamm, PA, Haarmann an den OB der Stadt Hamm vom 2. 8. 1932.

<sup>312</sup> LAV NRW R, EA., Der Deutsche Entnazifizierungsausschuss an den Oberstadtdirektor in Hamm vom 23. 12. 1946. Die Anweisung der britischen Militärregierung befindet sich auf der Rückseite des Schreibens.

*der Entnazifizierung des Stadtbaurats Haarmann vor. Der Herr Oberbürgermeister erklärte, Stadtvertretung und Stadtverwaltung seien durch dieses Schreiben über die zwangsweise Entfernung aussergewöhnlich überrascht gewesen. Vermutlich habe der Militärregierung in Arnberg nur der zunächst ungünstige Bescheid des Unterausschusses vorgelegen. Nach seiner Kenntnis sei aber der Bescheid des Entnazifizierungshauptausschusses günstig und im positiven Sinne gewesen, nachdem auch dem Hauptausschuss die ganzen Leumundszeugnisse und weiteren Tatsachen bekannt geworden seien. Er nähme als sicher an, dass Herr Haarmann Berufung einlegen werde. Auch sei mit Sicherheit anzunehmen, dass der Berufung der Erfolg nicht versagt bleibe. Wenn nun Herr Stadtbaurat Haarmann sofort suspendiert würde so sähe sich die Verwaltung ausserstande einen geeigneten Ersatz zu finden und sie würde gerade bei der Wichtigkeit des Baudezernates einen wochenlangen Ausfall der leitenden Kraft ohne Schädigungen nicht vertragen können. Im übrigen wies der Herr Oberbürgermeister darauf hin, dass der Herr Stadtbaurat Haarmann seinerzeit sogar als Oberbürgermeister vorgesehen gewesen und später feierlich zum Stadtbaurat erklärt worden sei unter gleichzeitiger Bestätigung durch die Militärregierung und dass Herr Haarmann dann auch noch durch die Ratsherrenversammlung gewählt sei. Diese ganze Situation böte ein sehr eigenartiges Bild, so dass er darum bäte, Herrn Stadtbaurat Haarmann solange im Amt zu belassen, bis aufgrund der Berufung entschieden sei.*

*Der Kommandant gab dieser Bitte, der sich auch der Oberstadtdirektor dringend anschloss, statt und erklärte, er würde einen entsprechenden Aktenvermerk machen. Es solle die Berufung sowohl seitens des Stadtbaurats Haarmann wie auch seitens der Militärregierung beschleunigt durchgeführt werden.<sup>313</sup>*

Offensichtlich hält der Oberbürgermeister den unglücklichen Beschluss der Militärregierung nicht nur für ungelegen, sondern schlicht für falsch, was sowohl darin seinen Ausdruck findet, dass er auf den inzwischen ergangenen Beschluss des Hauptausschusses hinweist, als auch darin, dass er von einem Erfolg des Berufungsverfahrens überzeugt ist. Auch sein Hinweis auf die Verdienste Haarmanns in den ersten Nachkriegsmonaten drückt sein fehlendes Verständnis für den Gang des Verfahrens aus. Er spricht mit Understatement von einem „eigenartigen Bild“, das die Situation böte und weist auch auf die Unersetzbarkeit Haarmanns in der gegenwärtigen Situation hin. Wenn Andreas Kirsch in seiner Magisterarbeit dieses Gespräch als Beleg dafür zitiert, dass Haarmann sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit unersetzbar gemacht und seine Position innerhalb der Verwaltung gefestigt habe, so hat er offensichtlich den Kern des Vortrages von Oberbürgermeister Poggel nicht richtig erfasst.

---

<sup>313</sup> StA Hamm, Bestand 01-76 (Niederschriften der Besprechungen der Oberbürgermeister mit den britischen Stadtkommandanten), Niederschrift über die Besprechung bei dem Herrn Stadtkommandanten am 4. 1. 47.

## 4.2 Das Berufungsverfahren

Mit Schreiben vom 6. Januar 1947 teilte der neue Oberbürgermeister Ferdinand Poggel Emil Haarmann den entsprechenden Beschluss der britischen Militärregierung mit. Dem Schreiben in der Personalakte beigelegt war eine Notiz des britischen Stadtkommandanten Major Goodson vom 20. Januar an den Oberbürgermeister, aus der hervorgeht, dass Goodson am 14. Januar 1947 telefonisch versucht hatte, den Gang des Verfahrens aufzuhalten, dass die Akte aber bereits an die zuständige Ebene in Gelsenkirchen weitergeleitet worden sei.

*„Als Ergebnis jedoch Ihrer Bitte, Haarmann bis zum Ausgang der Berufung in seiner jetzigen Position zu belassen, wodurch ein, wenn auch nicht unbilliger, Präzedenzfall geschaffen wird, sind Anordnungen getroffen worden, dass der Fragebogen von Gelsenkirchen zum Bezirkswirtschaftsamt Dortmund weitergeleitet wird, welches hinsichtlich seiner vorübergehenden Zurückbehaltung im Amte eine Entscheidung treffen soll.“<sup>314</sup>*

Der Oberbürgermeister wurde informiert, dass Regelungen getroffen worden seien, Haarmann so lange im Amt zu behalten, bis sein Berufungsverfahren abgeschlossen sei. Haarmann selbst wird aufgefordert, möglichst schnell Widerspruch einzulegen, möglichst direkt beim bereits tagenden deutschen Berufungsausschuss, weil Stadtvertretung und Stadtverwaltung auf ein beschleunigtes Verfahren drängen. Bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens werde er in Übereinstimmung mit dem britischen Militärkommandanten im Amt bleiben. Am 11. Januar 1947 legte Haarmann bei der Sicherheitsabteilung der britischen Militärregierung in Arnsberg Widerspruch gegen seine Entlassungsverfügung ein und bat um ein beschleunigtes Verfahren vor dem deutschen Berufungsausschuss. Er verwies zudem auf die schon im ersten Verfahren vorgelegten Zeugenaussagen.

Im ersten Teil seines Schreibens ging er kürzer als zuvor auf seine Stellung zur NSDAP ein, verwies aber darauf, bei einer zweiten Weigerung, in die Partei einzutreten, *„wäre mir bei meiner Dienststellung eine ersprießliche Weiterarbeit für das Wohl der Stadt nicht mehr möglich gewesen“* und er hätte mit Entfernung aus dem Amt rechnen müssen. Auf sein erweitertes Eingehen auf den Vorwurf der Blockhelfertätigkeit wurde schon hingewiesen. Der Partei-eintritt habe seine skeptische Einstellung gegenüber der NSDAP um keinen Deut verändert. Er habe auch nie Vorteile durch seine Parteimitgliedschaft gehabt oder angestrebt, vielmehr sei seine Zurückhaltung in der Partei der Grund dafür gewesen, dass ihm vor 1945 nicht der Status eines Beigeordneten verliehen worden sei. Er legte eine Liste der über 20 beigelegten Zeugnisse bei mit der Bitte um persönliche Anhörung vor allem der Nachbarn, die ihn auch privat am besten kannten. Zum Ende des Briefes ging er ausführlicher als zuvor auf die Zeit am Ende des Krieges und nach Kriegsende ein. Er habe im Krieg und auch danach schwere

---

<sup>314</sup> StA Hamm, PA., Major Goodson, Kreis Residential Officer Hamm, an den OB, vertraulich, 20. 1. 1947.

und für die Stadt wertvolle Arbeit geleistet durch den Bunkerbau und die Tätigkeit als kommissarischer Oberbürgermeister und dann als Stadtbaurat. Dadurch habe er zwangsläufig eine größere öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen als beabsichtigt, weil er sicher nicht alle Mitbürger zufriedengestellt habe. Aus diesem Einsatz für die Stadt seien ihm Feinde erwachsen, besonders weil er als kommissarischer Oberbürgermeister viele unpopuläre Maßnahmen im Auftrage der Militärregierung habe durchführen müssen. In dieser Zeit ohne Presse und Versammlungsrecht hätten Entstehung und Verbreitung von Gerüchten eine große Rolle gespielt. Zum Schluss des Schreibens zählte er all das, was er für sich als Verdienst aus der Nachkriegszeit reklamierte, im Einzelnen Punkt für Punkt auf: A) Bunkerbau:

*„Ich habe die Bunkerbauten in diesem Ausmaß (praktisch konnte die gesamte Bevölkerung unterkommen) trotz wiederholten Widerspruchs der vorgesetzten Dienststelle und erheblicher Anfeindungen und ernster Widerstände des Oberbürgermeisters auf eigene Verantwortung durchgesetzt.“*

Dies könne der Oberbaurat Heller (Regierung NRW) bestätigen.<sup>315</sup> B) Er habe die Leitung der Stadt nach der Flucht des Oberbürgermeisters Deter und der anderen hohen NS-Funktionäre übernehmen müssen. Dabei habe er sich bis zum Letzten eingesetzt, unermüdlich gearbeitet und das Vertrauen der damaligen Militärregierung unter Major Irving erworben. C) Bei der Militärregierung habe er sich sofort für die Wiedereinsetzung des ehemaligen Oberbürgermeisters Schlichter eingesetzt sowie im Mai die Berufung des jetzigen Oberstadtdirektors Dr. Schultz zum stellv. Oberbürgermeister veranlasst; ebenso habe er sich bei der Militärregierung für die Ingangsetzung des gewerkschaftlichen und Parteilebens eingesetzt, für Versammlungs- und Pressefreiheit, für bessere Ernährung und mildere Besatzung. Dafür werden als Zeugen aufgeführt: Oberbürgermeister Schlichter, Oberstadtdirektor Dr. Schultz, Polizeidirektor Röttgen, Stadtkämmerer Wortmann, Oberinspektor Haunerland, Leiter des städtischen Siedlungsamtes, der jetzige Oberbürgermeister und ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär Poggel, der ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär und Zentrumsabgeordnete Schamer. D) Seine Leistungen seien ausdrücklich bei seiner Entpflichtung als kommissarischer Oberbürgermeister anerkannt worden durch die Militärregierung und den Regierungspräsidenten in Arnsberg, wofür ihm der Titel des Stadtbaurats und der Status des Beigeordneten verliehen worden sei. Dies sei ohne sein vorheriges Wissen oder seinen Antrag geschehen. E) Er könne erforderlichenfalls Zeugnisse in beliebiger Anzahl nachreichen dafür, dass er weder „aktiver Nazi“ noch „Militarist“ gewesen sei.<sup>316</sup> Nachdem er durch seinen Rechtsanwalt Karl Schaefer aus Iserlohn Gelegenheit zur Akteneinsicht bei dem in Soest tagenden Berufungsausschuss erhalten hatte, legte er gegenüber diesem in einem Schreiben vom 21. Februar 1947 seine Position dar.<sup>317</sup>

<sup>315</sup> Oberbaurat Heller arbeitete derzeit beim „Generalreferat Aufbau“ in Münster (StA Hamm, Stadt Hamm, Stadtplanungsamt, Historische Karten und Pläne, Bd. 1, S. 159)

<sup>316</sup> StA Hamm, PA., Widerspruchsschreiben Haarmanns vom 11. 1. 1947 an das Sicherheitsbüro der britischen Militärregierung in Arnsberg.

<sup>317</sup> LAV NRW R, EA, Haarmann an Rechtsanwalt Schaefer vom 21. 2. 1947.

Das von der britischen Behörde eingeschaltete Bezirkswirtschaftsamt Dortmund, Abt. A, meldete sich bei der Stadt Hamm in einem Schreiben vom 27. Februar 1947 an den Hammer Oberstadtdirektor Dr. Schultz mit der Bitte um eine Stellungnahme zu Haarmann, da es ein Votum zur Weiterbeschäftigung oder Entlassung leitender Beamter abgeben müsse.<sup>318</sup> Am 17. März antwortete Dr. Schultz folgendermaßen:

*„Während des Krieges hat Herr Haarmann die baulichen Luftschutzmaßnahmen der Stadt organisiert. Durch die zahlreichen Bunkerbauten, die praktisch die gesamte Bevölkerung aufnehmen konnten, blieben die Menschenverluste in Hamm trotz der Schwere der Angriffe außerordentlich niedrig. Herr Haarmann hat die Bunkerbauten in diesem ungewöhnlichen Ausmaß gegen den Widerspruch vorgesetzter Dienststellen durchgesetzt.“* Er habe nach dem Krieg als kommissarischer Oberbürgermeister die Wiedereinsetzung Schlichters und die Berufung des derzeitigen Oberstadtdirektors Dr. Schultz sowie des Rechtsrates Dr. Hans zu seinen Stellvertretern veranlasst. *„Bei der Entpflichtung als kommissarischer Oberbürgermeister wurde Herr Haarmann in ausdrücklicher Anerkennung seiner Leistungen durch den Kommandanten der Militärregierung und den Regierungspräsidenten die Stelle des Stadtbaurates (Beigeordneter) verliehen. Diese Einsetzung wurde durch die Wahl der Stadtvertretung im Frühjahr 1946 bestätigt.“* Er genieße allgemeines Ansehen im Bauhandwerk und der Wirtschaft, sei ein anerkannt tüchtiger Städtebauer und in der Verwaltung geachtet und beliebt. Er habe sich 1933 geweigert, in die NSDAP einzutreten, aber 1937 dem Druck der Verhältnisse nachgegeben, parteipolitisch sei er nie in Erscheinung getreten.

*Dr. Schultz, Oberstadtdirektor<sup>319</sup>*

Auf den Tag vor der Sitzung des Berufungsausschusses, den 30. Mai 1947, ist eine eidesstattliche Erklärung des Stadtinspektors Otto Seewald, Ostenallee 23, folgenden Inhalts datiert:

*„Unaufgefordert gebe ich an Eides statt zur Entnazifizierungssache des Stadtbaurates Haarmann folgende Erklärung ab:“* Er habe 1933 im Stadtbauamt gearbeitet, ab 1941 im Ernährungs- und Wirtschaftsamt. In allen drei Dienststellen habe er mit dem Vermessungsrat Jäger zusammengearbeitet. Später seien sie auch am selben FLAK-Geschütz eingesetzt gewesen. Man sei vertrauter miteinander geworden und habe sich auch über die Zeit vor und nach 1933 unterhalten. Dabei *„erklärte mir Jäger, daß neben dem Stadtbaurat Lehmann, der seines Dienstes enthoben wurde, noch ein weiterer Baurat entlassen werden sollte. Dieser Baurat sei Haarmann. Man habe davon Abstand genommen, weil man den damaligen Magistratsbaurat Heyd für die Gesamtleitung der Bauverwaltung nicht geeignet hielt. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte auch*

---

<sup>318</sup> StA Hamm, PA., Bezirkswirtschaftsamt Dortmund, Abt. A an Oberstadtdirektor Dr. Schultz vom 27. 2. 1947.

<sup>319</sup> StA Hamm, PA., Oberstadtdirektor Dr. Schultz an das Bezirkswirtschaftsamt Dortmund vom 17. 3. 1947.

*Baurat Haarmann weichen müssen; so habe man ihn trotz seiner politischen Belastung im Amt gelassen.*<sup>320</sup>

In seiner Sitzung am 31. Mai 1947 beschloss der Berufungsausschuss einstimmig, dass dem Widerspruch stattzugeben und Haarmann im Amt zu belassen sei. Er sei in die Kategorie V einzustufen.<sup>321</sup> Am 1. August 1947 informierte das Sicherheitsbüro der Militärregierung in Arnsberg den Deutschen Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Hamm über den Ausgang des Berufungsverfahrens mit der Aufforderung, ein entsprechendes Entlastungszeugnis auszustellen.<sup>322</sup> Der Ausschuss meldete zwei Wochen später den Vollzug nach Arnsberg.<sup>323</sup> Andreas Kirsch fasst in seinem Aufsatz über die Trümmerbeseitigung in Hamm das Ergebnis des Entnazifizierungsverfahrens so zusammen:

*„Die Entnazifizierungsunterlagen und die weiteren biographischen Quellen entwerfen von Haarmann ein eindeutiges Bild: Er war kein besonders politischer und schon gar kein parteipolitischer Mensch. Sein Engagement richtete sich vielmehr auf seine fachspezifischen Aufgaben. Daneben aber verstand es Haarmann, seine Stellung innerhalb der Hammer Verwaltung zu verteidigen und auszubauen. Das brachte ihn in eine Position, in der er für die Arbeit am Wiederaufbau der Stadt unentbehrlich schien. Damit steht Haarmann beispielhaft für jene Gruppe von Planern, die den Wiederaufbau der Bundesrepublik maßgeblich beeinflusst haben.*<sup>324</sup>

### 4.3 Nachwirkungen

Aber selbst nach dessen Ende zog das Entnazifizierungsverfahren weitere Kreise: am 4. Dezember 1947 informierte der Regierungspräsident in Arnsberg den Hammer Oberbürgermeister über ein Schreiben des Landesinnenministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Walter Menzel, SPD,<sup>325</sup> dessen Inhalt er zusammenfasste: Der Innenminister halte die Weiterbeschäftigung Haarmanns aus politischen Gründen für untragbar. Er sei ausweislich seines Entnazifizierungs-Fragebogens:

- Mitglied der NSDAP 1937 – 1945 gewesen,
- Förderndes Mitglied der SS 1935-1937
- Mitglied des Reichsbundes Deutscher Beamten 1943 – 1945

<sup>320</sup> LAV NRW R, EA., Eidesstattliche Erklärung Otto Seewald vom 30. 5. 1947.

<sup>321</sup> LAV NRW R, EA., Protokollauszug aus der Sitzung des Berufungsausschusses vom 31. 5. 1947.

<sup>322</sup> LAV NRW R, EA., Betr.: Emil Haarmann, 917 / PSSB / 22, an: Entnazifizierungsausschuss SK Hamm, Von: PSSB 917 HQ CCG (BE) RB Arnsberg, 1. 8. 1947 [Public Security Service Branch, 917, Headquarter of Central Civil Government (British ?) Regierungsbezirk Arnsberg].

<sup>323</sup> LAV NRW R, EA., Deutscher Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Stadtkreises Hamm, Hohestraße 80, An die RB [Royal British] Militärregierung, 917 – PSSB – in Arnsberg.

<sup>324</sup> Kirsch: Trümmerbeseitigung, S. 74.

<sup>325</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett\\_Arnold\\_I](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Arnold_I) (Zugriff am 14. 2. 2020).

- Mitglied der NSV 1934 – 1945
- Mitglied des NS-Bundes deutscher Technik 1940 – 1945
- Mitglied des NS-Reichskriegerbundes 1932 – 1945
- Mitglied des Reichsluftschutzbundes seit dessen Gründung

1939 (bei Kriegsausbruch) sei er aus der evangelischen Kirche ausgetreten (wohl um seine Verbundenheit mit der NS-Ideologie zu betonen). Er sei von der Entnazifizierungskammer zu Unrecht in die Kategorie V eingestuft worden. In solchen Fällen habe die Stadt die Pflicht, eine erneute Überprüfung zu veranlassen. Er habe die Aufforderung ausgesprochen, entsprechende Schritte zu unternehmen.<sup>326</sup> Dies geschah relativ unmittelbar, denn schon am 13. Januar 1948 berichtete der Oberstadtdirektor der Stadt Hamm dem Regierungspräsidenten in Arnsberg, dass sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 2. Januar 1948 mit dem Schreiben befasst habe.

*„Nach eingehender Aussprache ist der Hauptausschuss der Auffassung, dass die vom Herrn Innenminister angeführten Punkte bei dem Entnazifizierungsverfahren des Herrn Stadtbaurats Haarmann berücksichtigt worden sind. Auch der Personalausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 29. 12. einstimmig auf den Standpunkt gestellt, dass keine neuen Gesichtspunkte vorliegen, die eine erneute Überprüfung des Stadtbaurats Haarmann rechtfertigen oder notwendig erscheinen lassen. – Die Ratsherren werden sich in der Sitzung am 16. 1. 48 gleichfalls mit der Angelegenheit befassen und sich wohl der Ansicht des Hauptausschusses und des Personalausschusses anschließen. Über die Stellungnahme der Ratsherren werde ich umgehend berichten.“<sup>327</sup>*

Tatsächlich hat der Stadtrat sich am 16. Januar 1948 die Position des Haupt- und des Personalausschusses zu eigen gemacht. Der entsprechende sehr knappe Bericht an die Bezirksregierung schließt mit der Formulierung, damit betrachte man die Angelegenheit als erledigt. Die vom Innenminister auf der Grundlage des Entnazifizierungs-Fragebogens angeführte Liste von Mitgliedschaften stellt sich vom äußeren Eindruck her imposanter dar, als es den Realitäten entspricht. Die Parteimitgliedschaft ist oben bereits hinreichend erläutert worden. Die Mitgliedschaft in der NSV (Volksfürsorge) seit 1934 und die lediglich zweijährige Fördermitgliedschaft der SS seit 1935 sind inzwischen vielfach bekannt als Ausweischritte, um nicht in die NSDAP eintreten zu müssen. Zudem spielte die SS 1935 im Bild der Öffentlichkeit noch keineswegs die bedeutsame Rolle als Organisation von Massenmördern, in der sie uns heute erscheint. Insofern erscheint Haarmanns Bemerkung, er habe das Problem mit 2 Mark im Monat erledigen wollen, durchaus glaubwürdig. Der zeitliche Zusammenhang zwischen seinem Parteibeitritt und der Beendigung der Fördermitgliedschaft unterstützt diese Sichtweise. Die Mitgliedschaft im NS-Bund Deutscher Technik und im Reichsluftschutzbund sind berufsbe-

---

<sup>326</sup> StA Hamm, PA., RP Arnsberg an den OB Hamm vom 4. 12. 1947.

<sup>327</sup> StA Hamm, PA., Stadt Hamm an den RP AR vom 13. 1. 1948.

dingt. In der Technischen Nothilfe war Haarmann schon vor 1933 Mitglied und sogar mit Einverständnis des Oberbürgermeisters Schlichter Ortsgruppenvorstand in Hamm. Ähnlich verhält es sich mit dem NS Kriegerbund: Als Haarmann 1932 eintrat, hieß der Verein noch „Kyffhäuserbund“, ein Zusammenschluss von Kriegervereinen von Teilnehmern am Ersten Weltkrieg, der zwar „national“ gesinnt, politisch aber eher dem Umfeld der DVP (Deutsche Volkspartei/Staatspartei Stresemanns) zuzuordnen war und sich ausdrücklich vom rechtsradikalen Stahlhelm der DNVP (Deutschnationale Volkspartei) absetzte. Zum NS Kriegerbund wurde er erst durch die „Gleichschaltung“ und seine Übernahme durch die NSDAP. Bleibt seine Mitgliedschaft im Reichsbund Deutscher Beamten ab 1943. Vor 1933 war Haarmann Mitglied des Verbandes kommunaler Angestellten und Beamten (Komba) gewesen. Dieser wurde 1933 aufgelöst.<sup>328</sup> Es ist also zunächst festzuhalten, dass er für den Zeitraum von zehn Jahren nicht berufsständisch organisiert war, auch nicht im Reichsbund Deutscher Beamten. Warum er ausgerechnet 1943 dort Mitglied wurde, nachdem er zehn Jahre lang nicht berufsständisch organisiert war, konnte nicht geklärt werden.<sup>329</sup> Ein „Nazi-Aktivist“ lässt sich allerdings auch aus dieser Liste nicht herleiten.

Auf der Rückseite des Schreibens des Oberstadtdirektors an den Regierungspräsidenten vom 13. Januar findet sich jedoch eine aufschlussreiche Notiz des Oberstadtdirektors mit folgendem Wortlaut:

*„In seiner Rücksprache am 16. 1. 1948 teilte mir Herr Oberregierungsrat Jambour auf meine Frage, wer der Verfolger dieser Angelegenheit sei, mit, dass er mir dies nicht sagen könne. Hieraus ist zu entnehmen, dass es sich nicht um eine allgemeine Anordnung zwecks Überprüfung der leitenden Beamten, sondern um eine Sonderaktion handelt.*

*Hamm, 19. Januar 1948, Der Oberstadtdirektor.“<sup>330</sup>*

Die Formulierung der Frage und die Interpretation der Antwort durch Dr. Schultz lassen durchblicken, dass in der Hammer Verwaltungsspitze von der Möglichkeit einer persönlichen oder parteipolitischen Fehde ausgegangen wurde und dass man sich durch die Antwort aus Düsseldorf in diesem Verdacht bestätigt sah. Als Verbindungsglied zwischen der Hammer Lokalpolitik und der Düsseldorfer SPD käme zum einen – für das Jahr 1947 - der Hammer SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Reinköster in Betracht, der als Direktkandidat in Hamm in den ersten Landtag gewählt worden war, in die folgenden Landtage über die Landesliste der SPD

---

<sup>328</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Komba> (Zugriff am 2. 10. 2020)

<sup>329</sup> Es scheint jedenfalls nach Durchsicht der Jahrgänge 1942 und 1943 des Reichsgesetzblattes keine gesetzliche Verpflichtung bestanden zu haben. Ob es eine Parteiinterne Verfügung in dieser Hinsicht gab, konnte nicht herausgefunden werden. Möglicherweise war die Wahrung von Rechten aus den an den Komba bis 1933 gezahlten Beiträgen der Grund.

<sup>330</sup> StA Hamm, PA, . Stadt Hamm an den RP AR vom 13. 1. 1948, Rückseite.

einzog<sup>331</sup> und Mitglied des Landtages bis zum 23. Juli 1966 war, zum anderen - für das Jahr 1957, die Verweigerung des Ordens - außer Reinköster auch der damalige Innenminister Biernat selbst, der aus seiner Tätigkeit in Hamm vor 1933 und im Jahre 1945 Haarmann persönlich kannte, von diesem sogar für das erste, nicht zustande gekommene Beratungsgremium im Juni 1945 vorgeschlagen worden war.<sup>332</sup> Reinköster war Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes,<sup>333</sup> Fraktionsvorsitzender der SPD und deren führender Vertreter im Entnazifizierungshauptausschuss. In diese Positionen war er erst gelangt, nachdem der frühere Vorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion in Hamm, Peter Röttgen, erst Polizeidirektor, dann Stadtdirektor geworden und der ehemalige Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft und aktive Widerstandskämpfer Leo Radtke als für die Entnazifizierung zuständiger Oberregierungsrat nach Arnsberg berufen worden war. Häufige Spannungen zwischen Reinköster und Röttgen hätten, so der Historiker Ribhegge, das innerparteiliche Klima belastet.<sup>334</sup> Auch zwischen Reinköster und Clemens Brocker sind ständige vehemente Reibereien bezeugt. Die ehemalige Hammer Stadtarchivarin Ilse Marie von Scheven berichtet im Anschluss an einen Archivbesuch Brockers Ende August 1978 folgende von ihm erzählte Begebenheit:

*„Im Entnazifizierungsausschuß enorm engagiert war Ratsherr und MdL Heinrich Reinköster. (...) Clemens Brocker selbst war ein militanter Gegner der Reinköster'schen Expektorationen.<sup>335</sup> Eines Tages äußerte Reinköster coram publico<sup>336</sup>, Herr Brocker könne offenbar noch nicht von seiner braunen Vergangenheit los. OB Schlichter legte sich ins Mittel und wies Reinköster in seine Schranken. Daraufhin Brocker: ‚Lassen Sie nur, Herr Oberbürgermeister, das regle ich schon allein mit Herrn Reinköster! Er hat ja leider einen Hirnschaden!‘ – Verblüfftes Entsetzen über diesen Vorwurf. Darauf Brocker: ‚Nun, er behauptet ja ständig, er sei Schneidermeister, - einen Meisterbrief kann er aber auf keine Weise beibringen, weil er den nicht besitzt. Flickschneider ist er gewesen! Und da hat er natürlich in den Jahren des Dritten Reiches immer die SA- und SS-Hosen aufgebügelt. Die Dämpfe, die sind ihm in die Nase gestiegen und haben sein Gehirn vernebelt!‘“<sup>337</sup>*

---

<sup>331</sup> Keinemann, Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 175. Reinköster hatte sich durch sein Auftreten gegenüber der britischen Besatzungsmacht beliebt gemacht, als er bei der Militärregierung angesichts der Wohnungsnot 7 von 8 beschlagnahmten Häusern wieder freibekommen hatte. Keinemann schreibt ihm ein „bemerkenswertes rhetorisches Talent“ (174) zu. Er war zudem Vorsitzender des aus drei ehemaligen Sportvereinen zusammengeschlossenen neuen Großvereins VfB Hamm. Das Direktmandat hatte er aber wohl trotzdem eher der Kandidatur des Zentrums zu verdanken, das 16,4% erreicht hatte, die dem CDU-Kandidaten und früheren MdL Paul Schamer fehlten (174 f.).

<sup>332</sup> Siehe oben, Kapitel 3.1. Biernat war während der NS-Zeit im Widerstand gewesen und von 1946-1950 Landrat des Kreises Unna, von 1950-1956 selbst Regierungspräsident in Arnsberg gewesen, bevor er Innenminister wurde.

<sup>333</sup> Keinemann, Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 175.

<sup>334</sup> Ribhegge, Entbehungen, S. 379. Vgl. auch: Keinemann, Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 174.

<sup>335</sup> Expektorationen = Auswürfe, z. B. bei Husten. Es ist nicht klar, ob dieser pejorative Ausdruck für „Äußerungen“ von Brocker selbst oder von Frau v. Scheven stammt.

<sup>336</sup> Coram publico = in aller Öffentlichkeit.

<sup>337</sup> StA Hamm, Mappe Brocker, Clemens Brocker, hs. Notiz v. Schevens vom 26. 8. 1978 unmittelbar nach dem Besuch, erneut abgeschrieben am 9. 7. 2011.

Frau v. Scheven hat unter diesen Bericht notiert, dass seine SPD-Freunde Reinköster beschworen hätten, von öffentlichen Auseinandersetzungen mit Brocker Abstand zu nehmen, weil der ihm seine gesamte Reputation ruiniere durch seine massive Gegenwehr. Der Hinweis auf Schlichter als Oberbürgermeister datiert die Begebenheit in die Zeit zwischen Mitte August 1945 und Oktober 1946, also einen Zeitraum, der auch für das Entnazifizierungsverfahren Haarmanns relevant war. Auch Brockers Freund H. Eberhard berichtet in seinem Brief an Frau Brocker 1979 von Auseinandersetzungen Brockers mit Gewerkschaften und insbesondere Reinköster, die er als „Plänkeleien“ bezeichnet:

*„Seine nie abreißenden Plänkeleien mit den lokalen Gewerkschaftsführern und dem Lokalmatador und Landtagsabgeordneten, dem allwissenden Schneidermeister (Hollstädter?) [richtig: Schneider Heinrich Reinköster. v. Sch.] waren nicht zu verachten“<sup>338</sup>.*

In diesem Falle wäre es bei einer solchen möglichen Vendetta aber gar nicht um die Person Emil Haarmanns gegangen, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen Reinköster (SPD) und Brocker (CDU), für die Emil Haarmann lediglich den Sack abgegeben hätte, der anstelle des Esels geschlagen wurde. Jedenfalls würde sich so wenigstens teilweise erklären, warum sich der Innenminister Hubert Biernat, ebenfalls SPD, im Jahre 1957 weigerte, den Antrag seines Nachfolgers als Regierungspräsident in Arnshagen zu unterstützen, Emil Haarmann für den Bundesverdienstorden vorzuschlagen.<sup>339</sup>

## 5 Haarmanns Bilanz seiner Tätigkeit und sein Vermächtnis



Stadtbaurat Emil Haarmann (2. v. l.) in einer Ratssitzung, Oktober 1952<sup>340</sup>

Am 15. November 1954 wurde Emil Haarmann als Stadtbaurat offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Am Mittwoch, den 17. November 1954 berichtete der Westfälische Anzeiger und

<sup>338</sup> StA Hamm, Mappe Brocker, Brief H. Eberhards an Frau Brocker vom 29. 1. 1979.

<sup>339</sup> Siehe Vorbemerkung.

<sup>340</sup> StA Hamm, Bestand 10011. Die weiteren Personen sind: Stadtkämmerer Dr. Hüster (ganz links), Oberstadtdirektor Dr. Schultz (an Haarmanns linker Seite), weiter Oberbürgermeister Poggel, Protokollführer Meierkord, Stadtdirektor Peter Röttgen, Obermedizinalrat Dr. Lehmkühl.

Kurier über die Verabschiedung von Stadtbaurat i.R. Haarmann durch den Oberbürgermeister Diekmann in ehrendem Gedenken und unter Hervorhebung seiner Verdienste in 28 Dienstjahren für die Stadt im Stadtrat.

*„Noch einmal entstand vor uns das Bild eines Mannes, der unbeirrt an seiner Aufgabe festgehalten und im Aufbau unserer Stadt – sei es im Hochbau, beim Stadionbau, in der Schaffung von Grünanlagen und vielen anderen Projekten – Wertvolles geleistet hat. Er war es auch, der in den schweren Jahren des Krieges verantwortungsbewußt für den Schutz der gefährdeten Einwohner arbeitete und es trotz schwerster Anfeindungen fertigbrachte, daß fast alle Bewohner in den Bunkern der Stadt Schutz finden konnten. So ist es ihm zu verdanken, daß vielen tausend Menschen das Leben erhalten werden konnte. Selbstlos und mit großem Geschick, so Oberbürgermeister Diekmann weiter, ging Stadtbaurat Haarmann wieder ans Werk, als eine zu 65% vernichtete Stadt ihren Wiederaufbau begann. Er übernahm dabei eine Fülle von Arbeit und Verantwortung, wie man sie nach dem Krieg kaum wieder kannte. Heute darf er mit Stolz und berechtigter Zufriedenheit auf sein Lebenswerk blicken ...“<sup>341</sup>*

In seiner Abschiedsrede ging Haarmann, nachdem er die oben zitierten Grundlagen der Stadtentwicklung umrissen hatte, auf die aktuellen Probleme für die weitere Entwicklung Hamms ein:

*„Wenn die Verkehrsprobleme durch die totale Umstellung auf den Kraftverkehr heute ganz besonders vordringlich sind, so muß doch betont werden, daß nicht der Verkehr Ausgangspunkt für die Stadtgestaltung sein kann, sondern die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und der Wohnungsbau. ... Innerhalb der heutigen Stadtgrenzen ist eine gesunde Entwicklung unmöglich.“*

Das mögliche Baugelände werde spätestens 1956 aufgebraucht sein. Daher sei festzustellen:

*„1. Die Stadt Hamm wird in längstens 3 – 4 Jahren restlos fest sitzen, wenn nicht sehr bald die notwendige Ausweitung der Stadtgrenzen erreicht wird. 2. Die Ansiedlung neuer Industrien ... ist unmöglich, weil das Gelände hierfür ... innerhalb der heutigen Stadtgrenzen fehlt. 3. Die Stadt Hamm kann ihren Verpflichtungen als Zentrum eines Wirtschaftsraumes von heute 120.000, später 180.000 Einwohnern nicht nachkommen, weil das Steueraufkommen aus dem Kerngebiet innerhalb der heutigen Stadtgrenzen dazu nicht ausreicht.“*

Abschließend betonte er sehr die große Bedeutung der Grünflächen für die moderne Stadt und erwies sich damit wieder als vorausschauender Planer, der Jahrzehnte später auftretende

---

<sup>341</sup> Westfälischer Anzeiger und Kurier, Ausgabe Hamm, 17. 11. 1954.

Probleme gedanklich vorwegnahm: Die Bedeutung von Grünflächen werde unterschätzt. Großprojekte wie das neue Oberlandesgericht oder der Neubau des Gymnasium Hamm-



Emil Haarmann, etwa 1954/55.  
Foto: Gustav-Lübcke-Museum der Stadt Hamm  
(Foto IMG\_20200826\_0001.jpg.)

nense seien nur noch unter Preisgabe von Grünflächen möglich. Auch für Wohnungsbau mehrten sich entsprechende Anträge. „*Noch bedenklicher aber ist es, wenn Verkehrsfanatiker die Grünflächen für Straßen und Parkplätze in Anspruch nehmen wollen. Hände weg von den Grünanlagen!*“<sup>342</sup>

Im Jahr 1955, dem Jahr nach seiner Pensionierung, zog Haarmann auf einer Sonderseite des Westfälischen Anzeigers und Kuriers eine Bilanz über die zehn Jahre seit Kriegsende: Der Wohnungsbestand von 1939 (16.500) sei mit 16.000 fast wieder erreicht, es gebe aber inzwischen erheblich mehr Einwohner als 1939 (66.000 statt 58.000). Die Zahl der Klassenzimmer von 1939 (223) werde inzwischen mit 253 etwas übertroffen, davon seien aber 67 Behelfsräume und es gebe inzwischen erheblich mehr Schüler. Eine neue Sparkasse sei gebaut worden und die Bo-

delschwingschule, es habe Schulerweiterungen im Norden und in Mark gegeben, der schon lange vor dem Krieg nötige Bau der Berufsschule im Westen sei endlich realisiert worden, ebenso der Um- und Ausbau des Schlachthofes, schließlich seien zahlreiche Wohnungen im Westen gebaut worden, die Volkshochschule habe ein neues Gebäude bekommen, ebenso das Gustav-Lübcke-Museum.

Die Trümmerbeseitigung sei bis auf 50.000 m<sup>3</sup> (von ursprünglich 900.000 m<sup>3</sup>) fast vollständig erreicht worden, die Kanalisation sei wieder intakt trotz 668 Einzel-Zerstörungen; 11 km neue Rohrleitungen seien dazu verlegt worden, weiterhin neue Kanäle in die Siedlungen im Norden, Süden und Osten.

Der Straßen- und Brückenbau sowie der Ausbau der Straßenbeleuchtung seien in vollem Gange und würden als derzeit wichtigste Aufgabe mit Nachdruck betrieben. Die Stadtwerke sorgten wieder reibungslos für die Gas- und Wasserversorgung und den Nahverkehr.

Schließlich müsse aber

<sup>342</sup> „Aufgaben der Stadtgestaltung“, Denkschrift aus Anlass des Ausscheidens aus dem Amte, in: StA Hamm, Mappe Emil Haarmann.

*„bei der Anerkennung der geleisteten Arbeit (...) doch festgestellt werden, daß eine gesunde Entwicklung der Stadt nur gesichert werden kann, wenn die Gemeinden des Wirtschaftsraums Hamm sich in irgendeiner Form zusammenfinden. (...) Es muß ein Weg zum Zusammenschluß gefunden werden und er muß bald gefunden werden in wohlverstandem Interesse aller beteiligten Gemeinden.“<sup>343</sup>*

Am 14. November 1963 starb Emil Haarmann im Städtischen Krankenhaus, Werler Straße 110.<sup>344</sup> In der Wochenendausgabe des Westfälischen Anzeigers und Kuriers erschien am 16. November 1963 im Lokalteil auf Seite vier ein kurzer Nachruf auf Haarmann, einspaltig, 44 Zeilen, zuzüglich der fett gedruckten Überschrift: „Stadtbaurat a.D. Emil Haarmann +“ und eines Fotos. Daraus geht hervor, dass Emil Haarmann am Donnerstag in den Mittagsstunden einem Gehirnschlag erlegen sei. Nach seiner Pensionierung sei er noch als freischaffender Architekt tätig gewesen. *„Nach dem Krieg machte er sich vor allem um die Beseitigung der Trümmer und den Wiederaufbau verdient.“<sup>345</sup>*

Die Todesanzeige der Familie auf Seite 20 derselben Ausgabe hat den folgenden Wortlaut:

*„Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief mein geliebter Mann, mein guter Lebenskamerad, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel Emil Haarmann, Stadtbaurat i.R. im 75. Lebensjahr. In tiefer Trauer im Namen allen Angehörigen Mimi Haarmann, geb. Hunold. Hamm, Witten, Lippstadt, Berlin, Wiesbaden, den 14. November 1963.“*

Die Einäscherung erfolgte im Kreise der Familie.<sup>346</sup> Es erscheint dem Verfasser ziemlich erstaunlich, dass es keinen offiziellen Nachruf und keine Todesanzeige der Stadtverwaltung für Emil Haarmann gegeben hat – jedenfalls nicht in der großen Lokalzeitung – wie auch schon die knappe Berichterstattung über seine Verabschiedung neun Jahre zuvor auffällig gewesen ist angesichts der offensichtlichen und auch anlässlich der Verabschiedung noch deutlich benannten, im kurzen Nachruf lediglich angedeuteten Verdienste, die er sich um die Stadt Hamm und ihre Bevölkerung erworben hat. Immerhin hatte er mehr als 20 Jahre lang die gesamte Bauverwaltung der Stadt Hamm geleitet und dabei, wie seinerzeit oft und deutlich hervorgehoben wurde, von der Stadt und ihrer Einwohnerschaft in mehrfacher Hinsicht erheblichen Schaden abgewendet.

---

<sup>343</sup> Stadbaurat a.D. E. Haarmann, „Bilanz nach zehn Jahren“ in: Zehn Jahre später – 1945 – 1955. Im Wirtschaftsraum Hamm, Sonderbeilage des Westfälischen Anzeigers und Kuriers, 5. 7. 1955, in: StA Hamm, Mappe Emil Haarmann.

<sup>344</sup> StA Hamm, Sterbeurkunde Emil Haarmann, Sterberegister Nr. 1207/1963.

<sup>345</sup> Westfälischer Anzeiger und Kurier, Ausgabe Hamm, 16.11.1963.

<sup>346</sup> Westfälischer Anzeiger und Kurier, Ausgabe Hamm, 16.11.1963..

## 6 Diskussion und Bewertung der Ergebnisse der Untersuchung

### 6.1 Zu den Vorgängen in Hamm zwischen dem Kriegsende Anfang April 1945 und dem Entnazifizierungsverfahren

Haarmann war kurz vor Kriegsende der einzige leitende städtische Beamte aus der Zeit vor 1933, der noch im Amt und zugleich nicht völlig diskreditiert war, weil er sich nicht vorbehaltlos den Nazis angeschlossen hatte und offensichtlich Mut und Verantwortungsgefühl genug besaß, die Stadt Hamm dem Feind zu übergeben und aus dem Kriegszustand in die Nachkriegszeit mit all ihren absehbaren Problemen zu überführen. Außerdem war gerade bei Kriegsende den Hammer Bürgern besonders anschaulich, was sie dem Bunkerbau zu verdanken hatten, den Haarmann tatkräftig vorangetrieben hatte.

Haarmann nutzte die ihm von den Alliierten mit der Einsetzung zum Oberbürgermeister gebotene Chance, um sich so weit möglich und von den Alliierten erlaubt mit einem ihm aus früheren Zeiten bekannten Umfeld und dessen Umgebung als Berater zu umgeben. Er sorgte für die Wiedereinsetzung seines ehemaligen Vorgesetzten, des früheren Oberbürgermeisters Schlichter, in das Amt, das er vor 1933 ausgeübt hatte, sowie für die Ernennung des Neffen Josef Schlichters, Dr. Ferdinand Schultz<sup>347</sup> zum stellvertretenden Oberbürgermeister, der am 11. Februar 1946 durch die eingesetzte Stadtvertretung zum Oberstadtdirektor gewählt wurde. Zudem setzte er sich dafür ein, dass der ehemalige Vorsitzende in der Hammer Stadtverordneten-Fraktion der SPD, Röttgen, erst zum Polizeidirektor, dann zum Stadtdirektor ernannt wurde.<sup>348</sup> Weitere ihm aus der Weimarer Zeit bekannte Akteure warteten in der zweiten Reihe wie etwa Ferdinand Poggel, Oberbürgermeister seit Oktober 1946 oder Hugo Bröcker (Bürgermeister seit Oktober 1946).

Diese wiederum hielten während des Entnazifizierungsverfahrens gemeinsam mit der britischen Stadtkommandantur kollektiv ihre schützenden Hände über Haarmann. Man kann das als geschicktes „Netzwerken“ sehen oder als Bildung von „Seilschaften“ zur Überbrückung des unsicheren Überganges. Wenn sie die Einzigen gewesen wären, die Haarmann nach dem Motto „eine Hand wäscht die andere“ unterstützt hätten, würde das das Bild, das Haarmann im Entnazifizierungsverfahren von sich zeichnete, deutlich relativieren. Die Auswertung der Quellen hat jedoch gezeigt, dass sich auch viele andere mehr oder weniger angesehene Personen bereitfanden, ihm lediglich erzwungenes Mitläufertum zu bescheinigen und die Sichtweise seiner Familie und seiner selbst zu untermauern, die er dem Ausschuss gegenüber vertrat. Dass die Auffassung, er habe sich beizeiten unentbehrlich gemacht, um einer befürchteten Entlassung zu entgehen, keinen Anhaltspunkt an den tatsächlichen Verhältnissen hatte, weil sich Haarmann zu dieser Zeit noch sehr sicher fühlen konnte, wurde bereits dargelegt.

---

<sup>347</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 388.

<sup>348</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 388.

Er traf aber gleichzeitig ohne zu zögern in eigener Initiative - tatkräftig zupackend, weil nötig, und ohne auf die Rückkehr der „alten Garde“ zu warten - die ersten erforderlichen Maßnahmen zur Überlebenssicherung der Bevölkerung zur Wohnraumbewirtschaftung und -beschaffung, zur Versorgungsvorsorge und zur Reorganisation der Stadtverwaltung unter Einbeziehung von Vertretern der wesentlichen politischen Kräfte der Stadt vor 1933. Dabei versuchte er, so gut es ging, zwischen den Erfordernissen der Besatzung und den Bedürfnissen der Überlebenden zu vermitteln, dabei die Interessen der letzteren im Rahmen seiner von den Alliierten abhängigen Position zu vertreten und erste rudimentäre Formen für die Beteiligung der Bürger am politischen Leben zu entwickeln. Wie bereits dargelegt, legte Haarmann vor vornherein großen Wert darauf, dass seine Mitarbeiter ein breites politisches Spektrum widerspiegeln. Denn er verstand sie als legitime Vertreter der Einwohnerschaft und versuchte so, möglichst breite gesellschaftliche Kreise in eine möglichst konsensuale Gestaltung des Neubeginns nach der Niederlage einzubeziehen. Den Erfolg dieses Vorgehens bestätigt nicht zuletzt die überraschte Feststellung des Historikers Hermann Ribhegge, dass es zwischen Besatzung, Verwaltung und Stadtvertretung offensichtlich bis 1947 keine Konflikte und zwischen CDU und SPD eine reibungslose Zusammenarbeit gegeben habe.<sup>349</sup> Dieses Vorgehen kann aus der Perspektive des Handelnden als demokratisches Verfahren verstanden werden, wie Haarmann selbst dies auch gelegentlich angedeutet hat, aus der Perspektive der Partizipation der Bevölkerung als ein demokratischer Prozess, der zu möglichst breit akzeptierten Ergebnissen führen sollte und konnte. Besonders der Oberstadtdirektor Dr. Schultz und der Stadtkämmerer Wortmann äußerten sich im Entnazifizierungsverfahren sehr deutlich dahingehend, dass dies auch den Intentionen Haarmanns entsprach.

Möglicherweise war Haarmanns Handeln auch nur die effektivste, weil mit den wenigsten Konflikten und geringsten Reibungen belastete Verfahrensweise, die Stadt Hamm bzw. das, was von ihr noch übriggeblieben war, in die Nachkriegswelt hinüberzuretten und auf diese Art und Weise die günstigsten Voraussetzungen zu sichern, die überlebende Bevölkerung vorerst durchzubringen und die bestmöglichen Bedingungen für den notwendigen Wiederaufbau zu schaffen. Das Eine hängt hier also offensichtlich sehr eng mit dem Anderen zusammen, so dass sich beides kaum trennen lässt und der Eindruck von Mehrdeutigkeit unvermeidbar erscheint. Mir scheint in diesem Zusammenhang aufschlussreich, was Haarmann zu Ende seines Bewerbungsschreibens 1925 zu seinem Selbstverständnis geäußert hat: dass er sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu vollem Einsatz seines Könnens und seiner Fähigkeiten verpflichtet fühle. Dieses Motiv taucht auch in seinem Widerspruchsschreiben vom 11. Januar 1947 auf, wenn er seinen Parteibeitritt 1937 damit begründet, andernfalls nicht weiter für das Wohl der Stadt habe wirken zu können. Diese Aussagen scheinen durchaus glaubwürdige Äußerungen seines Selbstverständnisses als leitender Beamter zu sein.

---

<sup>349</sup> Ribhegge: Entbehungen, S. 390 f.

## 6.2 Zum Entnazifizierungsverfahren

In ihrer Untersuchung der Entnazifizierungsverfahren in der Münsterischen Stadtverwaltung gelangt Sabine Mecking zu allgemeinen Äußerungen, die auch hinsichtlich des Verfahrens gegen Haarmann interessante Beobachtungen ermöglichen.

*„Bei der politischen Beurteilung der Betroffenen konnten durchaus Abweichungen zwischen britischer Stadtkommandantur, Bürgerschaft oder Stadtverwaltung auftreten. (...) Je nach Interesse oder Erfahrung der Beteiligten erhielten menschliche, politische oder verwaltungstechnische Aspekte mehr oder weniger Gewicht, was zu abweichenden Beurteilungen führte.“<sup>350</sup>*

Bei fehlenden Ersatzmöglichkeiten konnten auch politisch Belastete vorläufig weiter im Amt bleiben, was den Kompromisscharakter der Umsetzung der Entnazifizierungsvorschriften zeigt, das Bemühen um einen Ausgleich zwischen der Entlassung von NS-Tätern und des Erhalts einer effektiven, arbeitsfähigen Verwaltung. Auch erwiesen sich die Beurteilungskriterien als problematisch: Zunächst erfolgte eine schematische Beurteilung nach Mitgliedschaft in der Partei oder einer NS-Organisation, aber bereits ein späterer Parteieintritt – etwa ab 1935/37 - war mehrdeutig. Daher wurde auf die Religionszugehörigkeit bzw. Kirchenmitgliedschaft als wesentliches Zusatzkriterium zurückgegriffen, weil besonders die Eintragung „gottgläubig“ als Indikator für eine weitgehende ideologische Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus angesehen wurde. Weitere individuelle Kriterien von Ausschüssen kamen hinzu, so dass das Verfahren äußerst anfällig wurde für Subjektivität und Willkür.<sup>351</sup> Zur Entlastungsstrategie der Betroffenen stellt Sabine Mecking fest:

*„ Zu den immer wieder herangezogenen ‚Entlastungsschablonen‘ gehörte ... der Verweis auf die Androhung von Behinderungen in der Berufsausübung bis zum Verlust der Anstellung im Falle des Nichteintritts sowie der Einsatz für die (katholische) Kirche und Hilfeleistung für Verfolgte trotz Parteimitgliedschaft. Desweiteren wurde jeder kleine Karriereknick, jede Auseinandersetzung mit Parteifunktionären zur Resistenz oder Widerstandsleistung stilisiert.“<sup>352</sup>*

*„Bei der Durchsicht der vielen Leumundszeugnisse entsteht der Eindruck, daß die Zahl der entlastenden eidesstattlichen Erklärungen zum Nachweis eines redlichen Verhaltens mit der Stärke der formalen Belastung des Betreffenden wächst. Dieses Phänomen lässt sich dabei kaum allein als pragmatischer Reflex einer Verfahrenstypik deuten, sondern entspricht auch einem neuen Sozialmuster. Die Entnazifizierung und die damit*

---

<sup>350</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 270 f.

<sup>351</sup> Meckinh.: „Immer treu“, S. 282 f.

<sup>352</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 284.

*im Zusammenhang stehenden Sanktionsmaßnahmen scheinen eine weitreichende ‚Leidens- und Solidargemeinschaft‘ aller in Entnazifizierungsverfahren involvierten Personen geformt zu haben ...*<sup>353</sup>

Im Laufe des Verfahrens sei, so Mecking, eine zunehmende Lockerung der Durchführung festzustellen. Die Einstufung der Betroffenen sei oft abhängig vom Zeitpunkt ihrer Überprüfung, die Bestrafung in frühen Verfahren sei oft deutlich strenger erfolgt als in späteren; zunächst aus pragmatischen Gründen zurückgestellte Verfahren gegen schwer Belastete hätten dazu geführt, dass diese dann in ihren späteren Verfahren milde oder gar nicht bestraft worden seien. Häufig sei auch eine bessere Einstufung oder eine Minderung der Strafen durch die später stattfindenden Berufungsverfahren ermöglicht worden.<sup>354</sup>

Es liegt auf der Hand, dass alle diese Beobachtungen auch auf das Entnazifizierungsverfahren Emil Haarmanns zutreffen. Daraus ergibt sich die Frage, ob Haarmann nur deshalb davongekommen ist, weil er Glück gehabt oder sich eine „Leidens- und Solidargemeinschaft“ gebildet hat oder ob seine Darlegungen auch inhaltlich glaubwürdig sind. Hat er die oben aufgeführten Entlastungsstrategien lediglich überzeugend angewendet oder reichen die Entlastungszeugnisse aus, seine Belastung wettzumachen, ihn also zu entlasten? Hat er während der NS-Zeit echte Nachteile in seiner beruflichen Laufbahn erdulden müssen oder sind das lediglich Bagatellen, die er da vorträgt? Verdankte er seine Entlastung lediglich den gleichgerichteten Interessen der Besatzungsmacht und der Stadt Hamm oder sind seine Leistungen und sein Verhalten Grund genug, ihm seine Distanz zum Nazi-System zu glauben?

Es ist natürlich davon auszugehen, dass die meisten der Entlastungszeugnisse von Haarmann erbeten worden sind. Möglicherweise hat er sich auch gegenüber den Zeugen dazu geäußert, was so in etwa in den Aussagen stehen sollte. Darüber lässt sich jedoch nur spekulieren. Es fällt ins Auge, dass alle Entlastungszeugnisse maschinenschriftlich vorliegen mit mindestens zwei, möglicherweise drei Durchschlägen, wenn Emil Haarmann auch ein Exemplar für sich selbst hat anfertigen lassen, jedenfalls befinden sich in der Duisburger Entnazifizierungsakte die Originale und ein Durchschlag, eine maschinenschriftliche Abschrift befindet sich in der Personalakte in Hamm. Der Besitz einer Schreibmaschine, erst recht von Kohle- und Durchschlagpapier in einem Privathaushalt oder gar bei Einzelpersonen wäre für die Nachkriegszeit sehr ungewöhnlich. Wenn das bereits auch vor dem Kriege schon so war, so umso mehr nach den Kriegszerstörungen. Das deutet stark auf eine Entstehung all dieser Schreiben in einer Amtsstube hin, wobei sich natürlich im Nachhinein nicht mehr feststellen lässt, ob die Aussagen offiziell zu Protokoll genommen oder im Vorzimmer von Oberbaurat Haarmann abgetippt worden sind. Sie sind jedenfalls sämtlich durch denselben Stadtoberinspektor, dessen Name nicht lesbar ist, und Dienstsiegel beglaubigte Abschriften der Originalaussagen. Auch der enge

---

<sup>353</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 287 f.

<sup>354</sup> Mecking: „Immer treu“, S. 288.

zeitliche Rahmen von einer Woche, innerhalb dessen all diese Entlastungszeugnisse entstanden sind, deutet auf ein gewisses Maß an Organisation hin. Dass sie mit Datum und voller Adresse versehen sind, verleiht ihnen andererseits einen gewissen offiziellen Charakter und machte sie damals nachprüfbar. Es gibt also keinen hinreichenden Grund dafür, die Authentizität der Zeugnisse in Zweifel zu ziehen.

Was ihre Inhalte betrifft, so ist kaum anzunehmen, dass sich ein hoher Richter oder ein Studienrat oder auch ein Zahnarzt oder Friseur, die ansonsten nichts mit Haarmann zu tun hatten, hätte Vorschriften machen lassen darüber, was sie aussagen sollten. Auch die ehemaligen Mitbewohnerinnen – Hausangestellte, Untermieterin, Mitbewohnerin – standen keineswegs in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Haarmann, da alle inzwischen anderweitig untergekommen waren. Gerade ihre Zeugnisse scheinen jedoch von Sympathie, teilweise sogar von Warmherzigkeit gegenüber dem Ehepaar Haarmann geprägt zu sein, besonders die von Anna Tacke und Frau Rupprecht, während die Aussagen der Nachbarschaft eher sachlich gehalten sind. Die vielen deutlichen inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen den Aussagen könnten gegen Haarmann als Hinweis auf Absprachen gedeutet werden, könnten aber auch damit erklärt werden, dass hier über dieselbe Person bzw. Familie gesprochen und also deren Erscheinungsbild übereinstimmend wiedergegeben wird und damit konsistent erscheint. Bedeutsam ist, dass sie alle gemeinsam ein stimmiges Bild ergeben, das auch mit Äußerungen aus anderen Zusammenhängen, etwa beruflicher Art – siehe etwa Clemens Brocker, Dr. Schultz oder Kämmerer Wortmann –, übereinstimmt. Daher erscheinen mir die Entlastungsaussagen durchweg glaubwürdig, auch die von Otto Seewald – die durch Witts historische Untersuchung der Ereignisse gestützt werden, obwohl Seewald als einziger in einem Haus wohnte, das Emil Haarmann bzw. seiner Frau zum Teil gehörte.<sup>355</sup>

Schließlich ging es Haarmann mit seinen Hinweisen auf Auseinandersetzungen mit Parteifunktionären und auf verweigerten beruflichen Aufstieg ja nicht darum, sich als Verfolgten des Naziregimes darzustellen und für sich selbst Wiedergutmachung zu reklamieren, sondern lediglich darum, deutlich zu machen, dass er durch die Nazis keine beruflichen Vorteile erworben habe. Insofern halte ich den Positionswechsel und die letztliche Beurteilung des Hauptausschusses, der von der Berufungsinstanz bestätigt wurde, für gerechtfertigt, zumal die Kontrollratsdirektive Nr. 24 in ihrem § 5 eine solche Vorgehensweise ausdrücklich vorsah. Die Beobachtungen und Bemerkungen Sabine Meckings sowie die ausführliche Darstellung des Verfahrens in Hamm durch Caroline Frank zeigen zudem die Möglichkeit auf, dass die Komplexität des gesamten Verfahrens und die Diskrepanz in der Beurteilung zwischen Unter- und Hauptausschuss lediglich eine Folge der zwischenzeitlich veränderten Kategorienstruktur gewesen sein könnte oder - wenn man der Aussage Eberhards in seinem Brief an Frau Brocker

---

<sup>355</sup> Das Haus Ostenallee 23 wird von Haarmann im Entnazifizierungsfragebogen als teilweises Eigentum aus Erbschaft angegeben. Wahrscheinlich hatte es seine Frau gemeinsam mit ihrer Schwestern geerbt. LAV NRW R, EA., Fragebogen, S. 11. Das ebenfalls dort angegebene Haus Breite Straße 107 in Witten wird Haarmann gemeinsam mit seinen überlebenden Geschwistern vom Vater geerbt haben. Diese Adressen der Eltern und Schwiegereltern gehen aus der dem Verfasser vorliegenden Heiratsurkunde hervor.

folgt - eine Folge der inneren Zerstrittenheit des Entnazifizierungsausschusses. Bei aller gebotenen Vorsicht, zu der die Beobachtungen Sabine Meckels Anlass geben, kann doch festgehalten werden, dass Emil Haarmann mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu Recht im Entnazifizierungsverfahren entlastet worden ist und seine Beteuerung, kein Nazi (gewesen) zu sein, keine Schutzbehauptung, sondern eine Tatsachenfeststellung (gewesen) ist. Dafür spricht sowohl das von Andreas Kirsch angeführte Selbstverständnis der Stadtplaner und ihrer Denkstruktur als auch die weitgehende Übereinstimmung der Zeugnisse von Freunden, Nachbarn, Bekannten und Kollegen in diesem Punkte in zum Teil sehr eindrucksvoller Form. Für die im Verfahren aufgetretenen Probleme konnten mehrere plausible Erklärungen gefunden werden, die auch neben- bzw. miteinander gewirkt haben können. Letztlich ist aber nicht mehr zu klären, welche davon tatsächlich und in welchem Umfang wirksam wurden und wie sie im Einzelnen ineinandergriffen.

Zum Verfahren lassen sich eindeutig mehrere Merkwürdigkeiten feststellen, die sich auch durch überkommene Akten des Entnazifizierungsausschusses nicht aufklären lassen.<sup>356</sup> Der Unterausschuss hatte dem Hauptausschuss zuzuarbeiten. Er hatte das Recht, „*Personen, die Fragebögen abgegeben hatten, vorzuladen und ihnen weitere Fragen zu stellen.*“<sup>357</sup> Dies hat er im Falle Haarmann aber nicht getan – jedenfalls liegt nirgendwo ein Anzeichen dafür vor – sondern nach Aktenlage, d.h. nach dem vorliegenden Fragebogen entschieden. Seine Entscheidung hatte allerdings keine bindende Wirkung für den Hauptausschuss. Dass sich aber der Hauptausschuss nach seiner Festlegung auf die Position des Unterausschusses auf eine erneute Behandlung des Falles eingelassen hat, ist ein durchaus untypisches Vorgehen und bedürfte einer Erklärung. Warum informierte etwa der Kreisausschuss am 6. August die Stadtspitze vertraulich über sein erstes negatives Votum, hielt diese Information jedoch trotz gegenteiliger Behauptung im Schreiben gegenüber den britischen Behörden zurück? Diese wurden erst am 1. November – also nach der ersten Wahl eines Stadtrates und eines neuen Oberbürgermeisters – offiziell über das geänderte, jetzt positive Votum unterrichtet. Hier wäre – zwischen dem 6. und dem 15. August, als Haarmann spätestens von der Neuvorlage seines Falles am 21. August Kenntnis gehabt haben muss - das undatierte Schreiben des Mitglieds der Stadtvertretung Clemens Brocker sinnvollerweise inhaltlich zu verorten. Wenn es tatsächlich zu diesem Zeitpunkt an den Hauptausschuss gerichtet worden ist, könnte dies der Anlass für eine Wiederaufnahme des Falles Haarmann gewesen sein. Obwohl sie offiziell noch gar nicht unterrichtet waren, war ausweislich des Case-summaries den Besatzungsbehörden der Dissens zwischen Unter- und Kreisausschuss bereits seit spätestens Anfang September bekannt. Weiterhin erklärungsbedürftig erscheint die Tatsache, dass Haarmann offensichtlich von der erneuten Befassung des Hauptausschusses mit seinem Fall an sich sowie von dem Termin dieser Befassung Kenntnis erhalten hat. Diese Kenntnis könnte ihm durch Clemens

---

<sup>356</sup> Die Bestände 01-775 (Innere Organisation Entnazifizierungshauptausschuss; Organisation der Geschäftsstelle 1946 – 1955), 01-1834 (Entnazifizierungsausschuss; Bildung / Niederschriften) und 01-1834a (Bildung eines Entnazifizierungsausschusses / Entnazifizierung Mitarbeiter städt. Ämter) setzen frühestens im September 1946 ein, also nach dem erstinstanzlichen Verfahren Haarmanns.

<sup>357</sup> Keinemann, Hamm in den Nachkriegsjahren, S. 188.

Brocker vermittelt worden sein, da sich beide offensichtlich seit 1942/43 persönlich kannten. Die schriftlichen Einlassungen Haarmanns und seine Entlastungszeugnisse scheinen dann derart glaubwürdig und überzeugend gewesen zu sein, dass der Hauptausschuss sich zu einer Positionsänderung veranlasst sah.

Diese Entwicklung kann allerdings auch – wie eben schon angemerkt – eine Folge davon gewesen sein, dass sich zwischenzeitlich die Verfahrensregeln geändert hatten. Der Verfasser hält es jedoch für wahrscheinlicher, dass das undatierte und nicht adressierte Schreiben des Mitglieds der Stadtvertretung Clemens Brocker aus der Entnazifizierungsakte mit seinem eindringlichen Duktus als wesentlicher Anstoß für die Meinungsänderung des Hauptausschusses in Frage kommt, weil das Schreiben sowohl die Argumentation des Unterausschusses als auch die des Hauptausschusses nach dem Positionswechsel kennt bzw. letztere sogar vorgegeben haben könnte.

Dass der Unterausschuss auf seiner Position beharrte, war sein gutes Recht, aber bereits dem Hauptausschuss offensichtlich unverständlich. Dieser hat aber sachlich korrekt den Dissens der britischen Militärregierung in Arnsberg mitgeteilt. In dieser Situation hat der Unterausschuss am Hauptausschuss vorbei bzw. über ihn hinweg der Abteilung für öffentliche Sicherheit der Militärregierung seine Position in deutlich verschärfter Formulierung direkt übermittelt und so gegen die Position des Hauptausschusses die Anweisung zur Entlassung Haarmanns bewirkt und damit das Verfahren erheblich kompliziert.

Außerdem ist an mehreren Stellen deutlich geworden, dass offensichtlich Interna aus den Ausschusssitzungen nach außen gedrungen waren. All das erweckt den Anschein – wenn man nicht von schlichter, bornierter Sturheit des Unterausschusses ausgehen will - dass es im Unterausschuss ein hartnäckiges Bestreben gegeben hat, Haarmann loszuwerden. Dabei wurde offensichtlich gezielt mit Indiskretionen und Desinformation sowie mit Kompetenzüberschreitung gearbeitet. Man wollte wohl dem Obmann Heinrich Fraatz, der als enger Mitarbeiter Haarmanns für die praktische Umsetzung des Bunkerbaus verantwortlich gewesen war, die Schuld dafür zuschieben, dass der Unterausschuss gegen Haarmann arbeitete, was an einer offenen Aussprache der beiden untereinander gescheitert ist. Hier wird an einem konkreten Fall deutlich, in welchem Umfang und Ausmaß das Entnazifizierungsverfahren Intrigen und Denunziationen ermöglichte und wie schwierig es war, sich solcher Machenschaften erfolgreich zu erwehren – auch dies hatte Mecking, wie oben dargelegt, schon festgestellt. Auch Ribhegge berichtet von Reibungen im Hammer Entnazifizierungsausschuss: *„Aber es fällt im Nachhinein schwer zu unterscheiden, ob es sich um die Verletzung von Grundsätzen oder nur um ein unentwirrbares Knäuel von Neid und Mißgunst handelte. Letzteres schien zu überwiegen.“*<sup>358</sup>

---

<sup>358</sup> Ribhegge, Entbehungen, S, 395.

Bemerkenswert ist schließlich noch, dass Haarmanns Entwurfszeichnungen für das neue Stadtzentrum, die nationalsozialistischen Vorstellungen von Stadtarchitektur entsprachen, im gesamten Entnazifizierungsverfahren keine Rolle gespielt haben, obwohl sie zumindest den ehemaligen Ratsmitgliedern und Magistraten durch die Ausstellung im Januar 1942 bekannt gewesen sein dürften. Sie hätten für Haarmanns Gegner einen wunderbaren Hinweis auf seine angeblich nationalsozialistische Gesinnung abgeben können. In dieser Weise jedenfalls wurden sie in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg oft interpretiert. Dies scheint mir eher ein Hinweis darauf zu sein, dass Frau von Scheven mit ihrer oben zitierten Sichtweise Recht hatte und diese Zeichnungen nicht als allzu schwerwiegend gewichtet werden sollten.

Im Übrigen werden die Aussagen Emil Haarmanns im Entnazifizierungsverfahren durch die Mitgliederkartei der NSDAP im Bundesarchiv Berlin bestätigt: seine Karteikarte weist außer Name, Anschrift, Berufsbezeichnung, Geburtsdatum und -ort, Beitrittsdatum, Datum des Aufnahmeantrags, Mitgliedsnummer sowie Parteigruppe und Gau keine weiteren Eintragungen auf..<sup>359</sup>

## 7 Die Geschichte Haarmanns als „Demokratiegeschichte“

Sicherlich hat Andreas Kirsch Recht, wenn er Emil Haarmann als einen Technokraten ansieht, wie sich auch seine Kollegen Stadtplaner insgesamt selbst so verstanden haben werden. Seine Konzentration auf die jeweils zu erfüllende Aufgabe, seine Auffassung der Probleme, ihre Analyse und seine zielorientierten Lösungsvorschläge weisen deutlich in diese Richtung. Das bedeutet aber auch, dass er kein Ideologe war, sich vielmehr von ideologischen Systemen fernhielt. Kirsch formuliert in seiner Magisterarbeit, im Allgemeinen

*„... verstanden sich die Planenden während des Nationalsozialismus als Technokraten, die aus rationalen Erwägungen heraus Konzepte zur Gestaltung ihrer Umwelt entwickelten. Eine Anbindung an die dominierende Weltanschauung findet sich in zahlreichen punktuellen Zugeständnissen, nicht aber in der Denkweise.“<sup>360</sup>*

Dass Emil Haarmann mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Nationalsozialist war, auch wenn er seit 1937 der NSDAP angehört hatte, hat meines Erachtens auch die ausführliche Darlegung seines Entnazifizierungsverfahrens ergeben.

Diese Feststellung allein reicht jedoch noch nicht aus, um seine Geschichte in einen demokratischen Prozess einordnen zu können. Sicher hatte er seine prägenden beruflichen Erfahrungen während der Zeit der Weimarer Demokratie erworben, hatte anfangs sogar reformorientierten Kreisen angehört, war jedoch nach seinem Selbstzeugnis von der Zerrissenheit von

---

<sup>359</sup> Ein Scan der Karteikarte liegt dem Verfasser von: Bundesarchiv Berlin, 9361-IX Kartei 12670870.

<sup>360</sup> Kirsch: Kontinuitäten, S. 13

Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik und ihrer sich daraus ergebenden Reformunfähigkeit zutiefst enttäuscht worden mit und hatte sich zumindest im Wahlverhalten 1933 der als eine Art neuer Sammlungs- oder Konzentrationsbewegung verstandenen NSDAP zugewandt. Angesichts der tatsächlichen politischen Verhältnisse in der Endphase der Weimarer Republik seit 1930 scheint dieses Wahlverhalten und die sich darin äußernde Einstellung zu den derzeit wirkenden politischen Kräften keineswegs unplausibel und unverständlich, deckt sie sich doch mit Einstellung und Wahlverhalten vieler bis dahin eher linker Wähler. Es bleiben aber noch weitere wichtige Fragen unbeantwortet. Zum Einen: Hat er opportunistisch sein Fähnlein nach dem Wind gehängt und nach der Devise gehandelt: „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'?“ Hätte er als Technokrat unter jedem denkbaren politischen System seine Aufgaben erfüllt? Zum Anderen: Hat er nach dem Krieg dafür gesorgt, sich rechtzeitig mit Menschen zu umgeben, die ihm deshalb verpflichtet waren, um später nach dem Prinzip: „Eine Hand wäscht die andere“ von ihnen Gegenleistungen erwarten zu können?

Die ersten von ihm in Hamm aufgegriffenen Probleme lassen sich ohne weiteres in den „wertneutralen“ Rahmen technokratischen Selbstverständnisses einordnen, das Verkehrsproblem und der Raummangel innerhalb des alten Stadtgebietes. Beide bestanden unabhängig von jeder ideologischen Wertung. Es ist jedoch Haarmanns Verdienst, beide Probleme als erster thematisiert und Lösungsvorschläge vorgelegt zu haben. Bei der Verkehrsbelastung der Innenstadt bedurfte es keines analytischen Scharfblicks, um das Problem zu sehen. Es hatte nach Haarmanns Amtsantritt einen Reifegrad erlangt, der eine unmittelbare Lösung verlangte. Anders war es hinsichtlich der zu erwartenden Raumnot. Hier bewies Haarmann als erster einen planerischen Weitblick, der seiner Gegenwart um Jahrzehnte voranging. Der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Nachbargemeinden in die Stadtentwicklung planerisch mit einzubeziehen, zieht sich von seiner ersten großen Denkschrift 1942 bis hin zu seiner Verabschiedung 1954. Als dieser Gedanke schließlich 1975 Realität wurde, nahm er jedoch eine andere Form an. So hatte Haarmann nicht die Eingemeindung der Umlandkommunen gefordert, sondern lediglich eine übergreifende, zentrale Planungs- und Koordinierungsinstanz, weil Einzelabsprachen angesichts der Vielzahl jeweils zu beteiligender Behörden und Institutionen als völlig unpraktikabel erschienen. Trotzdem hat er noch in seiner letzten Denkschrift die Umlandgemeinden und die Stadt Hamm eindringlich zur Kooperation aufgefordert. Dies ist sicher eine technokratische Lösung und trug Haarmann postum Ribhegges Vorwurf autoritärer bzw. selbstherrlicher Denkmuster ein, weil er keine gleichberechtigte Kooperation in Planungs- und Entwicklungsfragen vorgeschlagen hatte. Die sukzessive Eingemeindung der Umlandkommunen, wie sie tatsächlich zu Anfang der 70er Jahre geschah, hält der Verfasser persönlich aber für ein erheblich formaleres und autoritäreres Vorgehen als die Forderung nach einer übergeordneten Planungsinstanz. Zudem hatte Haarmann, wie oben erwähnt, nach dem Kriege durchaus überörtliche Vereinbarungen und Übereinkünfte mit den Nachbargemeinden dringend angemahnt.

An zwei entscheidenden Stellen der Stadtgeschichte durchbrach Haarmann jedoch deutlich technokratische Handlungsmuster und übernahm Verantwortung für die Stadt: beim Bunkerbau und in den ersten vier Nachkriegsmonaten.

Beim Bunkerbau unternahm Haarmann aus eigener Initiative deutlich mehr Anstrengungen als politisch erforderlich oder gar opportun gewesen wären, um in Hamm den Bunkerbau schneller und umfassender zu realisieren als dies andernorts der Fall war, und zwar gegen den Widerstand von Parteigremien und des Oberbürgermeisters im Besonderen. Das heißt: Er nahm dabei in Kauf, sich unbeliebt zu machen. Diese Anstrengungen resultierten aus zwei Überlegungen. Er schätzte einerseits das Bedrohungspotential angesichts der strategischen Bedeutung Hamms und der Entwicklung des Krieges völlig zu Recht deutlich höher ein als offiziell zugegeben wurde. Andererseits war ihm offensichtlich am Schutz der Gesamtbevölkerung seiner Stadt deutlich mehr gelegen als den herrschenden Nazis. Das hat man nach dem Krieg auch in der Hammer Bevölkerung durchaus wahrgenommen. Von hier her gewinnt auch die in seiner Widerspruchs begründung im Entnazifizierungsverfahren – wenn auch nachträglich - formulierte Begründung für seinen Parteibeitritt 1937 erheblich an Glaubwürdigkeit, er hätte nicht weiter für die Bevölkerung der Stadt tätig sein können, wenn er den Parteibeitritt zum zweiten Male abgelehnt hätte. Er fühlte sich offensichtlich den Hammer Bürgern als seinen Auftraggebern gegenüber verpflichtet, mehr als seinem Nazi-Dienstvorgesetzten, dem Hammer Oberbürgermeister. Dieses verpflichtende Verantwortungsgefühl gegenüber den Einwohnern seiner Stadt – was man auch als eine Form demokratischen Amtsverständnisses sehen kann - hat ihn veranlasst, unter der NS-Diktatur in seinem Amte zu verbleiben und dafür Widrigkeiten in Kauf zu nehmen. Das lässt es durchaus als möglich erscheinen, dass er Gleiches auch unter anderen Umständen und anderen politischen Systemen getan hätte, bedeutet jedoch das Gegenteil davon, „sein Fähnlein nach dem Wind zu hängen.“ Seine Loyalität galt der Hammer Bevölkerung, nicht einem politischen System oder seiner eigenen Karriere.

Ähnliches gilt für sein Verhalten bei Kriegsende in Hamm. Zwar war er formal von seinem Vorgesetzten vor dessen Flucht mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt worden – was ja an sich schon eine Aussage ist. Deter wusste: Der bleibt hier! -, aber es wäre ihm angesichts der verworrenen Kriegslage in der Stadt sicherlich ein Leichtes gewesen, sich aus der vordersten Linie zurückzuziehen. Er hat aber - wiederum vermutlich aus Pflichtbewusstsein und Verantwortungsgefühl gegenüber den überlebenden Bewohnern Hamms – die Initiative ergriffen und die Stadt den amerikanischen Truppen übergeben, die ihn dann, anscheinend in richtiger Einschätzung seiner Person, als kommissarischen Oberbürgermeister einsetzten, eine Entscheidung, die die Briten zwei Tage später bestätigten. Haarmann ordnete sich damit den Interessen der Bevölkerung seiner Stadt unter, ein Verhalten, dem das Mitglied der Stadtvertretung Clemens Brocker höchsten Respekt zollte.

In den folgenden vier Monaten arbeitete Haarmann unentwegt daran, möglichst schnell Menschen in die Mitverantwortung zu ziehen, die er aus seiner früheren Kenntnis als Vertreter

der Interessen und/oder des Willens der Hammer Einwohnerschaft sehen konnte, unabhängig von ihrer früheren Parteizugehörigkeit in Zentrum, SPD oder KPD, einschließlich von Vertretern der örtlichen Wirtschaft. Noch im Mai 1945 wollte er ein erstes Beratergremium einrichten, was am Widerstand der Besatzungsmacht scheiterte. Im Juni gelang ihm dieses Vorhaben dann mit dem sechsköpfigen Bürgerrat, der auf seine Initiative hin die Wiedereinsetzung des letzten frei gewählten Oberbürgermeisters vor 1933, seines alten Vorgesetzten Josef Schlichter, betrieb. Gleichzeitig zog er den Rechtsanwalt Dr. Schultz als seinen Assistenten heran, was im Grunde schon das später von den Briten eingeführte Modell der Gemeindeverwaltung mit einer Doppelspitze vorwegnahm. Schultz wurde denn auch 1946 der erste Oberstadtdirektor in Hamm. Mit der Wiedereinsetzung Schlichters am 15. August 1945 konnte sich Haarmann zurückziehen und sich als Stadtbaurat mit dem Wiederaufbau Hamms wieder seiner fachlichen Tätigkeit widmen, was zum Teil die bereits erwähnte Charakterisierung Kirschs bestätigt:

*„Er war kein besonders politischer und schon gar kein parteipolitischer Mensch. Sein Engagement richtete sich vielmehr auf seine fachspezifischen Aufgaben.“<sup>361</sup>*

Kirsch benutzt allerdings den zweiten Satz dieses Zitates so, dass eigentlich hinter dem Wort „vielmehr“ ein „ausschließlich“ ergänzt werden müsste und untermauert damit seine Sichtweise Haarmanns als eines reinen Technokraten. Seine Handlungsweise als kommissarischer Oberbürgermeister sieht er ausschließlich darin begründet, sich dadurch eine Position innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die ihn für die weitere Entwicklung der Stadt unersetzbar mache.<sup>362</sup> In diesem Verständnis kann der Satz allerdings nicht gelten gelassen werden. Es ist richtig, dass Haarmann in seinem Amt unspektakulär arbeitete, aber beharrlich, eher im Hintergrund, planmäßig, aber immer gehemmt von der prekären Finanzsituation der Stadt. Allein die Tatsache, dass es so gut wie keine Fotos von ihm gibt, zeigt das Uneitle seines Wesens, das schon Clemens Brocker in seinem Schreiben an den Entnazifizierungsausschuss hervorhob. Zudem wurde oben aufgezeigt, dass er vor dem Sommer 1946 gar keine Veranlassung hatte, sich unsicher zu fühlen und sich deshalb unentbehrlich zu machen.

Diese vier Monate lassen bei Haarmann deutlich eigenständige – nicht von der Besatzungsmacht aufgepfropfte – Entwicklungen hin zu demokratischen Vorstellungen erkennen. Haarmann selbst verstand sein Vorgehen als den Beginn eines Weges zur Demokratie, wie er in seiner Eröffnungsansprache vor dem Bürgerrat Anfang 1946 und in seiner Ansprache zur Wiedereinsetzung Schlichters und seiner eigenen Entpflichtung vor demselben Gremium am 15. August 1945 ausdrücklich feststellte. Seine Mitstreiter sahen den von ihm eingeschlagenen Weg genauso als Entwicklung zur Demokratie, wie etwa Oberstadtdirektor Schultz und noch

<sup>361</sup> Kirsch: Kontinuitäten, S. 74.

<sup>362</sup> Kirsch: Kontinuitäten, S. 74; das Zitat fährt fort: „Daneben aber verstand es Haarmann, seine Stellung innerhalb der Hammer Verwaltung zu verteidigen und auszubauen. Das brachte ihn in eine Position, in der er für die Arbeit am Wiederaufbau der Stadt unentbehrlich schien. Damit steht Haarmann beispielhaft für jene Gruppe von Planern, die den Wiederaufbau der Bundesrepublik maßgeblich beeinflusst haben.“

deutlicher Kämmerer Wortmann in ihren Entlastungszeugnissen ausdrücklich festhielten. Die Grundlage seines Handelns war dabei ein Verantwortungsgefühl gegenüber seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, das ihn in Entscheidungssituationen veranlasste, für sie bzw. in ihrem Interesse Verantwortung zu übernehmen, auch politische. Haarmann verstand seine Nachkriegstätigkeit als kommissarisches Stadtoberhaupt von Anfang an als zeitweilige Übergangslösung, die er nutzte, um möglichst weite politische Kreise in die Leitung der Stadt einzubeziehen. Subjektiv hat er selbst dies als den Beginn eines Weges zur Demokratie gesehen, wie aus seiner Eröffnungsansprache vor dem Bürgerrat hervorgeht, objektiv hat er diejenigen Kräfte ins Spiel gebracht, die in Hamm die Grundlagen der demokratischen Entwicklung gelegt haben. Man kann ihn in dieser Hinsicht mit einem heute beliebten Wort bezeichnen und ihn als Brückenbauer sehen. Er hat durch sein politisches Handeln die Demokratie ausdrücklich bejaht und die Demokratisierung der Hammer Stadtverwaltung aktiv angestoßen und unterstützt. Dies geht weit über ein technokratisches Selbstverständnis hinaus, ohne dass man Haarmann dafür gleich zum Muster-Demokraten erklären müsste. Es scheint allerdings bei ihm ein deutlicher Entwicklungsprozess eingesetzt zu haben, in dessen Folge durch ihn eine politische Entwicklung der Stadtverwaltung in Richtung einer (Re-)Demokratisierung angestoßen wurde. Insofern ist die eingangs dieses Kapitels gestellte Frage m. E. zu bejahen, und zwar nicht nur dadurch, dass – wie Sabine Mecking<sup>363</sup> oben bereits zitiert wurde - Haarmann durch seine Abkehr vom Nationalsozialismus den Raum für eine allmähliche Demokratisierung öffnete, sondern deutlich darüber hinausgehend, indem er selbst in Richtung einer Demokratisierung die Initiative ergriff.

---

<sup>363</sup> „Mit der Abkehr von der politischen Vergangenheit war die Bereitschaft zu einem Neuanfang innerhalb des Verwaltungskörpers mit der inneren Öffnung für den Aufbau eines neuen demokratischen Staates verbunden. Die pragmatische Ablehnung des Nationalsozialismus korrelierte mit der vernunftrepublikanischen Bejahung der Demokratie“ (Vgl. Kap. 3.3 Die erste gewählte Stadtvertretung)

## 8 Quellen – und Literaturverzeichnis

### 1. Primärquellen

#### Archivalien

##### *Archiv der Technischen Universität Dresden,*

- Altbestand der THD bis 1945, Studierendenakte Emil Haarmann, Signatur Nr. 4328.

##### *Bundesarchiv Berlin*

- NSDAP-Mitgliederkartei (Karteikarte Emil Haarmann), 9361-IX Kartei 12670870

##### *Gustav-Lübcke-Museum der Stadt Hamm*

- Foto IMG\_20200826\_0001.jpg, Emil Haarmann, ca. 1950-1955

##### *Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland in Duisburg,*

- NW 1100 BG. 32 Nr. 102. (Entnazifizierungsakte Emil Haarmann)
- NW O Nr. 1308 und Nr. 2655. (Ordensakten Emil Haarmann)

##### *Stadtarchiv Hamm*

- Bestand 40-4666 (Personalakte Emil Haarmann)
- Stadtarchiv Hamm, Bestand 10011 (Portraitfoto Haarmanns; Haarmann in der Ratssitzung 1952)
- Stadtarchiv Hamm, Bestand 2001-3816 (Mappe Emil Haarmann)
- Stadtarchiv Hamm, Bestand 2001-1496 (Mappe Clemens Brocker)
- Bestand 01-76 (Niederschriften der Besprechungen der Oberbürgermeister mit den britischen Stadtkommandanten, Niederschrift über die Besprechung bei dem Herrn Stadtkommandanten am 4. 1. 47)
- Bestand 01-77 (Bürgerrat 1945; Niederschriften)
- Bestand 01-587 (Bauausschuss-Protokolle 1946 – 1949)
- Bestand 01-775 (Innere Organisation Entnazifizierungshauptausschuss / Organisation der Geschäftsstelle 1946 – 1955)
- Bestand 01-1815 (Bauausschuss-Protokolle Juli 1946 -Dez. 1951)
- Bestand 01-1834 (Entnazifizierungsausschuss; Bildung / Niederschriften)
- Bestand 01-1834a (Bildung eines Entnazifizierungsausschusses / Entnazifizierung Mitarbeiter städt. Ämter)
- Bestand 04-4 (Rat 1946-1948, Niederschriften über die Sitzungen der Stadtvertretung vom 11. 2. 1946 – 29. 12. 1948), zitiert als: Protokollbuch.

- Stadt Hamm, Stadtplanungsamt, Historische Karten und Pläne (15 Aktenordner, Kopien, paginiert)
- Melderegister, Meldekarte Heinrich Hunold
- Heiratsregister, Heiratsurkunde Emil Haarmann, Nr. 402/1921
- Sterberegister, Sterbeurkunde Emil Haarmann, Sterberegister Nr. 1207/1963.

#### *Stadtarchiv Witten*

- Meldekartei der Stadt Witten, Buchst. H., Nr. 0515-146 und 147 (Meldekarte der Familie Friedrich Haarmann)
- Gewerbekartei, Karteikarten Haarmann, Friedrich und Haarmann, Paula.
- Adressbücher für 1905, 1908, 1910 und 1917.
- Geburtsurkunden von Paula (75/1883), Ewald (761/1884), Adolf (502/1886), Otto (766/1887) und Albert Haarmann (128/1896); Sterbeurkunden von Paula (270/1977), Adolf (736/1915) und Albert Haarmann (644/1918); Heiratsurkunde von Friedrich und Emilie Haarmann (155/1880)

#### **Quellen aus dem Internet**

- Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 1. Jahrgang 1947, Nr. 25 vom 1. Oktober 1947:
  - Bekanntmachung des Ministers für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen über Bezirke und Gemeinden, die zu Brennpunkten des Wohnraumbedarfs erklärt worden sind, vom 19. September 1947.
  - Verordnung des Ministers für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen über Zuzugsbeschränkungen für Bezirke und Gemeinden, die zu Brennpunkten des Wohnungsbedarfs erklärt worden sind, vom 19. September 1947.  
[https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_vbl\\_archiv\\_liste?anw\\_nr=6&sg=1&jahr=1946](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_archiv_liste?anw_nr=6&sg=1&jahr=1946)  
(letzter Zugriff am 9. 3. 2020)
- Kontrollratsdirektive Nr. 24: Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12. Januar 1946; Text unter: <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm> (Zugriff am 12. 12. 2019)
- Preußische Städteordnung in der Fassung von 1856: <https://verfassungen.de/nrw/westfalen/staedteordnung-westfalen56.htm> (Zugriff am 18.12.2020).

## 2. Sekundärliteratur

### Ungedruckte Literatur

- Kirsch, Andreas: Kontinuitäten bei der Wiederaufbauplanung kriegszerstörter Städte. Die Stadt Hamm als Beispiel. Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophischen Fakultät der Universität Münster, 1997. (Unveröffentlicht; StA Hamm, Slg. Manuskripte, Mon 266.)

### Gedruckte Literatur

- Barylewska-Szymanska, Ewa: Friedrich Fischer und die Architekturdenkmalpflege in den Anfängen der Freien Stadt Danzig, in: Badstübner-Kizig, Camilla und Kizig, Edmund (Hgg.): Entdecken – Erforschen – Bewahren. Beiträge zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege. Festgabe für Sibylle Badstübner-Gröger zum 12. Oktober 2015, Berlin (Luкас-Verlag) 2016, S. 286 – 295.
- Beeck, Anneliese: So entstand das neue Hamm. Kriegsende und Wiederaufbau, hg. vom Westfälischen Anzeiger und der Volksbank Hamm, Hamm (Griebsch) 1992
- Frank, Caroline: Die Entnazifizierung in Hamm, in: Perrefort, Maria; Thamer, Hans-Ulrich, Schwinzer, Ellen (Hgg.): Care, Käfer, Cola. Ein Lesebuch über Nachkriegszeit und „Wirtschaftswunder“ in Hamm, Ausstellungskatalog, Essen (Klartext) 1995, S. 150 – 162.
- Keinemann, Friedrich: Hamm in den Nachkriegsjahren, Eroberung der Stadt und Wiederaufbau, Alltagsleben, Kultur und Unterhaltung, hg. vom Stadtarchiv der Stadt Hamm, Hamm 1992
- Kirsch, Andreas: Trümmerbeseitigung, Stadtplanung, Wiederaufbau, in: Perrefort, Maria; Thamer, Hans-Ulrich und Schwinzer, Ellen (Hgg.): Care, Käfer, Cola. Ein Lesebuch über Nachkriegszeit und „Wirtschaftswunder“ in Hamm, Ausstellungskatalog, Essen (Klartext) 1995, S. 106 – 122.
- Mecking, Sabine: „Immer treu“. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik (phil. Diss.) (Schriften der Villa ten Hompel 4), Klartext: Essen 2003.
- Mecking, Sabine: Kommunale Selbstverwaltung und lokale Demokratie, in: Ditt, Karl (Hg): Westfalen in der Moderne 1815-2015, Aschendorff: Münster 2015, S. 121 - 138.
- Ribhegge, Wilhelm: Entbehrungen, britische Besatzung und die Mühsal des Wiederaufbaus: Die Jahre der Nachkriegszeit (1945 – 1949), in: Ribhegge, Wilhelm; Schönbach, Eva-Maria; Witt, Manfred, Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Wilhelm Ribhegge im Auftrag der Stadt Hamm, Düsseldorf (Schwann) 1991, S. 372 – 441.
- Stadt Hamm (Stadtplanungsamt), Hg., Die historischen Ringanlagen von Hamm, Hamm, 2.Aufl. 2006 (ohne Paginierung).

- Stadtarchiv der Stadt Hamm (Hg): Der Luftkrieg und die Stadt Hamm. Alarme und Fliegerangriffe im Kriege 1939 bis 1945, Hamm, 1995.
- Stadt Hamm, Stadtarchiv (Hg.), 8. Mai 1945. Zwischen Null und Neubeginn, Ausstellung des Stadtarchivs u.a. vom 8. Mai – 17. Juni 1995, Hamm 1995.
- Witt, Manfred: Verdrängte Geschichte: Hamm in der Zeit des Nationalsozialismus (1933 – 1945), in: Ribhegge, Wilhelm; Schönbach, Eva-Maria; Witt, Manfred, Geschichte der Stadt und Region Hamm im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Wilhelm Ribhegge im Auftrag der Stadt Hamm, Düsseldorf (Schwann) 1991, S. 294 – 371.
- Wulf, Karl, Hamm – Planen und Bauen 1936 – 1945, dargestellt und erläutert auf der Grundlage der Planungen des Stadtbaurats Emil Haarmann, hg. vom Planungsamt der Stadt Hamm, Hamm, 2002
- Wulf, Karl, Hamm im Bombenkrieg, Dokumentation der Luftangriffe auf Hamm im Zweiten Weltkrieg, hg. vom Stadtarchiv der Stadt Hamm, Hamm 2018

### **Periodika**

Westfälischer Anzeiger und Kurier, Ausgabe Hamm,

3. April 1952 / 31. Dezember 1999 (Hamm im Jahre 2000)

17. November 1954 (Pensionierung)

5. Juli 1955 (Bilanz nach 10 Jahren)

16. November 1963 (Nachruf und Todesanzeige)

31. März 1970 (Amerikanische Panzer am 1. April in Hamm; Vor 25 Jahren: Elend und Trümmer; Kurztext zu Haarmann mit Foto)

### **Literatur aus dem Internet**

- Hubert Biernat: [https://de.wikipedia.org/wiki/Hubert\\_Biernat](https://de.wikipedia.org/wiki/Hubert_Biernat) (Zugriff am 6. 6. 2020).
- Regierungspräsidenten im Bezirk Arnsberg: [https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk\\_Arnsberg#Regierungspr%C3%A4sidenten](https://de.wikipedia.org/wiki/Regierungsbezirk_Arnsberg#Regierungspr%C3%A4sidenten) (Zugriff am 6. 6. 2020).
- Kabinettslisten der Landesregierungen Nordrhein-Westfalens:
  - [https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett\\_Arnold\\_I](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Arnold_I) (Zugriff am 14. 2. 2020).
  - [https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett\\_Steinhoff\\_\(Nordrhein-Westfalen\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Steinhoff_(Nordrhein-Westfalen)) (Zugriff am 14. 2. 2020).
- Verband kommunaler Angestellter und Beamten (Komba): <https://de.wikipedia.org/wiki/Komba> (Zugriff am 2. 10. 2020).

## 9 Anhang

### Zusammenstellung der Vorträge, Aufsätze, Denkschriften und Konzepte Emil Haarmanns während seiner Tätigkeit in Hamm

- „Altstadt und Neustadt und ihre Beziehungen zur Landschaft“ – Referat (Lichtbildvortrag), 28./29. 6. 1931 vor der 10. Hauptversammlung der Bezirksstelle für Naturdenkmalpflege (Historische Karten und Pläne, Bd. 3, S. 123 - 128)
- Richtlinien für den Wohnungsbau nach dem Kriege in Hamm (Westf.). (Wohnungsbauprogramm), Haarmann, August 1940 (Historische Karten und Pläne, Bd. 2, S. 111 – 127)
- Die Stadt Hamm – Ihre Entwicklung und Planung, Denkschrift, Januar 1942 (Historische Karten und Pläne, Bd. 2, S. 128-160)
- Hamm – Westfalen. Wiederaufbau der Altstadt, 1946, Konzept mit Skizzen (Historische Karten und Pläne, Bd. 1, S. 143-158)
- Visionen Haarmanns zu Hamm 2000 vom 3. 4. 1952 [7 Jahre nach Kriegsende in Hamm], in: Westfälischer Anzeiger, Hamm, Sonderbeilage zum 130jährigen Bestehen, Freitag, 31. 12. 1999, in: StA Hamm, Mappe Emil Haarmann
- „Hamm, die Stadt im Herzen Westfalens“ von Stadtbaurat Emil Haarmann, in: Handbuch und Informator für die Bauwirtschaft, Ausgabe Nordrhein-Westfalen, 1953/54 (Historische Karten und Pläne, Bd. 3, S. 85 – 87)
- „Die alte Stadt Hamm wächst neu“ von Emil Haarmann, aus: Heimat am Hellweg, Kalender 1954, S. 33 – 36 (Historische Karten und Pläne, Bd. 2, S. 173 – 176)
- Aufgaben der Stadtgestaltung, Denkschrift Haarmanns vom 15. 11. 1954 (Historische Karten und Pläne, Bd. 2, S. 163 – 172)
- „Bilanz nach zehn Jahren“ in: Zehn Jahre später – 1945 – 1955, Sonderbeilage des Westfälischen Anzeigers und Kuriers vom 5. Juli 1955, in: StA Hamm, Mappe Emil Haarmann